

Peter Wolfram Schreiber

IG FARBEN

DIE UNSCHULDIGEN KRIEGS- PLÄNER

**Profit aus
Krisen, Kriegen und KZs**

**Geschichte eines deutschen
Monopols**

VERLAG NEUER WEG

VERLAG NEUER WEG

IG FARBEN

Das war ein Name, den Monopolherren mit Bewunderung, Politiker mit Respekt, Arbeiter voller Haß und KZ-Häftlinge voller Schrecken aussprachen. Mit diesem Namen waren Kriegsrüstung und Ausplünderung fremder Völker, waren brutalste Ausbeutung, Betrug und Terror verbunden. IG Farben, das heißt: Milliardenprofite aus Krisen, Kriegen und KZs; das heißt: Millionen Menschen ihrer Würde und ihrer Rechte, ihrer Gesundheit und ihres Lebens beraubt . . . Doch sie haben immer Widerstand geleistet und mit ihrem Kampf nie aufgehört, bis heute nicht.

Von den blutigen Gewalttaten des deutschen Chemiemonopols in Krieg und Frieden berichtet dieses Buch, und von seinen Nachfolgern in der BRD, die jeder inzwischen größer und mächtiger sind als die alte IG Farben. Sie setzen dieselben Mächenschaften fort, statt eines Chemiemonopols gibt es jetzt deren drei . . .



Peter Wolfram Schreiber

IG FARBEN



**Profit aus
Krisen, Kriegen und KZs
Geschichte eines deutschen
Monopols**

VERLAG NEUER WEG STUTTGART

Peter Wolfram Schreiber ist das Pseudonym des Autorenkollektivs von Mitgliedern der Kommunistischen Studentengruppen (KSG), die dieses Buch im Auftrag des Herausgebers erarbeitet haben. Sie übertrugen das Urheberrecht dem Verlag Neuer Weg, Stuttgart.

Dezember 1978

© Verlag Neuer Weg GmbH
D-7000 Stuttgart 1, Postfach 3080
Alle Rechte vorbehalten

Herausgegeben vom Kommunistischen
Arbeiterbund Deutschlands

Gesamtherstellung
Repro + Druck GmbH, 5657 Haan

ISBN 3-88021-085-3

«Diese Angeklagten und andere mit ihnen, nicht die halb unzurechnungsfähigen Nazi-Fanatiker und schiesswütigen Raufbolde der Strasse, sind die Hauptkriegsverbrecher. Sollte die Schuld dieser Angeklagten nicht ans Tageslicht gezogen und bestraft werden, so werden sie für den künftigen Frieden der Welt eine viel grössere Gefahr darstellen als Hitler, wenn er noch am Leben wäre.»

Taylor, Hauptankläger im Nachkriegsprozess gegen die Direktoren der IG Farben

Vorwort

In diesem Buch wird die Geschichte eines der mächtigsten deutschen Monopole aufgerollt, der Interessengemeinschaft Farbenindustrie Aktiengesellschaft, weltweit bekannt unter dem Namen IG Farben. BASF, Bayer und Hoechst, die drei grossen Chemiekonzerne der BRD, sind die Nachfolger der IG Farben; sie setzen eine Geschichte fort, die in den bürgerlichen Geschichtsbüchern verschwiegen wird, weil sie vielen Menschen die Augen öffnen würde über das System, in dem wir leben.

Als 1974 der damalige BASF-Chef Wurster starb, überschlug sich die Presse mit Nachrufen auf einen hochverdienten Deutschen. Auch die Universität Stuttgart, deren Ehrenbürger Wurster war, füllte ihre Zeitung mit Huldigungen. Deshalb gründeten die Kommunistischen Studentengruppen, eine Jugendorganisation des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD), einen Arbeitskreis, der die wirklichen Verdienste Wursters aufdecken sollte. Der Arbeitskreis kam zu Ergebnissen, die keiner vorher erwartet hatte: Carl Wurster hatte eine führende Rolle gespielt bei den Verbrechen der deutschen Monopole im Faschismus und im Zweiten Weltkrieg. Der Arbeitskreis veröffentlichte seine Untersuchungsergebnisse in einer Broschüre «IG Farben – die unschuldigen Kriegsplaner», herausgegeben vom AStA der Universität Stuttgart.

Sie war innerhalb weniger Monate vergriffen.

Der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands schuf die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit Arbeitern aus der BASF die Broschüre von 1975 in einer stark erweiterten Fassung erneut herauszugeben.

Das Ergebnis ist das vorliegende Buch. Es versucht, ausführlich und anschaulich zu dokumentieren, dass die Geschichte des deutschen Monopolkapitals eine Geschichte blutiger Verbrechen ist – geplant und durchgeführt, um immer mehr Macht zu erlangen, die Konkurrenten auszuschalten, die Ausbeutung zu verschärfen, die Profite zu vergrössern. Das wird an der Chemieindustrie gezeigt, aber das Buch darf nicht zu der falschen Folgerung führen, nur die Chemiekonzerne hätten Kriege vorbereitet, hätten KZs gehabt, nur sie kontrollierten heute wieder den Bonner Staat. Die Chemieindustrie spielte immer eine Hauptrolle, aber die deutschen Stahl-, Elektro- und Autogiganten haben dieselbe Vergangenheit.

Dieses Buch soll all denen eine Hilfe sein, die genau wissen wollen, wer Kriege plant, wer an den KZs verdient hat, warum Hauptkriegsverbrecher die eigentlichen Gründer der BRD waren, wer die Fäden der Bonner Politik zieht, was die «friedliche» Aussenpolitik der BRD wert ist. Dieses Buch zeigt den staatsmonopolistischen Kapitalismus in Aktion, den grössten Feind der Werktätigen. Für sie ist dieses Buch geschrieben. Ihre Kämpfe, die Siege und Niederlagen der Arbeiterklasse, haben die Geschichte der IG Farben und ihrer Nachfolger begleitet. Auch sie werden heute verschwiegen. Doch in Krisen oder Kriegen, in Faschismus oder bürgerlicher Demokratie – immer stiessen die Profit- und Kriegspläne der Monopole auf den Widerstand derer, die sie ausbaden sollten.

Dieses Buch verschweigt diese Kämpfe nicht, denn sie sind *unsere* Geschichte. Die BASF war und ist bis heute einer der Schauplätze der Arbeiterkämpfe gegen die Politik des Chemiemonopols und für die Interessen der Werktätigen. Die Arbeit und der Kampf der «Aniliner» in Ludwigshafen bilden deshalb den Rahmen des Buches.

Soll sich die Geschichte nicht wiederholen, so müssen wir aus ihr lernen.

November 1978
Der Herausgeber

Inhalt

Chemiearbeiter erzählen: Lernen wir aus der Geschichte!9

1900 – 1933

Der Monopolkapitalismus entsteht und erstarkt

Wettlauf um Weltmarkt und Weltherrschaft

Ein Platz an der Sonne14
Deutsche gegen englische Chemieindustrie15

Der erste imperialistische Weltkrieg Das Kriegszielprogramm

der Monopole und Junker16
Eine Stimme der Arbeiterklasse18
Milliardengeschäfte mit dem Krieg: das Chemiekartell20

Die Arbeiterklasse steht auf

Für Frieden und Sozialismus24
«Sozialisierung» Marke SPD26
Die Märzkämpfe in Leuna.....28
Die grossen Streiks in Ludwigshafen31

Mit Macht zum Monopol

Umverteilung durch Inflation33
Die Gründung der IG Farben.....37
Die Republik der Monopole39

Die Weltwirtschaftskrise

Der grosse Krach.....40
Mit der Unterdrückung wächst der Widerstand.....43
Letzter Ausweg der Konzerne: Hitler und der Krieg47

1933 – 1936

Nationalsozialismus – offene Diktatur des Monopolkapitals

Hitlers brauner Sozialismus

Ausgekochte Demagogie.....56
Konzerne, NSDAP und Staat – eine Clique59
Der «Arbeiter der Faust» – ein Sklave62
Arbeitsbeschaffung für den Krieg65

Terror und Widerstand «Vernichtung des Marxismus»69

Konkurrenzkampf und Zusammenspiel der Chemiemonopole	
Der Wirtschaftskrieg bereitet den Weltkrieg vor	75
IG Farben und Standard Oil	76
Die IG Farben-Spionagezentrale	81

1936 – 1945

Fortsetzung der Politik der Monopole – der zweite imperialistische Weltkrieg

Systematische Kriegsvorbereitungen	
Ohne IG Farben kein Krieg	86
Die Vierjahresplanbehörde – Zentrale der Aufrüstung	88
Friedensheuchelei der Faschisten	94
Österreich – das erste Opfer	96
Der Raubüberfall auf die Tschechoslowakei	99
Ein aufschlussreicher Arbeitsbericht	101
Am Ende steht der Krieg	104
Der Griff nach der Weltherrschaft	
Die Plünderung Polens	105
Die «Friedens»planung der IG Farben	108
Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa	111
Widerstand im Krieg	
Der Kampf um die Volksfront gegen den Faschismus	116
Antifaschismus in Mannheim – der»Vorbote«	118
IG Farben und Auschwitz	
Gute Zusammenarbeit mit der SS	121
Werkseigene KZs – barbarische Konsequenz des Kapitalismus.....	124
Profit aus Massenmord	130

1945 – 1949

Monopole gegen Antifaschismus und Demokratisierung

Der Krieg ist zu Ende – der Imperialismus überlebt	
Das deutsche Volk zieht die Lehren	142
Die Friedensheuchelei der US-Besatzer	145
Freiheit der Monopole oder Sozialismus	147
Die unschuldigen Kriegsplaner – der Prozess gegen die IG Farben	
Anklage: Hauptkriegsverbrecher	150
Die Richter stellt das US-Monopolkapital	151
Der Entflechtungs- und Entnazifizierungsbetrug	
IG Farben-Bilanz: sechs Milliarden Kriegsgewinn	154
Die Rettung der deutschen Kriegswirtschaft	156

Die Teilung Deutschlands und ihre deutschen Helfer	
Reaktionäre im Christengewand: CDU und CSU	160
«Linke» Betrüger: SPD	162

1949 – 1978

Zum dritten Mal – der deutsche Imperialismus auf dem Vormarsch

Neuer Staat – alte Herren

Die IG Farben-Bosse kehren zurück	170
BASF, Bayer und Hoechst – Herrscher auf dem Chemiemarkt	175
Die Monopole bestimmen, der Staat führt aus	183
Das Bonner Atomministerium	191

Drei wollen die ganze Welt

USA – wo der Profit noch grösser ist	197
Brasilien – ein Volk im Würgegriff der Monopole	199
Peru – Bayer-Arbeiter fordern Solidarität	206
Chile – Arbeiterblut fliesst, die Investitionen steigen	211
Südafrika und Vietnam – IG Farben-Gift gegen Befreiungsbewegungen ...	215
Friedliche Ostpolitik – Ansprüche auf das Ostvermögen der IG Farben ...	218

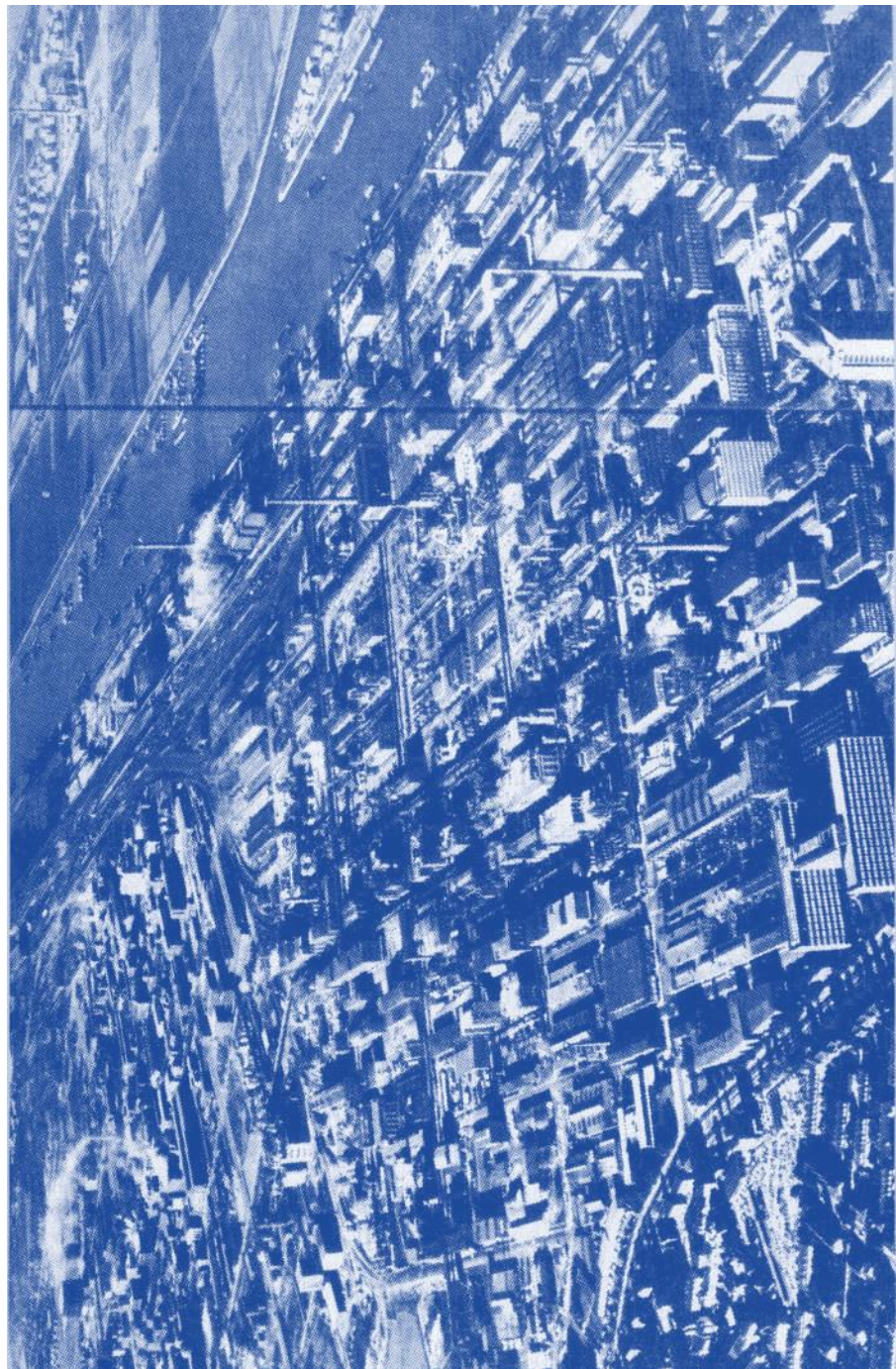
Für den Profit – erneut über Leichen?

Seveso ist überall: TCCD bei BASF	226
Das Geschäft mit der Krankheit	230
Chemie-monopole als aggressive Spitze des neuen deutschen Imperialismus .	231
Die Entwicklung muss aufgehalten werden	238

Arbeiten und Kämpfen – Alltag in der BASF

Eine Schicht in der Werkstatt	243
Sackfänger und Lehmhaube	246
In der Hydroxylaminfabrik	249
Die «BASF-Arbeiterstimme»	251
«Sozial»bilanz in der Zange	252
Ein Kampfprogramm für die Aniliner	256
Aktionseinheit in Betrieb und Gewerkschaft	262
Arbeiteroffensive gegen Monopoloftensive	269

Anmerkungen	275
-------------------	-----



Chemiearbeiter erzählen: Lernen wir aus der Geschichte!

Über eine Stunde muss man laufen, um das Werk einmal in der Länge abzuschreiten. Doch wer hat dazu schon Zeit oder auch Lust? Sechs Kilometer Kolonnen, Türme, Kräne, Parkplätze, Laborgebäude, Tore, Rauch und Gestank. Die BASF gehört zu Ludwigshafen, oder – besser gesagt – es verhält sich wohl umgekehrt. Das Gigantische der Aussenfront des Werks verliert sich im Innern, in den zwei Kilometern Breite, wo in über 1'500 Abteilungen produziert, repariert und verladen, geforscht, diktiert und getippt wird. Hier herrscht die Atmosphäre des Schnellerarbeitens, der Hetze und Rationalisierung, die Atmosphäre auch tödlicher Betriebsunfälle, die nicht an die grosse Glocke gehängt werden, die Atmosphäre der Drohungen und des Drucks «von oben», die Atmosphäre der Unzufriedenheit mit Lohn und Arbeitsbedingungen. Hier geht es zu wie in anderen kapitalistischen Grossbetrieben der ganzen Welt auch: Für die Grossen die Millionen, für die Millionen der Arbeitenden die Groschen – Ausbeutung und Maximalprofite.

Doch dieses riesige Getriebe arbeitet nicht immer störungsfrei; gerät es einmal in Unordnung, so ist gleich die Hölle los. Eine solche Störung war die Tarifrunde 1977, als wir Aniliner entschlossen waren zum Streik, bekräftigt mit über 80 Prozent bei der Urabstimmung. Wir werden ihn nicht so schnell vergessen, den 18. Mai 1977: Über 10'000 Aniliner demonstrieren hin zum Bau I der Werksleitung, um den Herrn Vorstandsvorsitzenden Seefelder aufzuwecken mit einem nicht alltäglichen Ständchen. Unser Streiklied war überall zu hören, das Siegeszeichen, den zum V gespreizten Zeige- und Mittelfinger, kannte jeder. Sie liessen sich aber nicht blicken, die Vorsitzenden, Direktoren und sonstigen wichtigen Leute mit Anzug und Krawatte. Da stand ja auch nicht nur der Kollege Meier vor der Tür und wollte mehr Geld, nein, der Kollege Meier hatte seine Kumpels mitgebracht, und das waren so viele, dass es den Männern auf der Chefetage geraten schien, sich zurückzuhalten. Sie zogen es vor, vor der Masse zu schweigen, dann aber mit allen Mitteln zurückzuschlagen.

Der Betriebsfrieden war in Gefahr, den aber braucht das Kapital dringend, um die unternehmerische Initiative zu entfalten, das heisst: um den unternehmerischen Gewinn in Frieden zu kassieren. Wir jedoch wagten es, für die Durchsetzung unserer Lohnforderung mit Streik zu drohen. Also schlugen sie zu:

- Grosse Anzeigen in den Tageszeitungen, die gegen uns Stimmung machen sollten.
- Briefe nach Hause an uns «liebe Mitarbeiter», damit wir uns die Hosen vollmachen oder Streit mit der Frau bekommen.
- Ebenso Drohbriefe an alle Lehrlinge und ihre Eltern.
- Ein blauer Strich wurde als Grenze um das Werk gezogen.
- Richtmikrophone und Kameras wurden zur Bespitzelung installiert.
- Ein Betriebsrat wurde beim Verteilen von Flugblättern von der Polizei verhaftet.
- Lokale und Säle in der Nähe der BASF wurden angemietet, damit sie nicht mehr als Streiklokale dienen konnten.
- Tausende von Firmenflugblättern jeden Tag, um die Kollegen einzuschüchtern.
- Androhung von Entlassung und Nichtübernahme nach der Lehrzeit.
- Schmiergelder für Streikbrecher.
- Akademiker wurden in der Produktion angelehrt.
- Feldbetten und Lebensmittel für die Streikbrecher wurden ins Werk geschafft.

Ja, das waren einige der vielfältigen Massnahmen von oben. Nichts mehr von Sozialpartnerschaft! Die gab es nie, die kann es nicht geben, doch in dieser Situation wurde es besonders deutlich – für viele.

So einiges haben wir lernen können in diesem Lohnkampf, den Herren da oben fiel einmal die Maske herunter, sie konnten sich nicht mehr wie sonst immer hinter schönen Reden und fadenscheinigem Getue verstecken. Wer sich wegen ein paar Prozent mehr Lohn zu solchen Massnahmen entschliesst, der hat Angst und will ein Exempel statuieren. Jeden Millimeter ihrer Macht verteidigen sie mit Klauen und Zähnen und fürchten dabei, dass wir zu gegebener Zeit Forderungen aufstellen werden, die über den Rahmen von Lohntarifen hinausgehen und die einen umso schärferen Kampf bedingen.

Die Kapitalisten kennen die Geschichte der Arbeiterbewegung, denn es ist auch ihre Geschichte. Und sie wissen, dass die Massnahmen, die sie heute ergreifen müssen, um ihre Maximalprofite zu realisieren, in verstärktem Mass zu Arbeitslosigkeit, Lohnraub und zur Verschärfung der staatlichen Ausplünderungs- und Unterdrückungspolitik führen. Und das wird den Unmut und den Kampfwillen des werktätigen Volkes nur vergrössern. Denn wir wollen kämpfen! Was bleibt uns anderes, da wir doch mit dem Rücken zur Wand stehen! Es kann nur vorwärtsgehen bis hin zu dem Tag, an dem wir die ganze Rechnung aufmachen werden, an dem wir uns neh-

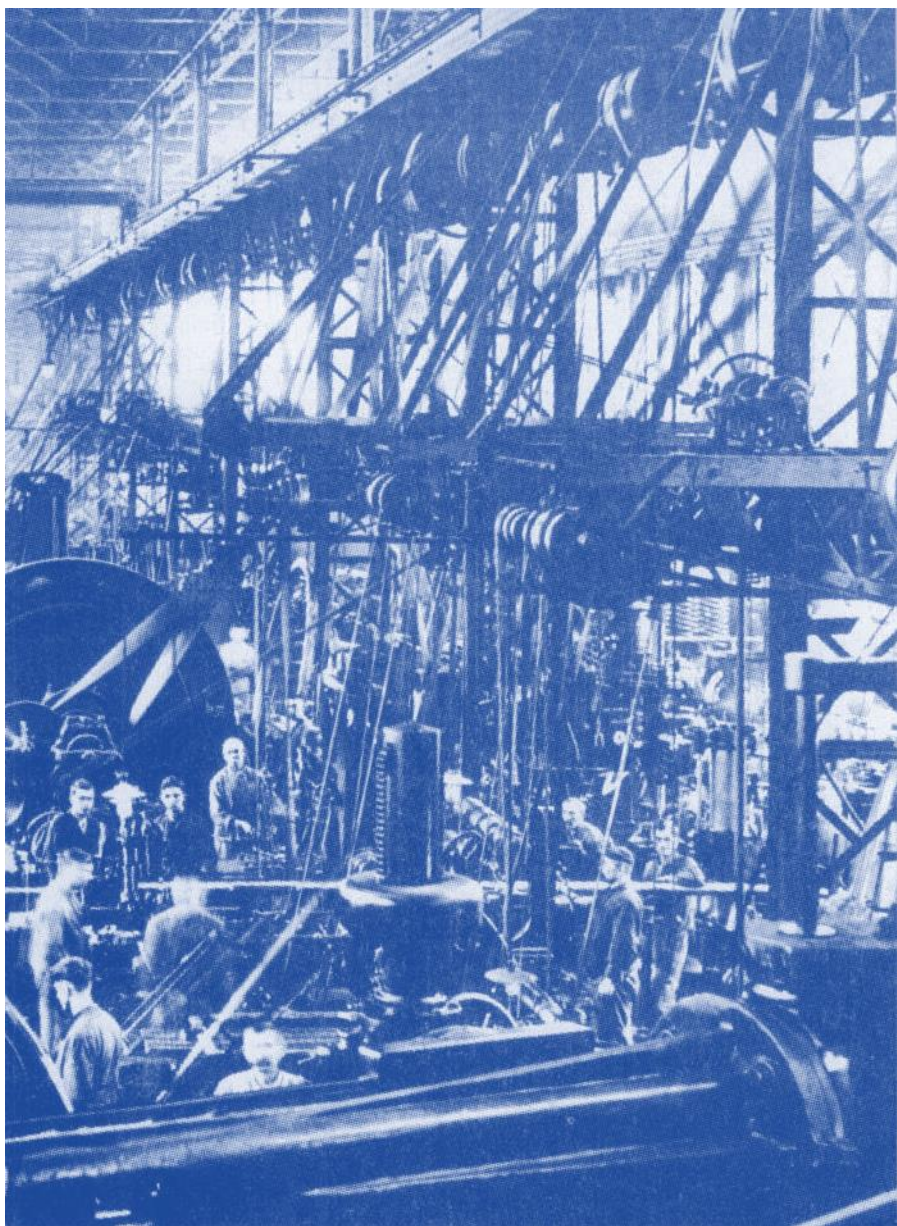
men, was letzten Endes uns gehört, an dem wir den alten Staat zerschlagen und den Sozialismus errichten.

Noch vieles müssen wir lernen, insbesondere über die, die uns entgegenstehen und voll Hass das Rad der Geschichte aufzuhalten versuchen. Sind die Monopolkapitalisten auch nur Menschen, wie wir in der Regenbogenpresse lesen können, oder wer sind sie, woher kommen sie, was haben sie vor?

Während einer Diskussion mitten in der Tarifrunde fiel der Satz: «Im Notfall gehen die da oben auch über Leichen.» Als einige Kollegen das übertrieben fanden, stand Erich auf; er steht kurz vor der Pensionierung und ist sonst ziemlich wortkarg, doch diesmal redete er: «Sicher, im Notfall gehen sie immer über Leichen, über unsere Leichen, ich weiss das, denn sie haben es früher getan. Warum heute nicht, wenn's sein muss. Denkt mal darüber nach!»

Das ein wenig ungläubige Erstaunen der Kollegen über solche Worte kommt nicht von ungefähr. Denn was wissen wir Jungen schon von der Zeit, wo es offensichtlich war, dass für die Kapitalisten ein toter Arbeiter manchmal profitabler ist als ein lebendiger, wo sie die Arbeiterklasse in zwei Weltkriegen für ihre Profitinteressen verbluten liessen, in «Friedens»zeiten bis aufs Hemd schröpften? Und viele der Älteren, die diese Zeit ganz oder teilweise am eigenen Leib erfahren haben, denken nicht mehr gern daran zurück. Aber sie schieben damit das Wissen beiseite, das die Arbeiterklasse heute zur Meisterung ihrer Aufgaben braucht. Welch unendliche Hilfe könnten die älteren Arbeiter ihren jungen Kollegen sein bei ihrem gemeinsamen Kampf für eine bessere Zukunft! Wir müssen aus der Geschichte lernen.

Nicht wenige Kollegen sagen heute angesichts der Arbeitslosigkeit, des Lohnabbaus, der Einschränkung demokratischer Rechte, der zunehmend aggressiven Politik nach aussen: «Es kommt alles wieder.» Sie spüren das Richtige. Was heute geschieht, geschah schon einmal in ähnlicher Weise. Und das wollen wir auf den folgenden Seiten darstellen. Als Hilfe für unseren Kampf gegen Imperialismus und Krieg, für den Sozialismus, die Zukunft der Werktätigen.



Hauptdreherei bei BASF um 1920

1900-1933

**Der Monopolkapitalismus
entsteht und erstarkt**

Wetlauf um Weltmarkt und Weltherrschaft

Ein Platz an der Sonne

«... du wirst einsehen, dass Panzerschiffe und Kanonenboote Dinge sind, welche dich sogar ungemein viel kümmern. Denn auch aus deinem mageren Beutelchen wird Groschen auf Groschen genommen, auf dass die Hunderte von Millionen zusammenkommen, die, für die Kriegsflotte verausgabt, ehrgeizigphantastische Träume von Deutschlands ‚Weltherrschaft‘ verwirklichen sollen . . . Für diese Marine keinen Kahn und keinen Groschen.» (1)

Diese Worte richtete die deutsche Arbeiterführerin Clara Zetkin 1897 an die Arbeiterinnen. Sie hatte allen Grund dazu. Überall trieben die Grossmächte die Rüstungen in die Höhe, am heftigsten aber das Deutsche Reich. Wie kam es zu dieser spannungsgeladenen Atmosphäre?

Deutschland um die Jahrhundertwende. Die Industrieproduktion wuchs stürmisch, um 63 Prozent von 1900 bis 1913. Die deutsche Stahlproduktion überholte die englische. Unter preussischer Führung wurde die deutsche Armee zur stärksten der Welt, und die Kriegsflotte wuchs immer rascher. Aber dem vorwärtsstürmenden deutschen Industriekoloss waren Ketten angelegt. England beherrschte die Welt. Jedes imperialistische Land unternahm die wildesten Anstrengungen, die Produktion zu erhöhen, dem anderen zuvorzukommen, seine Waren an den Mann zu bringen.

«Es ist ein tolles Treiben, das auch den Ruhigsten und Erfahrensten ergreift, es wird gehämmert, gesponnen, gewoben, als gelte es die ganze Menschheit neu zu equipieren (auszustatten – d. Verf.), als wären ein paar tausend Millionen neuer Konsumenten auf dem Monde entdeckt worden.» (2)

So schilderte Friedrich Engels schon 50 Jahre vorher das Leben in England. England kam so an den ersten Platz. Jetzt zog Deutschland nach. Aber alle Anstrengungen nützten den deutschen Industriellen wenig. Ihr Anteil an der Weltproduktion blieb von 1900 bis 1913 bei etwa 16 Prozent stehen, der Aussenhandel stieg zwar um das Doppelte, aber der Anteil am Welt-handel blieb bei 13 Prozent. Beim Kolonialbesitz stand Deutschland in der Rangliste der grössten Freibeuter an letzter Stelle.

Stürmischer Fortschritt, wenn wir Deutschland allein ansehen – Stillstand, wenn wir uns Deutschland im Rahmen der Weltwirtschaft ansehen. Die deutschen Monopolisten platzten vor innerer Spannung. Und sie posaunten in alle Welt, was sie wollten: die ganze Welt.

«Wir können nicht einsehen, dass die ganze weite Welt geschaffen ist nur für Franzosen und Engländer, nur für Russen und Japaner, und wir vermögen nicht zu glauben, dass wir allein uns bescheiden sollen mit dem Teile, den ein Gottesgeschick uns vor 40 Jahren in den Schoss warf.» (3)

So berichtete 1912 die Saale-Zeitung von einer Tagung des Alldeutschen Verbandes, der bedeutendsten Vereinigung von Nationalisten und eines der wichtigsten Sprachrohre der Grossindustrie. Solche nationalistische Propaganda ergoss sich über das deutsche Volk. Mit allen Mitteln wurde der Eroberungskrieg vorbereitet: wirtschaftlich, militärisch und ideologisch.

Deutsche gegen englische Chemieindustrie

Für die deutschen Monopolisten war die «ungerechte» Verteilung der Kolonien, der Rohstoffgebiete und Absatzmärkte unannehmbar und für die Engländer der ungestüme Vormarsch des «Made in Germany».

Die deutsche Chemieindustrie hatte in diesem Wettrennen bereits Erfolge erzielt. Aus dem Nichts war sie zur Weltmacht aufgestiegen. Die BASF Ludwigshafen hatte um 1875 nur 885 Arbeiter und ein Stammkapital von 16,5 Millionen Mark. Im Jahre 1900 waren es 6'700, 1914 schon 11'000 Mann. Ebenso steil ging es in Hoechst aufwärts. 1880 arbeiteten in den Hoechster Farbwerken 1'900 Mann, 1912 waren es schon 7'700. Ebenso rasch stiegen die Profite. BASF schüttete in den Jahren 1900 und 1910 25 Prozent Dividende aus.

Aber die deutschen Chemiebetriebe behinderten sich gegenseitig im Kampf gegen die ausländische Konkurrenz. Die BASF und die Hoechster Farbwerke hatten das britische Monopol für Naturindigo mit künstlich produziertem Indigo gebrochen. Indigo, aus tropischen Pflanzen hergestellt, war im vergangenen Jahrhundert der beliebteste Farbstoff für Textilien, weil sein kräftiges Blau äusserst widerstandsfähig gegen Ausbleichen und Auswaschen war. Der 1897 zuerst hergestellte künstliche Indigo hatte nicht nur eine noch bessere Qualität, er war auch billiger. Doch nun machten sich BASF und Hoechst Konkurrenz und trieben gegenseitig die Preise herunter. Dafür mussten die Arbeiter für Hungerlöhne schuften.

Zu Beginn des Jahrhunderts war die Niederlage der Briten besiegelt. Selbst Preisstürze des natürlichen Indigos auf den Weltmärkten nützten nichts, die Ludwigshafener und Hoechster Preise sanken noch schneller,

und nach einigen Jahren waren die riesigen Indigo-Plantagen in der Kolonie Indien vom Dschungel gefressen.

Carl Duisberg, Leiter der Elberfelder Werke in Leverkusen, erkannte die Gunst der Stunde. Warum sich gegenseitig Preise und Märkte kaputt machen? Getrennt produzieren, vereint schlagen: Dieses Motto gab er aus, um das gerade eroberte Weltreich der deutschen Chemie auszubauen. Er organisierte Kartellabsprachen zwischen sechs grossen deutschen Chemiebetrieben, Märkte wurden aufgeteilt und Preise festgelegt. 1904 und 1906 wurden zwei Kartellringe, die Vorläufer der IG (Interessengemeinschaft) Farbenindustrie, aus der Taufe gehoben. Und 1913 kontrollierte die deutsche Chemieindustrie 82 Prozent der Weltfarbenproduktion.

«Als wären sie für den heutigen Tag gesagt», schrieb die Werkzeugzeug der IG Farben im Januar 1944, «klingen über vier Jahrzehnte hinweg die Worte an unser Ohr, die Carl Duisberg der ‚kleinen Interessengemeinschaft‘ des Dreibundes mit auf den Weg gab»:

«Jeder muss Opfer in seiner persönlichen Freiheit, in der gewohnten Entfaltung seiner Kräfte bringen und sein ganzes Ich in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Dann ist uns nicht nur der Sieg gesichert, *sondern auch die Weltherrschaft der deutschen Industrie für die nächsten Dezennien (Jahrzehnte – d. Verf.) besiegelt.*» (4)

Von der Konkurrenz zum Kartell, vom Kartell zum Monopol: Das Signal war gegeben zu einem bis dahin in der Geschichte nicht erlebten Wettlauf um die Steigerung der Produktion, um die Stellung auf den Märkten der Welt und um die Macht im Staat.

Der erste imperialistische Weltkrieg

Das Kriegszielprogramm der Monopole und Junker

Der Wettkampf unter den Grossmächten steigerte sich immer weiter – bis es friedlich nicht mehr vorwärtsging. Lassen sich die Märkte nicht mehr wirtschaftlich erobern, dann werden Truppen geschickt. Das ist ein Gesetz im Imperialismus. So schlug im August 1914 die Stunde, auf die die deutschen Monopole gesetzt hatten. Die in früheren Jahren zu kurz Gekomme-

nen wollten sich sanieren; die schon viel hatten, wollten noch mehr. Das Milliardengeschäft mit dem Weltkrieg begann. Millionen Tote und Krüppel waren das Ergebnis dieser Sanierung; die, die allen Reichtum erarbeitet hatten, wurden jetzt das Kanonenfutter für die Kriegsziele der deutschen Kapitalisten. Die Finanzierung von Kriegerdenkmälern und das Halten von Trauerreden gehörten zum eingeplanten Volksberuhigungsrepertoire.

Die deutschen Junker und Grosskapitalisten planten genau, was sie von diesem Krieg erwarteten. Es liegt uns schwarz auf weiss vor. 1915 setzten sie sich zusammen und entwarfen das Bild ihrer Welt. Daraus entstand ein Brief an die Reichsregierung, der die Unterschrift aller ihrer Spitzenverbände trug. Es lohnt sich, bevor die Geschichte eines Teils dieser Herren ausgebreitet wird, diesen Brief sehr genau zu lesen. Man findet selten in solcher Reinschrift, was diese Herren bewegt, wenn sie von Zukunftssicherung sprechen.

«Neben der Forderung eines Kolonialreiches, das den vielseitigen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands voll genügt, neben der Sicherung unserer zoll- und handelspolitischen Zukunft und der Erlangung einer ausreichenden, in zweckmässiger Form gewährten Kriegsentschädigung sehen sie das Hauptziel des uns aufgedrängten Kampfes in einer Sicherung und Verbesserung der europäischen Daseinsgrundlage des deutschen Reiches nach folgenden Richtungen:

Belgien muss, wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegeltung, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Zukunftsstellung gegenüber England . . . der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. Was Frankreich betrifft, so muss, aus dem gleichen Gesichtspunkt unserer Stellung zu England, der Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebiets bis etwa zur Somme und damit der Ausweg zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage für unsere künftige Seegeltung betrachtet werden. Das hierbei mit zu erwerbende Hinterland muss so bemessen werden, dass wirtschaftlich und strategisch die volle Ausnutzung der gewonnenen Kanalhäfen gesichert ist. . . Auch diese Erwerbungen setzen . . . voraus, dass die Bevölkerung der angegliederten Gebiete nicht in die Lage gebracht wird, politischen Einfluss auf die Geschicke des Deutschen Reiches zu erlangen, und dass die in diesem Gebiete vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschliesslich des mittleren und grösseren Besitzes, derart in deutsche Hand überführt werden, dass Frankreich deren Eigentümer entschädigt und übernimmt.

Für den Osten muss zunächst die eine Erwägung massgebend sein, dass der im Westen zu erwartende grosse industrielle Machtzuwachs ein Gegengewicht durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes Landwirtschaftsgebiet finden muss. . .

Die Notwendigkeit, auch die gesunde landwirtschaftliche Grundlage unserer Volkswirtschaft zu stärken, eine grossangelegte deutsche ländliche Besiedelung ... zu ermöglichen und unsere wehrkräftige Volkszahl stark zu erhöhen, fordert eine erhebliche Erweiterung der Reichs- und preussischen Grenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon

liegenden Gebiete unter Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten . . . Hinsichtlich der Verleihung politischer Rechte an die Bewohner der neuen Gebiete und der Sicherung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses in ihnen gilt das hinsichtlich Frankreich Gesagte. Die Kriegschädigung von Seiten Russlands wird in grossem Umfang in der Übereignung von Land bestehen müssen.

Bund der Landwirte: Dr. Roesicke

Deutscher Bauernbund: Wachorst de Went

Christliche deutsche Bauernvereine: Freiherr von Twickel

Centralverband deutscher Industrieller: Rötger

Bund der Industriellen: Friedrichs

Reichsdeutscher Mittelstandsverband: Eberle

Eine Stimme der Arbeiterklasse

Zur selben Zeit verfassten andere Leute einen Brief – die Spartakusgruppe. Auch sie entwarfen in ihm ein Bild von der Zukunft: Es ist das Weltbild der Sozialisten. Sie reichten ihren Brief nicht bei Ministern und Staatskanzleien ein, sie mussten ihn nicht verheimlichen. Der Aufruf zum 1. Mai 1916 war an alle Werktätigen gerichtet, über die der Krieg unvorstellbare Leiden gebracht hatte. Die Spartakusgruppe rief alle klassenbewussten Arbeiter auf die Strasse:

«Auf zur Maifeier! . . . Zum zweiten Mal steigt der Tag des 1. Mai über dem Blutmeer der Massenmetzelei auf . . . Die sozialistische Internationale liegt seit zwei Jahren darnieder. Und was haben die Arbeiter aller Länder, was haben die Völker gewonnen? Millionen von Männern haben bereits ihr Leben gelassen auf Geheiss der Bourgeoisie. Millionen sind für Lebenszeit zu elenden Krüppeln geschlagen. Millionen von Frauen sind Witwen, ihre Kinder zu Waisen gemacht, in Millionen Familien sind unstillbares Leid und Trauer eingezogen . . .

Und zu wessen Nutzen und Frommen, zu welchem Zwecke all diese Schrecken und Bestialitäten? Damit die ostelbischen Junker und die mit ihnen versippten kapitalistischen Profitmacher durch Unterjochung und Ausbeutung neuer Länder ihre Taschen füllen können. Damit die Scharfmacher von der schweren Industrie, die Heereslieferanten, von den blutigen Leichenfeldern goldene Ernten in ihre Scheunen schleppen . . .

Fort mit dem ruchlosen Verbrechen des Völkermordes! Nieder mit seinen verantwortlichen Machern, Hetzern und Nutzniessern! Unsere Feinde sind nicht das französische, russische oder englische Volk, das sind deutsche Junker, deutsche Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuss: die deutsche Regierung! Auf zum Kampfe gegen diese Todfeinde jeglicher Freiheit, zum Kampfe um alles, was das Wohl und die Zukunft der Arbeitersache, der Menschheit und der Kultur bedeutet.

Schluss mit dem Kriege! Wir wollen Frieden! Hoch der Sozialismus! Hoch die Arbeiterinternationale! Proletarier aller Länder vereinigt Euch!» (6)

Auf zur Maiseier!

2. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Massenorganisation des Proletariats . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran . . .

(Zeitfolge)

Genossen und Genossinnen!

Zum zweiten Mal steigt der Tag des 1. Mai über dem Blutmeer der Massenmehlei auf. Zum zweiten Mal findet der Weltfeiertag der Arbeit die proletarische Internationale in Trümmer geschlagen, während die Kämpferscharen des völkerverfeindenden Sozialismus als widerstandloses Kanonensutter des Imperialismus einander abschlachten.

Die sozialistische Internationale liegt seit zwei Jahren darnieder. Und was haben die Arbeiter aller Länder, was haben die Völker gewonnen? Millionen von Männern haben bereits ihr Leben gelassen auf Geheiß der Bourgeoisie. Millionen sind für Lebenszeit zu elenden Krüppeln geschlagen. Millionen von Frauen sind zu Witwen, ihre Kinder zu Waisen gemacht, in Millionen Familien sind unstillbares Leid und Trauer eingezogen. Nicht genug! Not und Elend, Leuerung und Hungersnot herrschen in Deutschland, in Frankreich, in Rußland. Belgien, Polen und Serbien, die von dem Vampyr des deutschen Militarismus bis aufs Blut und auf das Mark der Knochen ausgezogen werden, gleichen großen Friedhöfen und Trümmerruinen. Die ganze Welt, die vielgerühmte europäische Kultur gehen zu Grunde in der entsetztesten Anarchie des Weltkrieges.

Und zu wessen Ruhm und Frommen, zu welchem Zwecke all diese Schreden und Bestialitäten? Damit die ostelbischen Junker und die mit ihnen versippten kapitalistischen Profitmacher durch Unterjochung und Ausbeutung neuer Länder ihre Taschen füllen können. Damit die Scharmacher von der schweren Industrie, die Heereslieferanten, von den blutigen Leichenselbsten goldene Ernten in ihre Scheunen schleppen. Damit Börsejobber mit Kriegsanleihen Wucherergeschäfte treiben. Damit Lebensmittelspekulanten sich auf Kosten des hungernben Volkes mästen. Damit der Militarismus, die Monarchie, die schwärzeste Reaktion in Deutschland zur nie dagewesenen Macht, zur ungeteilten Herrschaft emporsteigen!

Um ihre stärksten Feinde stark und übermütig zu machen, läßt sich die Arbeiterklasse wie eine Herde Schafe zur Schlachtbank treiben. Und die blutige Orgie findet gar kein Ende, ja, sie dehnt sich immer weiter aus! Morgen vielleicht wird sich der Völkermord auf neue Länder und Weltteile erstrecken. Die deutschen Kriegsheer treiben mit Macht zum Kriege mit den Vereinigten Staaten. Morgen vielleicht sollen wir das Mordeisen gegen neue Brudercharen: gegen die Brust unserer amerikanischen Arbeits- und Kampfgenossen jüden!

Arbeiter! Parteigenossen! Ihr Frauen des Volkes! Wie lange wollt Ihr dem Spud der Hölle ruhig und gelassen zusehen? Wie lange wollt Ihr stumm die Verbrechen der Menschenmehlei, die Not und den Hunger ertragen? Bedenkt, solange das Volk sich nicht rührt, um seinen Willen kundzutun, wird der Völkermord nicht aufhören. Oder aber, er hört erst dann auf, wenn alle Länder an den Vettelstab gebracht, wenn alle Völker zu Grunde gerichtet sind, wenn von der sogenannten Kultur nicht ein Stein auf den andern geblieben ist. Die Reichen können noch lange den Krieg „durchhalten“. Sie leiden keinen Hunger, sie haben üppige Vorräte eingehamstert, sie machen ja die schönsten Geschäfte bei der Mehlei, sie stärken ihre politische Herrschaft durch den Selbstmord der Arbeiterklasse. Aber wir, aber das arbeitende Volk aller Länder, wollen wir noch länger mit eigenen Händen unsere Ketten fester schmieden?

Arbeiter, Parteigenossen! Genug des Brudermordes! Der 1. Mai kommt als Mahner, er pocht an Eure Herzen, an Eure Gewissen. Der Verrat am Sozialismus, an der internationalen Solidarität der Arbeiter hat die Völker ins Verderben des Weltkrieges gestürzt. Nur die Rückkehr zum Evangelium des völkerverfeindenden Sozialismus, zur proletarischen Internationale kann die Völker, die Kultur, die Arbeitersache aus dem Abgrund retten. Zeigt am 1. Mai, daß dieses Evangelium in Euren Herzen und Hirnen lebt. Beweist den herrschenden Klassen, daß die Internationale, daß der Sozialismus nicht tot sind, daß sie mit neuer Kraft wie Phönix aus der Asche emporsteigen! Die proletarische Internationale kann nicht in Brüssel, in Haag oder Bern durch ein paar Duzend Leute wieder aufgerichtet werden. Sie kann nur aus der Tat der Millionen aufstehen. Sie kann nur hier in Deutschland wie drüben in Frankreich, in England, in Rußland auferstehen, wenn die Massen der Arbeiter allenthalben selbst die Fahne des Kampfes ergreifen und ihre Stimme mit Donnergewalt gegen den Völkermord erschallen lassen.

Arbeiter, Parteigenossen und Ihr Frauen des Volkes! Laßt diesen zweiten Maiseiertag des Weltkrieges nicht vorübergehen, ohne ihn zur Rundgebung des internationalen Sozialismus, zum Protest gegen die imperialistische Mehlei zu gestalten. Am 1. Mai reihen wir über alle Grenzperren und Schlachtfelder hinweg die Bruderhand dem Volke in Frankreich, in Belgien, in Rußland, in England, in Serbien, in der ganzen Welt! Am 1. Mai rufen wir vieltausendstimmig:

Fort mit dem ruchlosen Verbrechen des Völkermordes! Nieder mit seinen verantwortlichen Machern, Hegern und Nutznießern! Unsere Feinde sind nicht das französische, russische oder englische Volk, das sind deutsche Junker, deutsche Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuß: die deutsche Regierung! Auf zum Kampfe gegen diese Totfeinde jeglicher Freiheit, zum Kampfe um alles, was das Wohl und die Zukunft der Arbeiterfrage, der Menschheit und der Kultur bedeutet.

**Schluß mit dem Kriege! Wir wollen den Frieden!
Hoch der Sozialismus! Hoch die Arbeiterinternationale!
Proletarier aller Länder vereinigt Euch!**



Karl Liebknecht, Führer des Spartakusbundes, spricht auf Arbeiterkundgebung

Dieser Spartakusbund wurde wie alle Sozialisten und Kriegsgegner von den Kapitalisten und ihren Schergen gehetzt, seine Mitglieder wurden als Demagogen, Verbrecher und vaterlandslose Gesellen verleumdet – wie es mit den Kommunisten bis heute geschieht. Wie recht der Spartakusbund hatte, das hat die Geschichte gezeigt. Diese Dokumente halten jeder Prüfung stand.

Milliardengeschäfte mit dem Krieg: das Chemiekartell

Der Krieg war eine Blütezeit für die Chemieindustrie. Er brachte zustande, was ruhige Friedenszeiten nicht vermocht hatten: Im August 1916 schlossen sich die Chemiebetriebe, die schon seit 1904/1906 in lockerer Form zusammengearbeitet hatten, zu einem grossen Kartell zusammen. Die Interessen der Industrie verlangten nach einer zentralisierten Kriegsproduktion; nur so konnten enorme Profite einerseits und eine schlagkräftige Kriegführung andererseits gewährleistet werden. So fielen die Schranken; sechs Chemiekonzerne organisierten sich in der «Interessengemein-

schaft (IG) der deutschen Teerfarbenfabriken». Diese «kleine IG» war ein Kartell, noch kein einheitlicher Konzern.

Ohne die IG Farben konnte kein Schuss abgefeuert werden. Die IG Farben-Chemiker hatten die kriegsentscheidende Aufgabe, Ersatz für die knappen Rohstoffe zu schaffen, um eine unabhängige Kriegführung zu gewährleisten. So wurden die Grosstaten der deutschen Chemie im Krieg und für den Krieg geboren.

Alle modernen Sprengmittel sind Stickstoffverbindungen. Stickstoff bezog damals alle Welt in Gestalt des Chilesalpeters aus Südamerika. Deutschland musste davon unabhängig werden, weil der Seeweg über den Atlantik immer gefährdet war. Das Haber-Bosch-Verfahren brachte den Durchbruch: Die Gewinnung von Stickstoff aus der Luft war möglich geworden. Ohne die von der IG Farben zur rechten Zeit mit Hochdruck aufgebauten Stickstoffwerke hätte sich die deutsche Militärmaschine infolge Mangels an Sprengstoffen und Schiesspulver schon nach spätestens zwei Jahren hoffnungslos festgefahren.

«Die Sprengstoff-Fabriken waren zwar in der Lage, die im Mobilmachungsplan vorgesehene monatliche Menge zu erzeugen, aber der tatsächliche Munitionsverbrauch überstieg jede Erwartung und betrug nach anderthalb Jahren schon das Zwanzigfache, auf der Höhe des Krieges das Dreissigfache des vorhergesehenen. Da mussten die Teerfabriken helfend eingreifen. Als im August 1915 die letzten Vorräte an Natursalpeter verbraucht waren, samt den Beständen an Chilesalpeter, welche die deutschen Truppen in Antwerpen und Ostende erbeutet hatten, war die Leverkusener Fabrik in der Lage, der Heeresverwaltung ausreichende Mengen synthetischen Salpeters zu liefern. Das hierbei benötigte Ammoniak stellte in immer steigendem Masse das von der Badischen Anilin & Soda-Fabrik entwickelte Luftstickstoffverfahren zur Verfügung. Dadurch war dem bedrohten Vaterland eine unerschöpfliche Quelle zur Versorgung des Heeres mit Sprengstoffen erschlossen.» (7)

Dies wurde 1938 in der Bayer-Werksgeschichte geschrieben, als die Vorbereitungen für einen neuen Eroberungskrieg wieder auf Hochtouren liefen. Der Erste Weltkrieg brachte für alle Werksteile Produktionsrekorde. Bayer kümmerte sich um das Töten *und* das Heilen.

«Auf dem Gebiete der Arzneimittelversorgung stiegen die Anforderungen mit der Dauer des Krieges. Die Werke waren in der Lage, allen Ansprüchen zu genügen. Die schmerzlindernden und schlafspendenden Bayer-Erzeugnisse wurden ungezählten Verwundeten zum Segen.» (8)

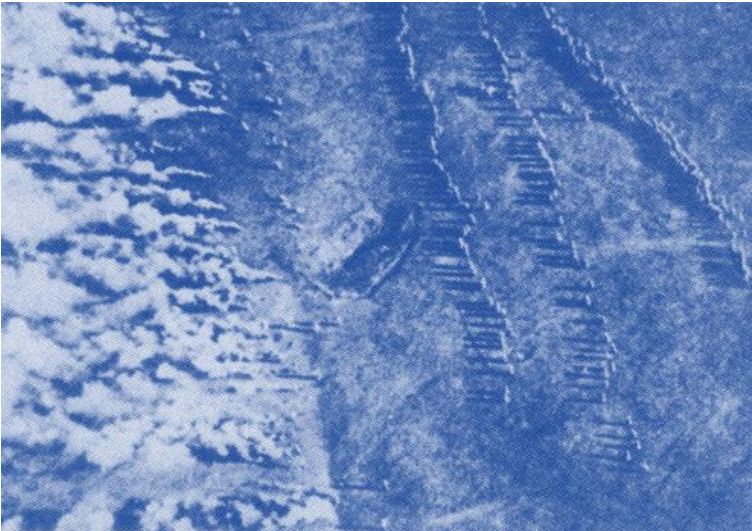
Ob Schiesspulver für die Front oder Arzneimittel für Verwundete, die Kasse stimmte.

Die zweite grosse Aufgabe der IG Farben bestand in der Herstellung von synthetischem Gummi. Durch die Seeblockade der Engländer kam es zum Gummimangel. Die IG Farben erzielte Teilerfolge, 2'000 Tonnen im

Jahr konnte sie liefern. Aus dieser Schwäche zog sie Konsequenzen für die Planung des nächsten Krieges. Seit der Mitte der zwanziger Jahre wurde die Entwicklung für den neuen, noch höher motorisierten Krieg mit Voll- dampf vorangetrieben.

Der Gaskrieg war durch die Haager Konvention geächtet. Es kostete die IG Farben einige Mühe, deutsche Militärs von der Anwendung der Gas- waffe zu überzeugen. Am 22. April 1915 war es soweit. Bei Ypern fand der erste deutsche Gasangriff statt. 6'000 Tote und über 10'000 schwere Gasvergiftungen brachte der erste Einsatz. Im nächsten Monat geschah an der Ostfront dasselbe. Wie alle Todesfabrikanten bis heute hatte auch die IG Farben diese Waffe aus «Humanitäts»gründen entwickelt. 1925 liess sie einen ihrer skrupellosen Wissenschaftler in einem Buch «Der Gas- kampf und die chemischen Kampfstoffe» schreiben:

«Schon das Bestreben, die Härten und Grausamkeiten des Krieges mehr und mehr zu vermeiden, weist empfehlend auf den Gaskampf hin, wie denn die Kriegs- führung, wenigstens von deutscher Seite her, stets das Bestreben gehabt hat, die Leiden des Krieges durch Einführung verbesserter Waffen nach Möglichkeit zu ver- kleinern.» (9)



Deutschlands Weg zur «Weltgeltung» – deutscher Gasangriff an der Westfront 1915, 60'000 Soldaten starben



Frauen in der Rüstungsproduktion 1917

Hungerwinter 1917/18, Lebensmittelausgabe



Human ist, was Profit bringt, inhuman ist es, wenn er nicht mehr sprudelt. Diese «Humanität» kannte bei den Chemiebossen in den folgenden Jahrzehnten keine Grenzen. Bis 1918 wurden in den IG Farben-Betrieben 60 Millionen Kilogramm hochkonzentrierte Gaskampfstoffe in Granaten aller Kaliber gefüllt. Zur gründlichen Ausbildung des Armeepersonals wurde in Leverkusen, wo «zufällig» auch die Bayer-Werke liegen, eine Schule für Gaskrieg eingerichtet.

Die IG Farben wurde grösser und stärker. Grösser und kräftiger wurden auch ihre Zwillingsbrüder von Eisen und Stahl und mit ihnen alle anderen, die Tod und Verderben produzierten. Die Arbeiter lebten anders, vom Arbeiter im Soldatenrock gar nicht zu reden. Sie schufteten nicht selten 80 und 90 Stunden in der Woche, ihre Lebenshaltungskosten stiegen um das Dreifache, die Löhne kaum. Qualitätswaren konnten nur noch die oberen Zehntausend erstehen, die Werkstätigen wurden auf Ration gesetzt. Und das alles bei ständig steigender Arbeitshetze. Die grossen Chemiebetriebe liessen Zehntausende von Frauen hilfsdienstverpflichten, das heisst, zu Zwangsarbeit einziehen. Früher bekam man das Papierhemd zusammen mit dem Sarg. Nun trugen es auch die Lebenden unter der Papierjacke, zusammen mit dem Papiergeld in der Tasche, für das es Lehmseife und Kohlrüben zu kaufen gab, und auch das nur rationiert. Über die Tische der IG Farben-Direktoren aber floss das Geld in Hülle und Fülle. Und an den Fronten floss das Blut, und daheim bei Millionen von Kindern und Müttern flossen die Tränen, auch in Hülle und Fülle.

Die Arbeiterklasse steht auf

Für Frieden und Sozialismus

Der Erste Weltkrieg hätte beinahe das Ende vom Anfang des Aufstiegs der Chemieriesen bedeutet – die Arbeiterklasse wollte nicht mehr unter diesem System der Ausbeutung und des Krieges leben. Die Arbeiter dreh-

ten die Gewehre um. Der November 1918 fegte die Staatsgewalt des Kaiserreiches hinweg. «Für Frieden und Brot», so hallten in ganz Deutschland die Rufe demonstrierender Arbeiter. Die Generäle schoben ihre Schulterstücke in die unterste Schublade, die Kapitalisten schwiegen, die Junker schlichen geduckt durchs Land. Die russische Oktoberrevolution hatte auch den deutschen Arbeitern den Weg gewiesen. In den Kriegshäfen an der Ost- und Nordsee, in München, Hamburg, Berlin, Stuttgart, überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die die Macht am Ort übernahmen. Die historische Bedeutung dieser Revolution fasste Ernst Thälmann zehn Jahre später zusammen:

«Nicht nur Beendigung dieses einmaligen Krieges, nein, Beseitigung des ganzen kapitalistischen Systems, Errichtung des Sozialismus auf den Trümmern der bankrotten bürgerlichen Gesellschaft – das war das Ziel, das den breitesten Massen vor Augen schwebte, wenn auch noch Verworrenheit, Unsicherheit, Unklarheit über den Weg zu diesem Ziel die Mehrheit der deutschen Arbeiter beherrschten.

So war, gemessen an der objektiven Klassensituation, den objektiven Kräfteverhältnissen, die Lage reif zum Siege der deutschen Revolution. Als am 9. November die Arbeiter sich der Panzerautomobile des Militarismus bemächtigten, trugen sie in sich das stolze Gefühl, den Sieg dieser Revolution mit ihrer Tat, mit ihrem revolutionären Kampfwillen, mit ihrer revolutionären Kühnheit unverbrüchlich zu besiegeln.

Und dennoch gelang es noch einmal, die Massen des deutschen Proletariats um die Früchte des 9. November zu betrügen. Die niedergeworfene Bourgeoisie sammelte ihre Kräfte wieder, erstickte durch das blutige Schwert ihres Söldners Noske und der übrigen sozialdemokratischen Henker des deutschen Proletariats den Freiheitswillen und den Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse in Strömen kostbarsten proletarischen Blutes.» (10)

Die Mehrheit der Arbeiter vertraute noch der SPD, obwohl diese ihr revolutionäres Programm längst verraten hatte. 1914 hatte die SPD-Führung der kaiserlichen Regierung die Kredite bewilligt, mit denen der imperialistische Krieg finanziert wurde. Auch später mobilisierte sie die Arbeiter nicht gegen, sondern für den Krieg.

Das führte zur Spaltung der Arbeiterbewegung. 1916 organisierten sich die Kriegsgegner in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Ihr revolutionärer Kern war die Spartakusgruppe unter der Leitung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie agitierten gegen Imperialismus und Krieg, konnten aber eine starke Partei, die die Bewegung der Arbeiter und Soldaten zusammenfasst und sie zum Sturz des Kapitalismus führt, bis zur Revolution nicht mehr aufbauen. Die KPD wurde erst am 30. Dezember 1918 gegründet.

«Sozialisierung» Marke SPD

Ohne revolutionäre Führung mussten die Arbeiter- und Soldatenräte schliesslich scheitern. Die Kapitalisten steckten Unmengen von Geld in «Massnahmen zur Abwehr einer Sozialisierung», die IG Farben allein 12 Millionen Reichsmark. Davon wurde antikommunistische Propaganda bezahlt und wurden konterrevolutionäre Freikorps bewaffnet. Anfangs hielten sich die Kapitalisten noch zurück und überliessen die Dreckarbeit der SPD-Führung. Besonders taten sich dabei der SPD-Vorsitzende Ebert hervor, der erklärt hatte: «Ich hasse die Revolution wie die Sünde», und der Reichswehrminister Noske, der die Führung der konterrevolutionären Truppen mit den Worten übernahm: «Einer muss der Bluthund werden» (11). Während die SPD-Führung den Arbeitern auf grossen Plakaten verkündete: «Die Sozialisierung marschieret», marschierten in Wirklichkeit Reichswehrtruppen und Freikorps. Die alten Militaristen schossen im Auftrag der SPD-Regierung die Revolution zusammen.

Die Sozialisierung war jahrzehntelang eine sozialdemokratische Kernforderung gewesen, sie war aber spätestens mit der Entwicklung zum Imperialismus überholt. Denn wozu kann eine Verstaatlichung noch gut sein, wenn sich die Monopole den Staat untergeordnet haben? Im Programm der KPD (Spartakusbund) hiess es klar: «Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Grossbetriebe in Industrie und Handel *durch die Räterepublik.*» (12) Die SPD-Führung aber verwischte diese entscheidende Frage nach der Staatsmacht. Nachdem sie auf dem ersten Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, am 16. Dezember 1918, überstimmt worden war – die Delegierten hatten die Forderung nach Sozialisierung bekräftigt –, entfachte sie einen grossen demagogischen Wirbel um die Sozialisierung und betrieb zugleich die Restauration der alten Machtverhältnisse.

Schon am 5. Dezember 1918 war eine Sozialisierungskommission berufen worden. Der «Vorwärts», die Parteizeitung der SPD, hatte dazu einen Leitartikel veröffentlicht:

«Aufgabe der Sozialisierungskommission wird es sein, von vornherein beruhigend zu wirken in dem Sinne, dass keine unvernünftigen Experimente zu befürchten sind und dass zum mindesten niemand einen Schaden davon haben wird, wenn er zunächst seiner vor dem Kriege gewohnten Beschäftigung wieder nachgeht.» (13)

Der Artikel schloss bezeichnenderweise «mit dem Bergsteigerspruch: Zeit lassen!» So hatten die Herren der deutschen Konzerne auch zu keiner Zeit Anlass,



Statt Sozialisierung marschiert Reichswehr, Dezember 1918

Bewaffnete Arbeiter auf dem Marsch ins Berliner Zeitungsviertel 1919



besorgt zu sein: Ihre Sache war bei der SPD in guten Händen. 1920 gehörten der «Sozialisierungskommission» folgende Männer an:

Alexander Prentzel, Geschäftsführer des Kalisyndikats und der führende Kopf des Reichskalirats;

Wilhelm Kain, Generaldirektor der Deutschen Kaliwerke;

Hans Kraemer, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie;

Tortilowicz Johann Adolf von Batocki-Friebe als Vertreter der Junker;

Erich Rabbethge, der ehemalige deutsche Zuckerkönig;

Theodor Vogelstein, der Grossbankier.

Vorsitzender der Kommission war Karl Kautsky vom rechten Flügel der USPD (14).

Die «Sozialisierung» Marke SPD endete so, wie sie begonnen hatte: als grossangelegter Betrug an der Arbeiterklasse. Die Macht der Kapitalisten wurde nicht im geringsten beeinträchtigt. Sie blieben alle ungeschoren, die sich am Krieg gemästet hatten: die Bosse der IG Farben, die Herren der Schwerindustrie und der Generalität. Die Revolution aber war niedergeschlagen, die Erde mit Arbeiterblut getränkt, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren hinterhältig ermordet worden.

Die Märzkämpfe in Leuna

1921 ging die Reaktion zum Gegenangriff über. Die fortschrittlichen Arbeiter stemmten sich mit allen Kräften gegen die Entwicklung. Hunderttausende Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter verteidigten die durch die Novemberrevolution erkämpften Rechte wie den Achtstundentag und ihre Betriebsräte. So kam es zu den heroischen Märzkämpfen der Arbeiter Mitteldeutschlands: Dort waren am 19. März 1921 Schupoinheiten in grosser Zahl einmarschiert. Dies war eine von Unternehmern und Grossgrundbesitzern geplante und von dem SPD-Polizeipräsidenten von Sachsen durchgeführte Provokation. Sie hatte den Zweck, die Errungenschaften der Arbeiter vom November 1918 wieder zurückzunehmen. Dazu sollten die Arbeiter zu Aufstandsaktionen getrieben und dann vernichtend geschlagen werden, um eines der damaligen revolutionären Zentren der Arbeiterklasse auszuschalten.

Zwei Tage später standen die Kollegen im Generalstreik, das gesamte Mansfelder Gebiet war dem Aufruf der KPD gefolgt. Am 22. März kam es zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen, am 23. bildeten sich im IG Farben-Werk Leuna proletarische Hundertschaften zur Verteidigung des Werkes. Nun verhängten die SPD-Führer Ebert und Severing den Ausnahmezustand über die Provinz und liessen Reichswehrartillerie aufmarschieren. Trotz erbittertstem Widerstand der Leunawerker (sie hatten sogar einen Panzerzug hergestellt), trotz eines Einsatzversuches durch die Polizei- und Reichswehrketten hindurch konnte Leuna nicht gehalten werden. Am 29. März wurde es gestürmt, zahlreiche Arbeiter wurden ermordet, insgesamt rund 1'700 gefangengenommen und misshandelt. Der weisse Terror wütete. 6'000 Arbeiter wurden eingekerkert und zu hohen Strafen verurteilt, allgemeiner Abbau des Lohnes sowie sozialer und politischer Rechte folgte.

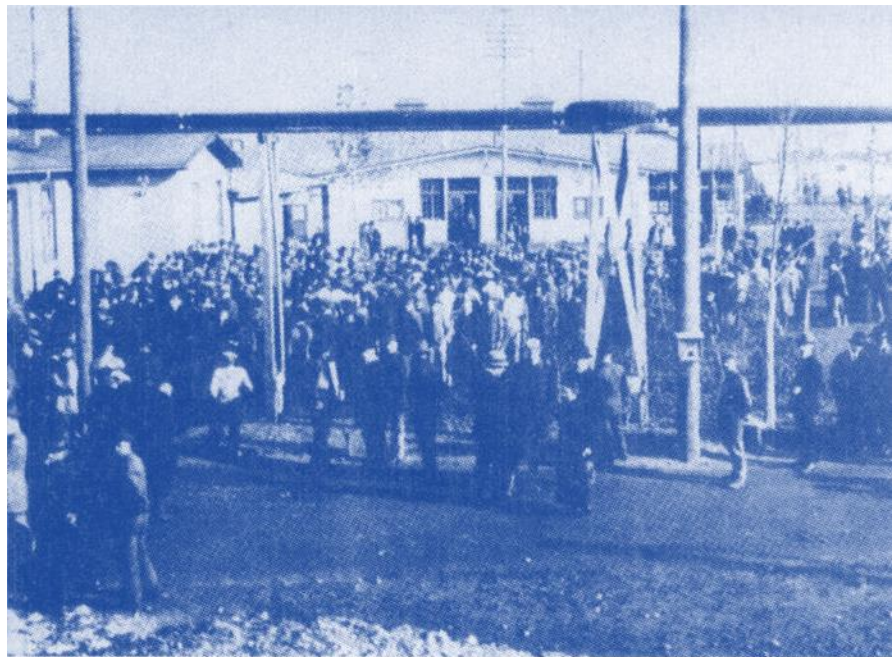
Aus der Vernehmung des Zimmermanns Reinhold Werner:

«Ich habe am Leunawerk gestanden, wurde an die Wand gestellt und nach Waffen durchsucht. Mir wurde dabei alles weggenommen. Die Gefangenen mussten dann singen: Deutschland, Deutschland über alles/ Wir waren etwa 150 Mann. Die nicht sangen, wurden mit Gewehrkolben, Gummiknüppeln usw. bearbeitet. An der Tür mussten wir ein Hoch auf die Schutzpolizei ausrufen, dann wurden verschiedene Leute herausgesucht, im ganzen neun Mann. Sie wurden einfach an die Wand gestellt und erschossen. Die Mannschaften haben sich sehr roh benommen. Die Offiziere standen dabei und haben gelacht . . .

Die übriggebliebenen Gefangenen wurden dann in den Silo gebracht, dort 14 Tage festgehalten und fürchterlich misshandelt. Wenn sie herauswollten, um ihre Notdurft zu verrichten, wurden sie mit Gummiknüppeln gewaltsam wieder eingetrieben.» (Auf eine diesbezügliche Frage): «Es handelte sich um Düsseldorf Schupo.» (15)

Die Unternehmer wussten, warum sie ihre Polizei und Reichswehr so hart zuschlagen liessen. Die Streiks und Abwehrkämpfe gefährdeten ihren Profit: So erklärte Carl Duisberg, Vorstandsmitglied der IG Farben, im Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), es sollten gut fundierte Denkschriften an die Landesregierungen gerichtet werden, «die wohl abgewogen auf den Eindruck hinweisen, den Demonstrationen dieser Art im Auslande hinterlassen müssen» (16). Der sächsische Verband der Industriellen wurde noch deutlicher:

«Die Betriebsunsicherheit vermindert das Vertrauen im Auslande, die Schutzlosigkeit der Unternehmungen verhindert die schon durch die Wirtschaftslage ohnehin erschwerte Aufnahme von Krediten sowohl von inländischen Banken wie insbesondere vom Auslande.» (17)



Streik in den Leunawerken

Streik in Ludwigshafen 1924



Die grossen Streiks in Ludwigshafen

Am 28. November 1922 begann ein grosser Streik im Ludwigshafener Industriebezirk. Anlass war die Entlassung dreier BASF-Betriebsräte tags zuvor, weil sie am Betriebsrätekongress in Berlin teilgenommen hatten. Zugleich richtete sich der Streik gegen die Wiedereinführung des Zehnstundentages. Zuerst ergriff er die Werke Ludwigshafen und Oppau, am 29. November war Generalstreik im ganzen Bezirk. 30'000 im Ausstand! Die Gewerkschaftsführer des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands lehnten den Streik jedoch ab; so waren die Arbeiter auf selbstorganisierte und von der KPD durchgeführte Solidaritätsaktionen angewiesen. Trotz grosser Hilfe selbst aus dem Ausland waren die Kollegen nach drei Wochen gezwungen, aufzugeben und die Bedingungen der Unternehmer zu akzeptieren.

Anderthalb Jahre später streikten wiederum 20'000 Aniliner mehr als zwei Monate lang, vom 6. März bis zum 9. Mai 1924. Sie sollten ab 3. März eine neunte Arbeitsstunde ohne Lohnerhöhung auf sich nehmen. Sie weigerten sich und wurden ausgesperrt. Hinter ihrem Streik stand die KPD, sabotiert wurde ihr Kampf von SPD-Betriebsräten und dem Fabrikarbeiterverband. Unterstützt wurden sie durch Demonstrationen ihrer Frauen, durch Lebensmittel von der Internationalen Arbeiterhilfe und durch einen vierwöchigen Sympathiestreik von 11'000 Chemiarbeitern der Continentalwerke Hannover. Mitte März richtete die deutsche Polizei mit Unterstützung französischen Militärs ein Blutbad unter den streikenden Aniliner an: fünf Tote, 12 Schwerverletzte, 18 leichter Verletzte. Doch das liess den Hass nur wachsen: 25'000 Arbeiter folgten den Särgen! Als im Mai der Streik schliesslich abgebrochen werden musste, hatten die Aniliner zwar die Sicherung des Achtstundentages nicht ganz erreicht, aber die Bezahlung der Überstunden und sonstiger Mehrarbeit wurde durchgesetzt.

Die Kämpfe der Chemiekollegen hatten Auswirkungen auch auf den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). Zwar hielt die Gewerkschaftsführung weiterhin daran fest, dass ein Zusammenwirken mit den Unternehmern unerlässlich sei, und sie warf auch weiterhin kämpferische Kollegen aus der Gewerkschaft hinaus. Aber sie musste doch dem Druck der Mitglieder nachgeben und im Januar 1924 die Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, die etwa der heutigen «konzertierten Aktion» entsprach, kündigen und mehr für die Verteidigung des Achtstundentages unternehmen (18).

Solidarität mit den streikenden Anilinarbeitern!

An die werktätige Bevölkerung Deutschlands!

In der Pfalz steht fast die gesamte arbeitende Bevölkerung in einem schweren Abwehrkampf. Seit Wochen versuchen die Arbeiter der chemischen Industrie, ihre Löhne so zu regeln, dass sie wenigstens einigermaßen vor dem Verhungern geschützt sind. Die Unternehmer, die Anilinkönige, sabotieren die Lohnregelung.

Die Arbeiter der chemischen Industrie arbeiten ständig unter Lebensgefahr. Die Katastrophe von Oppau, die Hunderten von Lohnsklaven der Anilinkönige das Leben kostete, die Hunderte von Familien in das grösste Unglück stürzte, den Frauen ihre Männer und den Kindern ihre Väter wegriss, ist noch in aller Gedächtnis. Die Materialschäden sind längst wieder behoben. Die vom Unglück betroffenen Arbeiterfamilien verkommen im Elend.

. . . Die Massregelung der drei Delegierten zum Betriebsrätekongress war der Funke ins Pulverfass. Spontan legten die Arbeiter des Anilinkonzerns die Arbeit nieder. Spontan schlossen sich die Arbeiter der elektrischen Kraftwerke, der Textil- und Papierindustrie der Bewegung an. Alle Versuche der Gewerkschaftsbürokratie, Verwirrung in die Reihen der Streikenden zu tragen, schlugen fehl.

Fünf Sechstel der streikenden Arbeiter gehören der VSPD an oder sind politisch unorganisiert. Dennoch stehen sie wie ein Mann gegen das brutale Unternehmertum . . . Heute streiken 40'000 Arbeiter in der Pfalz.

Die Zentralinstanzen der Gewerkschaften, die Leitungen des Fabrikarbeiterverbandes, des Textilarbeiterverbandes, des Metallarbeiterverbandes und der Bundesvorstand des ADGB lehnen jedoch die Unterstützung der Streikenden ab.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr müsst euren Brüdern im Kampf helfen. Die Anilinkönige, die französische Besatzungsbehörde, die Behörden der Stinnesregierung, die Gewerkschaftsbürokratie und die VSPD-Bürokraten bilden eine Einheitsfront gegenüber den kämpfenden Arbeitern der chemischen Industrie. Die Anilinkönige haben eine Erklärung erlassen, wonach die Arbeit zu den alten Bedingungen nicht wieder aufgenommen werden darf, sondern der Zehnstundentag auf der ganzen Linie eingeführt werden soll.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Was heute bei den Lohnsklaven der chemischen Industrie begonnen wird, soll morgen bei euch fortgesetzt werden. Hat man erst den Arbeitern der chemischen Industrie den Zehnstundentag aufgezwungen, dann ist Bresche geschlagen für den Zehnstundentag auf der ganzen Linie.

Deswegen ist es die Verteidigung eurer Interessen, wenn ihr die Arbeiter der chemischen Industrie so unterstützt, dass sie den Kampf aushalten können, auch wenn sie von der Gewerkschaftsbürokratie verraten werden.

Organisiert in allen Betrieben sofort die Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden! . . .

So hatten die Arbeiter gekämpft, im Ruhrgebiet, in Ludwigshafen, in Leuna und Halle, in Sachsen, München und Berlin, zuletzt in Hamburg, sie hatten gekämpft unter roten Fahnen gegen die meuchelmordende Reaktion, für die Verteidigung ihrer Interessen und für Arbeiterdemokratie. Doch die Reaktion war wieder stark, die einmalige Gelegenheit des Novembers 1918 war vorüber.

Ernst Thälmann fasste im Oktober 1925 die Lehren der revolutionären Nachkriegszeit zusammen:

«Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue! Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesieglich. Neue Aufstände des Proletariats, neue Siege der Konterrevolution sind dem deutschen Oktober gefolgt. In Polen, in Estland, in Bulgarien standen die Arbeiter auf und wurden geschlagen. Und dennoch werden sie siegen!

Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution, nicht nur durch ihre unmittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der grossen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern.» (20)

Mit Macht zum Monopol

Umverteilung durch Inflation

Mit Hilfe der SPD war es den Bankiers und Industriellen, Grossgrundbesitzern und Militärs gelungen, die revolutionären Erhebungen niederzuschlagen und ihre politische Macht wiederherzustellen. Gleichzeitig gingen sie daran, den Rückschlag wettzumachen, den sie auch wirtschaftlich durch den verlorenen Krieg erlitten hatten. Obwohl sie alle grosse Gewinne aus dem Krieg gezogen hatten – im Vergleich zu den Kapitalisten der Siegermächte hatten sie verloren, vor allem bei ihren Auslandswerten. Doch Aufholen war für sie kein neues Problem. Schon vor dem Krieg waren sie Nachzügler gewesen bei der Eroberung von Kolonien und Märkten. So begannen sie jetzt ihren zweiten Anlauf.

Die Inflation von 1922/23 war einer der ersten Schritte. Sie war ein kaltblütig geplantes und rücksichtslos durchgeführtes Manöver zur Bereicherung der Grossunternehmer auf Kosten der grossen Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Wie ging das vor sich?

Eine der Ursachen der Inflation lag im Krieg. Die Kapitalistenklasse hatte damals beschlossen, dass der Krieg nicht durch neue Steuern – die auch sie getroffen hätten –, sondern durch Kredite finanziert werden sollte: Die Bevölkerung sollte ihre Ersparnisse dem Staat leihen, und der würde dann das Geld zur Rückzahlung den besiegten Völkern abpressen. Der erste Teil dieses Plans verlief – mit Unterstützung der SPD-Führung – sehr erfolgreich, insgesamt 98 Milliarden Reichmark kamen zusammen. Der zweite Teil klappte nicht, weil der verlorene Krieg einen Strich durch diese Rechnung machte. Nun wäre es die einzig reelle Lösung gewesen, die grossen Kapitalisten zur Kasse zu bitten, denn die Arbeitenden und der Mittelstand hatten ja nichts mehr.

Da «brach» – genau zum passenden Zeitpunkt – «die Inflation aus». Das Geld wurde immer schneller immer weniger wert. Für die Anleihebescheine der Kriegskredite, die die Bevölkerung besass, konnte sie sich nichts mehr kaufen. So wurde der Staat billig seine Milliarden-Schulden los. Die grossen Unternehmer aber machten grosse Geschäfte. Sie nahmen Kredite auf, legten das Geld in Sachwerten, Grundstücken, Gebäuden, Maschinen, Rohstoffen an, zahlten die Kredite später in entwertetem Geld zurück – und begannen das Spiel von Neuem.

Entwertung der Papiermark gegenüber der Goldmark (21)		
Juni	1914	1,00
Dezember	1918	2,08
Dezember	1919	10,81
Dezember	1920	17,40
Dezember	1921	45,72
Ende Dezember	1922	1 750,87
Spätherbst	1923	1 000 494 971 000,00

Auch ihren Aussenhandel konnten sie mit Hilfe der Inflation stabilisieren: Die Arbeiter gingen in den Betrieb, stellten Maschinen, Farbstoffe usw. her und bekamen dafür einen Lohn, für den sie sich fast nichts kaufen konnten. Die Kapitalisten hatten aber das Produkt, das sie einen Pappenstiel gekostet hatte. Damit waren sie im Ausland konkurrenzfähig, konnten billiger verkaufen und riesige Gewinne einstreichen. Alle Schulden und Steuern im

DIE BADISCHE ANILIN- & SODA-FABRIK
LUDWIGSHAFEN AM RHEIN
zahlt gegen diesen Gutschein dem Einlieferer den Nennwert von

4,20 GOLDMARK = 1 DOLLAR

Vier Mark und zwanzig Pfennig Gold gleich einem Dollar

Ludwigshafen a Rhein, BADISCHE ANILIN- & SODA-FABRIK
den 5. November 1923

471391 *

Micha. Kress.

Inflation 1923: BASF druckt eigenes Geld

Butterverkauf unter Polizeiaufsicht



Inland, die auf dem alten Preisniveau beruhten, konnten sie mit einem Bruchteil des ursprünglichen Wertes beglichen. Die Sachwerte und der Reichtum der Kapitalisten wuchsen und wuchsen, während die Arbeiterfrauen auf dem Höhepunkt der Inflation 1923 für den Wochenlohn ihres Mannes gerade noch ein Brot ergattern konnten.

Dezember 1922:

Wochenlohn eines Berliner Maurers: 14 950 Mark

Preise pro Pfund:

- Kartoffeln	10 Mark
- Brot	500 Mark
- Margarine	1 100 Mark
- Butter	1 700 Mark
- Schweinefleisch	900 Mark
- Blutwurst	920 Mark (22)

Reallöhne in der chemischen Industrie in Berlin (23)

vom 1. Oktober bis 15. November 1923

(Index: 1914 = 100)

Zahltag	Gelernte	Ungelernte
1. Oktober	46	66
5. Oktober	61	75
8. Oktober	32	46
10. Oktober	34	44
13. Oktober	9	13
16. Oktober	25	32
19. Oktober	11	16
23. Oktober	23	32
26. Oktober	42	59
30. Oktober	19	27
2. November	17	21
5. November	22	32
8. November	32	42
13. November	14	20
15. November	26	34

Eine neue hohe Zeit für die IG Farben also! Sie steckte während der Inflation mehr als das Fünffache dessen ein, was ihr in ihrem Krieg verlorgegangen war. Beinahe alle Werke hatten einen kontinuierlich hohen Export, vor allem in die USA, und daher feste Dollars, und sie konnten bedeutende amerikanische Sachwerte aufkaufen. Duisberg hatte also genügend Grund zu jubeln:

«Der chemischen Industrie hatte die Notzeit der Inflation weniger anzuhaben vermocht als anderen Zweigen des Wirtschaftslebens ... sie gehörte stets zur Spitzengruppe der Devisenbringer ... die chemische Industrie hatte sich nicht totschiessen lassen.»

Was jedoch meinte dieser saubere Krämer zum Ende der Inflation, die vom deutschen Volk herbeigesehnt worden war:

«Aber es war die Frage, wie sie weiterleben würde, als der Spuk der Papiermark zerrann und es galt, der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen. Es war eine harte Wirklichkeit.» (24)

Die Gründung der IG Farben

Der Konzerne zweiter Schritt hiess Konzentration. Die Inflation hatte ihn gut vorbereitet. 1925 wurde die «kleine IG» durch die grosse abgelöst, es entstand ein einheitlicher, straff geführter Konzern. Die renommiert-bürgerliche «Frankfurter Zeitung» schrieb dazu:

«Der erste wirkliche Industrie-Trust in Deutschland wird jetzt durch den Zusammenschluss der chemischen Grossfabriken zur Tatsache. Ein einziges Riesenunternehmen entsteht, dessen Kapital mit 641,6 Millionen Stammaktien und 4,4 Millionen Vorzugsaktien heute einen Kurswert von rund dreiviertel Milliarden repräsentiert, ein einziges Riesenunternehmen, das faktisch die gesamte deutsche Farbenindustrie mit ihren Nebenzweigen mit der Absolutheit des schon durch seine Kapitalmacht unangreifbaren Privatmonopols beherrscht, zusammenfasst, darstellt. Das klingt wie ein grosses historisches Ereignis in der Geschichte des deutschen Industriekapitalismus und ist in Wirklichkeit doch nur die letzte Vollziehung eines tatsächlich schon lange bestehenden Zustandes ... Rationalisierung der Produktion und des Vertriebs, einheitlich konzentrierte Massenfabrikation – das ist das Ziel.» (25)

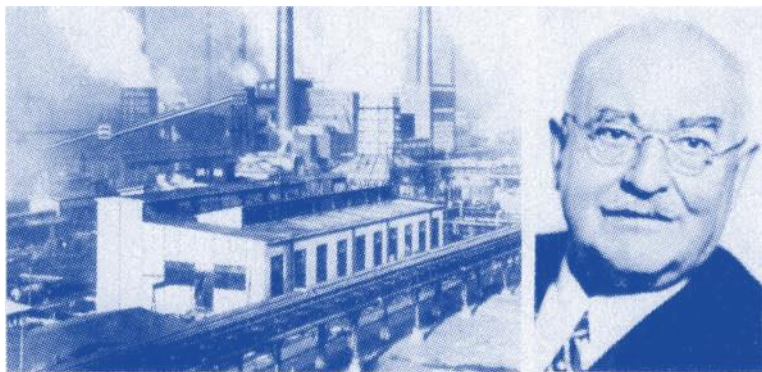
Carl Bosch wurde Vorstandsvorsitzender, Carl Duisberg Aufsichtsratsvorsitzender des Konzerns. Um überflüssiges Palaver auszuschalten, wurde im Vorstand ein Zentralausschuss und im Aufsichtsrat ein Verwaltungsrat gegründet. Dies waren die entscheidenden Schaltstellen. 1927 nannte der Konzern offiziell bereits 70 Tochtergesellschaften sein Eigen, bis 1943 waren es 400 Inlands- und 500 Auslandsbeteiligungen. Eine beinahe unvorstellbare Konzentration von Macht.

Im Jahr der Gründung der IG Farben wurde Carl Duisberg zum Chef des Reichsverbandes der deutschen Industrie (RDI) gewählt. Bei seiner Antrittsrede gab er einen Vorgeschmack davon, was bei dem geplanten Neuaufstieg des deutschen Imperialismus für die Arbeiter abfallen sollte:

«Darüber ist kein Zweifel, dass die deutsche Wirtschaft nur bestehen und ihre Pflichten erfüllen kann, wenn die Lasten begrenzt werden, die sie an Gehältern, Löhnen, Steuern und Frachten und nicht zuletzt an den sozialpolitischen Aufgaben zu tragen hat . . . Die Länder und Gemeinden, von denen viele furchtbar gesündigt haben und noch sündigen, müssen ihre Ausgaben weit unter die Friedenssätze bringen. Sie sind in letzter Zeit alle im Ausgeben zu grosszügig gewesen. Die einen zahlten den Beamten zu hohe Gehälter und den Kommunalarbeitern zu hohe Löhne, die anderen gaben für hygienische, sanitäre und karitative Einrichtungen aller Art, wie Badeanstalten, Krankenhäuser, Lungenheilstätten, Erholungsheime, Parkanlagen, Stadions, Kraftwerke, viel Geld aus. Ein solch armes Volk, wie das deutsche es geworden ist, kann sich derartige Aufgaben überhaupt nicht mehr leisten.

Wir müssen also dem deutschen Volk nicht nur zurufen: ‚Arbeiten lehrt, wie man gegen Not sich wehrt‘, sondern auch: einfacher leben und wieder sparen‘. Jeder entbehrliche Groschen muss zurückgelegt werden, damit er der deutschen Wirtschaft als Kapital zufließt.» (26)

Duisberg hatte ein Privatvermögen von 24 Millionen Mark. Sein Busenfreund Bosch drückte sich einfacher aus: «Der Ruf der Strasse hat keinerlei Anspruch mehr, gehört zu werden.» (27) Auf Boschs persönlichen «Sparkonten» lagen rund 20 Millionen. Wahrlich, sie hatten gespart. Es lässt sich aber in keinem Dokument und keiner Werks-geschichte ein Hinweis darauf finden, dass diese Verzichtsprediger in eine Zweizimmerwohnung umgezogen wären und nur noch einmal in der Woche Fleisch gegessen hätten. Den Chemiarbeitern und ihren Familien hingegen war das Verzichtene eine tägliche Beilage zum Essen. Der Brutto-Stundenlohn der männlichen Betriebs-



Leunawerke Merseburg 1925. Der Gründer der IG Farben, Carl Duisberg

arbeiter in den Lohngruppen I, II und III betrug 66, 64 und 62 Pfennig, Jugendliche unter 21 Jahren erhielten 46, 45 und 44 Pfennig. Den Arbeiterinnen zahlte die IG Farben Stundenlöhne von brutto 44, 43 und 42 Pfennig und, wenn sie jünger als 21 Jahre waren, 33, 32 und 31 Pfennig. Man kann nun einmal ausrechnen, wie lange ein Chemiearbeiter sparen muss, um auf Herrn Boschs Kontostand zu kommen.

Die Republik der Monopole

Was sich im Krieg schon als notwendig herausgestellt hatte und durch ihn beschleunigt worden war, wurde in den zwanziger Jahren vollendet: die immer engere Verschmelzung des Finanzkapitals und seiner Organisationen mit dem Staat. Die Weimarer Demokratie war eine Demokratie der Finanz- und Industriekapitäne. Carl Duisberg umriss im November 1926 seine Art, Politik zu machen:

«Auch ich bin der Meinung, dass eine Änderung in der Behandlung wichtiger wirtschaftlicher Fragen eintreten muss . . . Dass wir uns verständigen, unterliegt keinem Zweifel, über viele Fragen sind wir uns gewiss einig. Vernünftige Menschen verständigen sich immer. Aber wenn wir uns verständigt haben, was dann? Es geht nicht so, dass ich nach einer solchen Verständigung nun zum Beispiel im Reichsverband die gefundene Verständigung einfach durchsetzen *kann*, das kann *ich* gar nicht. *Wo wir einwirken können und müssen, das ist die Parteipolitik. Wo werden all diese Dinge entschieden? Dort drüben im grossen Haus. Und was ist zur Durchsetzung unserer Gedanken notwendig? Geld!* Das war auch die Frage in Amerika – und da hat man die notwendigen Summen aufgebracht. Daher müssen Sie sich darüber klar sein, dass die Herren, die zusammenkommen, auch das Geld aufbringen müssen. Mit Vernunft auf die Parteien einzuwirken habe ich aufgegeben! Alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden durch eine planmässige Beeinflussung.» (28)

Nach der Reichstagswahl vom Mai 1928 sassen fünf führende Vertreter des IG Farben-Konzerns als Abgeordnete verschiedener Parteien im Reichstag:

Jakob Haslacher, Generaldirektor der von der IG Farben beherrschten Rheinischen Stahlwerke,
für die Deutschnationale Volkspartei;

Wilhelm Kalle, Verwaltungsratsmitglied der IG Farben,
für die Deutsche Volkspartei;

Paul Moldenhauer, Aufsichtsratsmitglied der IG Farben,
für die Deutsche Volkspartei;

Clemens Lammes, Aufsichtsratsmitglied der IG Farben,
für das Zentrum;

Hermann Hummel, Aufsichtsratsmitglied der IG Farben, für die Deutsche Demokratische Volkspartei.

Paul Moldenhauer wurde später Reichswirtschaftsminister und dann Reichsfinanzminister. Auch der Wirtschaftsminister unter den Reichskanzlern Brüning und Papen, Warmbold, kam aus dem Vorstand der IG Farben. Finanzberater Brünings war Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied der IG Farben mit dem Ressort Finanzwirtschaft.

So begann der Kampf nicht nur der IG Farben um die Weltmärkte von neuem. Woher und wohin der Wind wieder zu wehen begann, zeigte sich im April 1925 an der Wahl des Raubritters und Junkers der ersten Garde, des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, zum Reichspräsidenten. Der deutsche Generalstab konnte sich wieder in der Öffentlichkeit organisieren. Die Rhein-Metall-Borsig-Gesellschaft nahm den Betrieb ihrer ersten Geschützfabrik auf. Und der IG Farben-Chef Duisberg war bei seinem Lieblingsthema:

«Wenn Deutschland wieder gross werden soll, dann müssen alle Klassen unseres Volkes einsehen, dass Führer nottun, die ohne Rücksicht auf Massenstimmungen handeln . . . Man kann mit Fug und Recht erwarten, dass unser deutsches Volk die Anzahl von Persönlichkeiten hervorbringen wird, die unsere Nation führen können. Nur dann wird sie aus dem tiefen Elend zu ihrer vergangenen Grösse wieder aufsteigen.» (29)

Die Weltwirtschaftskrise

Der grosse Krach

Am 19. Oktober 1929, dem «schwarzen Freitag», begann mit dem Börsenkrach in New York eine Wirtschaftskrise, die die ganze kapitalistische Welt erschütterte. Sie entstand zwangsläufig aus der Entwicklung des Imperialismus.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die USA zur führenden Wirtschaftsmacht geworden, sie hatten ihre Produktion und vor allem ihre Waren- und Kapitalexporte ständig erweitert. Andere kapitalistische Länder wie Frankreich verloren ebenso stetig an Einfluss. Das Deutsche Reich hatte sich wieder eine solche Position erobert, dass es im Export von Kapital sogar

vor England rangierte. In allen Ländern trieben die grossen Industriellen die Produktion gewaltig voran, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfte sich – bis die Märkte die Massen von Waren nicht mehr aufnehmen konnten.

Absatzschwierigkeiten traten auf, die Überproduktion füllte Halden und Lager. Die Konkurrenz nahm dadurch weiter zu, die Preise fielen, aber die Waren konnten dennoch nicht alle abgesetzt werden. Schliesslich musste in allen kapitalistischen Ländern die Produktion gedrosselt werden, die Unternehmer führten Kurzarbeit ein, setzten die Arbeiter in Massen auf die Strasse. Doch je mehr die Arbeitslosigkeit wuchs, desto weniger Nachfrage verblieb; und je weniger Waren verkauft wurden, desto mehr wuchsen die Vorräte und sank die Produktion. Am Ende stand der grosse Krach.

Die bis 1933 eingetretenen Verluste durch ungenützte Arbeitskraft, durch stillgelegte Fabriken, durch direkte Vernichtung von Gütern betragen etwa 200 Milliarden Gold-Dollar. Das ist ungefährdet Betrag, auf den das damalige Volksvermögen der USA geschätzt wurde. Mit anderen Worten: Die Verheerungen durch die Krise wirkten sich so aus, als ob dieses damals reichste Land der Erde durch ein Erdbeben in einen einzigen Trümmerhaufen verwandelt worden wäre.

In Deutschland war die Krise besonders tiefgreifend. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte es 1921 eine kurze Erholung der Wirtschaft gegeben, dann kam die starke Erschütterung der Inflationszeit. Es folgte eine Stabilisierung, 1925/26 unterbrochen durch Krisenerscheinungen. Dann gab es 1926/27 knapp zwei Jahre Aufschwung, aber seit 1928 wieder Stagnation und schliesslich 1929 die schwere Krise. Die meisten grossen deutschen Konzerne, vor allem der Schwerindustrie, kamen in finanzielle Schwierigkeiten. Das hatte wiederum Auswirkungen auf die Banken, die ihre Kredite nicht zurückgezahlt bekamen, so dass viele selber zahlungsunfähig wurden. Der Finanzdirektor der IG Farben, Hermann Schmitz, aber konnte auf dem Höhepunkt der Krise in seinem Bericht über das zweite Vierteljahr 1931 erklären:

«Die finanzielle Lage ist nach wie vor günstig, umso mehr, als keinerlei Bankverpflichtungen bestehen.» (30)

Der grosse Bankenkrach konnte also der IG Farben nur wenig anhaben.

Anders bei den Werktätigen. Hier herrschte wieder das grosse Elend. Das Heer der Arbeitslosen wuchs von Monat zu Monat. In den IG Farben-Betrieben erreichten Antreiberei und Denunziantentum einen Höhepunkt. Wer muckte, flog. Bereits 1930 war in Leuna wie in allen anderen IG Farben-Wer-



Erwerbslosendemonstration in Berlin der dreissiger Jahre

Arbeitslosenschlange in Berlin 1930



ken auf Anweisung des Vorstandsvorsitzenden Bosch Kurzarbeit eingeführt worden, man liess nur noch 40 Stunden in der Woche arbeiten. In Leuna waren weit über 12'000 Arbeiter und fast 1'300 kleine und mittlere Angestellte arbeitslos; die Zahl der beschäftigten Arbeiter wurde zwischen 1929 und 1932 von rund 19'000 auf rund 6'700 und die Gesamtbelegschaft von über 22'000 auf rund 8'500 reduziert. Ende 1931 gingen die Arbeiter in Leuna und in allen anderen grossen IG Farben-Betrieben mit Wochenlöhnen von 23,60 bis 30 Mark und die Arbeiterinnen mit durchschnittlich 17,10 Mark nach Hause; die gelernten Handwerker brachten es auf einen Betrag, der zwischen 30,80 und 34,20 Mark lag.

Mit diesen Massnahmen kam die IG Farben noch gut über die Runden. Das zeigt ein Bericht über die Generalversammlung vom Sommer 1931:

«Auf eine Reihe von Fragen erwiderte Geheimrat Dr. Schmitz. Die Ausfälle der Debitoren (Kreditnehmer – d. Verf.) seien sehr gering gewesen. Aktien im Nominalwert von rund RM 50 Millionen seien zurückgekauft worden. Die Liquiditätsbesserung habe gegenüber der Bilanz neben der Beseitigung der Bankschulden eine Erhöhung der flüssigen Mittel auf z. Zt. rund 160 Millionen gebracht. Angaben über den Umsatz und die Handelsunkosten wurden ebenso wie in früheren Jahren als unmöglich abgelehnt . . .

Die Löhne und Gehälter bei IG Farbenindustrie und Leunawerk seien gegenüber dem Vorjahr von RM 364 Millionen auf rund RM 300 Millionen und die pflichtmässigen Soziallasten um 3,1 Millionen auf 17,4 Millionen zurückgegangen. Die Tantieme für den Aufsichtsrat sei um 10 Prozent vermindert worden.» (31)

Nur um zehn Prozent wurden die Tantiemen der Konzernherren gekürzt, denn diese waren – anders als die Arbeiter – Männer, denen die IG Farben, wie Carl Bosch einmal erklärte, „allerdings nicht aus reiner Menschenliebe Gehälter zahlt, die weit über die Staatsgehälter hinausgehen“ (32).

Mit der Unterdrückung wächst der Widerstand

«Aufstieg oder Niederfall» – so lautete der Titel einer Denkschrift des Reichsverbands der deutschen Industrie (RDI) vom Dezember 1929. Die Krise hatte die Expansionsbestrebungen vor allem der deutschen Stahlindustrie merklich unterbrochen. Ein härterer Kurs gegen die Arbeiterklasse sowohl wirtschaftlich wie politisch musste her, damit die deutschen Monopole «konkurrenzfähig» blieben. Die verheerende Krise sollte ausgenutzt

werden, um den entscheidenden Schlag gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zu führen. Auf einer Mitgliederversammlung des RDI, die im Zusammenhang mit der Denkschrift stand, konnte der Delegierte des Verbandes sächsischer Industrieller, Wittke, unwidersprochen erklären, dass es «einer festen und beständigen Regierung (bedarf), die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist . . . Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt.» (33)

Den Worten folgten umgehend die Taten. Die NSDAP wurde finanziell mehr und mehr hochgepöppelt. Ein Jahr darauf begann der Reichskanzler Brüning, als Hungerkanzler in die Geschichte eingegangen, nach der RDI-Denkschrift zu arbeiten: Lohnsenkungen, Kürzung der Sozialleistungen bei den Werkträgern auf der einen, steuerliche Vergünstigungen und Subventionen für die Monopole auf der anderen Seite. Seine Notverordnungen waren im Direktionszimmer der IG Farben ausgearbeitet worden; Vorstandsmitglied Schmitz war der engste Berater von Brüning, Aufsichtsratsmitglied Warmbold wurde Brünings Wirtschaftsminister. Die neuen Gesetze waren Notverordnungen «im ureigensten Sinne der Wortes», wie Clara Zetkin sagte, «denn sie verordneten Not und steigerten schon vorhandene Not.» (34)

Mit einem Federstrich nahmen die Notverordnungen alles, was die Arbeiter in zehn Jahren mühevoller Kämpfe errungen hatten. Die gleiche Notverordnung, die im Dezember 1931 alle Löhne und Gehälter um 10 bis 15 Prozent drückte, setzte die Zinsen für Hypotheken um 20 Prozent herab und machte damit den Industriellen und Grossgrundbesitzern ein Riesengeschenk. Das Kabinett der Barone unter Reichskanzler von Papen verschlimmerte noch die Lage der Arbeiter: Das tarifliche Lohnsystem wurde durch staatliche Lohndiktate abgelöst. Der Lebensstandard der Bevölkerung sank von Woche zu Woche. Die Arbeitslosenzahlen stiegen beinahe unaufhör-

Jahr	1929	1930	1931	1932	1933*
„Sichtbare“ Arbeitslosigkeit	1 918	3 140	4 573	5 580	6 008
„Unsichtbare“ Arbeitslosigkeit	242	634	1 470	2 353	2 714
Gesamtarbeitslosigkeit (jeweils mal 1 000)	2 160	3 774	6 043	7 933	8 722
in % der Erwerbspersonen	10,8	18,6	26,6	35,7	43,2
Gewerkschaftsstatistik:					
%-Satz der Arbeitslosen	13,2	22,2	33,7	43,7	46,8
%-Satz der Kurzarbeiter	7,5	13,4	19,7	22,6	?
*Nur Januar/Februar					(35)

lich, zwei Drittel der arbeitenden Bevölkerung waren 1933 arbeitslos oder auf Kurzarbeit angewiesen.

In Mannheim gab es über 50'000 Stempelgänger, die Produktion der dortigen Werke war um über 40 Prozent gegenüber 1928 zurückgegangen.

Im Juni 1932 wurde die Dauer der Arbeitslosenunterstützung auf sechs Wochen verkürzt gegenüber früher 26 Wochen. Beinahe zwei Millionen Arbeitslose erhielten nicht einmal mehr Stempelgeld, sondern waren auf die Pfennige der Wohlfahrt angewiesen. Der Nettowochenlohn der Industriearbeiter fiel von etwa 42 RM auf etwa 22 RM bei einem offiziellen Existenzminimum von 39 RM. Das reichte weder zum Leben noch zum Sterben.

In allen Betrieben waren Lohnkürzungen und Abbau von betrieblichen Leistungen an der Tagesordnung. Die Unruhe unter der Arbeiterklasse wuchs daher von Tag zu Tag, die berechtigte Angst vor Entlassung wich dem Hass auf das kapitalistische System, das die Arbeitenden und Arbeitswilligen nicht einmal mehr zu ernähren imstande war. In Mannheim kam es zu teilweise wochenlangen Streikaktionen, zu Hungermärschen und Demonstrationen, zu Zusammenstößen mit der Polizei. In den Streikkomitees standen Sozialdemokraten, Parteilose und Kommunisten wie ein Mann zusammen. In einer Entschliessung des Bezirksparteitages der KPD Baden/Pfalz von 1932 hiess es:

«In unserem Bezirk zeigt sich der revolutionäre Aufschwung besonders in einer Reihe von Streiks, die zum grössten Teil unter unserer Führung stehen, und mehr als die Hälfte endete erfolgreich.» (36)

Die KPD wurde in Mannheim zu einer starken Kraft. Die Strassenzellen und, was um vieles wichtiger war, auch die Betriebszellen mehrten sich, von Wahl zu Wahl gewann die KPD mehr Stimmen. Bei der Reichstagswahl im November 1932 überholte sie in Mannheim zum ersten Mal die SPD.

Als Anfang der dreissiger Jahre die faschistische Gefahr immer bedrohlicher wurde, wuchsen auch die Kräfte des Antifaschismus.

«In Mannheim entstanden zwei antifaschistische Massenbewegungen, die «Eiserne Front¹ unter sozialdemokratischem und die ‚Antifaschistische Aktion‘ unter kommunistischem Einfluss. An den Kundgebungen und Aufmärschen dieser beiden Bewegungen beteiligten sich Zehntausende Mannheimer. Doch man demonstrierte getrennt. Selbst am 1. Mai 1932 gab es keinen gemeinsamen Aufmarsch. Die Arbeiterbewegung war tief gespalten.» (37)

Die Verhinderung des Faschismus wäre nur einer geeinten Arbeiterklasse möglich gewesen, nur im gemeinsamen Kampf gegen das Monopolkapital hätte sich diese Einheit herausgebildet. Selbst viele untere Funktionäre der SPD waren sich hierin mit den Kommunisten einig, aber die SPD-Führung verliess sich auf ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Kapital.

Acht Tage, bevor sich die SPD-Regierung in Preussen sang- und klanglos von Papen zum Teufel jagen liess trotz Unterstützungsangeboten der KPD, erklärte Ernst Thälmann auf dem Antifa-Kongress in Berlin am 10. Juli 1932:

«Wir wollen, dass die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen!

Wir wollen, dass alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit gemeinsam alle Methoden des Massenkampfes gegen die faschistischen Anschläge zur Anwendung bringen! . . .

Wir wollen, dass gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, gegen die Zerschlagung der Freiheit und aller Rechte der Arbeiterklasse, gegen die Unterdrückung der proletarischen Organisationen, der Presse, Versammlungen und Demonstrationen des Proletariats, gegen alle Verbotsmassnahmen der Papen-Regierung die Arbeiter aller Richtungen und aller Organisationen gemeinsam und brüderlich den politischen Massenstreik organisieren!» (38)



Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, spricht 1930 auf dem Jugendtag in Leipzig

Trotz aller Schwierigkeiten gewann die Arbeiterbewegung immer mehr an Kraft, Teile der Zwischenschichten, Angestellte, Bauern, kleine Selbstständige, schlossen sich ihr an. Dadurch sank der Einfluss der Naziartei. Bei den Novemberwahlen 1932 fiel die Zahl ihrer Stimmen von 13,7 auf 11,7 Millionen. Statt 230 Sitzen im Reichstag blieben der NSDAP 169, während Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam 220 Abgeordnete stellten.

Als die Kapitalistenklasse sich 1933 geeinigt hatte und dem Nationalsozialismus die Macht übergab, konnte die Arbeiterklasse die Bildung der grossen antifaschistischen und antikapitalistischen Einheitsfront nicht mehr vollenden. Was allein einen wirksamen Widerstand hätte bringen können, scheiterte an der Sabotage der SPD-Führer, die zu einer Unbeweglichkeit in der revolutionären Taktik der KPD führte.

Am 30. Januar 1933 übermittelte die KPD der SPD und den Gewerkschaften einen Vorschlag zum Generalstreik. Aber SPD- und Gewerkschaftsführer lehnten erneut ab. Sie wollten auf dem Boden der Verfassung bleiben, nicht als erste die Gesetzlichkeit brechen. Sie hatten bereits kapituliert.

So musste die KPD in der bittersten Stunde der deutschen Arbeiterbewegung allein handeln. Ihr Aufruf zum Generalstreik wurde auch von Arbeitern der Rhein-Main-Druckerei in Mannheim in Nacharbeit gedruckt, in vielen Städten gab es Streiks und Protestkundgebungen. Aber die Kräfte der KPD allein reichten nicht aus, die Errichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern. So blieb für die folgenden zwölf dunklen Jahre nur der illegale Kampf im antifaschistischen Widerstand.

Letzter Ausweg der Konzerne: Hitler und der Krieg

Die Krise und die Unternehmeroffensive zur Abwälzung aller Krisenlasten auf die Werktätigen hatte den Klassenkampf verschärft. 44 Prozent Arbeitslose 1932 waren eine brennende Anklage gegen das herrschende System. Immer mehr Arbeiter sahen, wohin der Kapitalismus führen musste, erkannten die Notwendigkeit, sich in den Kampf für den Sozialismus einzureihen.

Die Monopole dagegen brauchten für ihre Pläne Ruhe im Land. Die IG Farben hatte den Notverordnungskurs festgelegt – dazu und für ihre weitergehenden Pläne brauchte sie eine gezügelte Arbeiterklasse.

Carl Duisberg, ihr Aufsichtsratsvorsitzender, zog im März 1931 in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer München die Schlussfolgerungen aus der Krise:

«Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zu seiner Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.» (39)

Der nächsten Krise sollte mit der Eroberung neuer Märkte zuvorgekommen werden. Das war das Kriegszielprogramm der deutschen Monopole acht Jahre vor dem Krieg!

Als die Arbeiter sich mit dieser Politik nicht abfanden und weder Brüning und Papen noch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD-Führer sie vom Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Abbau demokratischer Rechte abhalten konnten, zögerten die Monopole nicht länger, sich mit Hitler an einen Tisch zu setzen. In ihm sahen sie den Mann, der mit seinen Schlägertrupps von SA und SS imstande war, den Marxismus auszurotten und ihre Weltherrschaftspläne zu realisieren. Denn die Anzeichen, dass die Arbeiter ihnen einen Strich durch die Rechnung machen könnten, wuchsen. Bei den Novemberwahlen 1932 hatte die KPD 700'000 Stimmen dazugewonnen. Am 8. Dezember 1932 vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch:

«In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Geldsorgen machen jede zielbewusste Arbeit unmöglich . . . Wir sind alle sehr deprimiert, vor allem im Hinblick darauf, dass nun die Gefahr besteht, dass die ganze Partei auseinanderfällt und alle unsere Arbeit umsonst getan ist. . . Der Führer . . . bleibt stehen und sagt nur: ‚Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in drei Minuten mit der Pistole Schluss? « (40)

Da handelten die Kapitalisten, um sich die NSDAP zu erhalten. In internen Rundschreiben, die unter dem Namen «Deutsche Führerbriefe» als eine Art Schulungsmaterial unter ihnen kursierten, wurde im September 1932 die politische Lage untersucht und ihre Meinung erstaunlich offen wiedergegeben:

«Vier Folgerungen aus dieser Analyse sind wichtig:

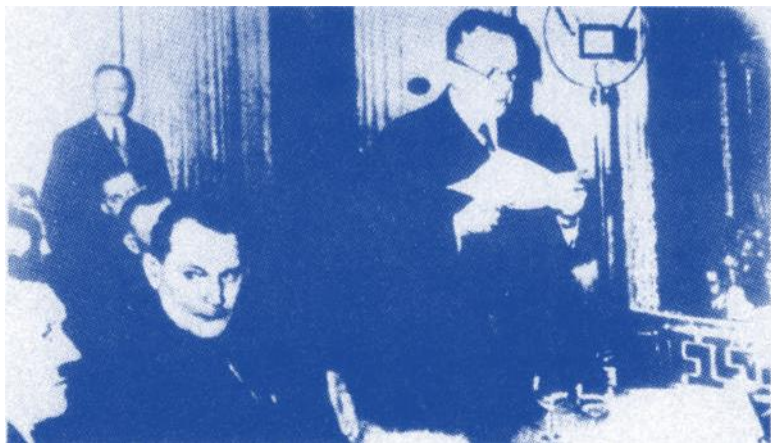
1. Die Politik des kleineren Übels ist nicht eine Taktik, sie ist die politische Substanz der Sozialdemokratie.
2. Die Bindung der Gewerkschaftsbürokratie an den staatlichen Weg von oben ist zwingender als ihre Bindung an den Marxismus, also an die SPD, und gilt gegenüber jedem bürgerlichen Staat, der sie einbeziehen will.
3. Die Bindung der Gewerkschaften an die SPD steht und fällt politisch mit dem Parlamentarismus.
4. Die Möglichkeit einer liberalen Sozialverfassung des Monopolkapitalismus ist bedingt durch das Vorhandensein eines automatischen Spaltungsmechanismus

der Arbeiterschaft. Ein bürgerliches Regime, dem an einer liberalen Sozialverfassung gelegen ist, muss nicht nur überhaupt parlamentarisch sein, es muss sich auf die SPD stützen und der SPD ausreichende Errungenschaften lassen . . . Der Prozess dieses Überganges, in dem wir uns augenblicklich befinden, weil die Wirtschaftskrise jene Errungenschaften zwangsläufig zermalmt hat, durchläuft das akute Gefahrenstadium, dass mit dem Fortfall jener Errungenschaften auch der auf ihm beruhende Spaltungsmechanismus der Arbeiterschaft zu wirken aufhört, mithin die Arbeiterschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät . . . Die Rettung aus diesem Abgrund ist nur möglich, wenn die Spaltung und Bindung der Arbeiterschaft, da jener Schleusenmechanismus in ausreichender Weise nicht wieder aufzurichten geht, auf andere und zwar direkte Weise gelingt. Hier liegen die politischen Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus.» (41)

So schickte eine Gruppe einflussreicher Bankiers und Industrieller bereits kurz nach der Novemberwahl eine Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg:

«Mit Eurer Excellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom Parteiwesen unabhängigen Regierung. . . Die Übertragung der verantwortlichen Leitung . . . an den Führer der grössten nationalen Gruppe (das war Hitler! – d. Verf.) wird . . . Millionen von Menschen . . . zu bejahender Kraft mitreissen.» (42)

Anfangs wahrte die IG Farben noch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Hitlers Programm, auch wenn – sicher ist sicher – Mitglieder des Vorstands wie Bütefisch das Parteibuch der NSDAP schon in der Tasche trugen.



1932: Im Düsseldorfer Industrieclub legen Hitler und Göring den deutschen Monopolherren ihr Programm dar

Die IG Farben hatte unter Brüning und Papen gute Geschäfte gemacht, und sie fürchtete, bei einem Machtantritt Hitlers würden Schwierigkeiten auf ihre Exporte und internationalen Verbindungen zukommen. Als exportorientierter Konzern teilweise auf ausländische Rohstoffe angewiesen, behagte der IG Farben anfangs zudem das Autarkie-Programm (wirtschaftliche Unabhängigkeit von Importen) nicht so recht.

«Mit wachsender Verschärfung der Wirtschaftslage und der Dauer des Produktionsrückgangs erfolgte jedoch auch hier eine Umorientierung, die Hand in Hand mit dem politischen Aufstieg der NSDAP ging.» (43)

So wurde Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. Der Faschismus war am Ruder.

Am 20. Februar 1933 versammelten sich rund 25 der mächtigsten Finanzkapitäne im Reichspalais und hörten erfreut die Worte Görings:

«Die Wahl vom 5. März wird bestimmt die letzte sein für die nächsten zehn Jahre, wahrscheinlich sogar für die nächsten 100 Jahre.» (44)

Für solche Worte zur rechten Zeit lässt man gern die Kasse klingeln: Die IG Farben beteiligte sich mit 10 Prozent an der Wahlkampfspende der Industrie. Ferner kam Rudolf Hess, der Stellvertreter des Führers, in den Genuss von weiteren 750'000 Reichsmark.

Konto «Nationale Treuhand, Dr. Hjalmar Schacht», beim Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. (Auszug), 1933 (45)

Einzahlungen auf das Konto:		RM	
Februar	23 Verein für Bergbauliche Interessen, Essen	200 000,—	
	24 Karl Hermann Automobil-Ausstellung, Berlin	150 000,— 100 000,—	
	25 Dir. A. Steinke DEMAG AG, Duisburg	200 000,— 50 000,—	
	27 Telefunken, Gesellschaft für drahtlose Telegrafie, Berlin	35 000,—	
	OSRAM GmbH	40 000,—	
	28 IG Farben, Frankfurt/M.	400 000,—	
	März	1 Ihre Einzahlung (Schacht – d. Verf.)	125 000,—
		3 Dir. Karl Lange, Maschinenindustrie Verein für Bergbauliche Interessen, Essen	50 000,— 100 000,—
		Karl Hermann, Berlin, Dessauer Str.	150 000,—
		AEG, Berlin	60 000,—
7 Gen.-Dir. F. Springorum, Dortmund Accumulatorenfabrik AG, Berlin		36 000,— 25 000,—	
13 Verein für Bergbauliche Interessen, Essen		300 000,—	

Heinrich Bütefisch, Dr.-Ing., Wehrwirtschaftsführer, † 13.8.1969. 1941/42

Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, von 1938 bis 1945, vorher stellvertretendes Mitglied.

Vorstandsmitglied: Braunkohle-Benzin AG, Berlin.

Geschäftsführer: Ammoniakwerk Merseburg GmbH, Leunawerke, Krs. Merseburg.

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Norddeutsche Hydrierwerke AG, Pölitz.

Aufsichtsratsmitglied: Donau Chemie AG, Wien; Mineralölbaugesellschaft AG, Berlin.

Mitglied von Himmlers Freundeskreis; Mitglied der NSDAP und der DAF (Deutsche Arbeitsfront); Obersturmbannführer in der SS; Mitglied des NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps) und NSFK (Nationalsozialistisches Fliegerkorps); Mitglied des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik; Mitarbeiter von Krauch beim Vierjahresplan; Produktionsbeauftragter für Öl im Rüstungsministerium; Präsident des Technischen Experten-Ausschusses der Europäischen Stickstoffkonvention usw.

Kriegsverdienstkreuz I. und II. Klasse, Ritterkreuzträger.

Nach 1948

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Kohle-Öl-Chemie GmbH, Gelsenkirchen.

Aufsichtsratsmitglied: Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf; Deutsche Gasolin AG, Westberlin; Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holten.

Leiter des Technischen Expertenkomitees der Internationalen Konvention der Stickstoffindustrie.

1964

Grosses Bundesverdienstkreuz. Verleihung musste auf Grund von Protesten rückgängig gemacht werden.

Am Abend des 20. Februar 1933, nach der Besprechung im Reichspalais, konnte Goebbels befriedigt in sein Tagebuch notieren:

«Wir treiben für die Wahl eine ganz grosse Summe auf, die uns mit einem Schlage aller Geldsorgen enthebt. Ich alarmiere gleich den ganzen Parteiapparat, und eine Stunde später rattern schon die Rotationsmaschinen. Jetzt werden wir auf Hochtouren aufdrehen. Wenn uns keine aussergewöhnliche Panne mehr unterläuft, dann haben wir auf der ganzen Linie gewonnen.» (46)

Als er dieser Rückendeckung durch das Finanzkapital sicher war, konnte Hitler mit äusserster Kraftentfaltung vorgehen. Am 27. Februar 1933 steckten die Nazis den Reichstag in Brand. Sie bezeichneten diese Untat als Werk der «Roten» und liessen Zehntausende Antifaschisten von SA-Horden, die als Hilfspolizei herangezogen wurden, verprügeln, verhaften und ermorden. Der Weg zu den Terrorwahlen im März 1933 war frei.

Die Märzwahlen brachten der NSDAP einen Zuwachs von sechs Millionen Stimmen, aber noch nicht die absolute Mehrheit der wahlfähigen Bevölkerung, sondern nur 44 Prozent. Auch wenn die vom Kapital auf die braune Linie Hitlers eingeschworene Presse lauthals verkündete, das ganze deutsche Volk sei für Hitler, Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt prügeln: Trotz massiven Drucks und bereits erster Schritte zur Ausschaltung der Opposition, vor allem der KPD, war das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht bereit, dem braunen Terroristen zu huldigen. Daher wurden innerhalb weniger Monate alle Parteien verboten, die Gewerkschaften aufgelöst und Sozialdemokraten und Kommunisten in die ersten KZs eingeliefert.

Die Faschisten nutzten ihre neue, staatliche Macht gezielt und rücksichtslos aus. In vier Monaten zerschlugen sie die einzige Kraft, die den Plänen ihrer Auftraggeber aus Grossindustrie und Hochfinanz gefährlich werden konnte, die organisierte Arbeiterbewegung, oder trieben sie in die Illegalität. Und das wurde ihnen dann auch weiterhin honoriert. Die Spenden flossen ohne Unterbrechung und wurden sogar noch erhöht, je weiter die imperialistische Innen- und Aussenpolitik fortschritt. So zahlte allein die Dachgesellschaft der IG Farben, ohne Tochterfirmen, zwischen 1933 und 1944 über 81 Millionen Reichsmark an Hitler und seine Organisationen.

1933	3 584 070,- RM	1939	7 539 857,- RM
1934	4 020 205,- RM	1940	7 471 620,- RM
1935	4 515 039,- RM	1941	8 057 982,- RM
1936	4 960 636,- RM	1942	13 436 201,- RM
1937	5 467 626,- RM	1943	8 588 650,- RM
1938	8 156 315,- RM	1944	8 402 152,- RM
			(47)

Eine konkrete Massnahme der NS-Machthaber zeigt, dass die IG Farben genau wusste, warum sie doch auf Hitler setzte: Ihr wurde die Abnahme von 350'000 Jahrestonnen Hydrierbenzin garantiert, und zwar zu Preisen, die Kosten und einige Abschreibungen deckten. Ter Meer, ein Vorstandsmitglied, meinte dazu: «Das Kohleverflüssigungsverfahren der IG gewann im Zuge der Aufrüstung von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung.» (48) Auf dem Gebiet der Erzeugung von Kunstkautschuk (Buna) war es beinahe ebenso. Wer meint, trotz allem könne sich eine so hohe Spendensumme

Fritz Ter Meer, Dr. phil., Dr.-Ing. e.h.

1941/42

Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, von 1926 bis 1945.

Geschäftsführer: Buna Werke GmbH, Schkopau.

Stellvertretender Vorsitz der Aufsichtsrates: Duisburger Kupferhütte, Duisburg.

Aufsichtsratsmitglied: AG für Stickstoffdünger, Knapsack, Krs. Köln; Düsseldorfer Waggonfabrik AG, Düsseldorf; Waggonfabrik Uerdingen AG, Uerdingen.

Mitglied der NSDAP und der DAF; Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik; Beauftragter für Italien des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion; Mitglied der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, in der er mehrere amtliche Stellen und Titel innehatte; Mitglied zahlreicher technischer und wissenschaftlicher Organe.

Nach 1948

Vorsitz der Aufsichtsrats: Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen;

Th. Goldschmidt AG, Essen.

Stellvertretender Vorsitz der Aufsichtsrats: Commerzbank-Bankverein AG, Düsseldorf.

Aufsichtsratsmitglied: Commerzbank AG, Düsseldorf; Waggonfabrik Uerdingen AG, Uerdingen; Düsseldorfer Waggonfabrik AG, Düsseldorf; Bankverein Westdeutschland AG; Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag), Bonn und Westberlin.

nicht gelohnt haben, der sollte sich von folgender Aufstellung der Umsatz- und Gewinnentwicklung der IG Farben überzeugen lassen:

Umsatz		Gewinn (in Mio. RM)	
1933	891	1932	48
		1937	231
1939	1 989	1939	363
1943	3 166	1943	822 (49)

Zumindest die letzte Zahl gibt alle von der IG Farben verdienten Mittel an: Jahresgewinn plus Rücklagen plus Abschreibungen auf Anlagevermögen plus langfristige Rückstellungen plus ausserordentliche Aufwendungen minus ausserordentliche Erträge minus aufgelöste Rücklagen. Die Konzernherren wussten also, weshalb sie spendeten.

Berufung eines Generalrats der Wirtschaft durch Adolf Hitler

Berlin, 15. Juli.

Der Reichswirtschaftsminister gibt folgendes bekannt:

Um bei den Arbeiten der Reichsregierung die Erfahrungen der praktischen Wirtschaft zu verwerten, beruft der Reichskanzler einen Generalrat der Wirtschaft, dessen Mitglieder die Aufgabe haben,

der Reichsregierung zur Beratung in allen wirtschaftlichen Fragen zur Verfügung zu stehen.

Der Generalrat der Wirtschaft tritt jeweils auf besondere Einladung zusammen.

Der Reichskanzler hat zunächst folgende Herren in den Generalrat der Wirtschaft berufen: Herbert Bode, Domänenpächter (Berlin), Prof. Dr. Carl Bosch (Heidelberg), Geh. Landesbau rat Dipl.-Ing. Eugen Böhringer, Direktor der Maximilianhütte (Koblenz/Oberpfalz), Generaldirektor August Diehm, Deutsches Kalifonditat (Berlin),

Bankier August von F ind (München), Dr. Otto Chr. Fischer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Berlin), Dr. Dr. Albert Handelsberger, Fabrikbesitzer (Ostfriesland-Baden), Regierender Bürgermeister B. Krogmann (Hamburg), Dr. G. Krupp von Bohlen und Halbach (Essen), Dr. Staatsrat Dr. Robert Lenj Fuhrer der Deutschen Arbeitsfront (Berlin), Dr. Carl Luer, Handelskammerpräsident, Treuhänder der Arbeit, (Frankfurt a. M.), Dr. Staatsrat Friedrich Reinhardt, Bankdirektor (Berlin), Dr. Hermann Reischle, Führer des Landhandels und der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Berlin), Kurt Freiherr von Schröder, Handelskammerpräsident (Köln a. Rh.), Karl Friedrich v. Siemens (Berlin), Dr. Staatsrat Dr. Fritz Tschiffen (Mülheim a. d. Ruhr), Generaldirektor Dr. Albert Bögl er (Dortmund).

Die eigentlichen Herrscher Deutschlands, darunter Carl Bosch, damals Vorstandsvorsitzender der IG Farben

Eine der Hitlerspenden der deutschen Monopole, Juni 1933

Adolf Hitler-Spende

Die deutsche Wirtschaft hat sich dem Reichskanzler Adolf Hitler an dem 15. Juli 1933 eine Spende überreicht. Diese Spende ist die erste von einer Reihe von Spenden, die von der deutschen Wirtschaft an den Reichskanzler Adolf Hitler überreicht werden. Die Spende ist die erste von einer Reihe von Spenden, die von der deutschen Wirtschaft an den Reichskanzler Adolf Hitler überreicht werden. Die Spende ist die erste von einer Reihe von Spenden, die von der deutschen Wirtschaft an den Reichskanzler Adolf Hitler überreicht werden.

Freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit

Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

A.Nr. 000001 *Sämtliche deutschen Werke und Abteilungen*
— wie aus der Anlage ersichtlich —


Siemens & Halske *Antennentechnik*
Siemens-Schuckertwerke *Elektrotechnik*

an der Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft mit einem Betrag von
 [Redacted] Reichsmark beträgt

Berlin, im Juni 1933

Der Kurator
[Signature]

Das Reichsamt für den Reichsminister der Wirtschaft hat alle notwendigen Einzelheiten mit Bezugnahme auf die Nr. 2442/33 von der Reichsregierung am 15.7.33 veröffentlicht.



1933-1936

**Nationalsozialismus –
offene Diktatur des
Monopolkapitals**

Hitlers brauner Sozialismus

Ausgekochte Demagogie

Hitler gewann seine Millionen Anhänger mit verlogenen Versprechungen. Grosse Teile des deutschen Volkes waren verzweifelt; Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger waren ihr tägliches Brot. Das deutsche Volk wollte endlich wieder geregelte Arbeit und ein menschenwürdiges Leben, einen Staat, in dem jeder zu essen hat und in dem Ordnung herrscht.

Die KPD deckte auf, dass die verheerende Krise, die Arbeitslosigkeit, das Elend, die Notverordnungen Bestandteile des Kapitalismus sind, zwangsläufige Folge der Raffgier der Konzerne, dass immer das Volk die Zeche zahlen muss, solange diese Blutsauger herrschen. Auch Hitler prangerte das Elend an, aber nur, um von den Hintermännern abzulenken. Schuld an der Inflation seien die «Novemberverbrecher», die deutschen Unterzeichner des Versailler Vertrages, schuld an der Wirtschaftskrise sei das «internationale jüdische Kapital»; von den Machenschaften der IG Farben-Bosse, der Stahlkapitalisten und anderen deutschen Monopolherren schwieg er. Hitler versprach auch einen Ausweg aus dem Chaos, aber nur, um die Macht der Monopole zu retten. Die totale Unterordnung der Werktätigen war seine Ordnung. Der Machtergreifung folgten sechs Jahre Friedhofsruhe, in der sich die geretteten Monopolherren auf die Raubzüge eines neuen Krieges vorbereiten konnten. Hitlers Ausweg aus dem Chaos und Elend der Weltwirtschaftskrise stürzte die Welt in das grösste Chaos und Elend, das sie bisher erlebt hat.

Hitlers Demagogie begann bereits beim Namen seiner Partei. Die Faschisten wussten, dass die Idee des Sozialismus in der Arbeiterklasse verwurzelt war. Deshalb gabrauchten sie den Begriff Sozialismus und bezeichneten ihr Ziel, die Errichtung der faschistischen Diktatur, als «nationale Revolution». Ihre monopolkapitalistischen Auftraggeber wussten, dass dies nur demagogische Versprechungen waren. Dieser «Sozialismus» verschaffte ihnen eine Macht, wie sie sie in der deutschen Geschichte noch nie hatten.

Im Februar 1935 erliessen die Nazis das «Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft». Mit seiner Hilfe wurde die gesamte Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Herren Krupp, Thyssen, Duisberg usw.

organisiert. Nie zuvor hatte die jeweilige Monopolgruppe (IG Farben bei der Chemie, Vereinigte Stahlwerke im Stahlbereich usw.) so direkt alle kleineren Firmen unter Kontrolle. Der Reichswirtschaftsminister Schmitt erläuterte den Industriellen den Sinn des Gesetzes. Es sei keineswegs die Absicht, die «Organisationen der Wirtschaft zu einem Apparat des Wirtschaftsministeriums zu machen», sondern es gehe darum, «den auf breiter Basis in den Fachgruppen wurzelnden Bau der deutschen Wirtschaftsorganisation organisch mit den entsprechenden Abteilungen des Ministeriums in Verbindung zu bringen.» (1)

Es wurden sogenannte Reichsgruppen gebildet, zum Beispiel: Reichsgruppe Industrie, untergliedert in Wirtschaftsgruppe Bergbau, Fachgruppe Steinkohlenbergbau, Bezirksgruppe Ruhr. Die Führer der Reichs- und Wirtschaftsgruppen waren durchweg Monopolisten, ebenso die Wehrwirtschaftsführer. Nach dem Krieg behaupteten sie scheinheilig, sie hätten nicht gewusst, welche Aufgaben sie gehabt hätten; dabei stand es dick gedruckt im «Neuen Brockhaus» von 1938:

«Die Aufgabe des Wehrwirtschaftsführers besteht darin, an der Erfüllung der an die deutsche Wirtschaft gestellten Rüstungsforderungen mitzuarbeiten».

Die unschuldigen Wölfe!

Für die vollkommene Zentralisierung der Wirtschaft in den Händen der grössten Monopolisten beschleunigten die Faschisten den Konzentrationsprozess. Hitler, der demagogisch gegen das «raffende Kapital» agitierte und damit die am Rande des Bankrotts stehenden Klein- und Mittelgewerbetreibenden lockte, denen in der Weimarer Republik und besonders in der Krise unter dem Druck der Monopole immer mehr die Luft ausging, schaffte dafür die gesetzlichen Voraussetzungen. Im Oktober 1937 wurde die «Aktienrechtsreform» durchgesetzt. Alle Aktiengesellschaften mit einem Kapital unter 100'000 Reichsmark wurden aufgelöst. Neugründungen waren nur noch bei einem Kapital von 500'000 Reichsmark gestattet. Das war der Todesstoss für Tausende Mittelständler (2).

Auf dem Höhepunkt der Nazimacht, Anfang 1942, hatte die IG Farben 400 Inlands- und 500 Auslandsbeteiligungen zu verzeichnen. Im gleichen Jahr hatten 16 Prozent aller Aktiengesellschaften 84 Prozent des Gesamtkapitals in Händen. 1943 besaßen nur noch 2 Prozent fast die Hälfte des Gesamtkapitals. Die gesamte deutsche Sprengstoffproduktion lag völlig in der Hand zweier Unternehmen, der Dynamit-Nobel (gehörte der IG Farben) und der WAS AG (Stahltrust).

In den Aufsichtsräten und Vorständen trafen sich immer dieselben Herren; Geheimrat Schmitz sass im Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke, ein anderes Mitglied der IG Farben im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, dafür sass ein Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank im Aufsichtsrat der IG Farben usw. usw. In den sogenannten staatlichen Unternehmen sassen quicklebendige Privatkapitalisten, wie z.B. Krupp, Hasslacher (Deutsche Bank); im drittgrössten deutschen Konzern, dem staatlichen RWE, lenkten Abs (derselbe wie heute), Kühne (IG Farben-Vorstand), Vogler (Stahltrust) die Geschicke.

Auf der einen Seite ungeheure Zusammenballung von ökonomischer und politischer Macht, auf der anderen Vernichtung der Kleinunternehmer – das war der «braune Sozialismus» der Faschisten.

Hermann Schmitz, Geh. Kommerzienrat, Dr. jur. h. c., † 9.10.1960. 1941/42

Vorsitzer des Vorstandes der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, von 1935 bis 1945, vorher Mitglied.

Geschäftsführer: Ammoniakwerk Merseburg GmbH, Leunawerke, Krs. Merseburg.

Vorsitzer des Aufsichtsrats: AG für Stickstoffdünger, Knapsack, Krs. Köln; Deutsche Celluloid-Fabrik AG, Eilenburg; Deutsche Industriebank AG, Berlin; Dynamit AG vorm. Alfred Nobel & Co., Troisdorf; Rheinische Stahlwerke, Essen; A. Riebeck'sche Montanwerke AG, Halle/Saale; Wolff & Co KGaA, Walsrode.

Stellvertretender Vorsitzer des Aufsichtsrats: Vereinigte Stahlwerke AG, Düsseldorf.

Aufsichtsratsmitglied: Allianz Versicherungs-AG, Berlin; American IG Chemical Corporation, New York; Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel; Deutsche Bank, Berlin; Kalle & Co. AG, Wiesbaden-Biebrich; Metallgesellschaft AG, Frankfurt/Main; Norddeutsche Affinerie, Hamburg; Norsk-Hydro-Elektrisk Kvaelfabrik, Oslo; Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Berlin; Rheinische Gummi- und Celluloid-Fabrik, Mannheim-Neckarau; Stickstoff-Syndikat GmbH, Berlin.

Beiratsmitglied: Deutsche Reichsbank, Berlin.

Mitglied: Akademie für Deutsches Recht, Ausschuss für Aktienrecht; Siebener-Ausschuss der Deutschen Golddiskontbank, Berlin; Währungsausschuss bei der Deutschen Reichsbank, Berlin.

Im Jahre 1933 wurde er Mitglied des Reichstages; Mitglied des Gutachter-Ausschusses für Rohstofffragen; Mitglied des engeren Beirats der Reichsgruppe Industrie; Wehrwirtschaftsführer.

Nach 1948

Ehrenvorsitzer des Aufsichtsrats: Rheinische Stahlwerke, Essen.

Aufsichtsratsmitglied: Deutsche Bank, Berlin.

Rente: 570'000 DM aus IG Farben-Aktienpaketen.



Oktober 1933: Hitler begrüsst den späteren IG Farben-Vorstandsvorsitzenden Hermann Schmitz bei der Grundsteinlegung des Hauses der Deutschen Kunst in München

Konzerne, NSDAP und Staat – eine Clique

Wie eng Wirtschaftsführer, Partei- und Staatsapparat verschmolzen, sollen drei Beispiele zeigen.

Das Vorstandsmitglied der IG Farben Max Ilgner gründete bald nach Hitlers Machtantritt den «*Wirtschaftsführerkreis*», genannt F-Kreis. Er war ein Instrument, den NS-Propagandaapparat zu beeinflussen:

«Durch Dr. Ilgners Initiative wurde zu Beginn 1933 der Wirtschaftsführerkreis, der eng mit dem Propagandaministerium zusammenarbeitete, geschaffen. Dieser Kreis bestand aus Vertretern der Industrie, u.a. Herrn von Winterfeld (Siemens), Dr. Hahn (mitteleuropäischer Wirtschaftstag), O. C. Fischer, Ilgner und wir von der IG. Diese Organisationen setzten es sich zum Ziele, im Zusammenhang mit dem Propagandaministerium die Ereignisse in Deutschland, die für den deutschen Ruf im Ausland ungünstig waren, abzuschwächen und dafür zu sorgen, dass die Verhältnisse des neuen Deutschland im Ausland in ein besseres Licht gesetzt würden . . . Die Exportpolitik war durch den Lauf der Ereignisse in Deutschland sehr gestört worden, und die Vertreter der Industrie wollten nun daran gehen, dieser ungünstigen Entwicklung durch entsprechende Propaganda entgegenzuarbeiten.» (3)

Max Ilgner, Dr.

1941/42

Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, von 1938 bis 1945, vorher stellvertretendes Mitglied.

Geschäftsführer: Buna Werke GmbH, Schkopau.

Stellvertretender Geschäftsführer: Ammoniakwerke Merseburg GmbH, Leuna-
werke, Krs. Merseburg.

Erster Stellvertretender Vorsitz des Aufsichtsrats: Donau Chemie AG, Wien.

Aufsichtsratsmitglied: Chemische Werke Aussig-Falkenau GmbH, Aussig; Creditanstalt-Bankverein, Wien; Deutsche Gasolin AG, Berlin; Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin.

Vizepräsident des Verwaltungsrats: AG Dynamit Nobel, Bratislava; Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, Berlin.

Stellvertretender Vorsitz des Vorstands: Deutsch-Bulgarische Handelskammer, Sofia.

Verwaltungsratsmitglied: Stickstoff-Syndikat GmbH, Berlin.

Wurde 1937 Mitglied der NSDAP; Mitglied der DAF (Deutsche Arbeitsfront), des NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps), des Nationalsozialistischen Reichskriegerbundes; Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender oder Mitglied von sieben beratenden Ausschüssen bei der Regierung; Leiter oder Mitglied von 41 Handelskammern und Wirtschaftsvereinigungen sowie von 21 Gesellschaften und Clubs in Deutschland und im Ausland; Inhaber von einem halben Dutzend Auszeichnungen aus dem ersten Weltkrieg, von Orden und Auszeichnungen verschiedener anderer Staaten.

Nach 1948

Vorsitzer des Vorstandes: Freundeskreis der Internationalen Gesellschaft für Christlichen Aufbau und der Stiftung Michaelshof E. V.

Geschäftsführer: Internationale Gesellschaft für Christlichen Aufbau, Gemeinnützige GmbH, Heidelberg.

Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats: Udic S.A., Zug.

Stellvertretender Vorsitz des Aufsichtsrats: Rheinauer Holzhydrolyse GmbH, Mannheim-Rheinau.

Aufsichtsratsmitglied: Deutsche Ueberseeische Bank, Hamburg.

Präsident oder Mitglied von sieben Gesellschaften mit wirtschaftlichen oder politischen Zielsetzungen.

Als besonders delikats erwiesen sich die Kontaktfäden der IG Farben zur SS über den sogenannten *«Freundeskreis des Reichs-Führers SS»*. Bereits vor Hitlers Machtantritt hatte Wilhelm Keppler, einer der späteren Wirtschaftsberater Hitlers, eine Gruppe von Geschäftsleuten und Bankiers zusammengefasst. Bankier Schröder berichtete darüber:

«Innerhalb dieser Gruppe entstand die Idee, das ganze Industrie- und Finanzwesen nach dem Führerprinzip zu organisieren, und das wurde später gesetzlich festgelegt, nachdem Hitler Kanzler geworden war. Um 1935/36 wurde Himmler Protektor

(Schutzherr – d. Verf.) dieses Kreises, der nun von da an jedes Jahr bis einschliesslich 1944 Fonds für Himmlers Sonderaufgaben aufbrachte.» (4)

Mitglieder dieses «Freundeskreises» waren etwa 30 führende Vertreter der deutschen Konzernwelt, u.a. von Flick, Deutsche Bank, Norddeutscher Lloyd, BRA-BAK, Dresdner Bank, Bosch, Siemens, Wintershall – selbstverständlich auch die IG Farben, vertreten durch Vorstandsmitglied Bütefisch: Die Creme der deutschen Wirtschaft finanzierte die unter der Bezeichnung «Sonderaufgaben» laufenden Massnahmen, die darauf angelegt waren, mittels der Errichtung von Gaskammern, Verbrennungsöfen und Arbeitslagern, unter Durchführung blutigster Massenvernichtung sämtlichen Widerstand im In- und Ausland zu ersticken.

Pohl, Leiter des Wirtschaftsamttes der SS, ebenfalls Aktiver im Freundeskreis, sagte 1945 vor dem Nürnberger Tribunal aus:

«Dass jemals eine Einladung zur Mitgliedschaft abgelehnt worden wäre, ist unwahrscheinlich, und ich habe auch von keiner erfahren, da sich Industrielle eher zur Aufnahme drängten angesichts der Vorteile, die sie sich immerhin davon versprachen, dass sie in persönliche Beziehung zu Himmler und anderen massgeblichen Leuten der Partei sowie der Wirtschaft treten dürfen.» (5)

Vor 1933 und während der Anfangsjahre des Hitlerregimes hielt die IG Farben über ihre Wirtschaftspolitische Abteilung die Verbindung zur Wehrmacht und zu anderen Behörden. Der geplante Krieg machte eine konzentrierte Vorbereitung notwendig. Aus der Wirtschaftspolitischen Abteilung ging die ‚*Vermittlungsstelle W*‘ (Wehrmacht) hervor. Über ihre Aufgaben gab IG Farben-Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler in einem Verhör nach 1945 Auskunft:

«Im Jahre 1934 erhielt die Wehrmacht eine bedeutende Rolle zugewiesen. Nach 1936 wurde sie in steigendem Tempo zum entscheidenden Faktor. Seit 1934 machte sich eine starke Neigung zu Investitionen für Güter von entscheidender militärischer Bedeutung in unseren Werken immer stärker bemerkbar ... Ab 1936 nahm diese Bewegung einen völlig militärischen Charakter an . . . Hand in Hand hiermit gestalteten sich die Beziehungen zwischen IG und Wehrmacht immer enger und enger, und die Folge davon war eine dauernde Verbindung zwischen IG-Direktoren und Wehrmachtsoffizieren.» (6)

Die ‚*Vermittlungsstelle W*‘ entwickelte sich zu einem IG Farben-eigenen Generalstab. In einem Brief dieser Stelle vom 7. Januar 1935 hiess es:

«Die organisatorischen Arbeiten in der IG wurden erörtert, wobei vom Wwi (Wehrwirtschaftsstab – d. Verf.) aus mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass die grossen Konzerne

in ihren Beschlüssen selbständig bleiben sollen, d.h. sich unsere Vorarbeiten völlig konform mit den Gedankengängen vom Wwi bewegen . . . Die MoB-Planungsarbeiten (Mobilmachung – d. Verf.) wurden besprochen und noch einmal festgelegt, dass sich unsere ‚MoB-Plan-Vorarbeiten‘ durchaus im Sinne von Wwi bewegen.» (7)

Der Kriegsfall wurde durchgespielt. 1935 hatte die Vermittlungsstelle W u.a. den Auftrag, «die Bombenwirkung auf Fabriken und ihre Schadensbehebung, also sowohl die mit einem Luftangriff maximal zu erzielende Wirkung als auch die maximal mögliche Bekämpfung» (8) genauestens zu untersuchen. Wie sehr sich dies für die IG Farben lohnte, zeigt die Tatsache, dass sie im Zweiten Weltkrieg nur 13 Prozent ihrer Kapazität bei Luftangriffen verlor (9).

Die Vermittlungsstelle W war mit einem Jahresetat von stattlichen 7 bis 12 Millionen Reichsmark ausgestattet. Führend verantwortlich in der Vermittlungsstelle W war u.a. Carl Wurster, der Chef der BASF nach 1945. Dieser «verdiente» Mann der BRD-Wirtschaft wusste also spätestens seit 1935, dass die Weichen mit aller Kraft auf Krieg gestellt waren.

Der «Arbeiter der Faust» – ein Sklave

Alle Pläne der Monopole hingen davon ab, dass die Werktätigen in Deutschland kräftig arbeiteten und Ruhe hielten. Die Nazis erzwangen das durch Betrug und Terror. Hitlers Mordbanden sollten dafür sorgen, dass die Duisberg, Bosch, Flick und Thyssen aus den Arbeitern herausholen konnten, was sie wollten.

«Bei Hitler galt der Arbeiter noch etwas», bis heute wirkt diese faschistische Propagandalüge in den Köpfen mancher Leute nach. Ja, der Arbeiter galt etwas in schwülstigen Gedichten, Hymnen und Reden. Hitlers Propagandaapparat lief auf Hochtouren: Der 1. Mai, in blutigen Kämpfen gegen die Kapitalistenklasse errungen, wurde zum «Feiertag der nationalen Arbeit», der ganzen Volksgemeinschaft erklärt. Der Betriebsführer, sprich Kapitalist, hielt die Rede. Er gehörte jetzt zum «schaffenden» Kapital. Am 1. Mai 1933 liessen die Faschisten im Rundfunk mit der «Symphonie der Arbeit» die Arbeiter hochleben. Dort hiess es unter anderem:

«Um mich ist die Maschine!
Ich bin ihr Herr und Knecht!
Ich herrsche und ich diene
Und diene ihr zu Recht.

Aus ihren Kolben dröhnen
Mein Lachen und mein Stöhnen,
Mein Herz und mein Geschrei –
Wenn meine Hände wollen,
Erhebt sie aus dem Vollen: Wird die Maschine frei ...
Wenn ihre Pulse kochen Braust über die Epochen
Der Arbeit Symphonie ...
Ob wir auf Feldern wirken mit dem Spaten,
Ob wir in Bunkern schufteten und im Schacht ...
Wir sind die Arbeit – Arbeit macht Geschichte!
Herr sei ein jeder – und ein jeder Knecht.» (10)

Die Arbeiter «galten» etwas, weil nur sie die Granaten, die Kanonen und Flugzeuge bauen konnten. Aber wehe, sie überlegten sich, wofür sie schufteten. Wollten sie nicht Knecht, sondern Mensch sein, dann wurden sie ins Zuchthaus, ins KZ gesteckt. Die Herren blieben Herren, und die Arbeiter wurden von Knechten zu Sklaven – sie hatten nur zu arbeiten und die Hand zum Hitlergruss auszustrecken – das war die Arbeitssymphonie, in der die Faschisten für die Monopole den Terrorstock schwingen.

Für die Kriegsvorbereitungen musste das Letzte aus den Arbeitern herausgeholt werden. In einer Denkschrift der IG Farben vom März 1935 an den Rüstungsbeirat, ein Gremium aus Industrie, Militär und Reichswirtschaftsministerium, hiess es:

«Wenn man darauf ausgeht, die gesamten produktiven Kräfte auf weite Sicht einem einheitlichen Zwecke unterzuordnen, so heisst dies ... eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff der Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einen militärisch geführten, wirtschaftlichen Organismus eingliedert.» (11)

Im «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» vom 20. Januar 1934 wurde die Stellung des Arbeiters in Wirtschaft und Staat festgelegt. § 1 dieses Hitlergesetzes bestimmt:

«Im Betrieb arbeiten die Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft zur Förderung des Betriebswerkes und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.»

§ 2 bestimmt:

«Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten ...» (12).



SA besetzt das Gewerkschaftshaus in Berlin am 2. Mai 1933

Verhaftung von Kommunisten und Sozialdemokraten nach dem von den Nazis gelegten Reichstagsbrand



Damit hatte die Hitler-Regierung die völlige Entrechtung der Arbeiterschaft diktiert. Die Herren des Kohlesyndikats, des Stahltrusts, der IG Farben, der AEG und wie die Hochburgen des Rüstungskapitals alle hiessen, sie hatten das Ziel ihres mehr als 50jährigen Kampfes erreicht: Sie waren die unumschränkten «Herren im Hause», sie bestimmten alles im Betrieb. Die Arbeiter hatten nur noch zu schuften und zu gehorchen.

Die zerschlagenen Gewerkschaften wurden durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzt. Sie wurde von der «Reichsgruppe Industrie» kontrolliert:

«Die Gemeinschaftsarbeit zwischen DAF, Fachamt Eisen und Metall, und der Reichsgruppe Industrie, Fachschaft Eisen und Metallindustrie, hat sich hervorragend bewährt» (13).

Was sich hier bewährte, war die Methode der Arbeiterversklavung!

An die Stelle der Betriebsräte, im November 1918 erkämpft, traten Vertrauensräte der Unternehmer nach § 5 Abs. 1 des «Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit»:

«Dem Führer des Betriebes treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.» (14)

Das Hitlersche Gesetz «zur Ordnung der nationalen Arbeit» war der entscheidende Schlag gegen die organisierte Arbeiterschaft. Im Mai-Aufruf der DAF von 1938 wird das bestätigt:

«Die Betriebsführer haben wieder Herrenrechte, verdienen gut, und brauchen dennoch die Löhne nicht zu steigern.» (15)

Welch ein Hohn auf den Kampftag der Arbeiterklasse!

Arbeitsbeschaffung für den Krieg

Gab es 1933 im Januar noch rund sechs Millionen Arbeitslose, 1936 noch eineinhalb Millionen, so war es Anfang 1939 nur noch die geringe Zahl von nicht ganz 40'000. Hat Hitler die Arbeitslosigkeit also «beseitigt»? Es gab Vollbeschäftigung. Viele Arbeiter und andere Werktätige sagten damals: «Mein Leben hat wieder Sinn, und lasst mich doch bloss mit der Politik in Frieden! Ich habe sichere Arbeit, wir brauchen nicht mehr zu hungern, meine Frau und meine Kinder haben wieder was Gescheites zum Anziehen und ein Dach überm Kopf. Das hat mir vor '33 keiner geboten!»

Ja, es stimmt, die sechs Millionen Arbeitslosen von 1933 hatten wieder Arbeit und genügend zum Essen. Aber wofür wurden sie wieder in Lohn genommen? Um die Vorbereitungen des Zweiten Weltkrieges zu beschleunigen! Sechs Jahre nach der Vollbeschäftigung waren sechs Millionen Deutsche tot – gefallen im Krieg, getötet durch den Krieg oder gemordet durch den Terror der Gestapo und SS. Das Leben der Arbeiter hatte wieder Sinn? Ja, den Sinn, als Kanonenfutter verheizt zu werden!

Zu wenige erkannten den Wahnsinn, durch den sie wieder Arbeit und Brot bekamen. Von Anfang an war das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm darauf ausgerichtet, Arbeitslose und Arbeiter in die Rüstungsproduktion zu zwingen. Ein führender faschistischer Wirtschafts,Theoretiker» schrieb ganz offen:

«Der politische Auftrag des Führers schickt die arbeitstüchtigen Volksgenossen auf die Autobahnen, in die Automobilfabriken, zu den Kasernenbauten, in die Flugzeugfabriken und Geschützgiessereien. Der Auftrag des Führers schickt arbeitstüchtige Volksgenossen in die neuen Rohstofffabriken; er nimmt, was an arbeitsfähigen Kräften vorhanden ist, um es zur Vermögensvermehrung des Volkes anzusetzen.» (16)

Rüstungen für den Eroberungskrieg und Produktion der Rohstoffe für diese Rüstung, das war die Arbeit, die die Erwerbslosen bekamen. Ihnen wurde die Unterstützung entzogen, um sie zu zwingen, weit unter tariflichen Bedingungen Arbeit anzunehmen. So entstanden die «berühmten» Autobahnen. Flankierende Massnahmen waren der Arbeitsdienst für Jugendliche ab Juni 1935, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im März des gleichen Jahres und die allgemeine Zwangsarbeitspflichtverordnung vom 22. Juni 1938.

Die «Beseitigung» der Arbeitslosigkeit wurde im Wesentlichen durch zwei Massnahmen erreicht: Wehrpflicht und Arbeitspflicht für Rüstungsaufgaben – beides Pflichten für das Kapital. Diese Arbeitsbeschaffung endete in Blut und Elend, in dem Schutt und der Asche des Zweiten Weltkrieges.

«Kanonen statt Butter» – das war die Devise, nach der die ehemals Arbeitslosen produzieren mussten. Kanonen statt Butter: Während die Buttereinfuhr um die Hälfte gesenkt wurde, bei Lebensmitteln insgesamt um etwa ein Drittel, stieg andererseits die monatliche Einfuhr von kriegsnotwendigen Rohstoffen von 115 Millionen Reichsmark 1932 auf 155 Millionen Reichsmark 1936. Während die Produktionsmittelindustrie bereits 1935 das Niveau von 1928 überschritt, lag die Konsumgüterindustrie noch um 10

Prozent hinter ihrem Stand von 1928 zurück und überschritt diesen Stand auch in den folgenden drei Jahren kaum mehr.

Der ehemalige Reichsbankpräsident und spätere Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, einer der ersten Hitler-Unterstützer, gab am 28. November 1938 eine sehr einleuchtende Begründung für diese Art von Produktion:

«Je weniger konsumiert wird, umso mehr Arbeit kann für die Rüstung verwendet werden. Je höher dagegen der Konsum steigt, umso mehr Arbeitskräfte müssen der Konsumgütererzeugung überlassen werden. Lebenshaltung und Rüstungsausmass stehen also in gegenläufigem Verhältnis zueinander. Je weniger ich verbrauche, umso mehr spare ich, umso mehr kann ich in die Rüstung hineinbauen.» (17)

Kanonen statt Butter: Das Einkommen eines 1932 wie 1937 vollbeschäftigten Arbeiters war fünf Jahre lang nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar leicht abgesunken, da Hitler die Tariflöhne stoppte. Der Arbeiter konnte sich also, nach Angaben der DAF, 1935 für seinen Lohn weniger kaufen als im Krisenjahr 1932.

Kanonen statt Butter: Trotz der ständigen Bespitzelung und Überwachung in den Betrieben mussten sich die Arbeiter 1937 rund ein Drittel häufiger krankschreiben lassen als 1932. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Unfälle beträchtlich. All das hauptsächlich wegen der ungeheuren Arbeitshetze und der längeren Arbeitszeit. Aber damit nicht genug: Während die Arbeiter immer mehr schufteten und gesundheitlich herunterkamen, wurden die sozialen Leistungen rapide abgebaut. Die eingesparten Milliarden wurden über Reichsanleihen der Rüstungswirtschaft zur Verfügung gestellt:

Zahl der im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms instandgesetzten oder ausgebauten Wohnhäuser:

1933	1934	1935	1936
69 240	129 180	50 500	35 100

Regierungsmittel für Wohnungsbaufinanzierung (Mill. RM)

1928	1 340	
1933	185	
1934	300	
1935	225	
1936		165

(18)

Verhältnis der Rüstungsausgaben zu den Gesamtausgaben Deutschlands
von 1932 – 1937

(in Mrd. RM) Gesamtausgaben

Geschäftsjahr	(in Mrd. RM) Gesamtausgaben	Rüstungsausgaben
1932 – 33	6,7	3,0
1933 – 34	9,7	5,5
1934 – 35	12,2	6,0
1935 – 36	16,7	–
1936 – 37	18,8	12,6

Übersicht über die Sozialausgaben von 1932 – 1937 (in Mrd. RM)

1932	2,8	1934	1,4	1936	0,9	
1933	2,3	1935	1,3	1937	0,4	(19)

Hitlers «deutsches Arbeitssystem»

Eine besondere Methode der Versklavung des deutschen Arbeiters kam mit der Einführung des faschistischen «Leistungslohnes».

Dieses, wie Ley sagte, «deutsche Arbeitssystem» bestand darin, dass dem Arbeiter anstelle des Lohntarifvertrages, der früher seinem Schutz diente, Mindestleistungszeiten vorgeschrieben wurden. Ein «Reichsausschuss für Arbeitszeitstudien» (Refa) wurde geschaffen. Sein Leiter war ein Vertreter des Rüstungskapitals, Kurt Hegner, Direktor der Löwe AG im AEG-Konzern. Dieser Reichsausschuss liess in modern ausgerüsteten Betrieben bei Arbeitern mit überdurchschnittlichen Leistungen die Leistungszeiten abstoppen. Die abgestoppten Zeiten galten dann auch für die anderen Betriebe als verbindlich. Diese faschistische Methode der Ausbeutung bedeutete nicht nur, dass der Arbeiter für denselben Lohn mehr arbeiten musste, sondern auch, dass er nicht einmal wusste, welchen Lohn er bekam. Hinzu kam die willkürliche Eingliederung der Arbeit in die einzelnen Leistungsstufen durch den Unternehmer, die Berechnung des Lohnes nach der Leistung der Arbeitsgruppe und die Abzüge, wenn infolge schlechter Rohstoffe die Arbeit mangelhaft war. Schon diese Neuerungen allein machten den «Leistungslohn» zu einer Ausbeutungsmethode, die alle bisherigen kapitalistischen Ausbeutungsmethoden übertraf.

Das aber genügte den Rüstungsplutokraten nicht. Durch Ley und seine Gesellen liessen sie den Arbeitern feierlichst erklären, bei höherer Leistung steige entsprechend der Lohn. Als die Arbeiter jedoch mehr geschuftet hatten, wurden die Akkordlöhne gesenkt, um die Arbeiter zu zwingen, ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand noch mehr zu schaffen. Nonnenbruch nannte das im «Völkischen Beobachter» «ein gutes Stück sozialer Revolution». Die «Deutsche Allgemeine Zeitung» vom 29. November 1942 schrieb dazu: «Man soll getrost ganz offen aussprechen, dass es keine sozialen Erwägungen sind, die den Ausgangspunkt der Angelegenheit bilden, sondern am Anfang steht die Forderung nach höherer Leistung.»

Das bestätigt nur, dass Hitler das bekannte Gesetz durchführte: «Je mehr der Arbeiter arbeitet, umso weniger Lohn erhält er.» (20)

Als die Arbeiter berechnete Lohnforderungen stellten, wurden sie verdröset. «Wenn die Erwerbslosigkeit beendet ist, wird auf der ganzen Linie eine starke Lohnsteigerung eintreten», schrieb der «Völkische Beobachter» vom 17. Juni 1936 (21). Als es soweit war, hiess es: Leistet mehr, dann steigt auch der Lohn. Die Leistung stieg bedeutend. «Wer leistet, soll fordern», hatte Robert Ley, Leiter der DAF, ehemaliger Angestellter der IG Farben und weiterhin von ihr bezahlt, grossmäulig verkündet (22). Als die Arbeiter forderten, verfügte Göring einen Lohnstopp.

Terror und Widerstand

«Vernichtung des Marxismus»

Die Vernichtung der organisierten Kraft der Arbeiterklasse war erklärtes Ziel des Nationalsozialismus, dafür bekam er die Millionen und die Macht. Mit kaum beschreiblichem Terror schoss und schlug der NS-Staat Breschen in die deutsche Arbeiterbewegung. Er machte keinen Unterschied zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen oder kämpferischen parteilosen Arbeitern. Ausnahmslos liess er jeden Ansatz des Widerstandes mit Gefängnis, KZ oder Tod ersticken. Viehisch wurden Kommunisten und Sozialdemokraten auf offener Strasse von SS- und SA-Mordbanden erschlagen, schon 1933 wurden Tausende und Abertausende ins KZ geworfen, gefoltert, «auf der Flucht» erschossen, zum Selbstmord getrieben, durch Hunger und barbarischen Arbeitseinsatz bis zum körperlichen Zusammenbruch geschunden.

Aber es gelang Hitler nicht – und es wird niemandem je gelingen –, den heroischen Kampf der deutschen Arbeiter zu ersticken. Zu keiner Zeit vermochte es das Regime, den Widerstand aus der Arbeiterklasse zu brechen: solidarische Hilfe für die Familien der Tausenden von Verhafteten und Ermordeten, interne Diskussionen und Information der Bevölkerung, vor allem der Arbeitskollegen im Betrieb, durch Flugblätter, Zeitungen, getarnte Schriften, Sabotage in Rüstungsbetrieben, systematisches Langsamarbeiten und vieles mehr. Aber dem deutschen Volk gelang es nicht, Hitler aus eigener Kraft zu stürzen, dazu waren seine Kräfte zu gespalten und zu schwach.



Besetzung des Karl-Liebnecht-Hauses, des Gebäudes des Zentralkomitees der KPD, am 23. Februar 1933 durch Polizei

Polizei durchsucht Angestellte des SPD-Organs «Vorwärts»



Verhaftungen von Antifaschisten 1938/39, aufgegliedert nach politischen Richtungen (SAP = Sozialistische Arbeiterpartei – d. Verf.)

	ins- gesamt	KPD	SPD	SAP	andere Hitlergegner	
Januar 1938	562	496	42	3	21	
Februar 1938	470	386	61	1	22	
März 1938	555	303	90	-	162	
September 1938	611	326	45	14	226	
Oktober 1938	1 630	683	83	19	845	
November 1938	527	276	55	5	191	
Dezember 1938	416	256	36	1	123	
April 1939	357	223	35	2	97	
Mai 1939	478	263	51	4	160	(23)

Die Politik der KPD

Nach der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und angesichts der zunehmend aggressiveren Politik des Nationalsozialismus waren eine gründliche Analyse des Faschismus, Selbstkritik der kommunistischen Parteien und die Entwicklung einer neuen Strategie und Taktik dringend geworden. Die Kommunistische Internationale leistete diese Arbeit auf ihrem VII. Weltkongress im August 1935 in Moskau. Georgi Dimitroff, der Vorsitzende des Exekutivkomitees, erklärte in seiner Rede:

«Die reaktionärste Abart des Faschismus – das ist der Faschismus deutschen Schlages, der sich dreist als Nationalsozialismus bezeichnet, der aber weder mit dem Sozialismus noch mit der Verteidigung der wirklichen nationalen Interessen des deutschen Volkes irgendetwas gemein hat, sondern lediglich die Rolle eines Lakaien der Grossbourgeoisie spielt, und der kein bloss bürgerlicher Nationalismus ist, sondern bestialischer Chauvinismus. Vor der ganzen Welt zeigt das faschistische Deutschland anschaulich, was die Volksmassen bei einem Siege des Faschismus zu gewärtigen haben. Das rasende faschistische Regime rottet in den Gefängnissen und Konzentrationslagern die Blüte der Arbeiterklasse, ihre Führer und Organisatoren aus. Es hat die Gewerkschaften, die Genossenschaften und alle legalen Organisationen der Arbeiter, auch alle anderen nichtfaschistischen politischen und kulturellen Organisationen vernichtet. Es hat den Arbeitern die elementarsten Rechte der Verteidigung ihrer Interessen geraubt. Es hat ein kulturell hochstehendes Land in geistige Finsternis gestürzt und in einen Herd der Barbarei und des Krieges verwandelt. Der deutsche Faschismus ist der Hauptstifter eines neuen imperialistischen Krieges und tritt als Stosstruppendes internationalen Konterrevolution auf. ...»(24).

Gestützt auf diese Ergebnisse der Komintern wies die Brüsseler Konferenz der KPD im gleichen Jahr den Weg zum Sturz der Hitler-Diktatur und zur Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Um dieses strategische Ziel zu erreichen, wurden die Kommunisten auf die engste Verbindung zu den sozialdemokratischen Kollegen orientiert, auf die Wiederherstellung der Gewerkschaften und vor allem auf die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten des Kampfes in den faschistischen Massenorganisationen. Das sollte entsprechend der Forderung Dimitroffs geschehen:

«Indessen ist es besonders wichtig für die Kommunisten in den faschistischen Ländern, überall dort zu sein, wo die Massen sind. Der Faschismus hat den Arbeitern ihre eigenen, legalen Organisationen genommen. Er hat ihnen die faschistischen Organisationen aufgezwungen, dort befinden sich die Massen – gezwungenermassen oder zum Teil freiwillig. Diese Massenorganisationen des Faschismus können und müssen unser legales oder halblegales Wirkungsfeld sein, wo wir mit den Massen in Verbindung kommen werden.

Genossen, ihr erinnert euch der alten Sage von der Einnahme Trojas. Troja hat sich vor dem angreifenden Heer durch unbezwingbare Mauern geschützt. Und das angreifende Heer, das nicht wenig Verluste erlitten hatte, konnte den Sieg nicht erringen, bis es ihm gelang, mit Hilfe des trojanischen Pferdes in das Innere, in das Herz des Feindes einzudringen.

Mir scheint, wir revolutionären Arbeiter dürfen nicht Anstoss daran nehmen, die gleiche Taktik gegenüber unserem Feind anzuwenden, der sich vor dem Volke durch eine lebendige Mauer seiner Mordbuben schützt.

Wer die Notwendigkeit der Anwendung einer solchen Taktik gegenüber dem Faschismus nicht begreift, wer ein solches Vorgehen für erniedrigend¹ hält, der mag ein vortrefflicher Genosse sein, aber er ist, mit Verlaub gesagt, ein Schwätzer und kein Revolutionär.» (25)

Wie wirksam die KPD auch diese Taktik anzuwenden verstand, zeigt ein Bericht des SS-Gruppenführers Richard Heydrich, des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, der Mordzentrale für alle aussergerichtlichen Terrormassnahmen gegen die Bevölkerung:

«Wir sind gezwungen, den Mitgliedern der DAF zu sagen, dass die Dimitroffsche Taktik des trojanischen Pferdes, der Einheits- und Volksfront sich nicht nur auf die gewaltigen Erfolge in Frankreich und Spanien beschränkt. Die Erfolge dieser Taktik sind in Deutschland nicht weniger umfangreich und nicht weniger gefährlich, wenn sie auch für die Öffentlichkeit weniger sichtbar sind. Trotzdem die in Deutschland arbeitenden illegalen Organisationen, die wir bis jetzt nur hemmen, aber nicht zerschlagen konnten, nur teilweise auf die Dimitroffsche Taktik ausgerichtet waren, sind die Erfolge bereits so gross, dass wir z.B. in diesem Jahre gezwungen waren, die Vertrauensratswahlen auszusetzen und vielleicht noch dazu gezwungen werden können, das ganze Vertrauensratssystem zu zerschlagen, wenn nicht gar die Fortführung der DAF als Massenorganisation für uns eine Unmöglichkeit wird.» (26)

Welche Angst müssen die Monopole und ihre Schergen gehabt haben, wenn schon die geringen Erfolge der KPD sie zu solchen Massnahmen zwangen?

Die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen musste im legalen Rahmen geleistet werden, sie hatte vorwiegend gewerkschaftlichen Charakter, und selbst dafür war schon eine Menge Mut und Geschick nötig. Erheblich schwieriger und gefährlicher war die illegale Arbeit der täglichen Agitation gegen das Nazi-Regime, der Sabotage gegen die Kriegsvorbereitung und der Propaganda für den revolutionären Ausweg aus einem System, das seine Überlebtheit gegenüber dem Volk hinter Rassenideologie und grausamster Unterdrückung verbarg.

Mannheim/Ludwigshafen im Widerstand

Die illegale KPD legte auch in Mannheim/Ludwigshafen besonderen Wert auf die Herausgabe von Betriebszeitungen. Nur wenige überlebten lange, aber andere gingen noch Jahre später von Hand zu Hand. So hielt sich die Zeitung der KPD für die BASF gut zwei Jahre. Der «Aniliner» war schon vor Hitler bei den Arbeitern der BASF gut bekannt. Unter der Terrorherrschaft mussten Herstellung und Verteilung selbstverständlich völlig neu organisiert werden. Zu diesem Zweck nahm ein Mitglied des ZK der KPD mit einem Mannheimer Kommunisten Kontakt auf. Paul Eble übernahm, kaum aus der «Schutzhaft» entlassen, die Aufgabe, die Betriebszelle bei der BASF zu reorganisieren und ebenso die Herausgabe einer Betriebszeitung zu sichern. Er berichtet:

«Zunächst mussten ein Abzugsapparat, die dazugehörigen Materialien sowie das notwendige Papier besorgt werden. Das war nicht einfach. Aus Sicherheitsgründen wurde die technische Apparatur in Heidelberg eingekauft. Zwei Genossen gingen mit meiner redaktionellen und technischen Hilfe an den Druck der ersten Nummer des neuen ‚Aniliner‘. Die Druckstelle befand sich in der Waldhofstrasse. Die Zeitung erschien im Kleinformat DIN A 5, zunächst einmal in einer Auflage von 500.

Mit Hilfe eines gemassregelten Genossen der BASF bekam ich einen redaktionellen Mitarbeiter aus dem Werk Ludwigshafen-Oppau. Er besorgte Berichte aus dem Betrieb, und unsere Zeitung wurde damit betriebsnaher. Es galt, den Kreis der Mitarbeiter zu erweitern. Um die Betriebsgruppe nicht zu gefährden, mussten dafür vor allem parteilose Antifaschisten gewonnen werden. So lernte ich die beiden Söhne eines ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs kennen. Sie waren durch die Hass- und Kriegspropaganda der Nazis in ihrer beruflichen Ausbildung im Ausland behindert worden. Sie halfen tatkräftig mit.

Ein besonderes Problem bildete die Verteilung. Sie erfolgte schlagartig nach verabredeter Zeitfolge, um die Genossen nicht zu gefährden. Beim Schichtwechsel lag der kleine ‚Aniliner‘ an den Arbeitsplätzen oder auf den Sitzen der Züge, welche die BASF-Arbeiter zum Betrieb brachten. Die Zeitung wurde unter der Hand weitergegeben, und jede Nummer löste im Betrieb eine Sensation aus. Betriebsspitzel, im ‚blauen Anton‘ getarnt, versuchten, die Zeitung zu erhaschen und die Verteiler aufzuspüren. Es gelang ihnen nicht, da mit dem Terror auch unsere Wachsamkeit zunahm. Trotz einiger Verhaftungen und Entlassungen ‚Verdächtiger‘ ging die Tätigkeit der Betriebsgruppe mit dem ‚Aniliner‘ weiter.» (27)

1935 musste Eble seine Tätigkeit einstellen; als Georg Lechleiter, der spätere Bezirksleiter der KPD in Mannheim, danach erneut die Herausgabe des «Aniliner» versuchte, wurde dieser Plan durch die Tätigkeit eines Spitzels vereitelt. Nach der Verhaftungswelle gegen organisierte Gruppen in Mannheim/Ludwigshafen im Winter 1933, vor welcher der Unterbezirksleiter der KPD von Ludwigshafen, Adam Voltz, in die Schweiz flüchten musste, übernahm Philipp Geis die politische Leitung der KPD in der BASF-Stadt. Im Verlauf des Jahres 1934 wurde seine Tätigkeit mehr und mehr durch Eingriffe der Gestapo behindert, die Verbindung zum anderen Rheinufer war mehrfach unterbrochen und musste erst mühsam wiederhergestellt werden. Doch die Aktivität nahm trotz aller Schwierigkeiten vergleichsweise rasch zu. So betrieben nicht nur in Ludwigshafen selbst, sondern auch in Speyer, Frankenthal und anderswo relativ grosse Gruppen antifaschistische Aufklärung. Wieder war es ein Spitzel, der das meiste zunichte machte. Im Mai 1937 standen 24 Funktionäre unter Anklage wegen «Vorbereitung zum Hochverrat»; die Organisation war damit weitgehend zerschlagen. Philipp Geis wurde kurz nach Beginn des Krieges in Buchenwald ermordet (28).

Konkurrenzkampf und Zusammenarbeit der Chemiemonopole

Der Wirtschaftskrieg bereitet den Weltkrieg vor

Der Krieg, auf den unter Hitler die Wirtschaft straff ausgerichtet wurde, hatte schon lange vor 1939 begonnen. Im «stillen» Wirtschaftskrieg wurden Gefechte ausgetragen, die dann im Zweiten Weltkrieg auch offen zum Ausbruch kamen.

Die IG Farben war Meister in diesem Kampf. Systematisch eroberte sie ihre Einflussphären zurück. Mit Hilfe eines Netzes von Kartellverbindungen gelang ihr der Sprung in die Weltspitze. Der riesige Patentbesitz und die technischen Erfahrungen des Konzerns wurden dabei als Waffe gegen die Konkurrenz eingesetzt. Damit konnten entscheidende Teile der in- und ausländischen Industrie abhängig gemacht und zur Marktaufteilung gezwungen werden. Kooperationsabkommen zwischen Konzernen verschiedener Länder sind keine Wende zum friedlichen Wettbewerb. Die Geschichte beweist das bittere Gegenteil. Sie sind nur Ausdruck einer vorübergehenden Taktik, mit der sich jeder Konzern in eine bessere Position bringen will. Das ist heute besonders lehrreich, denn wieder sind westdeutsche Industriegiganten an solchen internationalen Kartellen beteiligt, in der Chemie, im Atomgeschäft, im Elektro- und Stahlbereich.

Ein Kartellabkommen registriert eine Beziehung zwischen Grossproduzenten. Es mag für hundert Jahre geschlossen werden, ändern sich aber die Kräfteverhältnisse, wird es zunichte gemacht. Das ungleichmässige Entwicklungstempo der beteiligten Konzerne zerstört das Kartell. Und weil die schwächeren Partner niedergehalten werden, während die Stärkeren immer mehr wachsen, wird das Kartell zu einer Brutstätte des Krieges.

Die IG Farben zwang zunächst die europäischen Chemieproduzenten in einen Kartellblock. 1929 wurde das europäische Farbenkartell gebildet. Es schloss sechs Partner ein: drei schweizerische, zwei französische Unternehmen und die deutsche IG Farben. Diese sechs Firmen produzierten zusammen 80 Prozent aller in der Welt hergestellten Farbstoffe. Die IG Farben erhielt eine Exportquote von 75 Prozent (!) der Gesamterzeugung des Kartells zugesprochen. Die ganze Welt – mit Ausnahme der USA – wurde in geschlossene Märkte aufgeteilt. Von nun an konnte die IG Farben – hinter sich die gesamte europäische Farbenindustrie – auf dem eng gewordenen Weltmarkt wieder gegen andere Konkurrenten auftreten.

IG Farben und Standard Oil

Die IG Farben war Deutschlands mächtigster Konzern, der stärkste der USA war die Standard Oil of New Jersey. Diese beiden Riesen stiessen schon in den zwanziger Jahren zusammen. Die IG Farben hatte eine Möglichkeit entdeckt, dem ins Riesenhafte wachsenden Ölgeschäft der Standard Oil das Wasser abzugraben: die synthetische Herstellung von Benzin aus Kohle. Einer der führenden Köpfe des Standard Oil-Konzerns schrieb dazu an den Präsidenten seiner Gesellschaft:

«Auf Grund meiner Beobachtungen . . . glaube ich, dass dies das bedeutungsvollste Ereignis ist, dem die Gesellschaft seit ... 1911 gegenübersteht. Die Badischen (BASF) können aus Braunkohle und anderen minderwertigen Kohlensorten einen erstklassigen Motorbrennstoff herstellen, und zwar in einer Ausbeute bis zur Hälfte des Gewichts der verarbeiteten Kohle. Das bedeutet schlechthin, dass Europa in Bezug auf seine Treibstoffversorgung unabhängig ist. Reine Preiskonkurrenz ist das einzige, was uns übrig bleibt . . .» (29).

Der Europamarkt der Standard Oil war unmittelbar bedroht, die IG Farben hatte eine Runde des Machtkampfes gewonnen. Die Standard Oil musste zu einer Übereinkunft mit der IG Farben gelangen.

Für die Standard Oil ging es darum, diese neuen Patente zur Herstellung von synthetischem Öl in die Hand zu bekommen, doch nicht, um sie zur Produktion zu benutzen, sondern im Gegenteil: um zu verhindern, dass sie ausserhalb Deutschlands ausgenutzt würden. Nur dadurch war es dem Trust möglich, sein Ölmonopol und seine hohen Monopolpreise ohne Furcht vor künftiger Konkurrenz aufrechtzuerhalten. Um auf seinem Herrschaftsgebiet allen technischen Fortschritt zu unterbinden, war der Trust bereit, auf finanziellem Feld sogar bedeutende augenblickliche Opfer zu bringen. IG Farben-Vorstandsmitglied August von Knieriem ging ohne Umschweife auf diese Sache ein und schlug vor, dass die Standard Oil schon vorweg die Bagatelle von 30 Millionen Dollar für das Patentrecht zahle. 1929 kam es zu einem Abkommen:

«Standard willigt ein, der IG die Kontrolle über Herstellung und Verkauf jeglichen neuen chemischen Produkts zu übertragen, das nicht mit dem derzeitigen Geschäftsgegenstand der Standard eng verbunden ist; die IG willigt ein, der Standard die Kontrolle (ausserhalb Deutschlands) über jedes neue chemische Produkt zu übertragen, das eng mit der Petroleumindustrie verbunden ist; die IG willigt ferner ein, (ausserhalb Deutschlands) jedes neue chemische Produkt mit der Standard zu teilen, das Petroleum oder Naturgas als Ausgangsstoff verwendet, jedoch unter Kontrolle der IG.

Die Gesellschaft (Standard Oil) erkennt die Vorzugsstellung der IG in jenen Industrien an, die als chemische bekannt sind; die IG erkennt die Vorzugsstellung der

Gesellschaft (Standard Oil) in jenen Industrien an, die als Öl und Naturgas bekannt sind.

Wenn die Gesellschaft (Standard Oil) wünschen sollte, irgendwo auf der Welt eine neue chemische Tätigkeit zu beginnen, die nicht eng mit deren derzeitigem Geschäftsgegenstand verbunden ist, wird sie der IG die Kontrolle über ein solches neues Unternehmen zu vernünftigen Bedingungen anbieten . . . » (30).

Die Standard Oil erwarb in Wirklichkeit nur einen einzigen Vorteil durch den Vertrag. Sie entzog sich dem Risiko, dass die Millionen, die der Trust auf der ganzen Welt in Ölquellen und in der Ölindustrie investiert hatte, eines schönen Tages durch die Erzeugung von synthetischem Öl und Benzin im Weltmassstab wertlos werden würden. Sie hatte sich davor gesichert, dass die Patente der IG Farben ausserhalb Deutschlands Anwendung finden würden.

Für den deutschen Rüstungstrust waren die Vorteile dieses Handels enorm. Zuallererst erhielt er in bar 30 Millionen gute amerikanische Dollar zum Aufbau der Kriegsindustrie. Weiter bewahrte er in Deutschland sein Alleinrecht innerhalb der Petroleum- wie auch der chemischen Industrie, und zwar, ohne dass der Partner auch nur den geringsten Gewinnanteil daraus erhielt. Auf der anderen Seite wurde die Standard Oil auf chemischem Gebiet zum Sprungbrett der deutschen Expansion auf der westlichen Halbkugel, denn sie hatte sich verpflichtet, auf diesem wichtigen Gebiet nur als

August von Knieriem, Dr. jur.

1941/42

Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, von 1931 bis 1945.

Geschäftsführer: Ammoniakwerk Merseburg GmbH, Leuna werke, Krs. Merseburg.

Verwaltungsratsmitglied: Stickstoff-Syndikat GmbH, Berlin.

Mitglied: Akademie für Deutsches Recht, Berlin: Ausschuss für GmbH-Recht, Ausschuss für das Recht des geistigen Schaffens, Ausschuss für Kartellrecht.

Vorsitzer: Deutsche Arbeitsgemeinschaft für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht.

Mitglied der NSDAP, der DAF, des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes; Mitglied von vier Ausschüssen und mehreren Unterausschüssen der Reichsgruppe Industrie, die Rechtsfragen, Patente, Warenzeichen, Marktordnung usw. bearbeiteten; Mitglied einer grossen Anzahl beruflicher Vereinigungen.

Nach 1948

Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farbenindustrie AG in Abwicklung

Juniorpartner des deutschen Chemietrusts aufzutreten, wobei sie hier und an allen anderen Orten der Welt die Kontrolle über ihre chemischen Interessen dem deutschen Trust übertrug.

Die Arbeitsteilung zwischen den beiden grossen Trusten wurde gemäss der Haupttrichtlinie vorgenommen, dass die Standard Oil ausserhalb Deutschlands 80 Prozent aller Interessen auf dem Ölgebiet übernahm, während sie innerhalb der gemeinsamen chemischen Industrie nur drei Achtel der vereinigten Interessen repräsentierte (31).

Der Trumpf der IG Farben, das synthetische Benzin, spielte auch eine gewichtige Rolle bei der Entstehung des Gummi-Kartells zwischen beiden Konzernen. Sowohl die Standard Oil wie die IG Farben hatten in der Herstellung künstlichen Gummis grosse Fortschritte erzielt, die IG Farben mit dem sogenannten Buna, die Standard Oil mit Butyl. Während die Standard Oil aber die Buna-Patente *ohne* genauen Einblick in das Herstellungsverfahren erhielt, bekam die IG Farben betreffs des Butyls beides! Der Grund: Die Standard Oil hatte bei ihrem Abkommen mit der IG Farben ja unterschrieben, dass die Kontrolle in Fragen der Chemie (und Buna war vor allem Chemie) bei der IG Farben lag, die diesen Tatbestand natürlich weidlich ausnützte.

Dieser Preis war für die USA sehr hoch: In den Monaten nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor (1939) fluteten die japanischen Heere in die reichen amerikanischen Besitzungen in Südostasien. Hongkong fiel, Singapur ebenso und noch einige andere Staaten. Die USA waren in den Krieg verwickelt und standen dann plötzlich vor der Tatsache, dass in der amerikanischen Rüstungsindustrie ein katastrophaler Mangel an Gummi herrschte. Und was sind Automobile, Panzerwagen, Tanks und Flugzeuge, an denen das Gummi fehlt? Gummi war in reichlichen Mengen aus Südostasien eingeführt worden, aber jetzt waren die Plantagen, die das Gummi geliefert hatten, in den Händen des Feindes. Und die Standard Oil verweigerte bis 1942 ihrer Regierung die Herstellungsverfahren des künstlichen Gummis – aufgrund der Abmachungen mit der IG Farben. Die Regierung Roosevelts musste Hals über Kopf aus den Steuergeldern amerikanischer Bürger die Riesensumme von 650 Millionen Dollar bewilligen, um eine synthetische Kautschukproduktion aufzubauen, die den Kriegsbedarf decken konnte. Manchmal kommt kapitalistische « Privat initiative » unlegbar ein bisschen teuer.

Als das nazistische Deutschland 1945 endgültig zusammengebrochen war, wurden auch die Geheimarchive der IG Farben von den alliierten Un-

tersuchungskommissionen geöffnet. Auf deren amerikanische Mitglieder muss es einen ziemlich sonderbaren Eindruck gemacht haben, als man unter anderem eine streng vertrauliche Denkschrift fand, die enthüllte, wie Hitler zu Ölvorräten für den Krieg gekommen war. Es heisst darin:

«Die deutsche Regierung fragte bei der IG Farben an, ob sie nicht auf Grund ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu der Standard Oil in der Lage sei, für 20 Millionen Dollar Flugzeugbenzin und andere Ölprodukte zu kaufen, und zwar im Namen der IG, doch im Auftrag der deutschen Regierung. Diesen Auftrag auszuführen, gelang uns nur dank der Hilfe der Standard Oil. . .» (32).

Mit Hilfe der Standard Oil war die IG Farben imstande, der Naziregierung eine Benzinreserve zu verschaffen, die den Eigenbedarf des Konzerns weit überschritt. Der «Blitzkrieg» des zweiten Weltkrieges war in vollem Gange – und die Lenker der Standard Oil konnten mit Stolz bekennen, dass sie es waren, die der deutschen Kriegsmaschine die letzte notwendige Schmierung gegeben hatten. Als Hitlers Panzerheer im Blitztempo erst über Polens, später über Frankreichs, Belgiens und Hollands Grenzen hinwegrollten, als die Bomben der deutschen Flieger auf Warschau herabregneten und später auf Rotterdam, Antwerpen und London, schuldeten die nazistischen Kriegsherren der IG Farben und ihrem guten Geschäftsfreund Standard Oil eine «Weltreklame» grossen Stils. In leuchtenden Riesenbuchstaben hätte auf den Benzintanks der Panzerwagen und Bombenflugzeuge stehen müssen: STANDARD OIL – Treibstofflieferant für Hitlers Weltkrieg (33)!

Kurz nach Beginn des Krieges gab es ein weiteres Abkommen zwischen der IG Farben und der Standard Oil: alle Ölpatente sollten an Standard Oil gehen, alle Gummipatente (ausgenommen USA, Grossbritannien, Frankreich) an die IG Farben sowie zusätzlich 20 Prozent der Einnahmen der Standard Oil aus den Ölpatenten. In Amerika hergestelltes Benzin wurde in grossen Mengen auch der britischen Luftwaffe zur Verfügung gestellt. Diese bombardierte gnadenlos die deutschen Städte. Und wer verdiente an dem Bombenhagel und seinen grauenhaften Folgen? Die grossen «Vaterlandsverteidiger» der IG Farben mit ihren 20 Prozent!

Zuerst Konkurrenz, dann Kartelle und Abkommen, dann Krieg – das ist ein Gesetz des Imperialismus! In ihrer «Friedensordnung» von 1940, in der sie unverhüllt ihre Weltherrschaftspläne niederlegte, schreibt die IG Farben, dass «das Schwergewicht der Auseinandersetzung um eine Neuordnung des Weltmarktes im Verhältnis



Das auf Befehl Hitlers zerstörte Warschau 1944

Dresden nach dem verheerenden alliierten Bombenangriff – die IG Farben verdiente mit



zu den nordamerikanischen Konzernen ruhen» wird (34). Wie Polen als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion verwandt werden sollte, so sollte Europa unter Herrschaft der Deutschen zum Aufmarschgebiet gegen die amerikanischen Konzerne werden.

Die IG Farben-Spionagezentrale

Für den «stillen» Wirtschaftskrieg, der die Vorstufe zur offenen militärischen Gewalt ist, hatte die IG Farben ihre eigene Spionageorganisation in Berlin NW 7, sie trug die harmlose Bezeichnung «Statistische Abteilung». Diese Zentrale beherrschte das Spionagehandwerk mit Hilfe seiner zahlreichen, in der ganzen Welt sitzenden Geschäftsleute der IG Farben ausserordentlich gut. Die USA nahm in ihren Plänen eine so bedeutende Stellung ein, dass die IG Farben dort die Chemnyko aufbaute, eine Tarnfirma, die sich ausschliesslich der Spionage widmete. Als kurz nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor amerikanische Regierungsbeauftragte die Akten der Chemnyko beschlagnahmen wollten, stiessen sie auf Rudolf Ilgner, den Bruder des IG Farben-Direktors Max Ilgner, der im Begriff war, das wichtigste Material zu vernichten. Sie fanden noch genug: Sendeeinrichtungen, Spezialberichte aus über 50 Ländern, Hunderte von Karten der amerikanischen Küsten- und Hafenanlagen, von Eisenbahnen und sonstigen Verkehrswegen, genaue Lagepläne von Industrieanlagen, Tanklagern, Kartenmaterial über den Verlauf von Ölleitungen, Luftaufnahmen amerikanischer Städte, von Luft- und Flottenbasen usw. (35).

Nicht umsonst konnte IG Farben-Vorstandsmitglied von Schnitzler in seinen Verhören nach 1945 noch deutlich erklären, wieviel Einbussen der deutsche Generalstab, insbesondere die Luftwaffe, zu verzeichnen gehabt hätte, wenn die IG Farben nicht so gut gearbeitet hätte.

In einem modernen Krieg sind wirtschaftliche Massnahmen oft ebenso wichtig wie militärische, trifft die Behinderung der Versorgung mit Rohstoffen wie Öl, Erz, Getreide, Futtermittel den Feind ebenso hart wie die Bekämpfung seiner Truppen.

Die IG Farben spionierte aus, auf welchen Gebieten die anderen imperialistischen Mächte auf Importe aus Übersee angewiesen waren, welches die bedeutendsten Handelspartner und Transportwege waren, wo wichtige Produktionsstätten und Vorratslager angesiedelt waren. Diese systematische Tätigkeit war ein beredter Ausdruck der immer engeren Verschmel-

zung der Chemie-Monopolherren mit dem faschistischen Staatsapparat: Konzerninteressen und Staatsinteressen gingen ineinander über.

Die IG Farben-Zweigniederlassungen in aller Welt arbeiteten deshalb nicht nur für die Spionagezentrale NW 7. Gleichzeitig hatten sie die Aufgabe, das Naziregime im Ausland propagandistisch zu vertreten. In einem Bericht des Chefs dieser Mammutspionage, Max Ilgner, heisst es:

«Auf keinen Fall werden Männer in unsere Auslandsgesellschaften entsandt, die nicht zur Deutschen Arbeitsfront gehören und die nicht eine positive Einstellung zu unserer ‚Neuen Ordnung‘ haben. Die Männer, die ins Ausland geschickt werden, sollten sich nationalsozialistische Haltung zur Pflicht machen.» (36)

Diese Männer vertraten offensiv die Faschisten im Ausland, wie eine Auswahl zeigt:

Norwegen:

Pilling von der AGFA leitete die deutsche NS-Sektion und war Parteirichter; die IG Farben hatte es auf Leichtmetalle abgesehen.

Spanien:

Der Wirtschaftsberater der Auslandsorganisation der NSDAP (AO), Huber, war Chef der Sprengstoffabteilung der IG Farben; Erzvorkommen lockten die deutschen Monopole.

Jugoslawien:

IG Farben-Vertreter Empting war Landesgruppenleiter der AO.

Bulgarien:

IG Farben-Vertreter Peter leitete die Ortsgruppe Sofia der AO.

Rumänien:

Jonescu, der Vertreter der IG Farben-Tochter Soya-AG, war Leiter der Faschisten-Organisation Eiserne Garde.

Venezuela:

A. de Mageric, Leiter der dortigen IG Farben-Filiale, leitete die Landesgruppe der AO.

Costa Rica:

E. Grosser, Chef der Bayer Co.-Filiale, war Chef der Ortsgruppe der AO in San Jose.

Chile:

Offizieller Sekretär der dortigen AO war der Bayer-Angestellte W. Siering.

Brasilien:

Hameres, Direktor der dortigen IG Farben-Filiale, war Mitglied der brasilianischen Spionageorganisation.

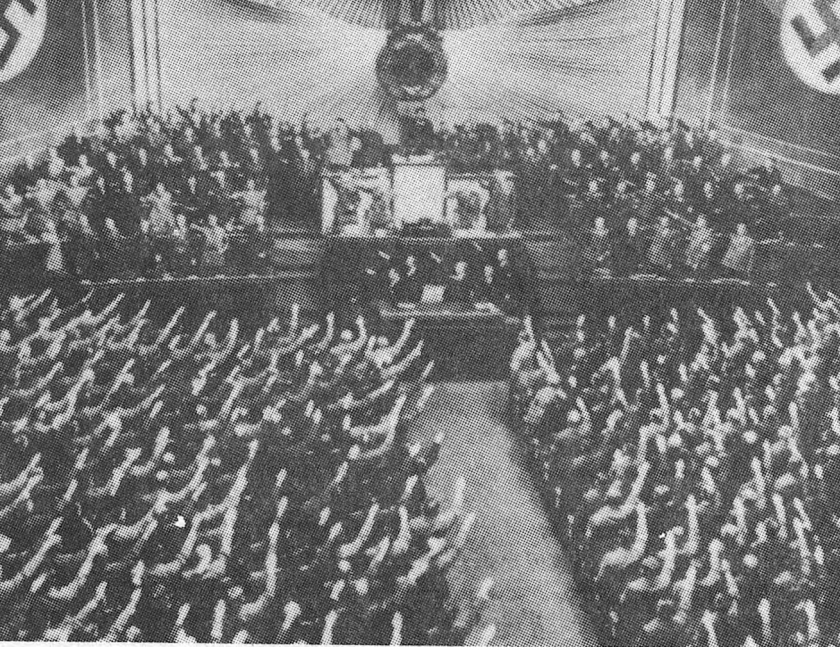
Argentinien:

A. Moll, prominenter Nazi, war Chef der IG Farben-Tochter Anilinas Alemanas.

Mexiko:

A. von Humboldt war Vorstand der Bayer-Filiale und arbeitete für die NS-Auslandsspionage.

Die Vertreter der Monopole sassen selbst an den Schalthebeln staatlicher Macht oder standen so dicht daneben, dass ihre Anweisungen befolgt werden mussten. Das war in der Aussenpolitik nicht anders als im Innern. Ob friedliche Übereinkommen, ob diplomatischer Druck oder Korruption – alle diese Mittel standen ihnen zur Verfügung und wurden auch benutzt, um ihre Geschäfte durchzusetzen. Und als die Waren und das Kapital nicht mehr «friedlich» über die Grenzen gingen, da kamen die Flugzeuge, Panzer und Soldaten. «Imperialismus bedeutet Krieg» – diese blutige Erfahrung hatten die Völker der Welt bereits einmal gemacht. Mit notwendiger Konsequenz steuerte die Raubpolitik der deutschen Monopole auf einen neuen Weltbrand zu.



1. September 1939: Bekanntgabe des Angriffs auf Polen im Reichstag (oben) und durch Lautsprecher in München (unten)



1936-1945

**Fortsetzung der Politik der
Monopole -
der zweite imperialistische
Weltkrieg**

Systematische Kriegsvorbereitungen

Ohne IG Farben kein Krieg

«Hitler bedeutet Krieg» hatte die KPD schon 1932 gewarnt. Diese Wahrheit wurde bald offenbar. Die deutschen Imperialisten steuerten ab Mitte der dreissiger Jahre mit Volldampf auf den Krieg los. Auf einer Geheimtagung kurz vor Weihnachten 1936 liess Göring keinen Zweifel daran:

«Die Auseinandersetzung, der wir entgegengehen, verlangt ein riesiges Ausmass an Leistungsfähigkeit. Es ist kein Ende der Aufrüstung abzusehen. Allein entscheidend ist nur Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden (nicht nur beim Siegen! – d. Verf.)... Wir stehen in einer Zeit, in der sich die letzten Auseinandersetzungen ankündigen. Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen.» (1)

Der IG Farben-Vorstand lächelte nur vielsagend, als er das vernahm, konnte er doch melden, dass in Leuna, in Bitterfeld-Wolfen, in Ludwigshafen und Leverkusen mit den Betriebsführern und vertrauenswürdigen Unterführern die ersten Mobilisierungs-Pläne bereits in mehreren Sitzungen durchexerziert worden waren. Von der IG Farben selbst stammten ja auch diese Vorschläge: Sie hatte in ihrer Denkschrift vom März 1935 eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation gefordert, die «den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine ... in einen straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert» (2).

Ein Jahr später entstand die Vorstufe dieser Organisation: ein sogenannter Rohstoff- und Devisenstab. Aus diesem ging ein paar Monate später die Vierjahresplanbehörde hervor, deren Aufgabe es war, die wirtschaftlichen Probleme des Dritten Reiches zu meistern und die gesamte Wirtschaft auf den kommenden Krieg auszurichten. Carl Krauch wurde Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung dieses Stabes, Wurster einer seiner sogenannten ehrenamtlichen Mitarbeiter. Ein geheimer Bericht der Krauchschen Abteilung (3) – über umfassende wirtschaftliche Planung zur Wiederaufrüstung unter der Schwerpunktsetzung «Bedarf für den Mob.-Fall» – war die wirtschaftspolitische Grundlage der Denkschrift Hitlers über den Vierjahresplan vom 26. August 1936. Der saarländische Stahlindustrielle Röchling hatte ebenfalls einen nicht zu unterschätzenden Einfluss

auf Hitlers Denkschrift: Er lieferte seine «Gedanken über die Vorbereitung zum Krieg und seine Durchführung» (4) im selben Monat ab.

Hitler stellte zwei Aufgaben, die ihm Krauch und Konsorten ins Ohr geflüstert hatten: 1. Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein. 2. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein (5).

Was Göring also über die kommenden Auseinandersetzungen zum Besten gab, war für die IG Farben nichts Neues, sondern ihr eigenes Produkt.

Abhängigkeit der Wehrmacht von der Produktion der IG Farben (1943)			
Produktion in 1 000 t	IG	Deutsch- land	IG-Anteil in %
Stickstoff (N) (Ammoniak und Kalkstickstoff)	600	800	75
Diglykol	11,2	?	?
Sprengstoffe	221	263	84
Schießpulver	132	188	70
Synthetischer Treibstoff	850	2 600	33
Synthetisches Schmieröl	60	60	100
Tetraäthylblei	7,6	7,6	100
Synthetischer Gummi	118	118	100
Magnesium	27,4	30,9	88
Aluminium	24	300	8
Kampfgas	?	?	95
Schwefelsäure	707	2 000	35
Chlor	346	620	56
Natron- und Kalilauge	367	1 026	36
Kalziumkarbid	830	1 370	61
Cyannatrium	6,9	12,1	52
Stabilisatoren	10,9	10,9	100
Methanol	247	251	100
Andere Lösungsmittel	171	228	75
Weichmacher	27,9	30,4	92
Organische Zwischenprodukte	1 489	1 650	90
Neue synthetische Kunststoffe	57	63,9	90
Pharmazeutika	4,4	8	55
Pflanzenschutzmittel	24,6	45	55
Synthetische Lackharze	29,9	55,9	53
Zellwolle	53	189	28
Kunstseide	17	72	24
Farbstoffe	31,7	32,5	98
Synthetische Gerbstoffe	30,1	32	94 (6)

Im Nürnberger Prozess gab IG Farben-Vorstandsmitglied Bütefisch dies auch unumwunden zu:

«Ohne IG Farben, insbesondere ohne IG-Produktion auf den Gebieten des synthetischen Gummis, (der) Treibstoffe, (des) Magnesiums, wäre es in Deutschland ausgeschlossen gewesen, einen Krieg zu führen» (7).

Ohne IG Farben kein Krieg! Ohne Monopole kein Krieg!

Die Vierjahresplanbehörde – Zentrale der Aufrüstung

Die Kriegsmaschinerie setzte sich in Bewegung, und sie sollte erst in Stalingrad auf Grund laufen: Ende 1936 wurde entsprechend der Hitlerschen Denkschrift die Vierjahresplanbehörde eingerichtet, Göring wurde ihr Leiter. Der Rohstoff- und Devisenstab wurde die wichtigste Abteilung dieser Behörde, die Forschungs- und Entwicklungsabteilung dieses Stabes der Dreh- und Angelpunkt der Gesamtbehörde. Leiter war und blieb Krauch. Die Folge: IG Farben wurde der wichtigste, unentbehrliche Rüstungskonzern Hitlerdeutschlands vor allem auf den Gebieten der Chemie, der Mineralöle, der Nichteisenmetalle und Zellstoffe. Als die Behörde 1938 in das Reichsamt für Wirtschaftsausbau umgewandelt wurde, war sie praktisch eine IG Farben-Behörde: Krauch war ihr stellvertretender Leiter, Wurster, Ambros, Bürgin, Bütefisch, Gajewski und Schneider waren seine Berater. Sie waren alle Vorstandsmitglieder der IG Farben. Dr. Ritter und Dr. Eckell, beides IG Farben-Direktoren und Eckell zusätzlich noch Referatsleiter im Reichswirtschaftsministerium, leiteten die Unterabteilungen Chemie. Angeblich sollten rund 70 Prozent der Angestellten der Vierjahresplanbehörde dem Personal der IG Farben entstammen (8). Ende 1938 ernannte Göring Krauch zum Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, der er bis zum Kriegsende blieb. Krauch war damit zuständig für «die Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, von Schiess- und Sprengstoffen und deren Vorprodukten und Hilfsstoffen sowie für die Erzeugung von chemischen Kampfmitteln» (9), ihm unterstanden der gesamte Arbeitseinsatz in der chemischen Industrie und die Auftragserteilung für die im Vierjahresplan vorgesehenen wehrwirtschaftlichen Bauten. Er konnte damit die übrige chemische Industrie vollends konkurrenzunfähig machen, Krauch hielt zentrale Nervenstränge der faschistischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in der Hand.



*Carl Krauch und ein grosses Lob
seiner Arbeit – für den Profit!*

Chemiker kämpfen für Deutschland

„Kenntnis der verschiedenen Waffengattungen gehört heute zum Allgemeinut des deutschen Volkes. Vom Chemiker und seiner Tätigkeit hat aber kaum jemand eine rechte Vorstellung“, schreibt Walter Greiling in dem kürzlich im Limpert Verlag, Berlin, erschienenen Buch „Chemiker kämpfen für Deutschland“. Was die Erfahrungen des Weltkrieges lehrten, kommt uns heute zugute. Auf der Tradition der sich mit aller Kraft für das kämpfende Vaterland einsetzenden Persönlichkeit eines Carl Bosch aufbauend, schuf der deutsche Chemiker dem Reich die unsichtbare Waffe der Chemie. Die Landwirtschaft, den Rohstoffmarkt, die Munitionsfrage sichernd, entstand vor Jahren der erste Vierjahresplan, „dessen Hauptfachverständiger derselbe Chemiker ist (Prof. Dr. Carl Krauch, die Schriftleitung), der sein Feldbett mitten auf der Montagestätte aufgeschlagen hatte, als der Bau des Leuna-Werkes in so erstaunlich kurzer Zeit durchgeführt werden mußte. Es ist derselbe Chemiker, der später von Carl Bosch den Auftrag erhielt, auf Grund der Erfahrungen mit der Ammoniaksynthese die Benzolgewinnung aus Kohle durchzuführen“. — Hinter der sich zum letzten Großangriff bereitstellenden deutschen Wehrmacht steht heute mit ungezählten Kämpfern die Großmacht Chemie, Rohstoffe gewinnend, wirtschaftliche Bedarfsklüden schließend, mit so manchen Überraschungen aufwartend, die weniger vorauszusehen als auf allen sonstigen Wissensgebieten.



Schmitz und Krauch überbringen dem grossdeutschen Henker Göring persönliche Glückwünsche zu dessen 48. Geburtstag

Aus der Erklärung unter Eid von Erich Gritzbach, seinerzeit Ministerialdirektor und Chef des Stabsamts des preussischen Ministerpräsidenten und der übrigen Zivilämter Görings, im Nürnberger IG Farben-Prozess (1947) über die Position von Carl Krauch in der Vierjahresplanbehörde (10).

«Krauch nahm – schon wegen seines umfassenden Arbeitsgebietes – an den Sitzungen des Generalrates¹ ständig teil. Seine Stimme hatte in diesem Gremium wie auch bei Göring und natürlich auch bei Körner² grosses Gewicht. Körner war sehr davon angetan und gab dem auch öfters Ausdruck, dass er einen so hervorragenden Wirtschaftsführer wie Krauch als seinen ‚Mitarbeiter‘ bezeichnen dürfe. Das war eine viel belächelte schiefe Bezeichnung, weil allgemein bekannt war, dass Körner Krauch restlos als Autorität anerkannte. Dank seiner umfassenden Kenntnis der Materie setzte Krauch unschwer seinen Standpunkt in Sachaufgaben durch. Ebenso widersprach er auch irrigen Auffassungen und übersteigerten Forderungen, selbst wenn sie von höchster Stelle kamen. Unter anderem legte er klar, dass die Löbschen Planungen³ von Fehlschlüssen ausgingen. Er ersetzte sie durch einen eigenen, den sogenannten Krauchplan⁴, der nach zahlreichen Vorbesprechungen im Büro Körner dann in Karinhall mit Göring festgelegt und in die Tat

1 Generalrat des Vierjahresplanes: seit 1936/37 Organ zur Koordinierung der Tätigkeit der obersten Reichsbehörden im Sinne der Vierjahresplanvorhaben

2 Staatssekretär Paul Körner, Stellvertreter Görings

3 Gemeint ist der ursprüngliche Vierjahresplan

4 Vergleiche S. 92

Auf Veranlassung von Krauch forderte Ambros, Vorstandsmitglied der IG Farben, in einem Memorandum vom Juni 1938 die Schaffung einer rüstungswirtschaftlichen Kommandozentrale:

«Als vorbereitendes Gremium sollte sich diese obige Stelle ein Kuratorium aus verantwortlichen Vertretern des Heeres, des Reichsfinanzministeriums, der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau und der Industrie bilden, das wie einst der Verteidigungsrat¹ im Weltkrieg die Vorschläge ausarbeitet und zur Entscheidung vorlegt. Dieser Rat lenkt die Forschung und bestimmt die Planung, besonders die Reihenfolge der Projekte. Das Verteidigungsministerium veranlasst dann die Finanzierung und vertragliche Regelung durch das Wirtschaftsministerium und Ausführung, Materialbeschaffung, den Arbeitseinsatz, die Regelung der Tariffragen etc. durch die Stelle des Vierjahresplanes, also durch die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau.» (11)

Andere Konzerne unterstützten dies. So wurden insgesamt neun Generalbevollmächtigte für die jeweilige Industrie geschaffen. Krauch war Generalbevollmächtigter für Chemie, Wurster und Bütefisch blieben seine «Mitarbeiter». Nun ging es Schlag auf Schlag. Krauch und seine Behörde planten, bestimmten und liessen ausführen.

1. «Vorschläge zur Nutzbarmachung der deutschen Chemie für die Landesverteidigung» vom 21. Juli 1938. Hierbei handelte es sich um die Förderung der Kampfstoffentwicklung als den deutschen Rohstoffbedingungen entsprechende chemische Waffe. Sie sichere «Deutschland eine überragende Überlegenheit, wenn es sich zu den Gedanken vom Wert der chemischen Waffe bekennt und die gegebenen Möglichkeiten in grosszügiger Weise nutzbar zu machen beginnt.» (12) Vor allem die IG Farben-Werke in Ludwigshafen produzierten Glykol und Diglykol, normalerweise verwendet für Gefrierschutz, Kühlflüssigkeit bzw. für Treibpulver, aus denen über Behandlung mit Schwefelwasserstoff und Salzsäure der schon im Ersten Weltkrieg verwendete Kampfstoff Senfgas (auch Gelbkreuz oder Lost genannt) entsteht; in Laboratorien in Ludwigshafen, Leverkusen und Elberfeld wurden entsprechende Versuche unternommen und dann über eine Teilhaberfirma (Orgacid) die technische Produktion begonnen. Nach einer Besprechung zwischen Heereswaffenamt und IG Farben vom 17. Februar 1939 wurde die Arbeit auf diesem Gebiet forciert (13).

2. «Schnellplan» für Pulver, Sprengstoffe und chemische Kampfstoffe vom 13. August 1938, ein Hauptbestandteil des allgemeinen «wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes» (genannt Krauch-Plan). Dieser Plan verlangte die äusserste Beschleunigung des wehrwirtschaftlichen Ausbauprogramms:

Hermann Görings «Befehl zur Durchführung des wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes» vom 22. August 1938

«1) Die Gesamtleitung der Durchführung des für den Ausbau von Pulver-, Sprengstoff- und K-Stoffabriken sowie ihrer Vorprodukte befohlenen wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes wird Herrn Dr. Krauch übertragen. Er trägt somit die volle Verantwortung für die zeitgerechte Durchführung des Programms und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel (Geld, Stahl, Baustoffe, Arbeitskräfte usw.).

2) Die Durchführung des Erzeugungsplanes hat in engstem Einvernehmen mit der Wehrmacht nach folgender Aufgabenverteilung zu erfolgen:

a) Programm und Planung: Dr. Krauch

Bei Aufstellung des Programms und der Planungen sind die von der Wehrmacht zu vertretenden militärischen Gesichtspunkte zugrunde zu legen und die von dieser vertretenen chemisch-technischen Erfordernisse weitgehend zu berücksichtigen.

b) Baudurchführung: OKH (Wa A)

Bodenerwerb durch «Montan», Auftragserteilung, Abrechnung, Vereinnahmung, Verwaltung und Verrechnung der von Dr. Krauch zugewiesenen Geldmittel. (Mit Ausnahme nichtmilitärischer Vorprodukte.)

c) Inbetriebnahme: durch OKH (Wa A), soweit militärisch notwendig.

3) Um möglichst enges Zusammenwirken zwischen Dr. Krauch und OKH (Wa A) sicherzustellen, sind folgende Massnahmen durchzuführen:

a) Bildung eines Baustabes durch Dr. Krauch, in den OKH (Wa A) einen ständigen Vertreter entsendet.

b) Abstellung eines ständigen Vertreters des Dr. Krauch zu OKH (Wa A).

c) Schaffung von Kontrollorganen (massgebende Fachleute) durch Dr. Krauch, die auch OKH (Wa A) in Verbindung mit Dr. Krauch für Kontrollzwecke zur Verfügung stehen.

4) Die Durchführung des Erzeugungsplanes geschieht auf dem Gebiet der nichtmilitärischen Vorprodukte in entsprechender Weise mit OKW (Wstb), die Ab-

«Bis Ende 1939 wird nach dem Schnellplan die Kapazität soweit erhöht, dass auf allen Gebieten praktisch die grösste im Weltkrieg (I. Weltkrieg – d. Verf.) noch erzielte deutsche Erzeugungsmöglichkeit erreicht wird. Die Durchführung des Schnellplanes ist nur gegeben, wenn ganz besondere (kriegsmässige) Vollmachten den für die Durchführung verantwortlichen Stellen gegeben werden.» (15)

Neun Tage später war der Krauchplan samt Schnellplan – von Göring abegesegnet – offiziell und wurde unter Krauchs Leitung in die Tat umgesetzt. Krauch stieg dann Ende 1939 vom faktischen Leiter des Reichsamts für Wirtschaftsausbau zu dessen Präsidenten auf.

Aus einer Rede von Albert Speer (5. Juni 1943):

«Es sollen der Öffentlichkeit heute wenigstens einige dieser zum Teil unbekanntenen Männer in der Rüstung bekanntgegeben werden. Wir werden sie daher gegen ihren Willen aus ihrer Zurückhaltung hervortreten lassen. Das Volk hat ein Anrecht darauf, diese Männer, die eine ungeheure Aufbauarbeit geleistet haben, kennenzulernen. Führende Köpfe der Industrie, wie Pleiger, der die gesamte Kohlenwirtschaft leitet, Krauch, der den chemischen Sektor im kriegsentscheidenden Umfang ausgebaut hat, Röchling, der durch seine grossen Erfahrungen und durch seine Tatkraft die Erzeugung des Eisens auf eine Rekordhöhe brachte, Rohland, der die Panzerherstellung hochtrieb. Werner, der die Flugmotoren auf eine ungeahnte Höhe gebracht hat, Frydag und Heyne, die die Flugzeugzellen und -ausrüstung vervielfacht haben, Geilenberg, der die Munition diktatorisch leitet, Tix, der die Waffenherstellung vervielfachte, Degenkolb, der die Lokomotivproduktion bedeutend steigerte, aber auch Porsche, der für die Entwicklung der Panzer, Müller, als ‚Kanonen-Müller‘ bekannt, der für die Entwicklung unserer Geschütze und sonstiger Waffen, und Wolff, der für die Entwicklung der Munition gemeinsam mit den Wehrmachtsteilen die Verantwortung trägt, und weiter meine engsten Mitarbeiter Saur und Schieber, die ebenfalls aus der Industrie hervorgegangen sind, sie alle sind nur die Spitzen von weiteren zahlreichen Köpfen, die aus den besten Werken der Industrie heraus mit ihren Kenntnissen in reibungsloser Zusammenarbeit mit den Wehrmachtsteilen ein riesiges Aufbauwerk vollendet haben.» (16)



Auszeichnung Industrieller mit dem Kriegsverdienstkreuz am 5. Juni 1943, vorn links Carl Krauch

Die Aufrüstung war das grosse Geschäft der IG Farben – und zugleich Vorbereitung eines noch grösseren Geschäfts: des Weltkriegs und der Ausplünderung der eroberten Länder. Die nationalsozialistische Politik schuf die Bedingungen, die Ziele aber bestimmten die Monopole, nicht Hitler und die NSDAP.

Friedensheuchelei der Faschisten

Diese hektischen Kriegsvorbereitungen waren vielen Menschen im Deutschen Reich verborgen geblieben. Die Stimme der Wahrheit, die Arbeiterpresse, war beinahe ausgeschaltet, ein Hagel aus Demagogie und Hetzreden prasselte täglich, ja stündlich auf die Menschen herab. Die Aufrüstung galt denn auch nur «der Wiederherstellung der nationalen Ehre», «dem Frieden». Die Kapitalisten und ihre nazistischen Marionetten waren damals noch zu diesen Lügen und Verdrehungen gezwungen; sie konnten in ihren Zeitungen noch nicht so ungehemmt wie 1913 vom Leder ziehen, als sie z.B. schrieben: «Ein Krieg käme uns gerade recht» und «wenn es doch endlich einmal losginge» oder «Oh Herr, gib uns wieder Krieg» (17).

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte zwar 1933 die schwerste Niederlage ihrer Geschichte erlebt, aber die psychologischen Voraussetzungen für einen neuen Krieg mussten dennoch erst geschaffen werden, zu stark waren noch die Erinnerungen an das 1914 bis 1918 erlittene Leid. Der Goebbelsche Propagandaapparat hatte also alle Hände voll zu tun. Welches Ausmass die Hetze aus dieser infernalischen Lügenküche annahm, ist den folgenden Reden zu entnehmen.

Am 14. Oktober 1933 trat Deutschland aus dem Völkerbund aus, dazu erklärte Hitler:

«Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Sinn, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jedes Handelns. Die deutsche Reichsregierung lehnt daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Beseitigung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ab.» (18)

Ab 11. März 1935 wurde wieder eine deutsche Luftwaffe aufgebaut, dazu sagte Göring:

«Durch die englische Regierung ist Deutschland aufgefordert worden, einem Luftpakt beizutreten, einem Pakt, der zum Inhalt hat, gemeinsam gegen einen den Frieden störenden Angreifer zur Luft vorzugehen, d.h. die eigenen Luftstreitkräfte

dem bedrohten Land zur Verfügung zu stellen . . . Deutschland, in dem Bestreben, alles zu tun und überall mitzuwirken, wo der Friede gesichert werden kann, hat in seiner Antwortnote . . . zugestimmt» (19).

(Die Volksfront Spaniens störte z.B. die friedliche Ausbeutung durch deutsches Kapital und damit den nazistischen Frieden; Hitler schickte 1936 seine Legion Condor, liess nebenbei die neue Luftwaffe erproben – und Guernica dabei dem Erdboden gleichmachen. Deutsche Soldaten übten Menschenjagd mit Maschinengewehrfeuer aus dem Flugzeug.)

Am 16. März 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht wiedereingeführt, Hitler erklärte:

«In dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen Rüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.» (20)

Am 10. November 1938 wurde Hitler schon deutlicher:

«Die Umstände haben mich gezwungen jahrzehntlang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war.» (21)

Am 23. April 1939 log Hitler ganz massiv in einer Reichstagsrede:

«Ich darf noch einmal feststellen, dass ich erstens keinen Krieg geführt habe, dass ich zweitens seit Jahren meinem Abscheu vor einem Krieg . . . Ausdruck verleihe und dass ich drittens nicht wüsste, für welchen Zweck ich überhaupt einen Krieg führen sollte.» (22)

Am 1. September 1939 aber fiel die deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung in Polen ein. Hätte doch das deutsche Volk auf die Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Nürnberger Nazi-Parteitag 1938 gehört!

«Und wer sind die Nutzniesser dieser Kriegspolitik, deutsches Volk?» fragte die KPD. «Es sind die oberen Zehntausend, die Krupp, Thyssen, Kirdorf, Siemens, Blohm und Konsorten, die alten Kriegstreiber von 1914, die Deutschland schon einmal in die Niederlage geführt haben. Sie sprechen von ‚mehr Lebensraum‘ und meinen die Ausplünderung fremder Völker zu ihrem eignen Profit. Ihre Gier nach dem Erz von Spanien und Frankreich, ihre Gier nach den Reichtümern des sozialistischen Sowjetlandes, ihre Weltmachtsträume verbergen sich hinter all den Hetzreden und antibolschewistischen Greueltügen, die Hitler, Goebbels und Rosenberg in Nürnberg

vom Stapel liessen. S i e sprechen von ‚Kolonien im Interesse des Volkes‘ und meinen die Gewinnung von militärischen Stützpunkten zur Vorbereitung des Weltkrieges . . . Ein Krieg würde Euch, deutschen Arbeitern, nicht den gerechten Lohn, sondern nur das Verbluten für die Profitinteressen der oberen Zehntausend im Schützengraben und einen Platz im Massengrab bringen! . . . Diese oberen Zehntausend sind das alte Unglück Deutschlands!» (23)

«Nie werden in Zukunft deutsche Soldaten ihr Blut für fremde Interessen vergiessen» (24), tönte Hitler – und schickte sie für eine kleine Minderheit von Monopolisten in den Tod.

Österreich – das erste Opfer

Schon 1938 war die faschistische Kriegsrüstung so weit, gewaltsame Aktionen zu starten. Der Krieg begann ohne Kriegserklärung: Am 13. März 1938 wurde Österreich «heimgeholt».

Der steirische Erzberg mit seiner Jahresproduktion von vier Millionen Tonnen Erz, das entsprach mehr als 10 Prozent des damaligen deutschen Erzverbrauchs, zog die Blicke der deutschen Montanindustrie schon seit Jahren wie ein Magnet an. «Zufällig» hatten sie im Augenblick Schwierigkeiten. Sie sassen auf zu viel Kohle und hatten zu wenig Erz. Schlechte Aussichten für Aufrüstungspläne! In einem Memorandum erklärten die Stahltrusts: Wenn Österreich seinen Kohlebedarf aus Deutschland deckte, wären die Kohlehalden beseitigt. Hätte Deutschland das Erz, verringerte sich die Einfuhrabhängigkeit, die Devisenkosten könnten abgebaut werden. Und die Absatzmöglichkeiten in Südosteuropa stiegen sprunghaft – auch ein spezielles Interesse der IG Farben (25). Mit diesen Ansichten deckten sich dann auch Hitlers Vorstellungen über den weiteren Verlauf der deutschen Aussenpolitik.

Mit 100'000 Soldaten, mit 300 Bombenflugzeugen, mit 18'000 SS- und Gestapokennern wurde Österreich «angeschlossen» – an die Kette der Nazidiktatur. Wien war in Hitlers Hand – die Achse Rom-Berlin war geschlossen.

Sofort begann ein Wettrennen zwischen deutschen Trusts: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Mit den Herren der Stahlunternehmen kamen jene der IG Farben. Ein Österreich-Bericht für die Vorstandssitzung am 21. Oktober 1938 beweist, dass die IG Farben schon vor der Annexion über den Erwerb der Skoda-Wetzler AG verhandelt hatte, die sie auch prompt nach dem Einmarsch aus den Händen des Herrn Abs übernahm und in die Donau Chemie AG umwandelte. Hermann Josef Abs war Vorstandsmitglied der Deutschen

Bank, die sich die Wiener Creditanstalt nahm, welche wiederum der IG Farben die Skoda-Wetzler-Werke vermachte, denn Abs war auch Aufsichtsratsmitglied der IG Farben (26). Zusätzlich schnappte sich die IG Far-

Dringendes Telegramm von Fritz Sauckel, Gauleiter der NSDAP von Thüringen und «Stiftungsführer» der Wilhelm-Gustloff-Werke, an Hermann Göring vom 24. März 1938 über die «Arisierung» eines österreichischen Rüstungsbetriebes

«Auf ursprüngliche Empfehlung von Pg. Keppler beabsichtige ich, für die Wilhelm-Gustloff-Stiftung die Hirtenberger Patronenfabrik zu erwerben. Diese Produktion ist für unsere nationalsozialistischen Wilhelm-Gustloff-Werke dringend notwendig. Ich bitte daher, da sich unter anderen für diese ehemals jüdische Fabrik in Österreich auch die IG Farben sehr stark interessieren, meiner Bitte zu entsprechen und der Erwerbung dieser Fabrik durch die Wilhelm-Gustloff-Stiftung Ihrerseits zuzustimmen. Ich bin der Meinung, dass die IG Farben nicht alles haben müssen. Nähere Auskunft vermag Staatssekretär Keppler Ihnen morgen zu geben. Ich bitte im Interesse unseres nationalsozialistischen Werkes noch einmal herzlich um Ihre Unterstützung.» (27)

«Dr. H. Kuehne
Vorstandsmitglied der
IG Farbenindustrie
Aktiengesellschaft

Leverkusen, IG-Werk, den 23. Sept. 1938
Fernsprecher Amt Köln Nr. 80941
Ortsgespräche Amt Köln Nr. 80941.

Herrn Direktor Dr. ter Meer, Frankfurt a.M. Herrn Direktor Dr. v. Schnitzler

Sehr geehrte Herren!

Aus dem Telefongespräch von heute vormittag entnahm ich, dass es Ihnen erfreulicherweise gelungen ist, bei den zuständigen Stellen Verständnis für unser Interesse an Aussig zu finden, und dass Sie den Stellen bereits Kommissare, und zwar Herrn Dr. Wurster und Herrn Kugler, vorgeschlagen hatten. Ich bemerkte mir, dass es Ihnen nicht möglich gewesen war, vorher mit mir über diese Aktion zu sprechen. Ich bin mit der Wahl dieser Herren einverstanden. Ich nehme als selbstverständlich an, dass sich die beiden von Ihnen zu Kommissaren vorgeschlagenen Herren mit unserer Kommission, die für die Aussiger Angelegenheiten eingesetzt war, auf das engste benehmen. Wir haben ja bekanntlich auf dem Chemikalienggebiet eine Reihe von Abmachungen auf dem Verkaufs- wie Fabrikationsgebiet: ich erinnere z.B. nur an die Abmachungen auf dem Titanweissgebiet, auf dem Gebiet der Aktivkohle usw.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Kuehne» (28)

ben noch verschiedene Erzgruben, und später, nachdem auch die Tschechoslowakei dem deutschen Imperialismus zum Opfer gefallen war, gliederte sie sich die österreichischen Fabriken der Dynamit AG Pressburg in die Donau Chemie ein (29).

Österreich war eine Warnung für die ganze Welt. Die Friedensheuchelei hatte ihr wahres Gesicht gezeigt: Hitler-Deutschland machte ernst mit seinem Weltherrschaftsanspruch. Fünf Tage nach dem Überfall auf Österreich richtete die Sowjetunion an London, Paris und Washington den Vorschlag, eine Zusammenarbeit der Grossmächte einzuleiten, um weitere Aggressionen zu verhindern. Es kam eine klare Absage.

Warum schlugen die Westmächte die Vorschläge Stalins in den Wind? Warum stoppten sie Hitler und den deutschen Imperialismus nicht? Sie wussten, dass es Deutschlands erklärtes Ziel war, «Lebensraum im Osten» zu erobern, das sozialistische Russland zu vernichten, überhaupt den «Marxismus mit Stumpf und Stiel auszurotten». Die westlichen imperialistischen Staaten konnten ihre Genugtuung über dieses Programm nie verhehlen. So erklärte der amerikanische Ex-Präsident Herbert Hoover nach einer Unterredung mit Max Ilgner, der ausgerechnet der Spionagechef der IG Farben war:

«Ich bin überzeugt, dass weder Deutschland noch die anderen faschistischen Länder Krieg gegen die westlichen Demokratien wollen, solange diese sich nicht dem Vordringen des Faschismus nach dem Osten entgegenstellen.» (30)

Wie im Dritten Reich auch, sprachen hier die Interessen der amerikanischen Monopole vom Schlege der Standard Oil und die Interessen des Staates aus einem Munde.

Der Sozialismus ist der Todfeind der kapitalistischen Freibeuter, sie versuchen mit allen Mitteln, ihn zu vernichten. Die Westmächte hatten Hitler als Speerspitze gegen den Sozialismus auserkoren, nach dessen Vernichtung auch sie sich neue Profite versprachen. Vor allem die englische Regierung tat sich in diesem Punkt hervor. Schon 1935, zwei Monate nach dem Bruch des Versailler Vertrages durch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und einen Monat vor dem Abschluss des deutsch-britischen Flottenabkommens gab ein führender Kopf der britischen Konservativen, Lord Philip Lothian, dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Dodd, zu verstehen, dass er

«. . . lieber eine Koalition der Demokratien sehe, die Deutschland jeden Schritt in ihrer Richtung verstellte und die Entwicklung auf den Osten lenkte. Dass dieses zu einem Krieg zwischen Russland und Deutschland führen könnte, scheint ihn nicht ernstlich zu beunruhigen.» (31)

Im Mai 1937 übernahm Chamberlain aus dem Kreis Lord Lothians die Führung der konservativen Regierung Grossbritanniens. Zur gleichen Zeit, als der amerikanische Botschafter Dodd wegen seines Eintretens für eine antifaschistische Koalition zwischen der Sowjetunion und den Westmächten abberufen wurde, trafen sich der britische Aussenminister Halifax und Hitler auf dem Obersalzberg. Sie waren ein Herz und eine Seele:

«... er (Halifax) und andere Mitglieder der englischen Regierung (seien) davon durchdrungen, dass der Führer nicht nur in Deutschland selbst Grosses geleistet habe, sondern dass er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und dass daher Deutschland mit Recht als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne... Nachdem durch eine deutsch-englische Einigung der Boden vorbereitet sei, müssten die vier grossen westeuropäischen Mächte gemeinsam die Grundlage schaffen, auf der ein dauernder europäischer Frieden errichtet werden könne... Alle anderen Fragen könne man dahingehend charakterisieren, dass sie Änderungen der europäischen Ordnung beträfen, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Zu diesen Fragen gehöre Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, dass diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden...» (32).

Der Raubüberfall auf die Tschechoslowakei

Das Münchner Abkommen vom 30. September 1938, die Zerstückelung der Tschechoslowakei, war der Höhepunkt der Haltung der Westmächte, Hitler nirgends entgegenzutreten. Nicht etwa um den Frieden zu erhalten, nein, die westeuropäische Bourgeoisie hatte nichts gegen Krieg! Ihr war der Faschismus gerade recht zur Rückgewinnung des ehemaligen Ausbeutungsparadieses Russland.

Mit München hatte es noch eine besondere Bewandnis: Seit Jahren gab es eine relativ gute Zusammenarbeit zwischen der IG Farben und dem englischen Chemiegiganten ICI. Noch *vor* dem Einmarsch ins Sudetenland legten die beiden Kartellpartner in einer Vertragsklausel ihre Einflussphären in der Tschechoslowakei fest – für die *Zeit nach* der deutschen Invasion! Sie wussten also schon vor München, was passieren würde: Chamberlain, der britische Premierminister, und sein Aussenminister Simon, die das Opfer, eines neutralen Staates auf dem Altar der Profitinteressen sanktionierten, waren Grossaktionäre der ICI (33).

Was den Stahltrusts das Erz, das waren der IG Farben die Chemischen Werke Aussig und Falkenau im Sudetengebiet der Tschechoslowakei. Sie

gehörten zum «Verein für chemische und metallurgische Produktion in Aussig», einem Chemiekonzern, der in der europäischen Chemieindustrie den vierten Platz einnahm.

«Ich legte ihm dar (dem Staatssekretär Keppler aus dem Auswärtigen Amt – d. Verf.), dass Aussig in Sudeten eine bedeutende Rolle spielte und dass es nicht damit getan wäre, Aussig von seinen Märkten abzuriegeln, weil er dann in unsere Märkte eindringen würde, was Kampf und damit Ausfall von Devisen zu bedeuten hätte.» (34)

Eine waschechte imperialistische Logik. «Ich» – das ist Paul Haefliger, an diesem Tag, dem 6. April 1938, noch stellvertretendes Vorstandsmitglied der IG Farben. Er hatte gute Vorarbeit geleistet. Ein Telegramm des Vorstandsvorsitzenden der IG Farben, Schmitz, an Hitler vom 30. September 1938 tat das Übrige:

«Unter dem Eindruck der von Ihnen, mein Führer, erreichten Heimkehr Sudentendeutschlands ins Reich stellt Ihnen die IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft zur Verwendung für das sudetendeutsche Gebiet einen Betrag von einer halben Million Reichsmark zur Verfügung.» (35)

Noch keine drei Monate waren nach der Besetzung und Zerstückelung der Tschechoslowakei vergangen, und schon brachte die Saat von München reiche Frucht: Die IG Farben nahm sich Aussig! Neue Leiter des geraubten Werks wurden Wurster und Kugler (36).



Zornentbrannte, zum Widerstand entschlossene Tschechen beim deutschen Einmarsch in Prag

Am 15. März 1939 verschlang der faschistische Rachen die Rest-Tschechoslowakei. Mit dieser Eroberung war der Weg nach Südosteuropa vollends geöffnet. Rumänien und sein Öl, Ungarn und sein Weizen, Jugoslawien und Bulgarien, ja selbst Griechenland und die Türkei – bisher Einflussgebiete hauptsächlich der französischen und britischen Imperialisten – drohten nun unter die Vasallenschaft eines anderen, noch brutaleren Räubers zu geraten. Der Expansionshunger des deutschen Imperialismus bewegte sich ganz auf der Linie Kaiser Wilhelms. Denn der Balkan sollte wieder die Lebensmittel-, Öl- und Bauxitbasis des deutschen Imperialismus und das Absatzfeld für seine Waren werden. Die jahrelange, noch friedliche und hauptsächlich wirtschaftliche Vorbereitung der IG Farben zur wirtschaftlichen Kontrolle der südosteuropäischen Länder fand mit dem Erwerb von Aussig ihre Erfüllung. «Das Netz war geknüpft.» (37) Nun galt es, das Wort Duisbergs vom Wirtschaftsblock «von Bordeaux bis Odessa» in die Tat umzusetzen. Die Kräfteverhältnisse hatten sich zugunsten der IG Farben und ihrer Kumpane geändert.

«Sobald sich aber die Kräfteverhältnisse (zwischen den Kapitalisten – d. Verf.) geändert haben, wie können dann *unter dem Kapitalismus* die Gegensätze anders ausgetragen werden als durch *Gewalt?*» (38)

Ein aufschlussreicher Arbeitsbericht

Nur eine Woche, bevor im März 1939 die Resttschechoslowakei fiel, hielt Hitler eine Rede vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der Naziartei und der Generalität:

«Polen wird folgen. Deutsche Herrschaft über Polen ist notwendig, um polnische Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte abzusichern. Was Ungarn und Rumänien anbetrifft, so gehören sie ohne Zweifel in das lebenswichtige Gebiet Deutschlands. Der Fall Polens sowie auch angemessener Druck wird sie unzweifelhaft dazu bringen, klein beizugeben. Dann werden wir uneingeschränkte Kontrolle über ihre unermesslichen landwirtschaftlichen Quellen und ihre Petroleumschätze haben. Dasselbe kann von Jugoslawien gesagt werden. Dies ist der Plan, der bis 1940 vollbracht werden soll. Selbst dann wird Deutschland unbesiegbar sein. Deutschland wird in 1940 und 1941 ein für allemal mit seinem Erbfeinde Frankreich abrechnen. Dieses Land wird von der Karte Europas verschwinden. England ist aber ein altes Land, geschwächt durch Demokratie, Deutschland wird England leicht beherrschen und wird über Englands Reichtümer und Gebiete in der ganzen Welt verfügen, wenn Frankreich einmal besiegt ist.» (39)

Die wichtigsten Beteiligungen der IG Farben (Stand Anfang 1939):

Firma	Kapital Mill. RM	Beteiligung in %	Werke	Hauptprodukte
Ammoniakwerk Merseburg GmbH	287,875	100		Benzin, Stickstoff, Chemikalien
Buna Werke GmbH	100	100		Buna
Chemische Werke Hüls GmbH	120	74		Buna, Chemikalien
Hydrierwerke Pölitz AG	110	31,25		Benzin
Brabag AG	100	13,2	5	Benzin
Dr. A. Wacker GmbH	40	50	5	Chemikalien
Deutsche Solvay- werke AG	75	25	5	Soda, Ätznatron
Kali-Chemie	35	25		Chemikalien
Wasag Chemie AG	25	50		Chemikalien
Wasag AG	25	50		Sprengstoffe
Bayerische Stick- stoffwerke	25	100		Carbid, Kalkstickstoff
AG für Stickstoffdünger	16	100		Carbid, Kalkstickstoff
Kalle & Co.	20	100		Zellulosederivate
Deutsche Celluloid- fabrik Eilenburg	10	100	3	Kunststoffe
Duisburger Kupfer- hütte	12	90,5		Metallabrüstung
Rheinische Stahlwerke	180	über 50		Kohle, Koks, Rein- benzol
A. Riebeck'sche Montanwerke	75	69		Bitumenextraktion, Braunkohle, Schwelung
Dynamit AG Nobel	47,125	über 50	30	Sprengstoffe, Pul- ver, Kunststoffe
Genschow & Co. AG	4,138		4	Pulver, Sprengstoffe
Wolff & Co.	2,5	78,8		Sprengstoffe, Pulver
9 Pulverfabriken	8,45	über 50		Sprengstoffe, Pulver
Westfälische Leichtmetall- werke GmbH Nachrodt	30	50		Leichtmetallfolien
Metallwerk Michler GmbH Leipzig	2	100		Leichtmetall
Metallguß GmbH	1	100		Leichtmetall
Deutsche Gasolin AG	16,5	41		Benzinverkaufs- gesellschaft
Donau Chemie AG	20	98		Chemikalien
Chemische Werke Aussig- Falkenau GmbH	14	50		Chemikalien (40)

Es ist nicht genau bekannt, welche »führenden Vertreter« der Wirtschaft diesem mörderischen Plan zuhörten. Wie dem auch sei, IG Farben-Aufsichtsratsvorsitzender Krauch – in seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter der Chemie und stellvertretender Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau – unterbreitete am 28. April 1939 dem Generalrat der Vierjahresplanbehörde einen unzweideutigen Arbeitsbericht:

«Heute wie 1914 erscheint die deutsche politische und wirtschaftliche Lage ... eine rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten zu verlangen ... Die Erinnerung an die entscheidende Auswirkung des Munitionsmangels vom September 1914 ab müsste Deutschland nur zu den äussersten Anstrengungen veranlassen, um der eigenen Munitionsreichweite zu Kriegsbeginn gegenüber der feindlichen die absolute und damit vielleicht kriegsentscheidende Überlegenheit zu sichern ... Es muss daher gefordert werden: a) die Pulver-, Sprengstoff- und Kampfstoffkapazitäten ... im ursprünglichen Tempo ausbauen ...» (d.h. laut Schnellplan bis Ende 1939! – d. Verf.)

«Rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge», das hiess nichts anderes als «Blitzkrieg»! Dies sollte zum Lieblingswort Hitlers werden. Ferner forderte Krauch

Carl Krauch, Professor, Dr. phil., Dr. rer. nat. e.h., † 3.2.1968.
1941/42

Vorsitzer des Aufsichtsrats der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, von 1940 bis 1945, vorher Vorstandsmitglied.

Geschäftsführer: Ammoniakwerk Merseburg GmbH, Leunawerk, Krs. Merseburg.

Stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrats: AG für Stickstoffdünger, Knapsack, Krs. Köln.

Aufsichtsratsmitglied: Braunkohle-Benzin AG, Berlin; Braunkohlenprodukte AG, Berlin; Deutsche Gasolin AG, Berlin; Ford-Werke AG, Köln-Niehl.

Beiratmitglied: Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie.

Im April 1936 wurde ihm die Leitung der Forschungs- und Entwicklungsabteilung für Rohstoffe und Devisen in Görings Stab übertragen; im Oktober 1936 übernahm er die Leitung der Forschungs- und Entwicklungsabteilung beim Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe im Vierjahresplan; von Juli 1938 bis 1945 Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der Chemischen Erzeugung; seit Dezember 1939 Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau im Vierjahresplan; von 1938 bis 1945 Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Direktoriums des Reichsforschungsrates.

Seit 1937 Mitglied der NSDAP; Mitglied des NSFK (Nationalsozialistisches Fliegerkorps); Mitglied der DAF (Deutsche Arbeitsfront).

Nach 1948

Aufsichtsratsmitglied der Bunawerke Hüls GmbH, Marl.

... die «Schaffung eines einheitlichen Grosswirtschaftsblocks der vier europäischen Antikomintern-Partner (Deutschland, Italien, Spanien, Ungarn – d. Verf.), zu denen bald Jugoslawien und Bulgarien hinzutreten müssen. Innerhalb dieses Blocks Aufbau und Steuerung der Wehrwirtschaft der Koalition. Der Block muss seinen Einfluss ausdehnen auf Rumänien, Türkei und Iran . . . Die hohe Bedeutung der Erweiterung der Handelsbeziehungen mit Russland wird durch die allmähliche Verlagerung des deutschen Wirtschafts- und Ausfuhrschwerpunktes nach dem Osten und durch die zwingende Notwendigkeit, im Kriegsfall die Ukraine wehrwirtschaftlich auszunutzen (Eisen), unterstrichen.»

Krauchs Rede endete mit einem Appell zur Anspannung aller Kräfte für den Eroberungskrieg:

«Deutschland muss das eigene Kriegspotential und das seiner Verbündeten so stärken, dass die Koalition den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen ist. Das kann nur durch neue, grosse und gemeinsame Anstrengungen aller Verbündeten geschehen und durch eine der Rohstoffbasis der Koalition entsprechende verbesserte, zunächst friedliche Ausweitung des Grosswirtschaftsraumes auf dem Balkan und Spanien. Werden diese Gedanken nicht raschestens in die Tat umgesetzt, so schützen alle Blutopfer im nächsten Krieg nicht vor dem aus Mangel an Voraussicht und an Entschlusskraft schon einmal selbstverschuldeten bitteren Ende.» (41)

Am Ende steht der Krieg

Zwei europäische Staaten hatte nun das Grossdeutsche Reich der Monopole bereits verschlungen. Aber seine Schwierigkeiten wurden damit nicht kleiner. 90 Milliarden Reichsmark steckten in der Aufrüstung – und Deutschland damit bis zum Hals in Schulden. Der Wirtschaftsaufschwung unter Hitler war ein Aufschwung zum Krieg. Die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Rüstung stellte hohe Anforderungen an die Rohstoff- und Devisenvorräte, Milliarden von Reichsmark waren erforderlich, und die mussten dem Volk abgepresst werden. Die drohende Krise konnte nur durch Krieg saniert werden! Kanonen statt Butter! Wohin diese Devise notwendig führen musste, sprach Hitler vor seinen Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22. August 1939 aus:

«Unsere wirtschaftliche Lage ist in Folge unserer Einschränkungen so, *dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können*. Göring kann das bestätigen. Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen handeln.» (42)

Bereits ein halbes Jahr vorher, am 23. Mai 1939, wusste er, dass dies mit friedlichen Mitteln nicht geht.

«Die wirtschaftlichen Probleme müssen gelöst werden . . . ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums ist dies nicht möglich.» (43)

Das hiess Raubkrieg! Zum zweiten Mal sollte das imperialistische Deutschland die Welt in Flammen setzen. «Ohne durch innere Überzeugung gehemmt zu sein», so Göring über die Grossindustrie (44), hetzten IG Farben und Konsorten das deutsche Volk erneut gegen den Rest Europas und die übrige Welt. Und sie gedachten mehr daran zu verdienen als 1914 bis 1918. Und sie sollten tatsächlich verdienen: auf Kosten von 50 Millionen Toten und rund 35 Millionen Kriegsversehrten, dem Anderthalbfachen der deutschen Bevölkerung von 1933; durch Raub und Zerstörung, Barbarei, Elend und Knechtschaft. In den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 rollten die deutschen Panzer gegen Polen.

Der Griff nach der Weltherrschaft

Die Plünderung Polens

7. September 1939: Die Invasion Polens war noch in vollem Gange. Da flatterte einem IG Farben-Direktor, gleichzeitig Verbindungsmann zum Reichswirtschaftsministerium, in Berlin NW 7 ein Fernschreiben des Vorstandsmitglieds Georg von Schnitzler auf den Tisch. Der Inhalt: Die IG Farben will vier polnische Farbstofffabriken, die «aller Voraussicht nach» (45) in deutsche Hände fallen werden. Diese vier Fabriken produzierten mehr als die Hälfte des polnischen Farbstoffbedarfs. Am 24. September wurde «vorgeschlagen», dass IG Farben-Treuhänder die Fabriken übernehmen. Sofort nach dem polnischen Zusammenbruch machte sich Wurster in Begleitung eines Vertreters des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau auf gen Osten, um die polnischen Betriebe zu besichtigen. In einem Bericht an ein anderes Vorstandsmitglied schlug er auf der Grundlage des zukünftigen Wertes der jeweiligen Fabriken vor, welche zu erhalten, welche zu schliessen und welche Maschinen abzumontieren seien (46). In den ersten Tagen des Oktober 1939 nahm die IG Farben die Betriebe in «kommissarische

Verwaltung», auf Deutsch: in Besitz. Betriebseinrichtungen zweier dieser Fabriken wurden nach Deutschland abtransportiert, genauso wie Apparate aus der Kerr-Reifenfabrik in Debica geraubt wurden.

Zu gleicher Zeit ging die IG Farben daran, zwei gänzlich neue Riesenwerke aufzubauen. Dazu erklärte Schnitzler in einer eidesstattlichen Aussage nach 1945:

«... die IG wurde von der Regierung oder von Krauch aufgefordert, den Grund zu einer gewaltigen Industrieentwicklung zu legen, und zwar durch die Schaffung zweier völlig neuer Betriebe (... ich nehme Krauch als in dieser Beziehung identisch mit der Regierung an ...)» (47).

Zwei Riesenwerke, das eine in Heydebreck, das andere auf polnischem Gebiet in Auschwitz.

«In Verbindung mit diesen Betrieben erwarben wir die Majorität in einem Kohlenbergwerk – der Fürstengrube . . . Ausser diesen ungeheuren Unternehmen hatte die Pharma nicht weit von Breslau, bei Dyhernfurt, Land erworben. Unter der Firma Anorgana GmbH und für Rechnung des Reiches fabrizierte dort die IG die neuen, in Elberfeld entdeckten Giftgase . . .» (48).

Die Fabrik in Dyhernfurt war ein sogenanntes Montanwerk: ein in Zusammenarbeit mit dem Heereswaffenamt erbautes Werk zu ausschliesslich militärischen Zwecken. Mitglieder des Chemikalienausschusses der IG Farben, in dem über die Todesproduktion der Montanwerke beraten wurde, waren wiederum Wurster, Haefliger und andere.

Die IG Farben fabrizierte 1943 95 Prozent der deutschen Gesamtproduktion von Giftgasen. In Dyhernfurt wurde zum Beispiel der Kampfstoff Tabun hergestellt, der bei der Entwicklung von Schädlingsbekämpfungsmitteln entdeckt worden war: einer der gefährlichsten Kampfstoffe, der schon in geringsten Mengen tödlich wirkt. In allen diesen neu errichteten Werken schufteten Tausende von Häftlingen aus Konzentrationslagern – der entscheidende Grund, warum die IG Farben diese Werke im Osten errichten liess.

Geraubte Fabriken, billige Zwangsarbeiter, den Weg nach Russland frei – so stellten sich die Erfolge des deutschen Faschismus im ersten Kriegsjahr den Monopolen dar. Sie konnten mit ihrem NS-Staat zufrieden sein.

Ein Jahr Krieg

Am 1. September jäherte sich der Tag des Kriegsbeginns. Geheimrat Dr. Hermann Schmitz, Vorsitz der Vorstandes der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, richtet aus diesem Anlaß folgende Worte an die große I. G. Gefolgschaft:

Wenn wir auf die verfloßenen zwölf Kriegsmomente zurückblicken, so gedenken wir zunächst der herrlichen Erfolge, welche die Deutsche Wehrmacht und das Deutsche Volk unter ihrem genialen Führer erzielt haben. Diese Erfolge stehen unvergleichlich in der Geschichte da. Wir gedenken aller unserer Arbeitskameraden, die zu den Fahnen gerufen wurden, insbesondere derer unter ihnen, die in diesem gewaltigen Ringen den Heldentod fanden und zu ihrer Betriebsgemeinschaft nicht zurückkehren können. Sie werden in unseren Reihen weiterleben, die Sorge um ihre Hinterbliebenen wird auch unsere Sorge sein.

Der Krieg hat auch an unsere Betriebe in technischer und kaufmännischer Hinsicht erhöhte Aufgaben gestellt, welche die äußerste Anspannung der Arbeitskraft jedes Einzelnen bedingen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, alle Mitglieder unserer Betriebsgemeinschaft voller Dankbarkeit und Anerkennung für das Geleistete zu grüßen. Nach wie vor gilt unser restloser Einsatz den Aufgaben, die unser Führer uns weiterhin stellen wird. Ihm und seinen Soldaten gilt unser aller Heimatgruß.

Heil Hitler!
Hermann Schmitz

„Deutsche Chemie
für den Endsieg!“

Offene Worte in der
IG Farben-Werks-
zeitschrift „Von
Werk zu Werk“ vom
September 1940 und
Februar 1941

Rückblick auf den 60. Geburtstag von Geheimrat Dr. Hermann Schmitz

Der Führer überbandte Geheimrat Schmitz zu seinem 60. Geburtstag sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift. Auch in diesem Jahr wird an den meisten Stellen feierlichen Anlaß sein. Von den vielen Hunderten von Gläubwünschen seien einige wiedergegeben.



Der Einsatz der deutschen chemischen Forschung „Anorganika“ in der Kriegswirtschaft

Das die Ergebnisse dieser Forschung und das hierbei die I. G. wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft in der Lage sein werde, wertvolle Beiträge zur Entwicklung des Arbeitsfeldes „Anorganika“ zu liefern, ist unser Wunsch und unsere Hoffnung. Sie wird dann mit dazu beitragen, daß die dem deutschen Volke nach dem erlittenen Endsieg obliegenden großen und neuen Aufgaben ihre Lösung finden.

Dir. Dr. Wurster,
I. G. Ludwigshafen-Oppau

Der Führer und Reichkanzler

Berlin, den 2. Januar 1941

Für Ihr freundliches Gedenken und die mir zugleich im Namen der Gefolgschaft der I. G. Farbenindustrie zum Neuen Jahre übermittelten guten Wünsche sage ich Ihnen meinen besten Dank; ich erwiedere sie aufrichtig.

Mit deutschem Gruß!

Die «Friedens»planung der IG Farben

Auf dem Höhepunkt der faschistischen Siegeswelle im Jahre 1940, aber noch bevor die deutschen Divisionen Frankreich zum Waffenstillstand zwangen, erarbeiteten alle deutschen Grosskonzerne, z.B. Zeiss, die Elektro- und Kalikonzerne usw., in Zusammenarbeit mit Reichsstellen genaue Kriegszielprogramme. Die Errichtung eines europäischen Grosswirtschaftsraumes einschliesslich Grossbritanniens unter faschistischer Herrschaft war der Inhalt aller dieser Programme: erster Schritt auf dem Weg zur Weltherrschaft. Den Vogel schoss die IG Farben ab. Am 21. Juni 1940 lud Schnitzler einen ausgewählten Kreis von IG Farben-Leuten ins Hauptquartier nach Frankfurt ein. Hier sollte bis Anfang August die berüchtigte «Friedens»planung zusammengebraut werden. Ausgehend von der Tatsache, dass die IG Farben durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg in ihrer Weltstellung beträchtlich zurückgedrängt wurde, diente der allgemeine Teil einer kaltblütigen «kurzen Darstellung der weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse, mit der bei Neuordnung der internationalen Chemiemärkte zu rechnen sein dürfte» (49).

Dieser sachlich gehaltene, wohlüberlegte Raubplan stellte alle Untaten amerikanischer oder italienischer Mafiabosse in den Schatten; ihre Killer-Banden sind Amateure im Vergleich zu den Kräften, die die Monopole für sich arbeiten liessen. Im «Friedensplan» der IG Farben entstand die schöne neue Welt der deutschen Imperialisten.

Man muss hier einhalten. 1915 hatten die deutschen Industrieverbände ihre Wunschplanung in einem gemeinsamen Brief der Regierung mitgeteilt: Europa gehört uns! 1940 dasselbe, nur in noch grösserem Umfang: Die Welt gehört uns! So planen Monopole, so plante die IG Farben:

«In gewissem Umfang wird nun einmal die Verschlechterung der deutschen Positionen gegenüber 1914 als nicht mehr gutzumachende hingenommen werden müssen. Umso berechtigter mag es erscheinen, bei der Planung einer europäischen Grossraumwirtschaft der deutschen Chemie wieder eine führende Stellung zuzudenken, die ihrem technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Rang entspricht. Von entscheidendem Einfluss auf alle Planungen für den europäischen Raum wird aber die Notwendigkeit sein, eine zielbewusste und schlagkräftige Führung der zwangsläufigen Auseinandersetzung mit den sich heute schon abzeichnenden aussereuropäischen Grossraumwirtschaften zu sichern. Um eine erfolgreiche Behauptung der grossdeutschen bzw. europäischkontinentalen Chemie in dieser Auseinandersetzung zu gewährleisten, ist es eine dringende Erfor-



Von Werk zu Werk

Monatsschrift der Betriebsgemeinschaft der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft

dernis, die Kräfte klar zu erkennen, die auf dem Weltmarkt nach dem Kriege ausschlaggebend sein werden. Ihre Bedeutung ist im Folgenden kurz skizziert:

1. Das Schwergewicht der Auseinandersetzung um eine Neuordnung des Weltmarktes wird im Verhältnis zu den *nordamerikanischen Konzernen* ruhen. Vom europäischen Geschäft aus Gründen, die schon vor dem Krieg wirksam waren und die nach dem Krieg verstärkt wirksam sein werden, abgedrängt, werden die Amerikaner mit allen Kräften versuchen, den Ausbau ihres Chemie-Exports zu erhalten und zu fördern, der im Krieg nach anderen als europäischen Ländern erreicht werden konnte. Im Vordergrund steht dabei der lateinamerikanische Markt . . .

2. Die Auseinandersetzung mit den Amerikanern im Fernen Osten wird ihre besondere Note dadurch erhalten, dass sich auf gleichem Raum die Entscheidung um die Frage abspielen wird, inwieweit sich die europäische Position im Fernen Osten gegenüber *Japan* aufrechterhalten lässt.

3. Zu dem Problem der *italienischen Chemiewirtschaft* kann im Augenblick noch nicht eingehender Stellung genommen werden, da die Möglichkeit der Bildung eines italienischen Grossraumes im Einzelnen noch nicht zu übersehen ist . . .» Es «muss aber schon heute betont werden, dass bei dem allgemeinen deutsch-italienischen Verhältnis, wie es für die Zeit bei Kriegsende vorausgesetzt werden muss, schwerlich mit Italien auf der Basis des status quo aus der Zeit vor Kriegsausbruch wird verhandelt werden können . . .

4. Eine ähnliche Sonderdarstellung ist auch für Russland ins Auge gefasst, welches in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss als ein Faktor, der unter gleichbleibenden politischen Verhältnissen die Auseinandersetzung der europäischen Chemie mit den übrigen Grossräumen zu beeinflussen und zu stören geeignet ist . . . Rückblick und Ausblick zeigen die Notwendigkeit, alle Planungen darauf abzustellen, diese Auseinandersetzung in ihrem Erfolg zu sichern und zu diesem Zweck divergierende Interessen in wirtschaftspolitisch von Grossdeutschland aus beeinflussbaren europäischen Industrieländern diesem Ziel unterzuordnen . . (50).

Ein blutrünstiger Schlachtplan, der über Millionen von Leichen führen sollte. Die IG Farben baute diese Planung, an der alle Sparten, Abteilungen, Kommissionen des Konzerns fieberhaft mitarbeiteten, systematisch auf. Ausser den Berichten über die einzelnen Länder enthielt sie im «Allgemeinen Teil» nicht mehr und nicht weniger als die ausdrückliche Forderung nach dem Weltchemiemonopol, ähnlich dem, das die deutsche Chemieindustrie vor dem ersten Weltkrieg innehatte. Es handelte sich um einen ebenso aberwitzigen wie pedantisch exakten Generalplan der Konzernchefs für eine Neuaufteilung der Reichtümer der Welt, hier insbesondere der Profitquellen für die chemische Industrie. Erst Europa, dann wieder eine Zeitlang Atemschöpfen, und dann die ganze Welt! Nur eine «Kleinigkeit» hatten die «Herrenmenschen» vergessen zu planen, und die machte ihnen dann auch den Strich durch die Rechnung: die Völker der Welt!

Georg von Schnitzler, Dr., † 24.5.1962.

1941/42

Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, von 1926 bis 1945.

Aufsichtsratsmitglied: Ala-Anzeigen AG, Berlin; Chemische Werke Aussig-Falkenau GmbH, Aussig (Vorsitzer); Kalle & Co. AG, Wiesbaden-Biebrich.

Stellvertretender Leiter: Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie; Ausschuss für industrielle Wirtschaftswerbung der Reichsgruppe Industrie; Ständiger Ausstellungsausschuss der deutschen Industrie bei der Reichsgruppe Industrie.

Mitglied: Grosser Beirat der Reichsgruppe Industrie; Frankfurt-Hessischer Beirat der Deutschen Bank, Berlin; Werberat der Deutschen Wirtschaft, Berlin (Vorsitzer).

Mitglied der NSDAP; Hauptsturmführer der SA; Mitglied der DAF; Mitglied des NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps); Wehrwirtschaftsführer; Vizepräsident des Schiedsgerichtshofes der Internationalen Handelskammer; Mitglied des Aufsichtsrats der Francolor, Paris; Leiter oder Mitglied des Aufsichtsrats von anderen IG Farben-Werken in Spanien und Italien.

Nach 1948

Vorstandsmitglied der Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft.

Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa

Als Anlage zu dem «Friedens»programm vom 3. August 1940 lag das Raubprogramm für Frankreich vor. Die IG Farben wollte vor allem ihre totale Vorherrschaft auf dem Farbengebiet ausbauen, die sie nach dem Ersten Weltkrieg an ihre französische Konkurrenz verloren hatte (51). Nun war Deutschland am Zuge. So war es nicht verwunderlich, dass unter anderem Wurster nach dem Waffenstillstand «mit verschiedenen Personen Besprechungen über die Ausnützung von Betriebsanlagen in Elsass-Lothringen gehabt hat» (52). Dort war die Zentrale des Kuhlmann-Konzerns, der in Südosteuropa einer der schärfsten Konkurrenten der IG Farben war. Diese elsässische Fabrik wurde von der IG Farben im Frühjahr 1941 endgültig in Besitz genommen. Aber dem Kuhlmann-Konzern wurde nicht nur dieser eine Betrieb enteignet. Er selbst und zwei weitere Farbstoffhersteller mussten sich einem Diktat der IG Farben vom 21./22. November 1940 beugen:

Dr. Otto Ambros
IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft

Ludwigshafen a. Rh., 28. Juni 1941/Si.

Herrn Professor Dr. Krauch
Reichsamt für Wirtschaftsausbau
Berlin W 9
Saarlandstr. 128

Sehr geehrter Herr Professor!

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 27. 6. übersende ich Ihnen in Anlage eine Aufstellung der Herren, die für einen Einsatz in Russland zur Übernahme der dortigen Anlagen der Herstellung von synthetischem Kautschuk geeignet sind.

Dabei scheint es mir sehr wichtig zu sein, dass auch unsere Vorschläge der Besetzung der einzelnen Werke mit den genannten Herren beachtet werden, da wir in diesen Tagen die Herren auf die spezielle Technik einarbeiten bzw. ihre Auswahl unter dem Gesichtspunkt getroffen ist, dass die Sachbearbeiter, wie z.B. Dr. Wolfram für die Chloropren-Anlage in Erivan, die besten Vorkenntnisse mitbringen.

In einem Telefongespräch betonte Herr Dr. Eckell vor allem die Wichtigkeit der Ausnützung der russischen Anlagen für eine zusätzliche Produktion, welche nach unseren Kenntnissen im Allgemeinen nur Natriumpolymerisat fabrizieren (und die Notwendigkeit, sie) auf unser Natriumpolymerisat-Verfahren um(zu)stellen, also auf Buna 85 und den Weichmacher, Buna 32. Wir bringen damit Erleichterung für unser Werk Schkopau, das heute schon fast 20 t Natriumpolymerisat herstellen muss.

Weiterhin werden wir uns vor allem schnell bemühen, für den technischen Sektor geeignetes Natriumpolymerisat zu gewinnen. Aus diesem Grunde wird Herr Dr. Ebert, welcher der beste Sachbearbeiter auf diesem Gebiet ist, als erster für die Aktion in Russland zur Verfügung stehen. Dr. Ebert wird bereits in den nächsten Tagen bei dem zuständigen Rüstungskommando Dresden einsatzbereit sein.

Um zusammenfassend die Entscheidung über die Inbetriebnahme der einzelnen Anlagen und vor allem ihr Zusammenspiel treffen zu können, scheint es mir richtig zu sein, dass neben den genannten Sachbearbeitern auf den einzelnen Werken auch einer kleinen Kommission die Möglichkeit eines schnellen Besuchs der grössten und geeigneten Anlagen gegeben wird.

Ich schlage deshalb vor, dass ich zum gegebenen Zeitpunkt mit den Herren Dr. Wulff und Biedenkopf für einige Tage nach Russland fahre, um dort mit den verschiedenen Sachbearbeitern zusammenzukommen und sofortige Entscheidungen wegen des Einsatzes der einzelnen Anlagen zu treffen. Ich bitte daher auch, für uns drei vorsorglich einen Passierschein ausfüllen zu lassen. Unsere Daten gebe ich Ihnen in Anlage 2.

So hoffe ich, dass durch diese Vorbereitungen die Gewähr gegeben ist, die russische Buna-Industrie schnell in unsere Dienste stellen zu können.

Ich verbleibe mit Heil Hitler!

Ihr ergebener gez.

Dr. O. Ambros (53)

«Die IG forderte eine absolute Beherrschung der französischen Farbindustrie mittels einer 51-prozentigen Beteiligung an dem Aktienkapital des neuen Konzerns Francolor, der gegründet werden sollte, um alle Vermögenswerte der Kuhlmann, Saintclair und Saint Denis zu übernehmen.» (54)

Am 10. März 1941 hatte die IG Farben ihren Führungsanspruch durchgesetzt. Die mit den Faschisten kollaborierende Vichy-Regierung unter Marschall Petain (im Volksmund Putain, das heisst Hure, genannt) gab ihre Zustimmung zu diesem erpresserischen Abkommen.

Nicht weniger räuberisch waren die Pläne der Monopole, was die Eroberungen im Osten betraf. Schon Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) hatten sie ein ganzes System von sogenannten Osthandelsgesellschaften gebildet; diese sollten «bei Zurückführung der russischen Industrie in die Privatwirtschaft eine grosse Rolle spielen» (55). Dabei spielte die Kontinental-Öl-AG, ein Zusammenschluss aller europäischen Erdölfirmer unter der Regie der Deutschen Bank und der IG Farben, dann auch kräftig mit. Vor allem das materielle und personelle Engagement der IG Farben muss hier hervorgehoben werden. Bütefisch sass im Aufsichtsrat, IG Farben-Direktor Fischer leitete die AG, «da er erstens Fachmann auf dem Erdölgebiet und zweitens Leiter der Erdölabteilung im Reichswirtschaftsministerium sei und drittens in einem ganz besonderen Masse das Vertrauen des Reichsmarschalls besitze» (56). Das kaukasische Erdöl lockte, aber nicht nur das.

«Die IG hat weitgehende Pläne für die Beteiligung an dieser Plünderungs- und Spoliationsaktion (Beraubung – d. Verf.) entworfen.» (57)

Schon sechs Tage nach dem Zerreißen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und des mit grösster Brutalität geführten Angriffs auf die Sowjetunion schickte Ambros an Krauch einen detaillierten Plan, welche Sachverständigen ausgesucht und ernannt werden sollten, um die Bunanwerke der Sowjetunion leitend zu übernehmen.

«Als der Einmarsch in Russland stattfand, wurde eine Gruppe von Chemikern bereitgehalten – Buna-Chemiker -, um sofort an Ort und Stelle zu sein. Sie sassen dort. Und als der weiteste Punkt erreicht war, bei Kaluga oder so, fanden sie dort in einer Stadt eine grosse Bunaanlage» (58).

Wiederum plünderte die IG Farben: Sie riss sich die Superphosphatfabrik Odesa unter den Nagel, hälftig geteilt mit dem Aussiger Verein, der damals ja auch der IG Farben gehörte. Auf der einen Seite ungeheure Gewinne, auf der anderen unfassliches Leid: Mindestens sieben Millionen gehenkte, erschlagene, erschossene, lebendig verbrannte, vergewaltigte, verkrüppelte Sowjetbürger, 1'700 Städte,





*Massenexekution von
Polen, Russen und
Juden durch die SS*



70'000 Dörfer zerstört, Tausende von ausgebrannten Schulen und Krankenhäusern, das ist die Bilanz des deutschen Überfalls, des «Verbrannte-Erde»-Befehls.

«Die Pläne für die wirtschaftliche Ausbeutung der UdSSR, für die Wegnahme grosser Bevölkerungsteile, für die Ermordung von Kommissaren (Funktionäre der KPdSU – d. Verf.), all dies war ein Teil des sorgfältig vorbereiteten Plans, der am 22. Juni ohne irgendwelche Warnung und ohne einen Schatten von Rechtmässigkeit umgesetzt wurde. Es war «latter Überfall» (59)

Selbst der amerikanische Ankläger im IG Farben-Prozess nach dem Krieg fand eindrucksvolle Worte, als er eine historische Würdigung der «Friedensplanung» versuchte:

«Es war in seiner Gesamtheit ein Plan zur Beherrschung der chemischen Industrie des europäischen Kontinents einschliesslich Grossbritanniens, um Krieg zu führen gegen die übrige Welt. Es war ein Plan zur Realisierung der Ideen Duisbergs und der Vorschläge Krauchs. Wir müssen nicht weiter nach Motiven suchen; es ist alles in diesen Dokumenten niedergeschrieben. Sie sind in der leidenschaftslosen Sprache der Wissenschaft und des Handels geschrieben, aber zwischen den Zeilen kann jedermann leicht glimmenden Hass und grenzenlosen Ehrgeiz erkennen. Diese Männer wollten sich zu Herren der Welt machen, und sie waren darauf vorbereitet, sie zu zerstören, falls ihnen dies nicht gelingen sollte.» (60)

Widerstand im Krieg

Der Kampf um die Volksfront gegen den Faschismus

Das deutsche Volk hat es nicht vermocht, die faschistische Herrschaft aus eigener Kraft zu stürzen. Aber es setzte seinen Kampf gegen den Faschismus, der schon lange vor 1933 begonnen hatte, unter dem Nazi-Regime und während des Krieges fort. Viele antifaschistische Kämpfer wurden gefasst, litten in Zuchthäusern und KZs oder liessen ihr Leben für ihre gerechte Sache. Nie gelang es dem NS-Staatsapparat, den Widerstand vollständig zu unterdrücken: Wo ein Kämpfer fiel, rückte der nächste in die Lücke.

Dass dem deutschen Antifaschismus der Sieg versagt blieb, hatte verschiedene Gründe. Vielen Menschen hatten die mit grösstem Propaganda-

aufwand herausgestellten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Erfolge der Nazis die Augen verklebt. Sie durchschauten den Betrug nicht, sahen nicht, dass die faschistische Politik nur in einer Katastrophe enden konnte. Andere wurden durch den blutigen Terror, den die Nazis in bisher ungeahntem Ausmass, planvoll und gnadenlos ausübten, eingeschüchert. Entscheidend war aber, dass die verschiedenen antifaschistischen Kräfte trotz des gemeinsamen Ziels, Hitler zu stürzen, nicht einig waren. Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche, bürgerliche und militärische Widerstandsgruppen arbeiteten in strenger Illegalität und nebeneinander, blieben ohne gemeinsames Programm, ohne einheitliche Leitung. So konnten sie immer wieder einzeln geschlagen werden.

Am schwersten wog dabei die Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterklasse. Am 14. September 1938 hatte die SPD noch geschrieben:

«Der Sturz Hitlers ist deshalb das Ziel, für das wir kämpfen werden, gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und allen demokratischen Kräften in Europa.» (61)

Ein dreiviertel Jahr später lehnte sie das Angebot der KPD zum gemeinsamen Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und die drohende Kriegsgefahr ab. Wieder war eine Möglichkeit, Hitler aufzuhalten, vergeben worden; ungehindert entfaltete die Nazi-Propaganda in den letzten Monaten vor dem Kriegsausbruch ihre Hetze gegen Polen, bis am 1. September 1939 deutsche Panzer über die polnische Grenze rollten. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen.

Wenige Tage danach erfolgte ein Aufruf des Aktionsausschusses deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten:

«Jetzt kann Deutschland nur noch durch das Volk gerettet werden! Ein Sieg Deutschlands ist ausgeschlossen gegen die Übermacht der ganzen übrigen Welt. Die Niederlage und der Zusammenbruch sind unabwendbar. Doch die Katastrophe für das deutsche Volk wird umso furchtbarer sein, je länger das Massenmorden anhält. Daher muss gleich zu Beginn des Krieges das Denken und Handeln jedes verantwortungsvollen Deutschen beseelt sein von dem alles umfassenden Ziel: sofortigen und schnellsten Schluss mit dem verbrecherischen Hitlerkrieg, der unser Land und Volk zu vernichten droht! Kein ‚Durchhalten‘, kein ‚Aufopfern des Letzten‘ für dieses Verbrechen, sondern: Nieder mit Hitler, nieder mit der nazistischen Blutherrschaft, nieder mit der Herrschaft der oberen Zehntausend, die immer Deutschlands Unglück sind! Deutsche Werktätige in Stadt und Land! Man wird von jedem Einzelnen von euch Unmenschliches verlangen. Ihr sollt nicht nur auf den Schlachtfeldern und bei den Bombardements der Städte verbluten. Ihr sollt als Sklaven in den Rüstungsbetrieben kaserniert und zu schwerster Fronarbeit, ohne Lohn bei Kohlrübenfrass, gezwungen werden. Alles wird rationiert, jeder eigene Wille, jeder eigene Schritt wird

verhindert. All das könnt ihr verhindern oder schnell zum Abschluss bringen, wenn ihr passiven und aktiven Widerstand leistet. Richtet euch nicht nach den Zwangsverordnungen! Wo ihr der offenen Gewalt weichen müsst, umgeht die Zwangsgesetze durch Langsamarbeiten, durch Verheimlichen und Beiseiteschaffen aller euch persönlich notwendigen Nahrungsmittel und Produkte und vor allem: durch engste gegenseitige Solidarität unter euch Werktätigen selbst! Das ganze Volk in Stadt und Land, Arbeiter und Bauern, Angestellte und Mittelständler, alle müsst ihr euch im Kampf und Widerstand gegen die Kriegsverbrecher unterstützen und gegenseitig helfen.» (62)

Unter der Parole der Volksfront schlossen sich in Deutschland und im Exil viele Gruppen und Einzelpersonen zusammen, aber ihre Interessen waren zu unterschiedlich, ihre Vorbehalte zu gross, als dass eine starke, einheitliche Organisation hätte Zustandekommen können. Es waren hauptsächlich Gruppen unter kommunistischer Führung, die genügend Klarheit, Energie und Durchhaltevermögen aufbrachten, so dass sie über längere Zeit den wütenden Verfolgungen durch die Gestapo entgehen und wirkungsvolle Aktionen unternehmen konnten: Aufklärung der Bevölkerung, Rettung bedrohter Antifaschisten, Sabotage der Kriegsproduktion.

Antifaschismus in Mannheim – der «Vorbote»

Der Überfall auf Polen war mit einer neuen Welle des Terrors gegen Kommunisten und Sozialdemokraten verbunden. In der Nacht zum 1. September 1939 wurden etwa 2'000 kommunistische Funktionäre verhaftet. Neue Gesetze verschärften die Unterdrückung: Das Abhören von ausländischen Sendern und das Verbreiten ihrer Informationen konnten mit dem Tode bestraft werden. Die antifaschistische Widerstandstätigkeit wurde durch die vielen Einberufungen, auch der wieder als «wehrwürdig» bezeichneten Kommunisten, sehr erschwert.

Die illegale Parteileitung der KPD im Mannheimer Raum hatte sich folgende Aufgaben als vordringlich gestellt: die noch stärkere Konzentration auf die Betriebe, die Gewinnung von Sozialdemokraten für den gemeinsamen Kampf, die Verbindung nach Ludwigshafen zur Anilin und, als Wichtigstes, die Schaffung einer Zeitung. Die Führung um den Schriftsetzer Georg Lechleiter, der vor 1933 Vorsitzender der kommunistischen Fraktion des Badischen Landtags war, den Maschinenschlosser Jakob Faulhaber und



DER VORBOTE

Informations- und Kampforgan gegen den
Hitlerfaschismus.

Herausgegeben von der K. P.

Ausgabe November 1941.

Georg Lechleiter, Jakob Faulhaber, (oben); Rudolf Langendorf (Bezirksleitung der KPD) und Käthe Seitz (SPD), Mitarbeiterin bei der Herstellung des Mannheimer «Vorboten»



den Kaufmann Rudolf Langendorf richtete den Bezirk auf die Ausweitung bestehender und die Schaffung neuer Betriebsgruppen aus. In ihrer später herausgegebenen antifaschistischen Zeitung «Der Vorbote» gaben sie folgende Anweisung: Der Aufbau der Organisation dürfe nur in Betriebszellen erfolgen, keine mit mehr als drei Personen. In Grossbetrieben sollten die Zellen zu Gruppen zusammengeschlossen werden, aber untereinander keine direkte Verbindung haben ausser über die Gruppenleitung, die ebenfalls aus drei Mann bestand.

Kurz nach Beginn des Krieges war die Möglichkeit zerschlagen worden, illegale Zeitungen wie z.B. die «Rote Fahne», die «Süddeutsche Volksstimme» und andere aus dem Ausland, über den Rhein, zu erhalten und zu verteilen. Ohne antifaschistische Zeitung war indes die Agitation gegen den Krieg und die Kriegstreiber nicht zu führen.

Im Herbst 1941 gab es endlich eine. Während die Faschistenstiefel sich ihren blutigen Weg durch Russland stampften, machte in mehreren Mannheimer Betrieben, aber auch in verschiedenen Wohngebieten und selbst in Ludwigshafen und Heidelberg «Der Vorbote» – Informations- und Kampforgan gegen den Hitlerfaschismus, die Runde. Herausgeber: KP. An der Herstellung nahmen auch aktive Sozialdemokraten und parteilose Antifaschisten teil (63).

Im Dezember 1941 erschien die vierte und letzte Ausgabe. Wenige Tage vor Weihnachten kommentierte sie die Niederlage der «unbesiegbaren» deutschen Armee vor Moskau mit den Worten:

«Der Krieg gegen die Sowjetunion: Er hat allerdings im Jahre 1941 eine Entscheidung gebracht, aber nicht die von Hitler verkündete und von Goebbels ausgesaunte . . . Die Rote Armee hat nicht nur Moskau gerettet, sie wird den deutschen Heeren das Schicksal der napoleonischen Armee bereiten!» (64)

Zwei Monate später wurden die Schreiber und Hersteller, Kommunisten und Sozialdemokraten, darunter die Bezirksleitung der KPD, verhaftet. Der Gestapo war es wiederum gelungen, einen Agenten unter die Antifaschisten zu schmuggeln. 32 Kämpfer mussten ihre mutige Tat mit Tod oder KZ büssen (65).

Doch der Widerstand liess sich in Mannheim nicht auslöschen. Deutsche Arbeiter, russische und französische Kriegsgefangene, tschechische Zwangsarbeiter und später sogar italienische Soldaten, die in Mannheimer Betrieben arbeiten mussten, bildeten Widerstandsgruppen, stellten untereinander Kontakte her und unterstützten sich gegenseitig. Sie leisteten den ausländischen Zwangsarbeitern, die zur Kriegsproduktion nach Deutschland verschleppt worden waren, materielle Hilfe. Und mit der Unterstüt-

zung deutscher Arbeiter konnte eine sowjetische Gruppe sogar ein monatlich erscheinendes Informationsblatt herausgeben. Die Besprechungen dazu fanden in der Wohnung eines Mannheimer Arbeiters statt. Es gab auch gemeinsame Aktionen zur Störung der Rüstungsproduktion: Die Niederlage der deutschen Imperialisten sollte beschleunigt werden. Dafür setzten deutsche und ausländische Antifaschisten immer wieder ihr Leben ein (66).

IG Farben und Auschwitz

Gute Zusammenarbeit mit der SS

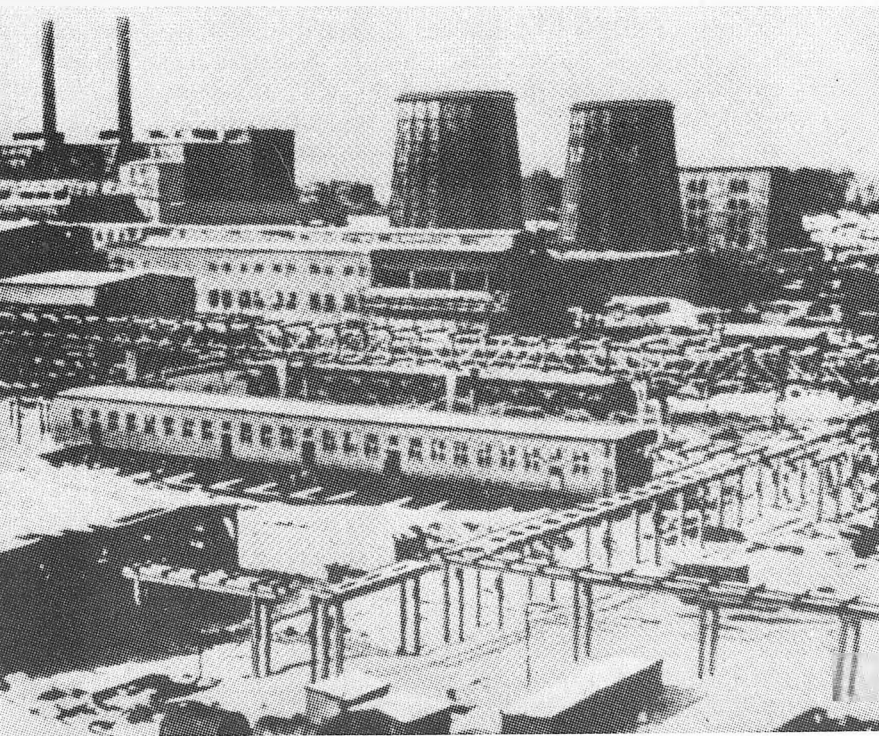
Das dunkelste Kapitel in der Geschichte der IG Farben, dieses «unschuldigen» Grosskonzerns, spielt hinter Stacheldraht. An ihren sechs Milliarden Kriegsgewinn klebt unmittelbar das Blut von 370'000 KZ-Häftlingen allein aus Auschwitz, ungezählt die Häftlinge anderer KZs, die für die IG Farben arbeiten mussten, ungezählt die Millionen Toten durch das IG Farben-Vergasungsgift Zyklon-B und die anderen von der IG Farben hergestellten Vernichtungswaffen.

Schon bald nach dem Überfall auf Polen hatte sich die IG Farben entschlossen, dort ein viertes Bunawerk zu bauen, um den Bedarf der Wehrmacht an synthetischem Kautschuk zu decken. Die Standortwahl fiel auf Auschwitz, ein kleines Städtchen mit 13'000 Einwohnern. «Relativ reizvoll ist ein in der Nähe der Stadt gelegenes Schloss.» (67) Gründe für diese Wahl waren:

- die grosse Entfernung vom Westen und damit die Sicherheit vor Luftangriffen und unerwünschten Einblicken,
- das Vorhandensein von Rohstoffen wie Kohle, Kalk und Wasser sowie von Energie in ausreichendem Masse,
- besondere staatliche Förderungshilfen: die Oststeuerhilfe ermöglichte es der IG Farben, beinahe die Hälfte des Auschwitzer Werkes nicht aus eigener Tasche bezahlen zu müssen,
- vor allem aber das im Bau befindliche KZ Auschwitz, dessen Tausende von Häftlingen billigste Arbeitskräfte für Bau und Betrieb des Werkes abgeben sollten (68). «. . . eine genügende Abstellung von Häftlingen ist eine wichtige Voraus-



Der Eingang zum Konzentrationslager Auschwitz und die Auschwitzer Industrieanlagen der IG Farben



setzung für den Aufbau des Werkes», so Dürrfeld, eines der leitenden Mitglieder des zukünftigen IG Farben-Werkes (69).

Der Kommandant von Auschwitz, Hauptsturmbannführer Rudolf Höss, beschreibt, wie die SS den Wünschen der IG Farben nachgekommen war:

«Nun stellt es sich heraus, dass zwar die Rüstungsindustrie einen noch ungeheureren Bedarf an Arbeitskräften hat, dass man aber mit dem Aufbau der Unterbringungsmöglichkeit nicht vorwärtskommt ... Himmler tobt ... In Auschwitz ist alles mit Häftlingen vollgepfropft, die auf den Abtransport in die Rüstungslager warten. . . Himmler treibt weiter. Seine Versprechen quälen ihn. In Auschwitz gehen Tausende von Arbeitsfähigen zugrunde, ehe sie je einen Arbeitsplatz in der Rüstung gesehen haben.» (70)

Der IG Farben ging die Häftlingsüberstellung zu langsam, so half sie nach: Sie finanzierte den Ausbau des KZs, sicherte den Bau von Häftlingsbaracken, sorgte dafür, dass die Gestapo gut untergebracht wurde, und vergass auch nicht die Arrestzellen für die Arbeitssklaven. Das KZ Auschwitz wurde in die Baupläne der IG Farben aufgenommen. Eine Aktennotiz vom Dezember 1941 bestätigt, dass die IG Farben zum Ausbau des KZs zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat.

Als Gegenleistung erhielt die IG Farben die jeweils gewünschte Zahl von Häftlingen. Im April 1941 konnte mit dem Bau des Vier-Milliarden-Projekts begonnen werden. Der SS wurden für einen Facharbeiter vier Reichsmark, für einen Hilfsarbeiter drei Reichsmark pro Tag bezahlt: ein Vorzugspreis! Dafür arbeiteten die Häftlinge im Sommer zehn bis elf, im Winter neun Stunden. Laut Aussage des Chefs des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Pohl, ihm unterstand die gesamte Versorgung und Inspektion der Konzentrationslager, wurde der IG Farben «auf Veranlassung des Reichsführers SS Priorität in dem Arbeitseinsatz für Häftlinge für das Werk Buna eingeräumt» (71). Alle Dienststellen waren angewiesen, das Bauvorhaben auf jede erdenkliche Art und Weise zu fördern.

Die Zusammenarbeit mit der SS klappte bis auf nebensächliche Quereelen um die Häftlingsverleihgebühr reibungslos. So konnte das verantwortliche Vorstandsmitglied für das IG Farben-Werk Auschwitz, Dr. Ambros, am 12. April 1941 zufrieden an seine Kompagnons in Ludwigshafen telegrafieren:

«... und ausserdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus. Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des KZs gab, haben

wir weiterhin alle Massnahmen des KZs festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen.» (72)

Segensreich für die IG Farben, tödlich für die Häftlinge!

Von Anbeginn waren die Herren der Werksleitung mit den Arbeitsleistungen der KZ-Insassen unzufrieden. Max Faust, stellvertretender Betriebsführer des Auschwitzer Werks, nannte die Mittel, die die IG Farben anzuwenden gewillt war:

«Unerhört ist auch der Mangel an Arbeitsdisziplin . . . Alle Druckmittel, selbst die Einweisung in das KL (Konzentrationslager – d. Verf.) bleiben fruchtlos . . . Nach unseren bisherigen Erfahrungen fruchtet bei diesen Menschen nur Brachialgewalt.» (73)

Wer nicht arbeitete, wie die Ehrenmänner der IG Farben es wünschten, auf den warteten Gestapo und SS. Das war aber nur der Anfang.

Werkseigene KZs – barbarische Konsequenz des Kapitalismus

Die täglichen sieben Kilometer Fussmarsch der Häftlinge vom KZ zum Werk und zurück waren der IG Farben zuviel, da ihr hierdurch Arbeitszeit und Arbeitskraft verloren gingen. Sie drängte auf Errichtung eines KZs auf dem Werksge-
lände; das wurde bewilligt, und das IG Farben-eigene KZ Monowitz entstand. Es sollte «die Leistung steigern» (Dürrfeld unter Eid) (74). Die Zustände in diesem KZ schildert Ernest Tauber, ein ehemaliger Häftling in Auschwitz-Monowitz in einer Erklärung unter Eid:

«1. ... In Monowitz war ich vom (Oktober 1942) bis zum 4.8.1944 . . .

2. In Monowitz schliefen auf einem Block in der Regel vierhundert Häftlinge. Der Block war für 162 Häftlinge eingerichtet. 1943 schliefen bis 3 Mann in einem Bett . . . Verantwortlich für die Unterbringung war IG Farben.

3. Anfang 1943 übernahm die IG Farben die Verpflegung des Lagers Monowitz. Das Essen war nur in den ersten Tagen der Übernahme etwas besser. Im Allgemeinen war es ungenügend und hatte überhaupt keinen Fettgehalt. Es bestand aus 1 Liter Wassersuppe, gekocht von ungeschälten Kartoffeln und anderem der Gesundheit nicht zuträglichem Inhalt, so dass infolge der Verpflegung im Lager Monowitz Bauchtyphus auftrat. Morgens gab es nur Kaffee, abends 375 Gramm Brot und eine Zulage von 8 Gramm Margarine. An manchen Tagen gab es das doppelte Quantum Margarine.

Diese Verpflegung war bei der verlangten Arbeit im IG-Bunawerk zum Leben vollkommen unzureichend. Viele Häftlinge starben an den Folgen von Unterernährung und schlechter Bekleidung.

Das Gewicht einiger Mithäftlinge ging in IG-Auschwitz auf 35 kg bis 44 kg herunter, das durchschnittliche Gewicht lag um 55 kg.



Himmler und Höß besichtigen die IG Farben-Werke Auschwitz. In Zivil Oberingenieur Faust

Zu Tode geschuftet, vergast, verbrannt: das Werk der IG Farben



Geheim!

1. Dies ist ein Beleggeheimnis im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes
2. Weitergabe nur nach Anweisung der Dienstleitung
3. Nach Beendigung der Arbeit ist das Dokument zu vernichten

M. Faust
Björn

Wochenbericht Nr. 126/127

für die Zeit vom 18.10.43 - 31.10.43

Eine Sorge, die von Woche zu Woche brennender wird, bildet die ständig abnehmende Arbeitsmoral auf der Baustelle. Wenn ich auch bei meinem letzten Besuch in Ludwigshafen feststellen konnte, dass auch dort die Arbeitsmoral auf der Baustelle zu wünschen übrig lässt, so ist doch auf unserer Baustelle wegen der ausserordentlich bunten Zusammensetzung der Belegschaft, wobei die Häftlinge und Kriegsgefangenen Engländer eine besonders bedenkliche Rolle spielen, die Durchführung besonderer Massnahmen notwendig.

Bedauerlich hierbei ist, dass die Gestapo bei der Behandlung von Fragen der Arbeitsbummelerei nicht so prompt arbeitet, wie dies von uns gewünscht wird. So werden z.B. Reklamationen bei der Gestapo wegen Behandlung von uns gemeldeter Arbeitsbummelanten mit dem einfachen Hinweis beantwortet, dass sich die Gestapo nicht drängeln liesse. Diese Tatsache allein zeigt, dass man dort noch nicht erkannt hat, um was es geht.

Bezüglich der Behandlung der Häftlinge habe ich zwar stets dagegen opponiert, dass Häftlinge auf der Baustelle erschossen oder halbtot geschlagen werden. Ich stehe jedoch auf dem Standpunkt, dass eine Züchtigung in gemässigten Formen unbedingt notwendig ist, um die nötige Disziplin unter den Häftlingen zu wahren. Es geht nicht an, dass ein Häftling einem Meister nachruft: "Dich werden wir auch noch von Deinem Fahrrad herunterholen."

Dasselbe gilt aber auch für einen Teil der Polen und Ukrainer. Es war von jeher üblich, dass ein energischer und tatkräftiger deutscher Polier auf der Baustelle auch einmal handgreiflich wurde und es hat Zeiten gegeben, in denen es der jugendliche Geselle dem Meister durchaus nicht übel nahm, wenn er für eine Dummheit, die er gemacht hatte, eine Backpfeife bekam. Dass man nun heute auf der Baustelle

Dasselbe gilt auch für die englischen Kriegsgefangenen. Die zur Verfügung stehenden Wachmannschaften sind so schlapp und teilweise von einer so minderwertigen Moral, dass unter ihren Schützlingen einfach keine Arbeitsmoral und keine Disziplin herrschen kann. Dazu kommt noch, dass die englischen Kriegsgefangenen mit Liebesgaben überschüttet werden. Zigaretten und Schokolade verschenken sie an die Polen, Häftlinge und wahrscheinlich auch an die Wachmannschaften. Sie legen eine hochnäsige Haltung an den Tag und ihre Leistungen sind, wenigstens da wo sie in Massen eingesetzt sind, durchaus unterdurchschnittlich. Der Einsatz von kleinen Gruppen bei der Montage wird dagegen gut beurteilt.

Zu dem Kapitel Arbeitsmoral könnten noch zahllose Einzelbeispiele genannt werden, alle zusammen sind jedoch ein Hinweis darauf, dass hier schnellstens Wandel geschaffen werden muss.

gez. Faust

Dürfeld, der Betriebsleiter der IG Farben Auschwitz, war über die schlechte Verpflegung vollkommen unterrichtet. Er kostete die Suppe einmal im Frühjahr 1943 in meiner Gegenwart. Er lobte die Suppe, und ich fragte ihn, ob er das im Ernst meint, worauf er sagte: Nun, sie ist verbesserungsfähig . . .

7. Es gab im Winter kaum ein Kommando, auf dem nicht täglich Erfrierungen vorkamen. An einem schweren Wintertage waren 30 Tote nichts Aussergewöhnliches. Die Toten mussten an den Gebäuden der IG-Werksleitung vorbeigetragen werden. Es war ausgeschlossen, dass Dürfeld dieses nicht gesehen hat.

8. Die IG Farben wusste nicht nur über die vorkommenden Grausamkeiten, sondern beteiligte sich selber daran. Ich sah persönlich, wie Oberingenieur Faust mehrere Häftlinge mit dem Knüppel geschlagen hat . . .

gez. Arnest Tauber» (75)

Es ist daher kaum verwunderlich, dass die Häftlinge die geforderten Arbeitsleistungen nicht bringen konnten. Zur Durchsetzung der «Arbeitsdisziplin» vereinbarte die IG Farben mit der SS, dass Berufsverbrecher aus ganz Deutschland als Kapos und Meister in Monowitz eingesetzt werden sollten. Die Gestapo wurde Ende 1943 von der IG Farben sogar gerügt, weil sie «Arbeitsbummelanten» zu lasch anfasse. Die Gestapo habe wohl «noch nicht erkannt, um was es geht» (76). Für besonders «Hartnäckige» liess die IG Farben zusätzlich sogenannte «Erziehungslager», sprich Straflager, einrichten. «Half» auch das noch nicht, drohte Einweisung ins KZ Auschwitz. Dort erwartete die Betroffenen Folter und Tod, zum Beispiel durch die Bogerschaukel:

«Dem Häftling wurden die gefesselten Hände über die Knie gezogen, zwischen Armen und Kniebeuge wurde eine Stange durchgezogen, an der er wie an einem Reck aufgehängt wurde. Peitschenschläge brachten den Häftling zum Schaukeln. Wer diese Folter lebend Überstand, dem waren die Hände abgeschauert, das Gesäss in Fetzen, das Gesicht voll Blut.» (77)

Hatten die KZs bis zum Beginn des Krieges hauptsächlich die Funktion, politische Gegner zu isolieren und zu liquidieren, so waren sie nun zu einem «unerschöpflichen» Arbeitskräftereservoir der Konzerne geworden, von diesen mit allen Mitteln gefördert. In einem Brief an Himmler wies der Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Pohl, darauf hin, dass

«. . . der Krieg eine sichtbare Strukturänderung der KZs gebracht und die Aufgabe hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert (hat). Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte zunächst für Rüstungsaufgaben (Rüstungssteigerungen) und später für Friedensaufgaben schiebt sich immer mehr in den Vordergrund.» (78)

So hatte das KZ Auschwitz neben anderen Firmen fünf Werke der IG Farben mit Häftlingen zu versorgen. Das IG Farben-eigene KZ Monowitz war zu einem

Zentrallager für weitere 28 Aussenlager geworden. Anfang 1942 entstand das dritte grosse Auschwitz KZ, Birkenau, ein reines Vernichtungslager. Nicht arbeitsfähige Häftlinge wurden dort «sonderbehandelt» (SS-Jargon), das heisst: vergast.

Anfangs wurden die im KZ Auschwitz ankommenden Häftlinge daraufhin ausgewählt, wer zur IG Farben nach Monowitz, wer direkt zur Vergasung nach Birkenau geschickt werden sollten. Später geschahen diese Selektionen in Monowitz, unter Beisein und teilweise eigenem Eingreifen der IG Farben-Werksleitung. So sagte der Zeuge Ludwig Wörl aus München 1964 vor dem Frankfurter Schwurgericht aus, dass «die Konzernvertreter ständig auf Selektionen gedungen hätten . . . Unter ihnen habe sich Dr. Dürrfeld besonders hervorgetan.» (79)

Die SS-Lagerärzte und SS-Schergen wählten nach Richtlinien aus, die Mitglieder der IG Farben-Werksleitung (Ambros, Dürrfeld u.a.) mit dem Kommandanten des KZ Auschwitz, Höss, ausgearbeitet hatten:

«Betrifft: Gestellung von Häftlingen ... In einer eingehenden Unterhaltung über die Qualität der Häftlinge entwickelte ich folgende Bedingungen:

1. Kräftige und arbeitsfähige Häftlinge
2. Täglich die gleichen Häftlinge zum gleichen Arbeitsplatz
3. Grössere Freizügigkeit im Einsatz der Häftlinge
4. Ansporn der Häftlinge zu grösserer Leistung

Zu 4. wurde dem Kommandanten ein Primitiv-Akkordsystem (das scherzhaft genannte FFF-System) vorgeschlagen und um Unterstützung in der Durchführung gebeten...

gez. Dürrfeld» (80).

Das von der Werksleitung vorgeschlagene FFF-System bedeutete:

Freiheit: Bewegungsmöglichkeit auf den Baustellen und vorgetäuschte Möglichkeit der Haftentlassung,

Fressen: bei hohen Arbeitsleistungen dürftige Verpflegungszulagen, Frauen: Bordellbesuch als besondere Belohnung für die als Antreiber eingesetzten Kriminellen.

Am Ende dieses perfekten Ausbeutungssystems standen die Gaskammern. Die Herren der IG Farben scheuten sich auch nicht, Höss zu tadeln, weil seine Unterführer zu schlecht selektierten, den IG Farben-Werken «schlechte» Arbeitskräfte schickten. Welche Barbarei und kalte Profitgier spricht auf dem Wochenbericht der IG Farben-Leitung für die Zeit vom 8. bis 21. Februar 1943: Das Ergebnis einer Besprechung mit dem SS-Obersturmbannführer Maurer sei es gewesen, «dass alle schwachen Häftlinge abgeschoben werden können», wodurch «eine fast volle Leistung, verglichen mit einem deutschen Hilfsarbeiter,

Otto Ambros, Dr. phil.

1941/42

Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, von 1938 bis 1945.

Stellvertretender Geschäftsführer: Buna Werke GmbH, Schkopau.

Aufsichtsratsmitglied: Chemische Werke Hüls AG, Marl/Westf.

Betriebsführer von acht der wichtigsten Betriebe, darunter Buna-Auschwitz; Mitglied von Aufsichtsorganen in mehreren IG Farben-Unternehmen, darunter Francolor.

Mitglied der NSDAP und der DAF; Wehrwirtschaftsführer; Sonderberater beim Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung beim Vierjahresplan; Leiter des Sonderausschusses «C» (Chemische Kampfmittel), der Hauptausschüsse für Pulver und Sprengstoffe beim Rüstungsamt; Leiter einer Anzahl Organe der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie; Träger des Ritterkreuzes des Kriegsverdienstkreuzes.

Nach 1948

Vorsitzer des Aufsichtsrats: Knoll AG, Chemische Fabriken, Ludwigshafen.

Aufsichtsratsmitglied: Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke AG, Trostberg; Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne/Westf; Internationale Galalithgesellschaft AG, Hamburg-Harburg; Pintsch-Bamag AG, Butzbach; Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen-Buer; Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf; Telefunken AG, Westberlin; Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag), Bonn und Westberlin.

Walther Dürrfeld, Dr.-Ing., † 1.3.1967.

1941 – 1945

Prokurist der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main

1944/45

Direktor des Werkes Auschwitz (vorher Bauleiter).

Von 1937 bis 1945 Mitglied der NSDAP; von 1934 bis 1945 Mitglied der DAF; von 1932 bis 1945 Angehöriger des NSFK (Nationalsozialistisches Fliegerkorps; Hauptsturmführer von 1943 bis 1945); von 1944 bis 1945 Bezirksobmann für Oberschlesien bei der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie; erhielt das Eiserne Kreuz II. Klasse im Jahre 1918, das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse im Jahre 1941 und das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse im Jahre 1944.

Nach 1948

Vorstandsmitglied: Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen-Buer.

Vorsitzer des Aufsichtsrats: Borkenberge-Gesellschaft, Recklinghausen; Frauenklinik Dr. Bohnen, Helmstedt.

Aufsichtsratsmitglied: Friesecke & Hoepfner GmbH, Erlangen; Phenolchemie GmbH, Gladbeck/Westf.; Hibernia Chemie, Wanne-Eickel.

Beiratsmitglied: Ruhrstickstoff AG, Bochum.

herausgeholt werden kann.» (81) Regelmässig wurden «unfähige» Häftlinge in die Gaskammern abkommandiert und durch neue ersetzt.

«Bis 1944 durfte man nicht länger als zwei Wochen krank sein. Nach 1944 bis sechs Wochen. Begründet wurde dies hiermit, dass die IG Farben nur 14 Tage bzw. sechs Wochen für die kranken Häftlinge bezahlen würde. Deshalb wurden ganz regelmässig alle 14 Tage Selektionen von dem Lagerarzt durchgeführt.» (82)

Das Vorstandsmitglied der IG Farben Schneider wies Mitte 1943 nochmals auf die Behandlung hin, die Zwangsarbeiter und Häftlinge zu erdulden hatten:

«An die Betriebsführer, Betriebsobmänner und Unterführer in den Betrieben.

Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen so viel Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, dass sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die grösstmögliche Leistung vollbringen.

Dr. Schneider» (83).

Solche Art der Behandlung führte zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung im IG Farben-Werk von nicht ganz neun Monaten! Gegenüber einem polnischen Schlossermeister legte die IG Farben-Werksleitung ihre Todesphilosophie dar: Die Häftlinge seien «Werkzeuge, mit denen gearbeitet werden müsse, bis sie kaputt seien. Wenn sie kaputt seien, gäbe es neue Werkzeuge.» (84)

Profit aus Massenmord

Tod durch IG Farben-Arbeit oder Tod durch IG Farben-Gas, das war die Alternative der Auschwitzer KZ-Insassen. Wer im IG Farben-Werk schlappmachte, wurde von der SS in die Gaskammer getrieben. Der Tod kam durch das Giftgas Zyklon-B, entwickelt in IG Farben-Laboratorien, patentiert für die IG Farben-Beteiligungsgesellschaft DEGESCH (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH, Frankfurt a.M.) und ausgeliefert von den IG-abhängigen Werken Tesch und Stabenow (Hamburg), den Dessauer Werken für Zucker und Chemische Industrie AG sowie den Kaliwerken Kalin AG. Im Verwaltungsrat der DEGESCH sassen drei Vorstandsmitglieder der IG Farben: Wurstler, Mann und Hörlein.

Später verteidigte der Generaldirektor der DEGESCH, Peters, den Einsatz von Zyklon-B damit, «dass das Zyklon-B den ohnehin dem Tode geweihten

Menschen zu einem leichten Sterben verhelfen habe» (85). Dieses leichte Sterben liess sich die DEGESCH teuer bezahlen. Dr. Jan Sehn, der als polnischer Generalstaatsanwalt zwei Auschwitzprozesse führte, schrieb:

«Eine Zusammenstellung des Umsatzes der Firma DEGESCH und Testa (Tesch/Stabenow) beweist, dass diese im Jahre 1942 7·478,6 kg und im Jahre 1943 12·174,09 kg Zyklon-B an das Lager in Oswiecim (Auschwitz – d. Verf.) geliefert haben. Der Reingewinn beider Firmen, den sie aus dem Handel mit menschentötendem Gift erhielten, wuchs von 45·375,78 RM im Jahre 1941 auf 127·985,79 RM im Jahre 1943.» (86)

Zuerst schufteten, dann sterben für die IG Farben-Gewinne.

Das unmittelbare Geschäft der IG Farben mit dem Tod umfasste auch medizinische Experimente. Um langwierige und kostspielige pharmakologische Untersuchungen zu sparen, wurden in Entwicklung befindliche Medikamente an Häftlingen ausprobiert. Zu diesem Zweck wurden zum Beispiel Versuchspersonen Viren von Typhus und Ruhr eingepflegt – ohne genaue Kenntnis der Wirkung. Im Auftrag der IG Farben führte Hauptsturmführer Dr. Vetter diese Experimente durch, mit dem Tod im Medikamentenkoffer von KZ zu KZ reisend. Vorstandsmitglied Ter Meer sollte später im IG Farben-Prozess dazu sagen: «diesen KZ-Häftlingen wäre dadurch kein besonderes Leid zugeführt worden, da man sie ohnehin getötet hätte» (87). O nein, «kein besonderes Leid!» Die Betroffenen galten ja auch als Vieh und nicht als Menschen!

Aus einem Briefwechsel zwischen IG Farben und dem KZ Auschwitz:

«Im Hinblick auf Experimente mit einem neuen Schlafmittel wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie eine Anzahl Frauen besorgen wollten. . .

Wir erhielten Ihre Antwort, sehen jedoch den Preis von 200 Mark pro Frau als übersetzt an. Wir schlagen Ihnen einen Preis von höchstens 170 Mark pro Frau vor. . .

Die bestellten 150 Frauen erhalten. Trotz ihrem kümmerlichen Gesundheitszustand werden sie als genügend erachtet. . .

Die Versuche sind vorgenommen worden. Alle Versuchsobjekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen. . . » (88).

Eidesstattliche Erklärung von Rudolf Höss, dem früheren Kommandanten des KZ Auschwitz, im Nürnberger Prozess (20. 5. 1946)

«2. Über einzelne Konzerne sind mir noch folgende Einzelheiten bekannt: a) «IG Farbenindustrie»: Arbeitskommandos von Konzentrationslagerinsassen waren zahllosen Betrieben dieses Konzerns im ganzen deutschen Reich zugeteilt. Eine grosse Anlage der IG Bunawerke sollte in der Nähe des Konzentrationslagers Auschwitz errichtet werden. Im Frühjahr 1941 inspizierte der Reichsführer SS in Begleitung des Obergruppenführers Wolf das Konzentrationslager in Auschwitz. Bei dieser Gelegenheit erteilte er mir den Befehl, 10'000 Insassen des Lagers für den Bau der Bunawerke zur Verfügung zu halten. Kurz darauf wurde das Lager Auschwitz von einer Kommission der IG Farben, die Pläne für den Bau des Bunawerkes bei sich hatte, besucht, die aus Dr. Ambros, Dr. Dürrfeld, Dr. Eisfeld und Dr. Santo bestand. Im Sommer 1941 wurde ich von der IG Farbenindustrie eingeladen, deren Anlagen in Leuna und Ludwigshafen zu besuchen, um mich mit dem Herstellungsverfahren von synthetischem Benzin bekannt zu machen und zu sehen, wie ein solcher Betrieb arbeitet, so dass ich besser in der Lage wäre, von der Arbeit von Konzentrationslagerinsassen in einem solchen Betrieb Gebrauch zu machen. Ich habe je einen Tag in Leuna und Ludwigshafen verbracht. Zu jener Zeit hatte die IG Farben schon 6'000 bis 8'000 Konzentrationslagerhäftlinge in verschiedenen Betrieben beschäftigt; der Einsatz von Insassen als solcher wurde zwischen mir und den IG Farben-Leuten dort diskutiert, aber zusätzliche Verwendung von Insassen, wie zum Beispiel für die IG-Blechhammeranlagen, waren nicht Gegenstand der Diskussion zu jener Zeit. Die Buna-Anlage war ungefähr 7 km von Auschwitz entfernt; sie wurde im Anfang des Jahres 1943, I. Bauabschnitt, fertiggestellt. Sowohl für den Bau wie für den Betrieb selbst wurden Insassen aus Auschwitz beschäftigt. Eine andere grosse Anlage, Blechhammer, wurde ungefähr 100 km vom Lager Auschwitz in Oberschlesien errichtet, ihr Bau mit Insassen von Auschwitz durchgeführt, wurde im I. Bauabschnitt 1943 vollendet. Blechhammer wurde teilweise 1944 in Betrieb genommen. In Buna und Blechhammer wurden je bis zu 10'000 Insassen beschäftigt. Ich habe diese IG Farbenwerke häufig besucht und wurde auch von deren Leitern sehr häufig in meinem Büro, das sich am Eingang zum Lager befand, auf gesucht. Die Verwaltung der Aussenarbeitslager lag in der Verantwortung der Betriebsleiter hinsichtlich Verpflegung, Unterkunft und Arbeitsbedingungen, Bestrafung der Insassen lag in der Verantwortung der Lagerverwalter bzw. der SS-Wachen. Körperliche Bestrafung von Insassen geschah; es ist mir nicht bekannt, dass die Verwaltung der IG Farben jemals gegen körperliche Bestrafung der Insassen, die für sie arbeiteten, protestiert oder zu ihren Gunsten interveniert hätte.

Auf Einladung von Dr. Ambros an Obergruppenführer Pohl unternahm Vertreter der IG Farben mit ihm 1943 eine Inspektionstour durch die Bunawerke, während der eine ausgedehnte Konferenz zwischen Obergruppenführer Pohl, den ihn begleitenden

Gruppenführern Glücks und Frank mit den Vertretern der IG Farben stattfand. Wie mir Standartenführer Maurer, der Stellvertreter Pohls, später sagte, war das Resultat dieser Konferenz, dass Obergruppenführer Pohl gemäss Instruktion von Reichsführer SS Befehl gab, dass IG Farben Priorität über alle anderen Rüstungsbetriebe in Bezug auf die Zuteilung von Konzentrationslagerhäftlingen zu geben ist.

Ausser Buna und Blechhammer hatte die IG Farben in der Nähe noch 3 Bergwerksbetriebe, die im ganzen ungefähr 6'000 Insassen des Lagers Auschwitz beschäftigten. In mindestens einer der IG Farben-Anlagen, Filmfabrik Wolfen (Agfa) Bitterfeld, wurden eine grosse Anzahl von weiblichen Konzentrationslagerinsassen beschäftigt . . .

1. Dr. Georg von Schnitzler. Ich kann mich nicht genau erinnern, ob ich ihn bei meiner Anwesenheit in Leuna oder Ludwigshafen getroffen habe. Jedenfalls war er mir in meiner Eigenschaft als Kommandant von Auschwitz vorgestellt worden.

2. Dr. Heinrich Bütefisch. Er ist mir in Ludwigshafen vorgestellt worden, wo er eine der Hauptfiguren war. Ich habe dort mit ihm die Frage der Beschäftigung von Konzentrationslagerinsassen besprochen. Er besuchte einmal die IG Farbenanlagen um Auschwitz zur gleichen Zeit in 1942, als der Reichsführer SS dort war. Das Konzentrationslager in Auschwitz hatte er nicht besucht. Zur Zeit seines Besuches waren in den Auschwitzer Anlagen der IG bereits ungefähr 8'000 bis 10'000 Insassen beschäftigt, die wie üblich in Zebra-Uniform waren. Soweit ich unterrichtet bin, war Bütefisch verantwortlich für die Gesamtherstellung von synthetischem Benzin in der IG und daher auch verantwortlich für die Anlagen Buna bei Auschwitz und Blechhammer.

3. Dr. Otto Ambros. Ich sprach oft mit Dr. Ambros bei meiner Anwesenheit in Ludwigshafen im Jahre 1941. Nach meiner Kenntnis war Dr. Ambros mit der Verantwortung für die gesamte Buna-Herstellung in IG Farben betraut. Er besuchte das Lager in Auschwitz während meiner Zeit 2- oder 3mal. Ich sah ihn verschiedene Male im Buna-betrieb Auschwitz. Ich nehme bestimmt an, dass Dr. Ambros sowohl wie alle anderen Besucher des Auschwitzer Lagers über die Vernichtung von Menschenleben in Birkenau Bescheid wussten, da in der Stadt Auschwitz, den Bunawerken und der restlichen Umgebung des Auschwitzer Lagers von den Ausrottungen ganz allgemein gesprochen wurde.

Ich persönlich habe niemals mit ihm darüber gesprochen.

4. Dr. Fritz Ter Meer. Er besuchte das Lager Auschwitz 1943 und inspizierte Werkstätten im Konzentrationslager und die Gummipflanzungen, die wir dort betrieben. Zur Zeit seines Besuches arbeiteten ungefähr 20'000 Arbeiter in den Anlagen der IG Farben um Auschwitz.

5. Dr. Dürrfeld. Er war vorläufiger Leiter von Buna in Auschwitz bis zur Fertigstellung des Betriebes. Ihm waren alle Angelegenheiten in Bezug auf Verwaltung, Bau und Maschinerie unterstellt. Er besuchte auch das Lager Auschwitz selbst. Er wusste von der Vergasung von Menschen in Birkenau und war besorgt wegen der Weise, in der er diese schrecklichen Dinge seinen Mitarbeitern und Untergebenen erklären sollte. Dr. Dürrfeld,

gerade so wie andere Betriebsdirektoren, war verantwortlich für die schlechte Behandlung der Insassen in demselben Masse, wie ich als Kommandant des Konzentrationslagers für die Ausschreitungen des letzten Unteroffiziers verantwortlich gewesen war. Dr. Dürrfeld hatte auch die IG Farben-Anlagen in Pölitz auf gebaut, und er wurde 1944 nochmals als Kommissar dorthin geschickt, um das durch Luftangriffe zerstörte Werk mit Insassen von Konzentrationslagern wieder aufzubauen. Dr. Dürrfeld lebte mit seiner Familie in der Nähe von Auschwitz, während er dort tätig war.

6. Dr. Eisfeld. Er war beauftragt mit der Konstruktion des Bunawerkes. Er hatte sein Büro in Auschwitz, war aber oft und für längere Zeit in Ludwigshafen und Leuna. 1943 hatte er seine Familie in Auschwitz. Meine Familie unterhielt mit den Familien von Dr. Dürrfeld und Dr. Eisfeld gesellschaftliche Beziehungen. Bei mindestens einer Gelegenheit besuchten uns Frau Dr. Dürrfeld und Frau Dr. Eisfeld mit ihren Ehemännern in meiner Wohnung, die am Eingang des Konzentrationslagers gelegen war . . . « (89).

Als im Januar 1945 die Rote Armee Auschwitz befreite, waren im IG Farben-KZ Monowitz 120'000, zusammen mit dessen Nebenlagern 370'000 Menschen umgekommen; ungezählt die durch «Arbeit vernichteten» Häftlinge der IG Farben-Werke in Aussenlagern der KZs Stutthof, Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenbürg, Mauthausen.

Der Gewinn, den die IG Farben aus ihrer Vernichtungsstrategie in Auschwitz zog, lässt sich nur teilweise übersehen. Aber schon die von Häftlingen erstellten Anlagen zeigen, wie sehr sich die 20 Millionen Reichsmark Schmiergelder an die SS-Bewacher lohnten:

Datum	Unfertige Anlagen	Betriebsbereite Anlage nach Abzug der Abschreibungen
31. 12. 1941	4 408 577.-RM	2 117 136.-RM
31. 12. 1942	59 201 851.-RM	4 526 792.-RM
31. 12. 1943	1 15 553 341.-RM	54 675 550.-RM
31. 12. 1944	156 021 153.-RM	126 082 345.-RM
5. 7. 1945	202 687 049.-RM	126 082 345.-RM (90)

Die billigen, austauschbaren «menschlichen Werkzeuge» waren für die Grosskonzerne pures Gold. Bis zu 500'000 KZ-Insassen waren seit 1941 jeweils im Einsatz für die Industrie. Um ihre Arbeit so rationell wie möglich zu gestalten, wurden ab 1942 alle politischen Gefangenen, Juden, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in 15 grossen KZs und über 1'500 Arbeitslagern zusammengepfertcht. Alle arbeitsfähigen Häftlinge wurden in Privat- oder SS-Betrieben einge-

setzt, die übrigen, vor allem Juden, im Rahmen der sogenannten Aktion Reinhard vernichtet, etwa 60 bis 80 Prozent der Gesamtzahl.

Die immensen Mengen an geraubtem Geld, an Gold, das den Toten nach der Vergasung von Zahnärztetrupps herausgebrochen wurde, an Brillanten usw. wurden der Reichsbank zur Verfügung gestellt, um den Krieg mitzufinanzieren. Der Gesamtertrag der Aktion Reinhard betrug zwischen 1942 und Dezember 1943 178 745 961 Reichsmark.

Überdies bereicherten sich die eingeschalteten SS-Dienststellen, und auch die IG Farben hatte keine Skrupel, mit dem persönlichen Besitz der in die Todeskammern geschickten Häftlinge Geschäfte zu machen. Es war die Zeit, als für die Konzerne ein toter Arbeiter – hatte er sich bis zum Äussersten für den Gewinn ausgeblutet – rentabler war als ein lebender. Die Konzerne sahen nicht ein, einen Häftling, der die erwartete Leistung nicht mehr brachte, am Leben zu erhalten, da sie dann noch länger der SS Beiträge zu bezahlen hatten. Die SS berechnete den Wert eines Menschenlebens wie folgt:

«Täglicher Verleihlohn durchschnittlich RM 6,- abzüglich Bekl. Amort.	RM 0,10
abzüglich Ernährung	RM 0,60 RM 0,70
durchschnittliche Lebensdauer 9 Mt. = 270 x RM 5,30 =	RM 1 431,-
Erlös aus rationeller Verwertung der Leichen:	
1. Zahngold	
2. Kleidung	
3. Wertsachen	
4. Geld	
abzüglich Verbrennungskosten RM 2,-	
durchschnittlicher Nettogewinn	RM 200,-
Gesamtgewinn nach 9 Monaten	RM 1631,-
zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung» (91)	

EINE HÖFLICHE ANFRAGE

Fried. Krupp
Aktiengesellschaft
Abt. AK AKS Nr. 55728 g

Essen, den 8. Sept. 42.
Einschreiben
Abschrift.

Herrn
Direktor Dr. Dürrfeld,
in Fa. IG Farbenindustrie
Auschwitz
bei Kattowitz
General-Gouvernement

Sehr geehrter Herr Doktor!

Mit der Bitte um vertrauliche Behandlung teilen wir Ihnen mit, dass unsere Firma im Begriffe steht, in Räumen und mit Arbeitskräften, die uns von der SS zur Verfügung gestellt werden, in Auschwitz die Fertigung wehrmachtswichtiger Teile aufzuziehen.

Da die Voraussetzungen, unter denen wir diese Fabrikation betreiben werden, vielfach etwas Neues und Ungewohntes für uns darstellen, liegt uns viel daran, dass wir uns beim Abschluss eines Abkommens mit der massgebenden Stelle und bei der Einrichtung der Fertigungsstätte die Erfahrungen zunutze machen können, welche Ihre Firma in Ihrem unter den gleichen Umständen bereits seit längerer Zeit betriebenen Auschwitzer Werk gesammelt hat. Herr Direktor Dr. Bütetisch, an den wir uns dieserhalb wandten, verwies uns an Sie. Wir erlauben uns daher, Sie um die Liebenswürdigkeit zu bitten, uns wenn möglich eine Abschrift der zwischen Ihrer Firma und der SS abgeschlossenen Abkommen zuzusenden. Soweit Ihnen noch sonstige Gesichtspunkte und gemachte Erfahrungen für die Durchführung unseres Projektes von Wichtigkeit scheinen, wären wir Ihnen für deren Mitteilung in kürzester Form ebenfalls sehr verbunden.

Auch würden wir es begrüßen, wenn Sie einem unserer Herren bei seiner nächsten Anwesenheit in Auschwitz Gelegenheit geben würden, mit Ihnen mündlichen Gedankenaustausch über den ganzen Fragenkomplex zu pflegen.

Für Ihre Bemühungen in unserem Interesse sagen wir Ihnen im Voraus unseren verbindlichsten Dank und begrüßen Sie in Erwartung Ihrer Antwort mit

Heil Hitler!

Verteiler: Friedrich Krupp AG Dir. Dr. Ambros, / Dir. Dr. Bütetisch, Das Direktorium
Dr. Eisfeld, / Dr. v. Staden / Dr. Braus Unterschriften. Dr. Savelsberg.

DIE ANTWORT

IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft Werk Auschwitz O. S.

Firma Friedrich Krupp,
Aktiengesellschaft
Essen

Einschreiben

Vertraulich!

Ihre Zeichen: AKS Nr. 55728 g

Ihre Nachricht vom 8. 9. 42

Unsere Zeichen Dü.

Auschwitz (Kr. Bielitz) O. S. 14. 9. 42/Sch.

Wir haben von Ihrer Mitteilung gerne Kenntnis genommen und würden es aus vielerlei Gründen für zweckmässig halten, wenn wir die offenen Fragen gelegentlich mündlich in Auschwitz besprechen könnten. Herr Direktor Dr. Bütefisch kündigte Ihren Besuch bereits an. Der Rechtsunterzeichnete, Herr Dr. Dürrfeld, ist fast ständig in Auschwitz anwesend und steht dem von Ihnen beauftragten Herrn zur Verfügung. Es würde jedoch zweckmässig sein, wenn Sie Ihren Besuch etwa 8-14 Tage vorher bei uns ankündigten. Herr Dr. Dürrfeld ist in der kommenden Woche und in der nächstfolgenden Woche bis zum 22.9. mittags ununterbrochen in Auschwitz.

Zu der von Ihnen im Besonderen angeschnittenen Frage möchten wir Ihnen mitteilen, dass wir einen Vertrag mit der SS nicht abgeschlossen haben, sondern lediglich eine Vereinbarung in Briefform, nach der uns das KL Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, für die wir

RM 4,- je Tag für den Facharbeiter und

RM 3,- je Tag für den Hilfsarbeiter

an die SS zu zahlen haben. Für die Verpflegung sind Unkosten von uns nicht zu tragen, lediglich für die Bereitstellung von Getränken (Kaffee oder Tee). Des Weiteren sind von uns zu tragen:

Unkosten für die Erfassung der Stunden je Unternehmer und deren Weiterverrechnung

Umsatzsteuer in Höhe von 2,04%

Transportkosten für die Häftlinge

Unkosten für die Bezahlung der Kapos, die den Unternehmern nicht in Rechnung gestellt werden können

Unkosten infolge der Bezahlung der vollen Sätze je Arbeitstag, an Samstagen und an Regentagen, sowie im Falle besonderer Vorkommnisse, wobei die Häftlinge nur wenig über 4 Stunden arbeiten.

Wir würden es begrüßen, wenn Sie uns baldmöglichst hier aufsuchen würden, damit wir Sie auch über die grossen Schwierigkeiten, die Sie hier erwarten, rechtzeitig informieren können.

Verteiler:

Dir. Dr. Ambros, / Dir. Dr. Bütefisch,

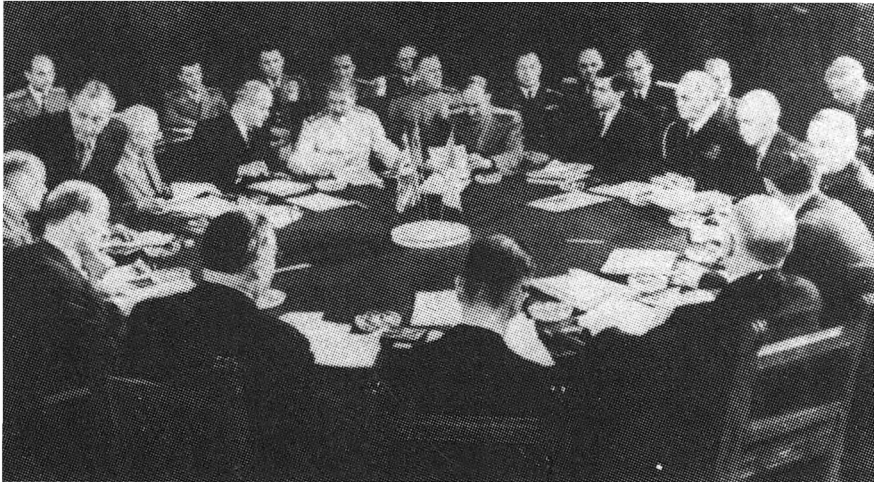
Heil Hitler!

«Arbeit macht frei» – so stand es zynisch auf dem Eingang zum KZ Auschwitz. Die Massenvernichtung von Millionen deutschen, jüdischen und ausländischen Zwangsarbeitern war nicht nur die Wahnsinnsidee Hitlers, sie hatte auch eine ganz reale Ursache im Wesen des Imperialismus: Profit erzielen, koste es, was es wolle; Hitler half, dies zu verwirklichen!

Karl Marx verwies schon 1867 auf diese Logik des Kapitals:

«Kapital. . . flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuss; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren (fördern – d. Verf.)» (93).

So sollte es tausend Jahre weitergehen. Die Völker Europas aber, allen voran die Sowjetunion, machten der Barbarei ein Ende, zerbrachen die Weltherrschaftspläne der deutschen Monopole. Am 11. April 1945 gelang es den Häftlingen des KZ Buchenwald, einen Teil des Lagers in ihre Gewalt zu bringen; endgültig öffneten sich die Tore zwei Tage später, als die Amerikaner Buchenwald erreichten. Am 8. Mai 1945 kapitulierte Deutschland, das tausendjährige Grossdeutsche Reich war zu Ende. Sieben Tage vorher, am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, hatten sich die überlebenden 21'000 Buchenwälder Häftlinge geschworen, dass «es keiner verbrecherischen faschistischen imperialistischen und reaktionären Clique jemals wieder gelingen wird, den Mord unter die Völker zu tragen» (94). Nie wieder Faschismus! Für Frieden und Freiheit!



Juli 1945: Auf der Potsdamer Konferenz wird die Vernichtung des deutschen Imperialismus beschlossen. Die deutschen Werktätigen kämpfen für das gleiche Ziel.





Das Ende des Faschismus: Die rote Fahne weht auf dem Reichstag über dem zerstörten Berlin. Die Häftlinge des KZ Buchenwald haben sich befreit und feiern ihren Sieg am 1. Mai 1945



1945-1949

**Monopole gegen
Antifaschismus und
Demokratisierung**

Der Krieg ist zu Ende – der Imperialismus überlebt

Das deutsche Volk zieht die Lehren

Am 8. Mai 1945 kapitulierten die noch kampffähigen Teile der deutschen Wehrmacht. Der Zweite Weltkrieg in Europa war zu Ende. Zwölf Jahre Faschismus, fünf Jahre Krieg – die Folgen: 55 Millionen Tote auf der ganzen Welt. Deutschland lag in Schutt und Asche. In nahezu jeder deutschen Familie waren die Reihen gelichtet. Von 100 Deutschen des Jahrgangs 1924 waren 25 gefallen oder vermisst, 31 schwerbeschädigt, fünf leicht verwundet, zwei arbeitsunfähig. Nur 37 waren gesund. Diese Statistik veröffentlichte das «Schwäbische Tagblatt» am 3. Februar 1951.

Die politischen Führer hatten sich der Verantwortung entzogen: durch Selbstmord wie Hitler, Himmler und Goebbels oder durch Flucht ins Ausland. Die Wirtschaftsführer zogen sich aus dem öffentlichen Leben zurück, die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparats durch die Rote Armee und die Truppen der Alliierten hatte sie ihres Machtmittels beraubt.

Dem deutschen Volk eröffnete sich die Chance eines neuen Anfangs. Alle Werktätigen hatten den tiefen Wunsch, in Frieden zu leben und zu arbeiten. Die Überlebenden der Widerstandsbewegung machten sich an vielen Orten sofort nach der Befreiung daran, die antifaschistischen Kräfte zu sammeln. Vordringliche Aufgabe war die Sicherstellung der Versorgung, aber auch die politischen Aufgaben duldeten keinen Aufschub. Im neuen Deutschland sollten die Kriegstreiber und Faschisten keinen Einfluss mehr haben. Im Leuna-Werk der IG Farben fassten die Betriebsgruppen von SPD und KPD am 18. Februar 1946 einen gemeinsamen Entschluss:

«Die Betriebsgruppenleitungen der SPD und KPD des Leuna-Werkes und über 200 Funktionäre der beiden Betriebsgruppen haben zur Frage der Beschleunigung der Vorbereitung einer einheitlichen sozialistischen Partei Stellung genommen.

Angesichts der katastrophalen Folgen der unseligen Spaltung der Arbeiterschaft vor 1933, die dem Hitlerfaschismus den Machtantritt ermöglicht hat, war das leidenschaftliche Bestreben der Sozialisten und Kommunisten seit Beginn des Wiederaufbaues des Leuna-Werkes darauf gerichtet, alle neuerlichen Spaltungsversuche mit aller Energie zu bekämpfen. Es darf nie wieder vorkommen, dass eine gespaltene Arbeiterschaft der hemmenden Reaktion das Sprungbrett abgibt. Kommunisten und Sozialdemokraten haben Schulter an Schulter in engster Kameradschaft in den Monaten des Wiederaufbaues des Werkes an der Spitze der harten Arbeit gestanden.



1945: Arbeiter bergen verschüttete Maschinen

Nur weil wir gemeinsam marschierten, ist die Produktion in dem schwer angeschlagenen Werk in Gang gebracht worden. Und auf Grund dieser Zusammenarbeit ist das Produktionssoll nicht nur erreicht, sondern sogar um ein Bedeutendes Überboten worden. Diese Erfolge der Aktionseinheit verstärken die Sehnsucht nach endgültiger Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Wir Sozialdemokraten und Kommunisten des Leuna-Werkes sind der Ansicht, dass schon genug von der Einheit geredet worden ist. Wir müssen jetzt die Einheit durchführen . . .

Wir werden alle unsere Aufgaben nur noch gemeinsam beraten und gemeinsam durchführen. Eine getrennte Beratung der beiden Betriebsgruppen soll nur in solchen Fragen stattfinden, die der Beschleunigung der Verschmelzung dienen . . .

Es lebe eine einheitliche sozialistische Arbeiterpartei!

Es lebe ein antifaschistisches, wahrhaft demokratisches Deutschland! (1)

1946 forderten 2'000 Arbeiter und Angestellte auf der Betriebsversammlung der Continental-Gummiwerke in Hannover, dass «schnellstens die Voraussetzungen für die organisatorische Verschmelzung zu einer einzigen grossen sozialistischen Arbeiterpartei zu schaffen» seien (2). In der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft von SPD und KPD in München am 18.

1946: Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet (3)

Betriebe	Wahlbe- rechtigte	abgegebene KPD Stimmen		SPD	Christl. Übrige	
Bismarck 1/4	1 775	1 425	760	250	54	261
Westerholt	2 292	1 728	882	338	109	399
Prosper 1	1 025	629	372	57	138	62
Prosper 2	2 053	1 298	808	123	179	168
Prosper 3	2 400	1 150	157	563	380	50
Concordia 2/3	1 320	848	310	166	335	37
Concordia 4/5	1 480	980	653	243	93	–
Zeche Walsum	850	785	336	16	–	133
Schacht Jacobi	2 628	1 780	405	761	423	191
Zeche Osterf.	2 550	1 655	544	510	470	131
Recklinghausen 1/2	1 531	1 055	847	116	–	92
König Ludwig 4/5	2 346	1 806	309	775	–	36
König Ludwig 1/2	2 192	1 682	807	436	87	352
Blumental 1/2	1 800	1 326	520	501	154	151
Ewald 1/2	1 790	1 632	987	358	287	–
Ewald Forts.	2510	2 364	828	1 079	457	–
Emscher-Lippe	2 744	2 123	619	985	154	355
Brassert	1 851	1 460	637	263	326	234
Zeche Waltrop	1 130	937	329	132	423	93
Chem. Werke	4 187	3 057	1 119	537	1 256	145
Zeche Sachsen	–	1 345	600	230	145	370
Schacht Joachim	1 040	817	305	21	256	235
Math. Stinnes	2 154	1 803	1 134	450	116	227
Zeche Wilhelmine	1 460	1 228	572	326	91	239
Zeche Westhausen	–	1 250	871	74	121	184
Fr. d. Gr. Herne	1 900	1 499	507	304	364	324
Hoesch A.G.	2 181	997	682	286	29	–
Zeche Emscher	1 423	1 059	446	459	105	49
Zeche Fritz	1 836	1 442	593	464	324	61
Schacht Werne	1 988	1 088	458	106	279	245
Constantin Herne	–	1 145	233	709	203	–
Welheim	–	761	269	127	101	264
Zentralkokerei	707	487	227	147	95	18
Zentr. Wattensch.	1 386	1 048	344	148	–	556
Rheinbahn	1 610	1 312	322	206	253	531
Schacht Hubert	940	682	329	–	195	58
Prinz-Regent	1 941	1 784	457	188	326	813
Zeche Zweckel	1 283	1 112	697	136	210	69
Zeche Zollern	1 200	1 100	489	302	221	88
Zeche Zollern 2	1 154	909	418	258	216	17
Z. Bismarck 2/4	1 600	1 332	236	896	–	500
Bismarck 3/5	608	504	174	162	60	208
Z. Fritz Heinrich	–	1 442	593	464	324	61
Emscher Emil	–	1 059	446	459	105	49

Dezember 1945 wurde festgestellt: «Die Betriebe verlangen stürmisch die Einheit.» (4) Ebenso sah es in den Stuttgarter Grossbetrieben aus (5), und die ersten Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet machten jedem deutlich, dass die Arbeiterklasse ein neues Deutschland aufbauen wollte.

Nur die Einheit der Arbeiterklasse kann Aufbau und Demokratisierung garantieren, kann neue Unterdrückung und neue Kriege verhindern – das war die Lehre, die die deutschen Werktätigen gezogen hatten. Aber sie mussten es mit mächtigen Gegnern aufnehmen.

Die Friedensheuchelei der US-Besatzer

Werfen wir einen Blick voraus! Schon sieben Jahre später, am 23. März 1953, konnte Winnacker, der neue Vorstandsvorsitzende von Hoechst, auf der ersten Hauptversammlung vom Überleben des Chemie-Monopols IG Farben berichten:

«In dumpfer Resignation erlebten wir das Ende unserer staatlichen Gemeinschaft. Wenn wir heute nach den ersten Jahren des Wiederaufbaus das freie Verfügungsrecht über unsere wieder in vollem Betrieb befindlichen Unternehmen zurückgewonnen haben, so müssen wir bekennen, dass wir die Macht der Zerstörung überschätzt haben. Wir haben damals unter dem Eindruck des hereinbrechenden Unglücks vergessen, dass das Leben immer weitergeht. Es ist weitergegangen über alle Opfer und Träume hinweg . . .» (6).

Die Kriegsplaner, SS-Freunde, Zyklon-B-Produzenten und Hitler-Finanziers hatten es wieder geschafft. Wirtschaft und Staat des Monopolkapitals waren wieder aufgebaut. Das Zusammenspiel von Besatzungsmächten, deutschen Industriellen und Bankiers und bürgerlichen Parteien hatte das möglich gemacht – gegen die Wünsche des deutschen Volkes. Im Potsdamer Abkommen von 1945 hatte es geheissen:

«Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind: (I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung . . .

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken . . .

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermässigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.» (7)

Dieses Todesurteil für den deutschen Imperialismus war am 2. August 1945 von der UdSSR, den USA und Grossbritannien unterzeichnet worden.

In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gab es bald keine IG Farben-Bosse mehr. Sie wurden enteignet, weil es das Volk wollte und weil die sowjetische Militärverwaltung fest auf der Seite des Volkes stand. In konsequenter Fortsetzung der Volksfrontpolitik unterstützte die Sowjetunion alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte in ihrem Kampf gegen die Grossindustriellen, Bankiers und Grossgrundbesitzer. Bei der Volksabstimmung in Sachsen stand am 30. April 1946 die Frage: «Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?» Ergebnis: Wahlbeteiligung 93,71 Prozent, Ja-Stimmen 77,62 Prozent, Neinstimmen 16,56 Prozent. Auch in Hessen stimmten 71,9 Prozent für die Enteignung (8).

In den folgenden Jahren festigte sich die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der SBZ, die Betriebe und der Staatsapparat wurden von Nazi-Führern und Kriegsverbrechern gesäubert. Die Bodenreform wurde durchgeführt, die Wirtschaft wieder aufgebaut, und mit der Wirtschaftsplanung wurde begonnen. Die deutschen Kapitalisten mussten zusehen, wie sie in der SBZ Schritt um Schritt um Boden verloren. Deshalb setzten sie nun alle ihre Hoffnungen auf die Rettung ihrer Ausbeuterherrschaft in den Westzonen. Dort hatten vor allem die USA die Macht. Konnten es die Dollarimperialisten mit dem Antifaschismus ehrlich meinen? Der reaktionäre US-Politiker James Byrnes, Aussenminister von 1945 bis 1947, stellte in seinen Erinnerungen fest:

«Wenn man sich an die Stimmung des Volkes der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion erinnert, wie sie in den Tagen unmittelbar nach der Kapitulation Deutschlands herrschte, muss man zugeben, dass damals die Sowjetunion über einen Schatz von Achtung und Vertrauen verfügte, der ebenso gross und vielleicht noch grösser war als der jedes anderen Landes.» (9)

Vertrauen des Volkes in die sozialistische Sowjetunion konnte nie und nimmer Grundlage für die Politik des amerikanischen Monopolkapitals bleiben. Aber offen konnten sich die Imperialisten nicht dem Willen der Völker und dem Einfluss der Sowjetunion widersetzen. Trotz der wachsenden Widersprüche in der Anti-Hitler-Koalition hatten auch die USA und

Grossbritannien das Potsdamer Abkommen unterzeichnen müssen. Es hatte aber für die USA von Anfang an nur propagandistische Bedeutung gehabt. Die US-Imperialisten hatten den Krieg nicht dafür geführt, dass der deutsche Absatzmarkt und ihre dortigen Investitionen unter Volkskontrolle kamen.

Der Zweite Weltkrieg hatte den USA das absolute Übergewicht im imperialistischen Lager gebracht. Das sollte nun auch in Europa in klingende Münze verwandelt werden. Sie suchten dort, was sie so dringend brauchten: einen Abzugskanal für ihre im Krieg mächtig angeschwollene Industrieproduktion.

Aber es gab einen weiteren, den entscheidenden Grund, warum sie sich gerade in Deutschland so massiv festsetzten: die Vernichtung der sozialistischen Sowjetunion. Ihre Spekulation, durch diesen Krieg die Sowjetunion entscheidend zu schwächen, war fehlgeschlagen. Mehrere Länder fielen vom kapitalistischen System ab, ein starkes sozialistisches Lager entstand. Die Plätze an der Sonne wurden für die Imperialisten immer rarer. Es ging an ihre Existenz. Alle ihre grossen Reden von Demokratie und Frieden waren deshalb nur Heuchelei. Dahinter wuchs die Aggressivität der imperialistischen Mächte, und zwar wirtschaftlich wie militärisch. Um ihre Positionen in Europa zu festigen, arbeiteten sie seit Kriegsende allen antifaschistischen und demokratischen Entwicklungen in den Westzonen entgegen, setzten sie ihre Kräfte gezielt für die Abspaltung eines kapitalistischen Westdeutschland ein.

Freiheit der Monopole oder Sozialismus

Schon am 26. April 1945, noch vor der Kapitulation und vor Potsdam, hatte der US-Präsident Truman in der Direktive ICS 1067 General Eisenhower die Weisung gegeben:

«Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die spätere Teilung Deutschlands hinarbeiten.» (10)

Der Marshallplan («Europäisches Wiederaufbauprogramm») war das wesentliche Mittel der USA, die westeuropäischen Staaten, darunter auch die drei Westzonen Deutschlands, unter den uneingeschränkten Einfluss des Imperialismus zu bringen, alle Sozialisierungsbestrebungen abzuwürgen und die alten Monopolherren wieder einzusetzen. Die US-Regierung brachte einen Kapitalexpert von bisher ungekanntem Ausmass in Gang;

allein Westdeutschland erhielt zwischen 1948 und 1952 über anderthalb Milliarden Dollar an Krediten, die dann zum grossen Teil für Importe aus den USA ausgegeben werden mussten.

Höhe der Marshall-Plan-Mittel für Deutschland 1948 – 1952

1. Jahr – 3. 4.1948 – 30.5.1949	613 550 000 Dollar
2. Jahr – 1. 7.1949 – 30.6. 1950	457 133 000 Dollar
3. Jahr – 1.7. 1950 – 30.6. 1951	384 758 000 Dollar
4. Jahr – 1. 7.1951 – 30.6. 1952	106 000 000 Dollar
	1 561 441 000 Dollar (11)

Der Marshallplan hatte also zwei Aufgaben, und beide löste er äusserst erfolgreich. Zum einen entstand in Westeuropa ein Markt für US-amerikanische Industrieprodukte, der den amerikanischen Monopolen märchenhafte Profite bescherte; zum andern wurden die westeuropäischen Länder dadurch als Verbündete gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager gewonnen.

- W. Thayer, der ab 1949 politischer Verbindungsmann des US-Hochkommissars zur Bonner Regierung war, schrieb:

«Nachdem die Ruhrindustriellen ihren ersten Schock, den sie durch die Niederlage erlitten, überwunden hatten, warteten sie ab und verliessen sich darauf, dass die Zeit für sie arbeitete. Und wie sie richtig vermutet hatten, war die Zeit auf ihrer Seite ... Um 1946 begann es den leitenden Persönlichkeiten Amerikas klarzuwerden, dass in der Tat der Feind nicht das geschlagene Deutschland, sondern das siegreiche Russland war, und jäh wechselten sie ihren politischen Kurs. Fortan waren die Deutschen ... als potentielle Verbündete zu behandeln ... es flossen drei Milliarden Dollar nach Deutschland, um seiner Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen.» (12)

Der Leiter der politischen Abteilung der «Civil Affairs Administration» (Zivilverwaltung) der Militärregierung, Richard Scammon, klagte bei einer Besprechung, in der auch der Westberliner SPD-Bürgermeister Reuter anwesend war:

«Es ist einfach schrecklich, dass das State Departement (das US-Aussenministerium – d. Verf.) immer sechs Monate hinter uns herhinkt. Erst jetzt haben sie unsere Forderung nach einem westdeutschen Separatstaat gutgeheissen – und dabei ist schon seit sechs Monaten alles Notwendige vorbereitet ... Wenn erst das Friedensstatut (gemeint ist das Besatzungsstatut – d. Verf.) unterzeichnet ist, können wir Westdeutschland zu unserem Verbündeten machen. Wir werden es mitsamt seiner Schwerindustrie als siebzehnte Nation in den Marshallplan einbeziehen und damit vierundvierzig Millionen Menschen mehr auf unserer Seite haben. In einigen Monaten werden wir gestieft und gespornt sein, um loszumarschieren.» (13)

Klare Worte. Dieser Kampf des amerikanischen Finanzkapitals lief unter dem US-Markenzeichen «Freiheit und Demokratie». Die US-Kapitalisten hatten davon eine eindeutige Vorstellung. Ihre Ziele unterstützten letztlich die bürgerlichen «Demokraten», die jetzt plötzlich jedem zujubelten, der nur das Wort «democracy» in den Mund nahm. General Clay, Militärgouverneur der US-Zone, definierte die Ziele der USA recht genau:

«Das, worauf wir letzten Endes hinauswollen, ist doch die Erhaltung der freien Wirtschaft in Deutschland, sonst könnte der Einfluss der Kommunisten unsere Unternehmen gefährden. Ich bin der Überzeugung, dass es heute in Deutschland nur zwei Möglichkeiten gibt: freie Wirtschaft – oder Sozialismus.» (14)

Dieser Ausspruch sollte 30 Jahre später wieder hervorgebracht werden. «Freiheit oder Sozialismus» – mit dieser Lügenparole bestritt die CDU 1976 den Bundestagswahlkampf.

Der US-Präsident Truman gab 1947 eine weitere Erläuterung dieser Sorte von Parolen:

«Die Vereinigten Staaten legen der Freiheit, der Freiheit des Unternehmertums, mehr Bedeutung bei als dem Frieden.» (15)

Die IG Farben-Bosse, die im Gefängnis saßen, kannten diese Denkweise ihrer amerikanischen Klassenbrüder. Sie wussten, dass diese alles tun würden, um das deutsche Volk nicht an die Macht kommen zu lassen:

«Der Vertreter des amerikanischen Finanzministeriums, Schmidt, der mit der Untersuchung gegen die IG Farben beschäftigt ist, erklärte, dass die Direktoren der IG sich darüber empören, dass sie von den amerikanischen Militärbehörden verhört werden. Sie sprachen die Hoffnung aus, dass, sobald ihre ‚Freunde‘ aus England und den Vereinigten Staaten in Deutschland eintreffen, die Untersuchung eingestellt wird.» (16)

Diese Freunde kamen und saßen bald in allen US-Gremien, bis hin zum Gerichtshof im Nürnberger Prozess. Selbst einer der Direktoren der IG Farben-Spionagefirma Chemnyko, Carl B. Peters, sass auf leitendem Posten in der US-Militärbehörde in Deutschland.

Die unschuldigen Kriegsplaner – der Prozess gegen die IG Farben

Anklage: Hauptkriegsverbrecher

Die Weltöffentlichkeit verlangte die härteste Verurteilung der faschistischen Kriegsverbrecher, und damit der deutschen Monopolkapitalisten. Die Alliierten leiteten die Prozesse gegen die Führer des deutschen Finanzkapitals ein. Aber in amerikanischen Regierungs- und Kapitalistenkreisen war man darüber keineswegs froh. In einer geheimen Denkschrift vom 7. Oktober 1946 erläuterte der amerikanische Hauptankläger im Hauptkriegsverbrecherprozess, Robert H. Jackson, warum die Prozesse seiner Meinung nach unzweckmässig waren:

«Ich bin gegen derartige weitere Prozesse und kann sie der Regierung der USA nicht empfehlen. Von unserem amerikanischen Standpunkt aus bringt ein solcher Prozess gegen die Industriellen nur sehr wenig Nutzen; das Risiko hingegen, das wir mit ihm laufen, kann ungeheuer gross werden. Ich hege die Befürchtung, dass eine sich über lange Zeit erstreckende Attacke gegen die Privatindustrie – und zu einer solchen würde es im Laufe dieses Prozesses kommen – den Industriekartellen den Mut nehmen könnte, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmassnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenarbeiten.» (17)

Doch sie kamen nicht umhin, die Prozesse durchzuführen. Am 13. Mai 1947 wurden die Direktoren und Mitarbeiter der IG Farben – u.a. Krauch, Schmitz, Schnitzler, Wurster – vom Militärgericht VI der USA aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 beschuldigt, – durch Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Angriffskriegen und Invasion gegen andere Länder Verbrechen gegen den Frieden begangen zu haben,

- an der Ausraubung von öffentlichem und privatem Eigentum in von Deutschland besetzten Ländern beteiligt gewesen zu sein,
- an der Versklavung der Zivilbevölkerung in von Deutschland besetzten Gebieten und der Einziehung von Zivilisten zu Zwangsarbeit mitgewirkt und an der Versklavung von KZ-Insassen innerhalb Deutschlands teilgenommen zu haben. Die Angeklagten wurden der Misshandlung, Einschüchterung, Folterung und Ermordung beschuldigt.
- Der Anklagepunkt 4 legte einigen Angeklagten die Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation zur Last, und

- der Anklagepunkt 5 beschuldigte sie der Verschwörung zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden (18).
Die Angeklagten erklärten feierlich ihre Unschuld.

Die Richter stellt das US-Monopolkapital

Die Anklageschrift gegen die 24 IG Farben-Direktoren war gründlich. Zwar waren diejenigen Untersuchungsbeamten, die bei der Durchführung ihrer Aufgaben viel Ernst an den Tag gelegt hatten, schon in der ersten Phase der Ermittlungen abberufen worden. Aber es lagen genug Beweismstücke vor, um jeden Zweifel an den Verbrechen der IG Farben-Führer auszuräumen. Die schwersten Strafen schienen sicher. Auf der US-Seite hatte der Leiter des Senatsuntersuchungsausschusses, Senator Kilgore, Ende 1945 eindeutig festgestellt:

«Es ist nicht wahr, dass die deutschen Grossindustriellen sich erst im letzten Augenblick und halb gezwungen dem Nationalsozialismus angeschlossen haben. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer. Die Unterstützung seitens der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz ermöglichte den Nationalsozialisten die Machtergreifung. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft und die fieberhafte Rüstung zum Angriffskrieg erfolgte unter der unmittelbaren Leitung der deutschen Industriellen.» (19)

Als aber am 27. August 1947 die Verhandlungen in Nürnberg eröffnet wurden, begann eine elfmonatige Justizkomödie von amerikanischen Format.

Die Auswahl der Richter erklärt viel. Dazu müssen wir auf die Zeit vor 1945 zurückgreifen. Die US-Privatbank Dillon, Read & Co. finanzierte nach 1918 das deutsche Monopolkapital. James Forrestal, Präsident von Dillon, wurde bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs von der IG Farben dazu ausersehen, die General Aniline and Film Corporation, grösstes IG Farben-Unternehmen in den USA, zu übernehmen. Forrestal war von 1947 bis 1949 US-Kriegsminister; General William Draper, sein Stellvertreter, leitete die Wirtschaftspolitik im besetzten Deutschland. Sie bestimmten Howard C. Peterson, die Richter für die Aburteilung der IG Farben-Direktoren auszuwählen. Und dieser Peterson war ein ehemaliger Teilhaber der New Yorker Anwaltsfirma Cravath, Gersdorff, Swaine & Wood, die vor und nach dem Krieg die Interessen der IG Farben in den USA vertrat. Purer Zufall?

Der Prozessausgang war vorprogrammiert. Das Militärgericht war ein Teil der «rechtsprechenden Gewalt der US-amerikanischen Demokratie»

oder – weniger verschleiert – ein Teil des Staatsapparats der USA. Und dort, im Parlament oder in der Regierung, in der Justiz oder in der Verwaltung, im Geheimdienst oder in der Armee – sassen überall direkte Vertreter des Monopolkapitals oder Leute, die gewissenhaft ihre Anweisungen ausführten. Die vereinzelt Demokraten und aufrichtigen Antifaschisten, die es anfangs auch in den US-Besatzungsbehörden gegeben hatte, waren längst abgelöst und nach Hause geschickt worden.

Deshalb konnten nur Menschen, die gutgläubig auf die amerikanische Propaganda von der «demokratischen Mission» der Alliierten hereingefallen waren, im Ernst hoffen, dass die Nürnberger Prozesse die wahren Urheber des Weltkriegs entlarven und bestrafen würden. Denn dann hätte es um die Verflechtung von Monopolen und Staat gehen müssen, dann hätte gezeigt werden müssen, dass für die Monopole Krieg ein vorzügliches Geschäft ist, dass Imperialismus notwendig zum Krieg führt. Dann hätten die USA auch sich selbst anklagen und verurteilen müssen!

Wie sehr ihnen das bewusst war, charakterisiert nichts besser als die Bemerkung eines Beamten der alliierten Kontrollkommission:

«Wie können wir die deutschen Industriellen für etwas bestrafen, was wir an ihrer Stelle auch getan hätten?» (20)

Über die Atmosphäre zwischen «Anklägern» und Angeklagten gibt eine eidesstattliche Erklärung Georg von Schnitzlers Auskunft:

«Das persönliche Verhältnis zwischen den Untersuchungsbeauftragten und mir, in Frankfurt während des Jahres 1945, war ein sehr ungezwungenes und offenes, es war sehr herzlich.» (21)

Entsprechend diesem «herzlichen Verhältnis» fiel die Bestrafung aus. Die US-Regie klappte. Die Richter billigten den Angeklagten zu, auf Befehl, im Auftrag, im Notstand, unter Druck oder ohne eigene Verantwortung gehandelt zu haben, und «glaubten» ihnen, dass sie von nichts gewusst hätten.

Als es an das Thema Auschwitz, Zyklon-B und Menschenversuche ging, stellte sich heraus, dass das Beweismaterial gleich kistenweise verschwunden war. Das den Konzern am schwersten belastende Material, die «Friedens»planung, wurde zwar vom Ankläger als besonders relevant hervorgehoben. Für die Richter aber war sie unerheblich! Im gesamten Urteilstext blieb sie unerwähnt. Nur die ganz offenen Raubakte, die zu offensichtlich waren, als dass man sie hätte verschweigen können, schlugen zu Buche.

Befriedigt stellte 1956 der Industriegeschichtsschreiber Reichelt in seiner Rechtfertigungsschrift «Das Erbe der IG Farben» fest:

«Wenn die IG-Führung von den Kriegsabsichten Hitlers gewusst hätte, so stellte das Gericht entlastend fest, dann hätten die gleichen Männer nicht noch im April 1938 mit der Imperial Chemical Industries (ICI)... in England eine Farbstoffabrik errichtet oder bei Rouen in Frankreich noch unmittelbar vor Kriegsausbruch den Bau einer eigenen Fabrik begonnen oder noch 1938 und 1939 an britische Firmen erhebliche Mengen Stickstoff geliefert und mit US-Firmen 16 Lizenzverträge über IG-Patente auf dem Gebiet des Kunstgummi und des kriegswichtigen Phosphors abgeschlossen.» (22)

Wie gut es dieser Schreiberling ausnützen kann, dass die wichtigsten Fakten, die dem ganzen den Zusammenhang geben, einfach in der Schublade geblieben sind.

Es lohnt sich, an dieser Stelle einige Sätze aus den Urteilsbegründungen zu zitieren. Alle Angeklagten wurden von der Anklage der Planung eines Angriffskrieges freigesprochen. Georg von Schnitzler wurde ausdrücklich bescheinigt, «dass seine Teilnahme am Kriege nach dessen Ausbruch nicht über die eines durchschnittlichen, anständigen deutschen Bürgers und Geschäftsmannes hinausgegangen ist.» (23)

Weiter ist zu lesen, dass auch ein IG Farben-Direktor, der nach Kriegsausbruch auf seinem Posten verblieb, lediglich «seine Dienste ungefähr in derselben Art und Weise zur Verfügung gestellt hat wie Tausende von anderen Deutschen, deren Stellungen zwar wichtig waren, dennoch aber unter der Rangstufe der militärischen und zivilen nationalsozialistischen Führer lagen, die der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg abgeurteilt hat» (24). So verhöhnten die Richter und die Westalliierten das deutsche Volk und die Millionen Antifaschisten!

Deshalb können heute IG Farben-Schreiberlinge das Urteil als Beweis der Unschuld ihrer Brotherren anführen. Welch ein Hohn auf die Gerechtigkeit dieser Prozess war, zeigt die Feststellung des Gerichts, «dass die allgemeine Tendenz der IG dahin ging, die Arbeiter (gemeint sind die KZ- und Zwangsarbeiter – d. Verf.) in menschenwürdiger Weise zu behandeln, und dass in diesem Punkte die Angeklagten alles getan hätten, um das bei dem Sklavenarbeitsprogramm unvermeidliche Elend zu mildern . . .» (25). Zynismus, Ironie, Verlogenheit – man kann nicht beschreiben, welche Niederträchtigkeit hinter dieser Feststellung steht, wenn man sich noch einmal die Realität von Auschwitz vor Augen führt.

Am 30. Juni 1948 nahmen die 24 Angeklagten ihr «Urteil» entgegen: Elf von ihnen wurden freigesprochen, darunter Schneider, Gajewski, Wurs-

ter, Gattineau und Gajewski, Wurster, Gattineau und Knieriem; sechs erhielten Gefängnisstrafen von anderthalb bis drei Jahren, darunter Ilgner und der Bitterfeld-Chef Bürgin; Schmitz und Schnitzler kamen mit vier und fünf Jahren davon; Krauch und Bütetisch mit sechs Jahren, ter Meer bekam sieben, Ambros und Dürrfeld bekamen acht Jahre Gefängnis. Die Verhöhnung der Völker Europas und der Millionen Nazi-Opfer war perfekt.

Die US-Imperialisten mussten ihre Verfilzung mit dem IG Farben-Konzern und seinen Herren vertuschen. Sie konnten die Hauptschuldigen, die Träger des deutschen Imperialismus, deren Profitsucht vor keinem faschistischen Greuel haltgemacht hatte, nicht konsequent verurteilen; sie hätten damit ihr eigenes politisches System, ihre Zusammenarbeit mit der IG Farben und ihre Pläne gegen die Sowjetunion verurteilen müssen.

Der Entflechtungs- und Entnazifizierungsbetrug

IG Farben-Bilanz: sechs Milliarden Kriegsgewinn

Von dem, was sechs Wochen vor der Urteilsverkündung geschehen war, erfuhr die Öffentlichkeit erst vier Jahre später, im Juni 1952. Aber die Eingeweihten um Hermann Abs hatten voll Spannung den 20. Juni 1948 erwartet, zu dem Schmitz, Krauch und allen anderen Vorstandsmitgliedern der IG Farben ein mehrtägiger feierlicher «Urlaub auf Ehrenwort» gewährt worden war.

An diesem Tag – zwei Tage nach der Proklamierung der westdeutschen Währungsreform – genehmigte General Draper, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der US-Militärregierung in Deutschland, die erste IG Farben-Bilanz der Nachkriegszeit. Die Bekanntgabe dieser Bilanz und ihre Erläuterung wären geeignet gewesen, den Gleichgültigsten aus der Fassung zu bringen und die Massen der westdeutschen Arbeiter zum Sturm aufzurühren. Deshalb musste sie jahrelang verschwiegen werden.

Der IG Farben war die Hälfte ihrer Produktionsstätten abgetrennt worden; der grössere Teil des Verlorenen lag im Osten Deutschlands, jenseits

der Einflussosphäre der amerikanischen Freunde des Konzerns. Diese «Ostverluste», mit 2,8 Milliarden Mark ausgewiesen, wurden in der Bilanz «aus den Reserven» gedeckt. Die Umstellung des Konzernkapitals erfolgte im Verhältnis 1:1. Der echte Substanzwert des Konzerns wurde auf sechs Milliarden Mark geschätzt. Sechs Milliarden Mark Werte nach Abzug all dessen, was innerhalb Deutschlands zerstört worden war. Das sind nichts anderes als sechs Milliarden Mark Kriegsgewinn!

55 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg; in Berlin und Dresden, in Dortmund und Würzburg und in Dutzenden anderen Städten rät man herum, wann einmal die Trümmer beseitigt sein würden; Millionen und aber Millionen Heimatlose in Deutschland und in Europa, die nichts mehr besitzen als ihre kümmerlichen Lumpen auf dem Leib . . . In Frankfurt am Main aber steht inmitten von Ruinen das durch ein amerikanisches Wunder unversehrt gebliebene Verwaltungsgebäude der IG Farben – und hier bucht man Gewinn und Verlust des Zweiten Weltkrieges und kommt zu dem Resultat: sechs Milliarden Kriegsgewinn.

Zur gleichen Zeit erhält das Volk, erhalten alle Werk tätigen, der Mittelstand, die kleinen Industriellen und Kaufleute für zehn alte Mark eine neue Mark. Bei der IG Farben bleiben tausend Millionen tausend Millionen, nicht anders als nach dem Ersten Weltkrieg, genauso wie im Chaos der Inflation und im Elend der grossen Weltwirtschaftskrise.

«Offiziell wurde der IG Farben-Trust durch das Gesetz Nr. 35 von 1950 auf vier Gesellschaften aufgeteilt:

- Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen,
- Badische Anilin- und Sodafabrik AG (BASF) in Ludwigshafen,
- Farbwerke Hoechst, Frankfurt/Main,
- Casella Farbwerke AG Mainkur, Frankfurt/Main.

Den Aktionären der IG Farben wurden für je 1'000 RM Altbesitz neue Aktien im Werte von

285 DM Farbenfabriken Bayer AG,

250 DM Badische Anilin- und Sodafabrik AG,

210 DM Farbwerke Hoechst AG,

25 DM Casella Farbwerke AG Mainkur, d.h. für

770 DM insgesamt umgetauscht. Dazu kamen noch sogenannte «Liquidationsanteile» im Wert von 145 DM auf je 1'000 RM Altaktienbesitz. Das sind zusammen 915 DM für 1'000 RM Altaktienbesitz.

Durch die Währungsreform sind alle Deutschen gleich, wurde dem Volk vorgegaukelt, indem jeder erst einmal 40 DM Kopfgeld erhielt. Dann erhielten die kleinen Sparer für je 1'000 RM Altbesitz in Geld bzw. Spareinlagen lediglich 65 DM. Der

Aktienbesitzer der IG Farben konnte auch seine Altbesitzaktien durch seine Bank an der Börse für durchschnittlich 2'000 DM je 1'000 RM Altaktien verkaufen. Fürwahr ein glänzendes Geschäft: 2'000 DM statt 65 DM.» (26)

Deshalb also wurde die erste IG Farben-Bilanz wohlweislich erst vier Jahre später veröffentlicht, zu einer Zeit, als man sich in Westdeutschland schon an einiges gewöhnt hatte. Die Arbeiter sahen nach 1945 die Trümmer und spürten den Hunger im Leib. Zwar wunderten sie sich, dass die IG Farben-Werke im Westen zum überwiegenden Teil intakt geblieben waren, obgleich ganze Wohnviertel um sie herum in Schutt und Asche lagen. Aber wie überall in Deutschland fassten sie unter viel Entbehrung zu und hatten bis 1948 alle Betriebe wieder zum guten Laufen gebracht. Die Konzernleitung war noch zu stark mit ihrem Prozess und den sich jagenden Besprechungen mit ihren amerikanischen Partnern beschäftigt. Die endgültige Regelung der «Entflechtung» lag immerhin noch im ungewissen, immer noch konnte es unliebsame Überraschungen geben. Jedoch die unmittelbare Leitung der Betriebe lag durchweg in den alten Händen.

Die Rettung der deutschen Kriegswirtschaft

Als die amerikanischen Besatzungsbehörden 1945 in Frankfurt a.M., die alte Hochburg der IG Farben, einzogen, wurden sie von Georg von Schnitzler mit den Worten empfangen: «Meine Herren, es wird mit ein aufrichtiges Vergnügen sein, wieder mit Ihnen zusammenarbeiten!» (27) Er ahnte schon, wer in Frankfurt die USA vertreten würde. Doch unter den amerikanischen Beamten waren auch solche, die das Potsdamer Abkommen durchsetzen wollten. Ihr Schicksal ist typisch. Was sie in Deutschland vorfanden, sagte bereits am 12. Dezember 1945 Oberst Bernstein, der erste Chef der Entkartellierungsabteilung, vor einem Untersuchungsausschuss des US-Senats:

«Ich glaube, bei früheren Vernehmungen vor Ihrem Ausschuss wurde auf Grund von Untersuchungen bezeugt oder festgestellt, dass 75 v. H. der deutschen Industrie intakt oder unschwer wiederherzustellen seien. Meine eigenen Untersuchungen und Studien besagen, dass dies in Wirklichkeit ein Minimum ist. Es ist ein Minimum bei IG Farben, wo wir festgestellt haben, dass wahrscheinlich 87 v. H. in Gang gesetzt werden könnten, und wenn die Deutschen drei bis sechs Monate Zeit für Reparaturen haben, dann wäre ein viel grösserer Teil in der Lage, sofort zu arbeiten.» (28)

Das riesige, weithin sichtbare Verwaltungsgebäude der IG Farben in Frankfurt a.M. wurde durch Luftangriffe überhaupt nicht, von 55 IG-Betrieben in der amerikanischen Zone wurden nur zwei beschädigt. Das Rüstungspotential, das die US-Imperialisten erobern wollten, war von der US-Airforce geschützt worden (29).

Die Amerikaner machten «das IG-Hochhaus zum Stabsquartier Eisenhowers . . . Schon im April 1945 kamen mit den US-Soldaten die ersten ‚Frage-Trupps‘ an. Ihr Interesse richtete sich vorwiegend auf Umfang und Art der ‚Japan-Hilfe‘ der deutschen Industrie, da sich Amerika zu jener Zeit noch mit Japan im Krieg befand, ferner auf alle Probleme chemischer Kriegführung. Im Mai konzentrierten sich die Fragen bereits auf geschäftliche Dinge des Konzerns», schreibt Reichelt in seiner IG Farben-Rechtfertigungsschrift (30).

In den Monaten und Jahren nach dem Mai 1945 wurde ein grosses amerikanisches Theater für ein weltweites Publikum abgezogen. Am 30. November 1945 erliess der Alliierte Kontrollrat das Gesetz Nr. 9. Es enthielt den Befehl, alle Anlagen der IG Farben zu beschlagnahmen, zu entmilitarisieren und zu entmonopolisieren (31).

Schlauerweise fing man mit den grossen Werken in Hoechst an. Diese stellten Pharmazeutika her, und es liess sich leicht behaupten, dass diese Abteilungen von lebenswichtiger Bedeutung für die deutsche Bevölkerung seien. Bald stellten sich beinahe alle Abteilungen des Konzerns als «lebenswichtig» heraus. Richard Sasuly, der unter Oberst Bernstein in der «Entkartellisierungsabteilung» arbeitete, gab diese treffende Schilderung des weiteren Verlaufs:

«In allen IG-Fabriken standen Maschinen, die nur für Kriegszwecke konstruiert waren. Ebenso gab es über ein Dutzend Fabriken, die ausschliesslich zu Kriegszwecken erbaut waren. Aber keine von ihnen, mit Ausnahme von ein paar Anlagen in zwei Fabriken, war zerstört worden. Diese Zerstörungen gaben sehr wirksame Wochenschauaufnahmen ab; aber sie hatten wenig Wirkung auf die 55 Fabrikationsanlagen, die der IG in der amerikanischen Zone gehörten oder von ihr betrieben wurden.» (32)

Aus der Entkartellisierungsabteilung selbst kamen nun Proteste. Bereits im November 1945 legte der Chef der Entkartellisierungsabteilung, Oberst Bernstein, seinen Posten demonstrativ nieder. Vor einem Senatsausschuss erklärte er:

«Eines Tages kamen Vertreter des Kontrolloffiziers von IG Farben zu uns, die uns fragten, ob wir einige der führenden Leute von IG Farben aus dem Gefängnis entlassen oder ihre Entlassung aus dem Gefängnis vorbereiten könnten . . . damit diese IG Farben-Leute zu sehr hohen Gehältern bei der Fortsetzung ihrer Tätigkeit der IG Farben-Betriebe beschäftigt werden könnten. Wir wurden ebenfalls gefragt,

ob wir eine Methode erfinden könnten, nach der die Gehälter, die diesen IG Farben-Beamten gezahlt werden sollten, nicht in Übereinstimmung mit General Eisenhowers Anordnung blockiert werden würden, die das Vermögen bestimmter Kategorien von Leuten blockierte, in die diese Gruppe gehörte.» (33)

Am 25. Februar 1946 trat auch Bernsteins Stellvertreter Russel A. Nixon mit der Begründung zurück, dass

«... auf jeder Stufenleiter der Hierarchie der amerikanischen Militärregierung und von einem Ende der amerikanischen Zone Deutschlands zum anderen verantwortliche Offiziere sich der Entnazifizierung widersetzen mit der Begründung, *dass wir ein Bollwerk gegen den Bolschewismus und Russland errichten müssen.*» (34)

Nixon schloss seine Aussage mit den Worten:

«Es ist völlig klar, dass das Resultat der letzten sechs Monate der Entwicklung in Deutschland darin bestand, die letzte zusammenhängende Gruppe, die Abteilung gegen die Kartelle, auszuschalten, der es wirklich ernst war mit der Zerstörung der wirtschaftlichen Machtkonzentration und die den Vertrag von Potsdam zur Richtschnur ihres Handelns machte.» (35)

Im Juli 1947 legte Nixons Nachfolger, James Martin, sein Amt nieder und gab dazu eine Erklärung ab:

«Ich bin aus Protest gegen die Machenschaften der grossen amerikanischen Gesellschaften in Deutschland, vor allem der General Electric Company, der General Motors und der Standard Oil, zurückgetreten. Das amerikanische Volk wird von monopolistischen Gruppen geleitet, die ihre eigenen Auffassungen darüber haben, wie Deutschland zu behandeln ist. Meine Bemühungen sind durch die interessierten amerikanischen Gruppen, die im Herzen Europas ein monopolistisch kontrolliertes Deutschland errichten wollen, zunichte gemacht worden.» (36)

Im März 1948 hielten die USA die Zeit für reif, die sowieso nur vorge-schobene Entkartellierungsabteilung ganz aufzulösen. Die 19 Beamten der Abteilung – der Rest von ursprünglich 150 – lehnten sich in einem kollektiven Protest bei Clay, dem Militärgouverneur der amerikanischen Zone, gegen diesen Bruch des Potsdamer Abkommens auf. Sie wurden entlassen.

Einigen Ärger bereiteten den Amerikanern dann noch die Eigenwilligkeiten der Franzosen. Aber im Jahre 1949 hatten sie sie so weit, dass sie sich in der neuinstallierten Dreimächtekontrollgruppe (TRIFCOG: Tripartite IG Farben Control Office) der amerikanischen Leitung unterordneten und das akzeptierten, was im November 1948 in der amerikanischen und britischen Zone ins Werk gesetzt worden war.

1948 machte die amerikanische Militärregierung Leisler Kiep, den Schwiegersohn des früheren stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der IG Farben, zum «Chief Adviser des IG Farben Control Office (US)» (37). Leisler Kiep war einer der 38 Bankiers und Industriellen, die im November 1932 die Eingabe an Hindenburg für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler unterschrieben hatten.

Die Amerikaner hatten mit Billigung der Engländer einen deutschen IG Farben-Entflechtungsausschuss (FARDIP, abgeleitet von: IG Farben Dispersal Panel) ernannt und ihm die Aufgabe übertragen, «die Empfehlungen für die Entflechtung des Konzerns» auszuarbeiten. Zur Durchführung dieser Empfehlungen wurde gleichzeitig ein deutscher Liquidationsausschuss gebildet. Die beiden Ausschüsse bestanden aus den Grossen des deutschen Monopolkapitals.

Den Entflechtungsausschuss leitete der später verstorbene AEG-Allgewaltige Hermann Bücher, seine weiteren Mitglieder waren der Montankönig Gustav Brecht, der Grossbankier Freiher Egon v. Ritter und das Bayer-Vorstandsmitglied Oskar Loehr. Der Liquidationsausschuss wurde von Hermann Abs geleitet und bestand im übrigen aus Gustav Brecht, W. Alexander Menne (IG Farben-Leitung) und Helmuth Wohlthat, zwölfjähriger Aufsichtsrat in den wichtigsten Grossindustrien.

Die paar IG Farben-Herren, die nunmehr gut möbliert im Landsberger Militärgefängnis lebten, durften jetzt wirklich beruhigt auf Weihnachtserurlaub fahren. Sie und ihr Konzern waren noch einmal davongekommen. Der Grossbankier Abs tat zu diesem Spott auf das Abkommen von Potsdam noch das Seine, indem er später seinem Ausschuss noch einen Beirat «von wirtschaftlich erfahrenen Sachverständigen aus Kreisen der IG Farben-Aktionäre» angliederte, die zusammen die «Last» von 107 Vorstands- und Aufsichtsratsposten mit sich schlepten.

Nach der Bildung der Adenauer-Regierung wurde die «Aufsicht» über den IG Farben-Entflechtungsausschuss von den Amerikanern an Adenauer abgetreten: Adenauer übergab sie dem Wirtschaftsminister Erhard und dieser wiederum seinem Ministerialdirektor Felix Prentzel, einem alten IG Farben-Mann. Prentzels Ergebenheit und Gerissenheit war im Konzern schon bei der Bildung des «Büros NW 7» so hoch geschätzt worden, dass man ihn als Prokurist und dann als Direktor mit einer heiklen Tätigkeit in der IG Farben-Spionage betraut hatte.

So ging es mit den IG Farben-Kriegsverbrechern rasch aufwärts. Die Empfehlung des Entflechtungsausschusses, dass aus dem Bestand der IG

Farben drei Chemieunternehmen, Bayer, BASF und Hoechst, gegründet werden sollten, wurde im Juni 1950 von den Westalliierten genehmigt. Einen ähnlichen Plan hatte die IG Farben wegen der Unübersichtlichkeit des Konzerns schon während des Zweiten Weltkriegs entworfen!

Die Teilung Deutschlands und ihre deutschen Helfer

Reaktionäre im Christengewand: CDU und CSU

Was wurde nun angesichts der Machenschaften der amerikanischen und deutschen Monopolherren aus dem Willen der Werktätigen, ein demokratisch-antifaschistisches Deutschland ohne diese alten Kriegsverbrecher aufzubauen?

Die KPD war die einzige Partei, die für die Verwirklichung der Beschlüsse von Potsdam kämpfte. Im Betrieb und Stadtteil arbeitete sie an der Schaffung der Aktionseinheit für dieses Ziel. Es gibt Hunderte von Beispielen, wie Sozialdemokraten und Kommunisten, Christen und Liberale gemeinsam kämpften und den Wiederaufbau organisierten. Schon am 7. März 1946 beschlossen in Baden die Landesverbände der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei, die Vereinigung vorzubereiten (38). In der Ostzone schlossen sich SPD und KPD freiwillig – entgegen allen Lügen über einen von der Sowjetunion diktierten Zusammenschluss – zur SED zusammen.

Diese Entwicklung, darin waren sich alle Geldsäcke einig, musste gestoppt werden. Die Imperialisten setzten auf die bürgerlichen Parteien. Sie sollten die deutsche Bourgeoisie retten. Die antifaschistischantikapitalistische Nachkriegsstimmung erforderte aber eine besonders geschickte Betrugstaktik. Mit verteilten Rollen nahmen SPD und CDU ihr schändliches Werk in Angriff.

Die Monopolkapitalisten haben eine unglaubliche Fähigkeit, sich im Handumdrehen mit neuen politischen Kleidern zu maskieren. Sie wechseln ihr politisches Hemd wie das Chamäleon die Farbe. So auch nach 1945. Schnell zogen sie ihre Braunhemden aus, um die Mönchskutte anzuziehen,

schnell gewöhnten sie sich daran, nicht mehr den Arm zum Hitler-Gruss auszustrecken, sondern in Gottesdiensten die Hände zu falten.

Sie gründeten am 17. Juni 1945 die CDU, und die Amerikaner halfen dabei kräftig nach. Der alte Separatist Adenauer bot sofort seine Dienste an. Er hatte ihnen schon 1945 die Teilung Deutschlands vorgeschlagen, wie in seinen Memoiren nachzulesen ist (39).

Adenauer sammelte zur Gründung der CDU die Männer der ersten Stunde, es war ein kanonen-, aktien- und goldschwerer Klüngel, der die CDU aus der Taufe hob. Eine kleine Auswahl an Namen, und was von dieser Partei zu erwarten war, bleibt kein grosses Rätsel mehr: Es trafen sich u.a. Robert Pferdmenges, verzeichnet auf der Kriegsverbrecherliste; Heinrich Kost, Wehrwirtschaftsführer, Steinkohlenmagnat; Dinkelbach, Stahlindustrie, verzeichnet auf der Kriegsverbrecherliste; Günther Henle, Klöckner-Konzern; Hermann Abs, Deutsche Bank, verurteilt als Kriegsverbrecher (40).

«Unsere Partei hat die Sache des Herrn Pferdmenges zu der ihrigen gemacht», sagte Adenauer 1946 (41). Übersetzen wir das so: Unsere Partei hat die Sache der Ausbeutung, Profitemacherei und Kriegstreiberei zu der ihrigen gemacht, und wir haben die programmatischen Ziele dieser Partei zusammen. Doch so plump konnten sie nicht auftreten. Der Zeitgeist erforderte eine besondere Demagogie. Die Christ-Konservativen hatten von den rechten Sozialdemokraten und der Zeit nach 1918 gelernt. Ihrem Aushängeschild «christlich» fügten sie zeitweilig und ungerne – aber zum Stimmenfang ist in einer solchen Partei viel möglich – «sozialistisch» hinzu. In einem streng vertraulichen CDU-Diskussionsmaterial wurde der Grund angegeben:

«Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass diese Forderung nach Sozialisierung der Wirtschaft heute einem aus der Tiefe der Volksseele kommenden allgemeinen Verlangen entspricht. Es sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch viele intellektuelle Volksschichten und ganz besonders die Masse der heimkehrenden Soldaten davon erfüllt. Das sozialistische Verlangen ist auch im christlichen Volk erwacht. Arbeiter und Intellektuelle – unter ihnen besonders die Jugend – streben aus religiöser Lebensauffassung heraus eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung an.» (42)

Adenauer, der Oberbüttel der USA, wetterte gar öffentlich gegen den Kapitalismus, die Monopole und den Militarismus. So erschlich sich die CDU das Vertrauen vieler Werktätiger und wurde bei vielen Wahlen zur stärksten Partei. Diesen Volksbetrug gaben die CDU-Führer später offen zu. Der stellvertretende Parteivorsitzende Meyers erklärte 1957: «Man müsse das *Ahlener Programm* (in dem die Sozialisierung versprochen wurde – d. Verf.) aus den Gegebenheiten der Zeit verstehen, in der es ent-

standen ist. *Dieses Programm habe schon damals die Sozialisierung verhindern sollen.*» (43) Ein führender CDU-Sozialtheoretiker bekannte 1956: Dem Ahlener Programm «verdankt die CDU viel. Sie hat damit breite Massen gewonnen, die nicht nur eine Partei mit christlichem Kulturprogramm, sondern auch eine radikale wirtschaftliche Neuordnung wollten.» (44)

Alles wurde von der CDU darangesetzt, mit einem Gemisch aus sozialistisch klingenden Phrasen und antikommunistischer Hetze fortschrittliche, aber schwankende Christen, Bauern und Mittelständler von der Zusammenarbeit mit kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern abzuhalten. CDU und CSU waren die Parteien, die Ministersessel, Verwaltungsämter und Polizeikommissariate wieder beherrschten, antifaschistische Bestrebungen unterdrücken liessen und zielstrebig auf die Spaltung Deutschlands zusteuerten.

Linke» Betrüger: SPD

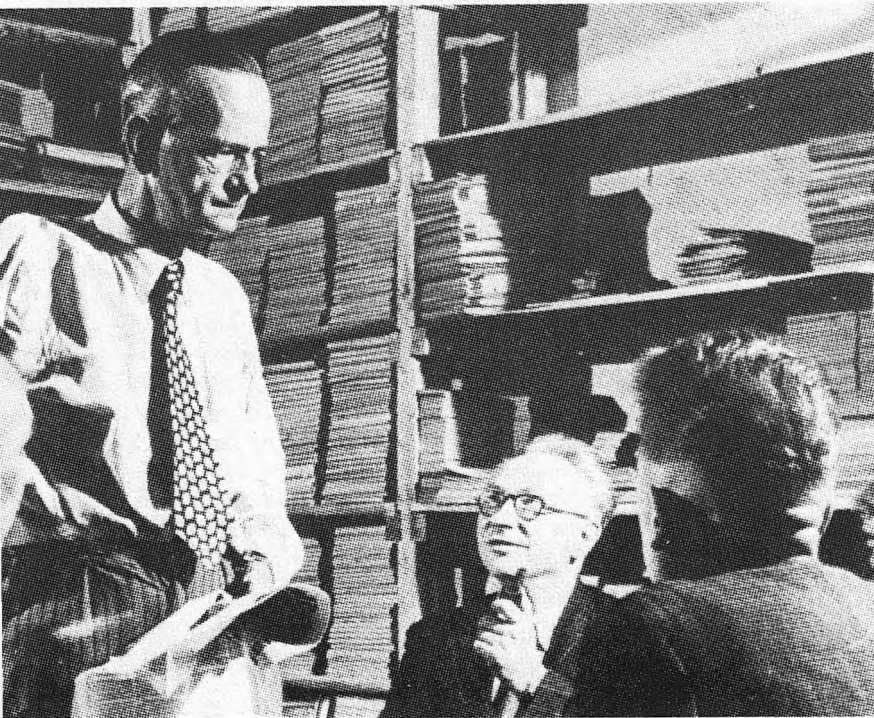
Die überwiegende Mehrheit der Industriearbeiterschaft fiel auf den Betrug der schwarzen CDU nicht herein. Ihre Forderungen wie «Die Gruben in des Volkes Hand», «Verstaatlichung der Schlüsselindustrien», «Enteignung aller Monopolisten», «Vereinigung der Arbeiterparteien» versetzten die Kapitalisten in Schrecken.

Millionen Arbeiter vertrauten der SPD. Und gerade darauf setzte die Bourgeoisie – wie 1918. Raffiniert und skrupellos ging die Mannschaft des SPD-Vorsitzenden Schumacher in den Westzonen ans Werk. Zunächst führten die SPD-Führer ihr Verständnis von Demokratie in der Partei ein. Die klassenbewussten Arbeiter und Parteifunktionäre, die für die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens kämpften, wurden mit allen Mitteln zur Ruhe gebracht. Es hagelte Parteiausschlüsse. Darüber hinaus paktierte Schumacher eng mit den Militärregierungen. Eine Anordnung der Militärregierung in Gross-Köln lautete: «Es ist keine Verschmelzung von SPD und KPD kreisweise erlaubt.» (45) Als 14 sozialdemokratische und kommunistische Genossen aus der britischen Besatzungszone in den Parteivorstand der SED gewählt wurden, erhielten sie zwei Tage später ein Schreiben der Militärregierung:

«Nach Empfang dieses Briefes haben sie deshalb sofort aus dem ZA der SED auszuscheiden. Eine entsprechende Bekanntmachung über ihren Austritt ist in den Zeitungen veröffentlicht worden.» (46)



Sie organisierten die Spaltung Deutschlands: Adenauer mit den drei Hohen Kommissaren der alliierten Besatzungsmächte. Die SPD-Zentrale in Hannover, von links nach rechts: Schumacher, Ollenbauer, Nau, Heine



Die Militärregierung in Lübeck verlangte von den Teilnehmern am Gründungsparteitag der SED, entweder aus dieser Partei auszutreten oder die britische Besatzungszone zu verlassen. So wurde westliche «Demokratie» eingeführt! Schumacher gehörte von allem Anfang an zu den Drahtziehern dieser antikommunistischen Politik zur Verhinderung des Abkommens von Potsdam. Er scheute sich nicht, von General Clay, dem US-Chef der Spaltung Deutschlands, die Säuberung der Zeitungsredaktionen von unbequemen Antifaschisten zu verlangen. Es bekümmerte ihn keineswegs, dass die US-Besatzer überall wieder die Nazis in die Posten hievten und die Sammlungsbewegung der Rhein-Ruhr-Kapitalisten forcierten. Nein, ihn bekümmerte nur, dass Clay nicht scharf genug gegen die Kommunisten zu Felde zog:

«Die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte machen nicht genügend Gebrauch von ihren Möglichkeiten im Kampf gegen das Eindringen des Kommunismus in der Westzone. Der Kommunismus muss planmässig bekämpft werden.» (47)

Dies sagte er auf einer Pressekonferenz in Chicago am 19. Oktober 1947 während einer Reise durch die USA. Er bedankte sich sogar bei den reaktionären amerikanischen Gewerkschaftsführern für ihre Wühl- und Sabotagearbeit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach 1945 und forderte sie auf, diese Spaltungsarbeit fortzuführen (48).

Aus Betrieben, Stadtteilen und SPD-Ortsgruppen kamen heftige Proteste gegen diese Politik. Aber die Schumacherclique gab keinen Zöllbreit nach, sondern ging nur noch schärfer daran, die Spaltung unter den Werkträgern zu vertiefen. Schumacher gab sich dafür ein raffiniertes «linkes» Image. Er nutzte die Unklarheiten vieler Werkträger über Weg und Ziel des Neuaufbaus, um die Sackgasse Kapitalismus als Ausweg zu verkaufen. So tischte er das Märchen auf, dass es seit 1945 überhaupt keine ernstzunehmende Kapitalistenklasse mehr gäbe. Deshalb sei der Klassenkampf überflüssig und der Sozialismus gesichert. Die Arbeiter könnten sich jetzt ganz auf Wahlen verlassen! Die KPD griff er «links»radikal an, weil in ihrem Aktionsprogramm die Freiheit der privaten Unternehmerinitiativen garantiert werde. Er verschwieg, dass die KPD natürlich alle Monopolisten und Kriegsverbrecher davon ausgeschlossen hatte und dass ein neuer antifaschistisch-demokratischer Staatsapparat an die Stelle des zerschlagenen preussisch-hitlerischen gesetzt werden und die Kontrolle ausüben sollte. Mit solchen Tricks versuchte er das Aktionseinheitsprogramm der KPD als Verzicht auf den Sozialismus und Schwärmerei für den Kapitalismus in den Dreck zu ziehen.

Schumacher teilte die gewaltige Angst der westdeutschen Kapitalistenklasse, dass die Arbeiterklasse sich einig werden und die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens im Klassenkampf durchsetzen könnte. Während er so den Arbeitern einredete, der Klassenkampf sei überflüssig geworden, führte er ihn von der Seite der Kapitalisten aus mit aller Schärfe.

Auf seiner USA-Reise 1947 sah er die Aufteilung Deutschlands bereits als «eine vollendete Tatsache» (49) an. Die New York Times, deren Chefkorrespondent in Deutschland ein Kenner der Nachkriegspolitik war, kommentierte später:

«Im Herbst 1947 flog Schumacher nach den USA als Gast der American Federation of Labor (amerikanische Gewerkschaft – d. Verf.), und während seines Aufenthaltes dort hatte er ausführliche Unterredungen mit den amerikanischen Regierungsspitzen. Während einer dieser Zusammenkünfte regte er ganz spontan und ohne irgendwie aufgefordert zu sein, die Bildung einer Separatregierung durch die Westmächte als wünschenswert an. Nach Deutschland im Oktober zurückgekehrt, schnitt er die Frage auf einer Geheimkonferenz seiner Parteiführer in Berlin an, von denen einige nicht einverstanden waren und die Sache bekanntwerden liessen. Während dieser ganzen Zeit aber verlangte Schumacher in der Öffentlichkeit die Einheit Deutschlands und denunzierte die Alliierten, weil sie sie nicht zustande brachten. . . Solche privaten Empfehlungen (zur Spaltung – d. Verf.) wurden unausgesetzt von deutschen Führern den Beamten der Militärregierung gemacht, aber wenn man ihnen vorschlug, dass sie ihre eigenen Ideen öffentlich vertreten sollten, dann zogen sie sich erschrocken zurück.» (50)

Von solchen feigen «Führern» hatte das deutsche Volk nichts zu erwarten. Die Werktätigen liessen es, anders als die bürgerlichen Politiker, nicht bei leerem Geschwätz. Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen fanden sich in der Volkskongressbewegung zusammen, um für die Einheit der Nation zu kämpfen. Im Mai/Juni 1948 sollte ein Volksbegehren zur Einheit der Nation durchgeführt werden. Die SPD-Führer bekamen kalte Füße, jetzt mussten sie Farbe bekennen. Der Parteivorstand fasste den Beschluss, dass «die Teilnahme an den sogenannten Volkskongressen und dessen Unterstützung mit der Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei unvereinbar sind» (51). Hand in Hand mit ihren deutschen Helfern verboten die Westalliierten die Abhaltung von Landeskonferenzen und die Bildung von Komitees. Den Delegierten zum Volkskongress in Berlin wurden die Pässe verweigert. Schumacher wollte das deutsche Volk den Monopolen und ihrer Schutzmacht, den US-Imperialisten, ausliefern. Seine Antwort auf die Einberufung des Volkskongresses ist ein Zeugnis dafür:

«Nicht die Deutschen können über die deutsche Einheit entscheiden. Das Problem der deutschen Einheit liegt völlig in der Hand der Besatzungsmächte.» (52)

Trotz dieser konzertierten Aktion für die Spaltung Deutschlands stimmten 15 Millionen Deutsche für die Einheit der Nation.

John Foster Dulles, US-Aussenminister, Oberkriegstreiber und ehemaliger IG Farben-Anwalt in den USA, rief zum Krieg gegen die Sowjetunion



Die Aufrüstung wird wieder angebeizt. Adenauer 1956

Die Politik der USA, schrieb er, sei der Versuch, «ein konstruktives und schöpferisches Werk zu leisten, das Zustandekommen muss, wenn die westliche Zivilisation gerettet werden soll, und wenn sie der Magnet werden soll, der Osteuropa zum Westen herüberzieht . . .» (53). Die SPD-Führer stimmten in dieses Kriegsgelue ein. Sie forderten ebenfalls die «ökonomische Magnetisierung des Westens», damit seine «Anziehungskraft unwiderstehlich wird» (54).

Die USA pumpften Marshallplan-Milliarden in die Westzonen, um sie für den Krieg stark zu machen. Schumacher hatte keine Skrupel, diesen Kriegsplan den Arbeitern als Schritt zum Sozialismus zu verkaufen (55). Der hinter «links» klingendem Gewäsch versteckte Antikommunismus der SPD-Führer schreckte vor nichts zurück. Schumacher forderte 1950

.. die Aufstellung zahlreicher alliierter Divisionen in Deutschland, um im Falle eines Krieges die erste Schlacht an der Elbe und die zweite an der Weichsel schlagen zu können; die angekündigten Verstärkungen seien nicht ausreichend und würden keinen Schutz bieten» (56).

Das war der Geist der Väter der BRD! Der amerikanische Hochkommissar McCloy stellte in seinem Vierteljahresbericht 1950/4 zufrieden fest:

«Der Oppositionsführer Dr. Kurt Schumacher . . . vertrat die Ansicht, die einzige wirkliche Gewähr für die Erhaltung des Friedens bestehe in der Konzentration erheblich verstärkter Truppenteile in Westdeutschland.» (57)

So betrieben die rechten SPD-Führer das Geschäft der Spaltung Deutschlands – und Spaltung hiess Rettung der Kapitalistenklasse – in Arbeitsteilung mit der CDU und den anderen bürgerlichen Parteien. Grosse Teile der Arbeiterklasse durchschauten das demagogische Doppelspiel der Schumacher-Clique nicht. Die KPD hatte nicht die Stärke, die politischen Unklarheiten unter den Werktätigen gegen alle Verwirrmanöver auszuräumen.

Die Lehren daraus sind heute brandaktuell. Mit Hilfe des Reformismus überlebte die deutsche Kapitalistenklasse nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die letzte Ursache der Kriegsgefahr, der Imperialismus, wurde gerettet. Wenn heute die IG Farben-Kapitalisten wieder ein Weltreich aufgebaut haben, so haben das die rechten Sozialdemokraten erst möglich gemacht. Die grosse Chance für das deutsche Volk, das Todesurteil über den deutschen Imperialismus zu vollstrecken, haben diese Arbeiterverräter im konterrevolutionären Pakt mit allem, was reaktionär war, zunichte gemacht. Die Wurzeln von Faschismus und Krieg blieben unangetastet.



ZEICHNE DICH EIN



Die Bevölkerung Berlins fordert auf einer Kundgebung die Einheit Deutschlands, März 1948

Kundgebung zum Volksbegehren in Dresden, Mai 1948

1949-1978

**Zum dritten Mal -
der deutsche Imperialismus auf
dem Vormarsch**

Neuer Staat – alte Herren

Die IG Farben-Bosse kehren zurück

Im IG Farben-Prozess hatte der Hauptankläger Taylor gewarnt:

«Diese Angeklagten und andere mit ihnen, nicht die halb unzurechnungsfähigen Nazi-Fanatiker und schliess wütigen Raufbolde der Strasse, sind die Hauptkriegsverbrecher. Sollte die Schuld dieser Angeklagten nicht ans Tageslicht gezogen und bestraft werden, so werden sie für den künftigen Frieden der Welt eine viel grössere Gefahr darstellen als Hitler, wenn er noch am Leben wäre.» (1)

Diese Warnung wurde zur Wahrheit. Der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, analysierte 1948 diese verhängnisvolle Entwicklung:

«In Westdeutschland blieb der Grossgrundbesitz unangetastet, die Betriebe der Kriegsverbrecher wurden nicht in die Hände des Volkes überführt, sondern sie wurden ihnen wieder zurückgegeben. Sowohl die Prozesse gegen die deutschen Rüstungskonzerne in Nürnberg, die Prozesse gegen IG Farben und Krupp, als auch die Entnazifizierung prominenter Wirtschaftsführer des Dritten Reiches wie Stinnes, Rolands, Zangen, Frowein, Bruhn und Kost haben zu einer Freisprechung der schlimmsten Vertreter des deutschen Imperialismus geführt. Diese Männer haben in der letzten Zeit wieder führende Stellungen in der deutschen Wirtschaft eingenommen . . . Die Berufung von Gewerkschaftsfunktionären in die Direktorien und Aufsichtsräte dieser neuen und alten Konzerne ist der Versuch, die monopolistischen Massnahmen demokratisch zu tarnen. Die Schaffung der Unternehmerverbände und die Bildung der Wirtschaftsvereinigung 1947 sind so symptomatisch für die reaktionäre Entwicklung in Westdeutschland.

Es ist also festzustellen, dass die vorübergehend erschütterte Basis des Monopolkapitals in Westdeutschland neu gefestigt wurde. Auf der Grundlage dieses ökonomischen Fundamentes entwickelt sich im Westen Deutschlands aufs neue ein reaktionärer Staatsapparat, in dem die deutschen Monopole die Macht ausüben . . . Dieser Staat kann auf Grund der Lage in Westdeutschland nur ein Staat gegen die Werktätigen überhaupt werden, der dazu noch in Abhängigkeit vom ausländischen Monopolkapital steht. Auch eine demokratische Verbrämung ändert nichts am reaktionären Grundcharakter eines solchen Staates.» (2)

«Verbrämung» – das zielte auf das heute von allen Seiten hochgelobte Grundgesetz. Die US-Imperialisten gaben es in Auftrag, zusammenschustert wurde es von den bürgerlichen Parteien. Die von Demokratie schwelgenden Väter des Grundgesetzes verweigerten den Werktätigen das Recht auf Volksentscheid, das allseitige und vollständige Streikrecht, den Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Den Unternehmern aber wurde, entgegen den Bestimmungen von Potsdam, das Koalitionsrecht zur Gründung ihres Kampfverbandes BDI zugestanden. Und mit der Verabschiedung des Grundgesetzes wurde die Spaltung Deutschlands offiziell vollzo-

gen. Der KPD-Vertreter im Parlamentarischen Rat Renner protestierte gegen dieses Machwerk auch deshalb, weil es «die Voraussetzung zur Ausschaltung des Volkswillens über die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte» (3) schafft. Die KPD lehnte dieses Gesetz ab. Mit Händen und Füßen wehrten sich alle anderen Parteien gegen eine Volksabstimmung über das Grundgesetz. Die Macht des Kapitals wurde juristisch bestätigt. Zwar wurden in diesem Gesetz den Werkträgern Zugeständnisse gemacht, und einige bürgerlich-demokratische Rechte wurden formal festgeschrieben. Aber immer dann in der Geschichte der BRD, wenn die Herrschenden ihr System bedroht sahen, erwies sich auch dieser neue Staat wie jede bürgerliche Demokratie als «eng, beschränkt, unwahr, heuchlerisch, ein Paradies für die Reichen, ein Betrug und eine Falle für die Ausgebeuteten und Armen» (4).

Werktätige, die gegen die Spaltung Deutschlands und die Remilitarisierung kämpften, wurden verhaftet, aus Betrieben entlassen und waren ständig dem staatlichen Terror ausgesetzt. Wieder wurden Antifaschisten und Kommunisten verfolgt und ihre Organisationen verboten – wieder wurden Naziorganisationen geduldet und von den Monopolisten gefördert. Der alte Generalstab konnte sich, gut gedeckt und gefördert, an den Aufbau einer neuen Armee machen. Der Profit wurde wieder zum Grundgesetz in einem Teil Deutschlands.

1952 waren die IG Farben-Bosse alle wieder im Amt. Bevor die Entwicklung der Chemieriesen zu neuer Weltmacht in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts untersucht wird, sollte man sich noch einmal durch den



Im parlamentarischen Rat 1949: Abstimmung über das Grundgesetz

Kopf gehen lassen, mit welcher Kaltblütigkeit diese Herren geplant hatten, vor 1914, vor 1933 – es endete in Krieg und KZ. Das ist keine Frage von Personen. Lenin schrieb schon 1917 in seiner Untersuchung des Imperialismus, «dass auf einer *solchen* wirtschaftlichen Grundlage, *solange* das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind.» (5) Die IG Farben-Bosse sind exponierte Vertreter dieses Systems. Für den Profit – und das ist bei der IG Farben wirklich keine Phrase – gehen sie über Leichen. Noch ist kein neuer Weltkrieg ausgebrochen, doch viele lokale Kriege haben seit dem Zweiten Weltkrieg die Welt erschüttert. Die Parallelen zwischen der aktuellen Entwicklung und der Geschichte der IG Farben müssen jedem ins Auge springen.

Grundgesetz: Letzter Schliff im IG Farben-Haus

«Es war in der Tat ein widerliches Spiel, das dort in Bonn gespielt wurde. Jeder Artikel des Grundgesetzes, der vom Parlamentarischen Rat verabschiedet wurde, musste der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Nur sie entschieden, wie die Verfassung auszusehen habe. Auf einer Grosskundgebung in der Düsseldorfer Rheinhalle erklärte ich (Max Reimann – d. Verf.), dass Dr. Adenauer und andere Mitglieder des Parlamentarischen Rats nichts anderes seien als ‚alliiertes Hilfspersonal, die das deutsche Volk ebenso verraten, wie Quisling das norwegische Volk an Hitler verriet.‘» (6)

Daraufhin wurde Max Reimann verhaftet. Zwischen seinem Anwalt Collard und dem Gerichtsvorsitzenden entwickelte sich folgendes Gespräch:

Collard: «Herr Vorsitzender, würden sie sagen, dass eine Klosettfrau in einem Büro der britischen Militärbehörden zum alliierten Hilfspersonal gehört?»

Antwort: «Ja, Herr Verteidiger.»

Collard: «Herr Vorsitzender, würden sie die im Parlamentarischen Rat versammelten Politiker, die auf Anweisung der Militärbehörden an einer westzonalen Verfassung arbeiten, auch als alliiertes Hilfspersonal bezeichnen?»

Antwort: «Ja, Herr Verteidiger.»

Max Reimann fährt in seiner Rede fort:

«Der Abschluss der Tätigkeit des Parlamentarischen Rates war im wahrsten Sinne des Wortes seiner würdig: Als die Herren alle Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik’ ausgearbeitet hatten, wurden Vertreter der CDU, der SPD und der FDP zum Amtssitz des General Clay ins IG Farben-Hochhaus in Frank-

furt bestellt, wo ihnen mitgeteilt wurde, welche Veränderungen sie auf Anweisung der Militärregierung noch an dem Verfassungstext vorzunehmen hätten . . .

Er (Clay) rief eine Patrouille der Militärpolizei, sperrte die Herren Abgeordneten in ein Zimmer des IG Farben-Hochhauses ein und teilte ihnen mit, sie könnten erst dann nach Hause, wenn die gewünschten ‚Änderungen‘ durchgeführt seien.

Noch am selben Abend desselben Tages fuhren die Herren auch tatsächlich nach Hause – sie hatten den Befehl durchgeführt, getreu ihrer Rolle als alliiertes Hilfspersonal.

Die Amerikaner und Franzosen wussten sehr genau, was von der Arbeit und dem Arbeitsergebnis des Parlamentarischen Rates zu halten war. In Vereinbarung mit Dr. Adenauer verboten sie ausdrücklich, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik etwa dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden dürfe, was die Kommunisten als Vertreter des Selbstbestimmungsrechts im Parlamentarischen Rat verlangt hatten. Entsprechend dieser unserer Haltung begründeten die KPD-Vertreter, Heinz Renner und ich, am 23. Mai 1949 bei der feierlichen Verkündung‘ des Grundgesetzes unser Nein: ‚Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands.‘» (7)

Parlamentarischer Rat: Kommunisten decken den Charakter des Grundgesetzes auf

Die folgenden Zitate stammen alle aus dem Protokoll der Verhandlungen des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates, in dem das Grundgesetz ausgearbeitet wurde (8).

55. Sitzung, 6. April 1949, Protokoll S. 732

Abgeordneter Renner (KPD): Ich möchte meine Ausführungen mit einem klassischen Zitat beginnen: «Das ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortreizend Böses muss gebären.» Begonnen hat diese böse Tat mit dem Auftrag, den die Herren Ministerpräsidenten von den Regierungen der Westmächte übernommen haben, mit dem Auftrag nämlich, diesen Parlamentarischen Rat zu bilden, nach den Intentionen der Westmächte eine verfassungsmässige Untermauerung dieses separaten, aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgenommenen Weststaates vorzunehmen.»

31. Sitzung, 7. Januar 1949, S. 385

Renner führt aus, dass durch diese Verfassung und das Besatzungsstatut die Sozialisierung verhindert wird. Dann zieht er Bilanz:

«Der Verfassungsentwurf des Parlamentarischen Rates in Bonn, geschaffen von der absoluten Mehrheit dieses Parlamentarischen Rates, ist also nichts anderes als eine Ausführungs- und Durchführungsverordnung zum Besatzungsstatut und zum Ruhrstatut. Er schafft darüber hinaus die Voraussetzung zur Ausschaltung des Volkswillens und der Volksbefragung über die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte. Das Gesetz Nr. 75 und das Ruhrstatut belassen die deutschen Monopolverhältnisse in ihren Machtstellungen. Die alten Wehrwirtschaftsführer und deren Helfershelfer dürfen über ihr Eigentum an Kohle und Stahl als Treuhänder weiter schal-

ten. Sie bleiben an der Macht, jetzt und bis zu jenem Zeitpunkt, an dem die vollen Eigentumsrechte wieder an sie übergehen werden. Das ist der Weg, den die Entwicklung bei uns in Westdeutschland nehmen wird, es sei denn, dass die Kumpels an der Ruhr das Problem der Sozialisierung aus der Zeche heraus lösen. Hoffen wir, dass sie den Weg gehen werden.»

59. Sitzung, S. 770

Vorsitzender Schmidt: Ich schlage ihnen vor, dieses entsetzliche Wort «Entnazifizierung» nicht in einen Gesetzestext aufzunehmen.

Später Renner (KPD) dazu:

Ich muss auch dem Kollegen Stock Recht geben, wenn er sagt: Wir haben ja die Nazis hier drin. SA, Mitglieder von Sondergerichtshöfen usw., das haben wir alles schon im Parlamentarischen Rat. (S. 773)

Dr. Lehr (CDU): Wir möchten den Antrag Dr. Seebohm aufnehmen: «Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.» (S. 319, heute Artikel 21)

Darauf antwortet **Reimann** (KPD): Der Staat, den Sie hier bilden, ist kein sozialer Staat, sondern sein Gegenteil. Er ist ein absolut reaktionärer Staat, ein Staat, in dem die Kreise der Reaktion, vertreten durch die Mehrheit dieses Hauses, alle Machtfülle in der Verwaltung und Wirtschaft in der Hand haben oder in die Hand gespielt bekommen. (S. 320)

Anmerkung: Der Mann, der diesen «tragenden» Satz des Grundgesetzes einbrachte, Dr. Lehr, zeichnete sich in den fünfziger Jahren in seinem Amt als Innenminister der BRD durch eine besondere Brutalität, insbesondere bei den Kommunistenverfolgungen, aus. Wes Geistes Kind er ist, zeigt die folgende Episode aus einer Bundestagsdebatte am 25. Januar 1951:

Präsident Dr. Ehlers: Das Wort hat der Herr Bundesminister des Innern.

Dr. h.c. Lehr, Innenminister: Ich habe bei der Rede des Herrn Abgeordneten Paul nur bedauert, dass er sie nicht gleich am Anfang und namentlich vor der Rede des Herrn Kollegen Menzel gehalten hat, weil sie unter Umständen doch vielleicht etwas anders ausgefallen wäre.

(Abgeordneter Paul (KPD): Wir kennen Dr. Lehr von vor 1939 zur Genüge!)

Ja, wir kennen uns zur Genüge. Deshalb können Sie mir nichts weismachen.

(Abgeordneter Renner (KPD): Sie auch nicht! Sie haben schon einmal dem Hitler die Tür aufgemacht, Herr Lehr! Wir wissen das!)

– Ich bin auch bereit, es ein zweites Mal zu tun.

(Abgeordneter Renner: Ja, sicher machen Sie sie ein zweites Mal auf! Sie sind der geborene Türöffner für die Reaktion!)

BASF, Bayer und Hoechst – Herrscher auf dem Chemiemarkt

Im Oktober 1953 gaben die Westalliierten grünes Licht für die offizielle Umwandlung der IG Farben in BASF, Bayer und Hoechst. Im März 1954 war die Aktienumtauschoperation abgeschlossen. Die drei IG Farben-Nachfolger machten sich sofort daran, ihre Vorkriegsstellungen auf dem deutschen Markt zurückzuerobern. Das wurde von vielen fortschrittlichen Menschen mit Sorge gesehen. 1963 fühlte sich Wurster, der Vorstandsvorsitzende von BASF, herausgefordert, die Kritik zurückzuweisen:

«Wenn ich Schlagworte höre wie ‚Missbrauch der wirtschaftlichen Macht‘ oder ‚ungesunde Konzentration‘, überhaupt Unkenrufe gegen alles, was gross ist, und dabei an die letzten Jahrzehnte (!) denke, dann kann ich bei strengster Prüfung nicht erkennen, dass die BASF aus einem unersättlichen Streben nach Grösse und Macht gehandelt hätte.» (9)

Nicht «Übermut» sei an der stetigen Erweiterung des Unternehmens schuld, sondern die «wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Zwang und Wille, in dem ständig sich verstärkenden internationalen Wettbewerb bestehen zu können.» (10)

Das Konzentrations- und Expansionsprogramm der IG Farben-Nachfolger wurde rasch in die Tat umgesetzt. Schritt für Schritt eroberten sie ihre Monopolstellung auf dem Binnenmarkt zurück. Allein in den letzten zehn Jahren erwarben sie unter anderem folgende Aktienmehrheiten:

Die Bayer AG dehnte sich durch den Kauf der Wolff Walsrode AG (1967), der Faserwerke Hüls (1967) und vor allem durch die Expansion im Gummi-Kautschuk-Bereich aus. 1972 wurden 33,3 Prozent an der Corona-Beteiligungsgesellschaft und damit Anteile bei Continental und Phoenix-Gummi übernommen. Bayerübernahm dazu 1975 Metzeler, Metzeler Kautschuk, Schaumstoff GmbH und die Correcta Werke. Die Folge: Die Belegschaft der Metzeler-Gruppe wurde um 20'000 Kollegen reduziert.

Zu Bayer gehören u.a. Agfa, Erdölchemie GmbH, Chemische Werke Hüls, Bunawerke Hüls und Anteile an der Duisburger Kupferhütte.

Die Hoechst AG begann ihre starke Expansion 1964 mit einem Anteil an Messer Griesheim; die Süddeutsche Chemiefaser AG wurde 1967 dem Konzern einverleibt; 1969 folgte die Schwarzkopf GmbH, 1972 die Ernst Michalke KG und die Lackfabrik Dr. Kurt Herberts & Co., 1975/76 wurde die F. Uhde GmbH voll übernommen.

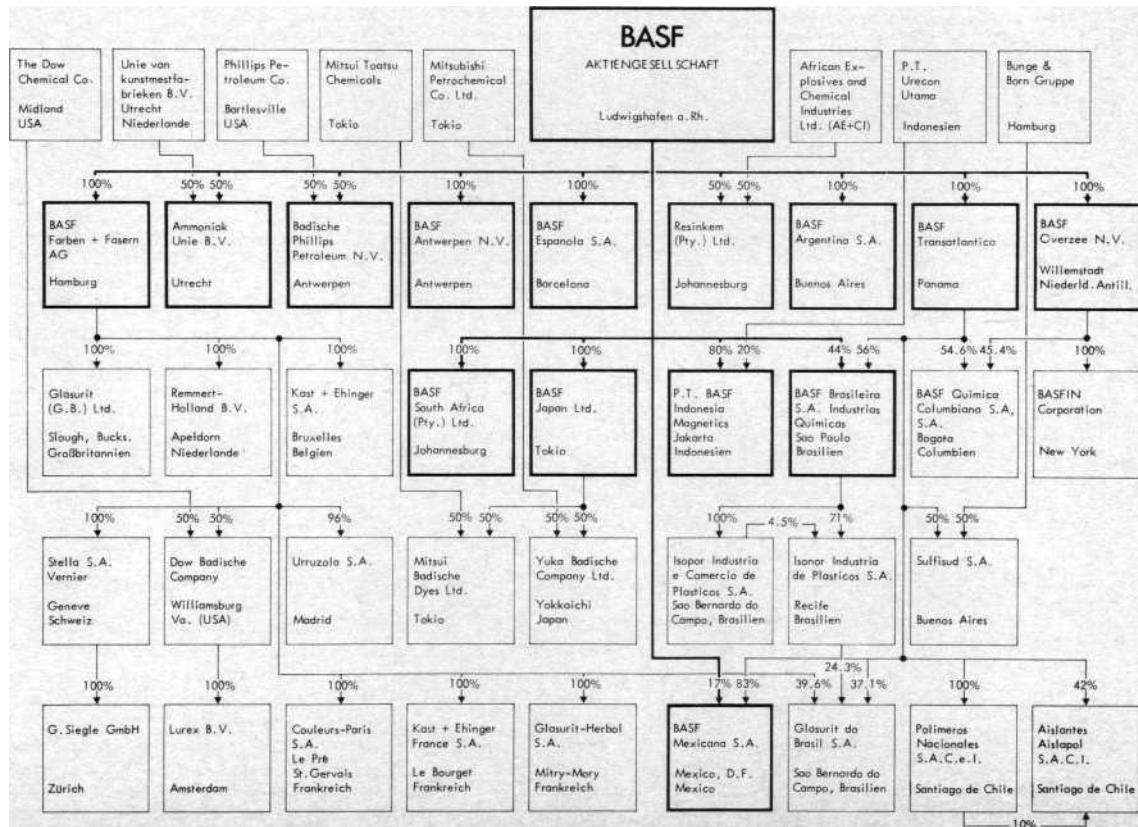
Zum Hoechst-Imperium gehören u.a. die Behringwerke (Marburg), Flamuco, Messer Griesheim, Casella Farbwerke Mainkur, Spinnstofffabrik Zehlendorf, Wacker-Chemie München; Anteile an der Sigi Elektrographit, der Ruhrchemie AG und der Duisburger Kupferhütte.

Die BASF AG erwarb 1965 die Glasurit-Werke, 1967 Beck & Co. und 1968 70 Prozent an Herbol. Damit stieg der Anteil am Lackgeschäft auf rund 50 Prozent. 1967 wurde die Phrix AG aufgekauft, 2'000 Kollegen wurden ohne Sozialplan entlassen. Die Nordmark AG kam 1968 zum Konzern. Der grösste Coup war der Erwerb des Wintershall Konzerns (Umsatz 2 Milliarden DM, 13'000 Beschäftigte) mit zahlreichen Tochtergesellschaften, darunter die Burbach-Kaliwerke, die Guano-Werke, die Kali-Bank, Siegle & Co. sowie Kast & Ehinger; ferner sind noch die Erdölraffinerie Mannheim, Kali und Salz sowie die Salzdetfurth AG Wintershall-Beteiligungsgesellschaften. Damit wurde nicht nur die Versorgung der BASF mit den Rohstoffen Rohöl, Erdgas, Petrochemikalien und Salzen gesichert, sondern es wurde auch der Hauptkonkurrent auf dem Gebiet der Stickstoff-Düngemittel ins eigene Lager gebracht. BASF hat die Herrschaft auf dem westdeutschen Kunstdünger-Markt. Gleichzeitig sicherte sie sich den Zugang zu den Zapfsäulen der Aral-Gruppe, an der Wintershall mit 15 Prozent beteiligt ist. 1969 wurden 50 Prozent, 1972 die restlichen 50 Prozent der Elastogran GmbH mit ihren 24 Beteiligungsgesellschaften in der BRD und weiteren in aller Welt erworben; mit Hoechst und Bayer hält die BASF die Duisburger Kupferhütte.

1970 teilten sich die IG Farben-Nachfolger den BRD-Markt auf, eine Flurbereinigung fand statt. Die wichtigsten gemeinsamen Tochtergesellschaften wurden durch Aktientausch unter die drei Stammgesellschaften aufgeteilt. Die IG Farben wird – lediglich in anderer Form – weitergeführt. Das bestätigte der Hoechst-Boss Sammet:

«Die Verwaltung von Hoechst und auch jene von Bayer und BASF sind über das nunmehr gefundene Arrangement glücklich und zufrieden . . . Wir sind fern von jeglichem Umsatzneid unter den drei grossen IG-Nachfolgern.» (11)

Der Markt wurde zur besseren Beherrschung abgesteckt. Dieser Konzentrationsprozess übertrifft bei Weitem die Dimensionen der IG Farben vor 1945. Im Jahre 1954 hatten die zehn grössten Chemieunternehmen 37,5 Prozent Anteil am Gesamtchemieumsatz, 1973 schon über 90 Prozent. Und davon halten die IG Farben-Nachfolger allein 60 bis 70 Prozent.



BASF

AKTIENGESELLSCHAFT

Ludwigshafen a.RH.

Petrochemie
Schwechat
GmbH
Schwechat
Österreich

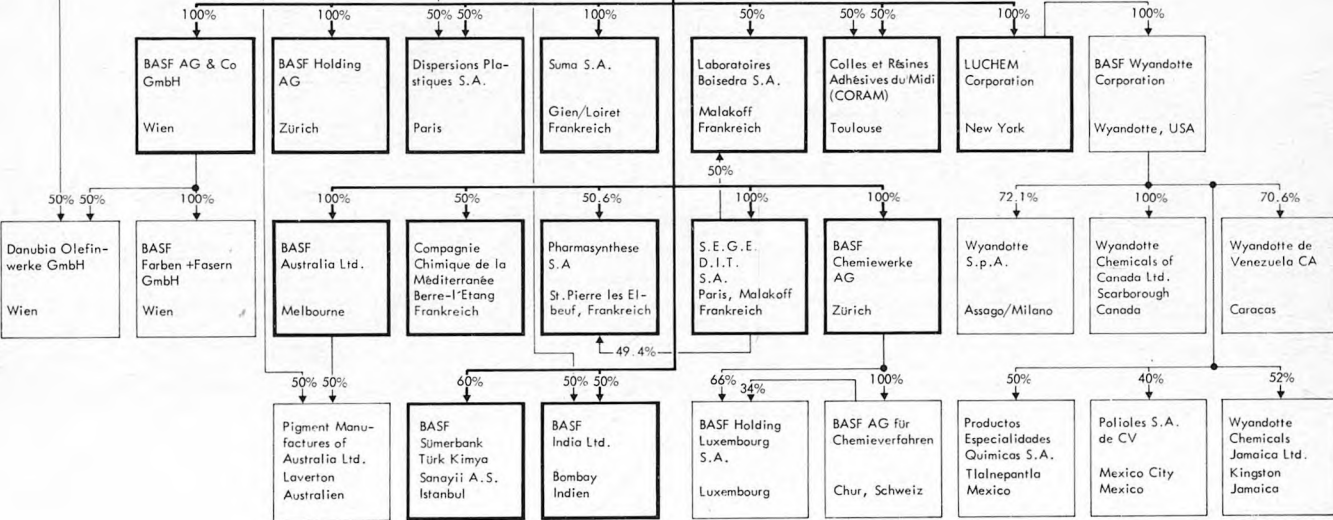
ICI Australia
Ltd.
Melbourne
Australien

Pechiney
Ugine Kuhl-
mann S.A.
Paris

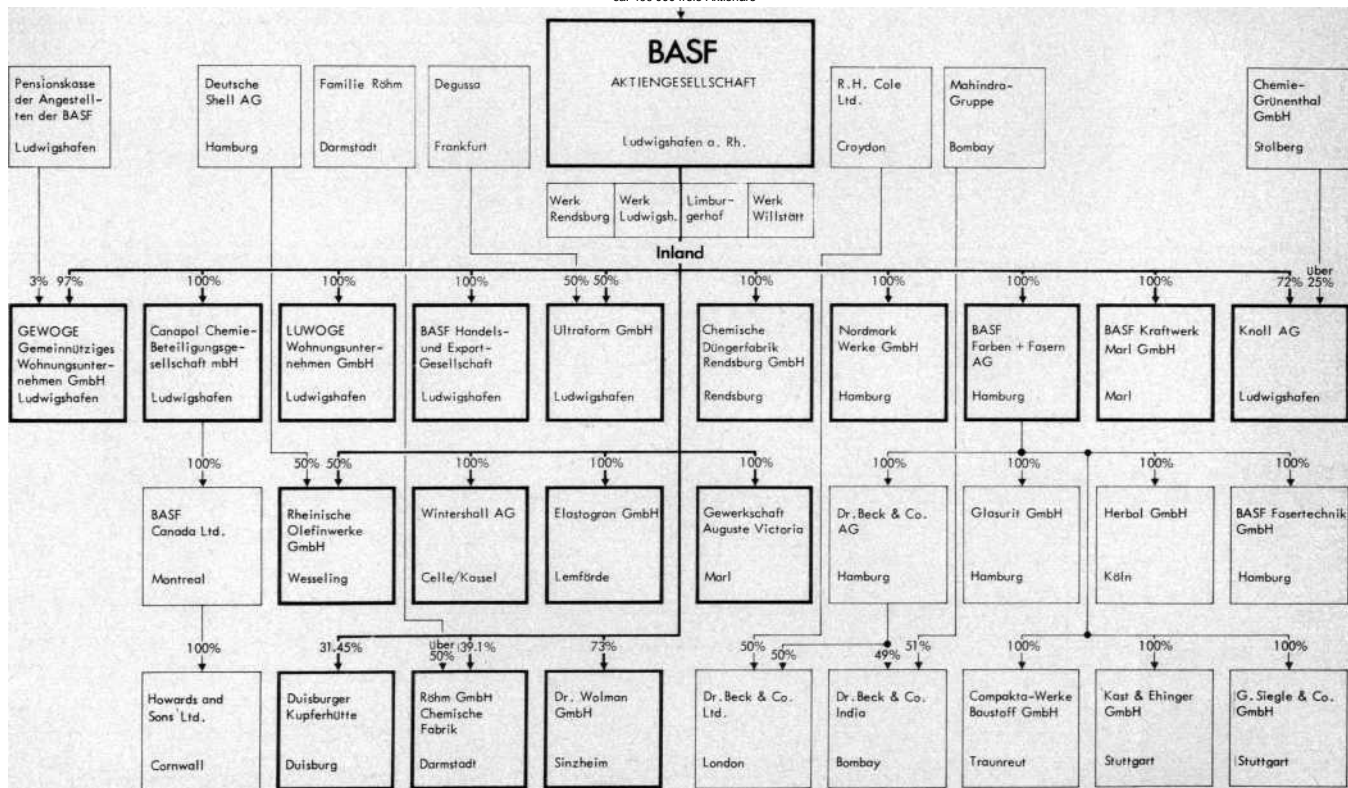
Indische
Aktionäre

Azote et
Produits
Chimiques
S.A.
Toulouse

Ausland



ca. 400'000 freie Aktionäre



Die Herren der IG Farben-Nachfolger

Prof. Dr. Carl Wurster, BASF

Vor 1945

Vorstandsmitglied der IG Farben

Mitglied des Technischen und Chemikalienausschusses

Leiter der Betriebsgemeinschaft Oberrhein

Verwaltungsrat der Degesch GmbH

Beirat der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, Berlin

Obmann der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, Bezirk Westmark

Beutekommissar und Leiter der geraubten tschechischen Chemiebetriebe

Mitglied der Vermittlungsstelle W

Wehrwirtschaftsführer

Nach 1945

Aufsichtsratsvorsitzender der BASF bis 1974

Karl Winnacker, Hoechst

Vor 1945

Direktor der IG Farben, Farbwerke Hoechst

Nach 1945

Vorstandsvorsitzender von Hoechst nach 1952

Vorsitzender des Aufsichtsrats bis heute

Kurt Hansen, Bayer

Vor 1945

Entwicklungskader in den Bayer-Werken seit 1936

Verantwortlicher Mitarbeiter der Zentralstelle für Rohstoffbeschaffung

Nach 1945

Vorstandsvorsitzender von Bayer nach 1952

Vorsitzender des Aufsichtsrats bis heute

*BASF, Bayer und Hoechst –
jeder größer als die IG Farben*

IG Farben in Mill. RM	in Mill. DM	Grundkapital (AG)		Umsatz (Welt)	
		1955	1977	1955	1977
Grundkapital 1940 763,2	Bayer	388	2 130	1 437	21 392
	Hoechst	385	1 795	1 270	23 300
	BASF	510	1 914	1 365	21 150
	zusammen	1 283	5 839	4 072	65 842

Die folgenden Tabellen zeigen die Expansion der BASF

BASF-Gruppe ¹	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Umsatz (Mio DM)	10 233	11 861	14 258	19 736	18 081	20 983
Ergebnis („Gewinn“) vor Steuern	520	724	1 053	1 338	849	1 406
Sachinvestitionen	922	915	1 170	1 394	1 396	1 541
Beschäftigte	93 022	104 054	107 539	110 989	111 445	112 686

1 Muttergesellschaft + alle 100%igen Beteiligungen (In- und Ausland) + alle wichtigen Beteiligungen nach dem Anteil der Beteiligung

BASF AG	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Umsatz (Mio DM)	5 200	5 921	6 905	10 157	8 394	9 798
Gewinn vor Steuern	448	618	703	896	557	823
Bruttoprofit ¹	1 630,1	2 003,4	2 403,6	2 806,8	2 158,6	2 509,5
Gesamtprofit ²	1 900,2	2 170,1	2 601,9	3 065,7	2 460,3	2 767,4
Sachinvestitionen	315	385	620	784	625	691
Bruttoprofitrate ⁴	46,0	51,8	53,9	39,0	35,0	34,8
Exportanteil (%)	49,2	52,0	52,6	55,6	53,5	54,0
Beschäftigte	49 590	50 464	52 230	54 065	52 707	52 962
Umsatz je Beschäftigten (DM)	104 859	117 331	132 203	187 866	159 000	185 010
Löhne + Gehälter in % vom Umsatz	25,5	21,5	21,4	17,1	21,2	20,5
Notwendige Arbeitszeit zu Mehrarbeitszeit in min ⁵	25/35	23/37	22/38	22/38	27/33	27/33

1 Muttergesellschaft + alle 100%igen Beteiligungen (In- und Ausland) + alle wichtigen Beteiligungen nach dem Anteil der Beteiligung

2 Bruttoprofit = Umsatz - Löhne und Gehälter - 2/3 Sachabschreibungen - Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe - 1/3 Aufwendungen Altersversorgung

3 Gesamtprofit = Bruttoprofit + Erträge aus Beteiligungen + ähnliche und sonstige Erträge

4 Bruttoprofitrate = Bruttoprofit in % vom Kapitalvorschuß. Kapitalvorschuß = Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe + Löhne und Gehälter + 2/3 Sachabschreibungen. Die Profitrate sagt aus, wieviel Profit der Kapitalist im Verhältnis zum eingesetzten Kapital herausholt.

5 Das Verhältnis „Notwendige (1. Zahl) zu Mehrarbeitszeit (2. Zahl)“ errechnet sich aus dem Verhältnis „Löhne und Gehälter zu Bruttoprofit“.

Der Konzentrationsprozess hat jetzt offensichtlich eine gewisse Grenze erreicht. Dass es in der BRD noch über 2'000 Chemiefirmen gibt, mutet auf den ersten Blick zwar wie ein ausgedehntes Betätigungsfeld weiterer Konzentrationsbemühungen an. Doch die Giganten haben es überhaupt nicht nötig, diese Unternehmen zu kaufen: Sie haben sie bereits jetzt völlig in ihrer Hand. So produziert Bayer chemische Grundstoffe, aus denen eine Vielzahl von Artikeln hergestellt wird. In eigenen Entwicklungsabteilungen lässt Bayer Anwendungsmöglichkeiten für diese Grundstoffe ausprobieren: von Plastikschüsseln über Radiogehäuse bis zu elektronischen Bauteilen. Diese Gegenstände selbst werden aber nur zum geringsten Teil in Bayer-Werken hergestellt. Vielmehr bekommen die kleinen Unternehmer, die die Grundstoffe von Bayer beziehen, auch die – oft patentierten – Anwendungsrezepte dazu. Nicht umsonst, versteht sich. Die Monopolisten eignen sich die profiträchtigen Produktionszweige an und verzichten auf stark lohnintensive Produktion mit geringer Verkaufsauflage und kleinen Profiten. Solche Produktion überlassen sie – mitsamt dem Risiko – den Kleinbetrieben. Diese sind so vollständig abhängig vom Monopol: Ob sie das Rohmaterial erhalten und zu welchem Preis, was sie daraus fertigen können – darüber bestimmen in der Chemie die drei Grossen, die Nachfolger der IG Farben.

Die alte deutsche Monopolbourgeoisie hat wieder alle Fäden in der Hand. Der Kaiser, die Kanzler der Weimarer Republik und Hitler gingen, das Reich verging, doch die Reichen blieben. Heute sind es ungefähr 600 Personen, Lenker von 130 Grossbetrieben und Banken, die die Wirtschaft der BRD beherrschen. Das sind 0,00097 Prozent der gesamten Bevölkerung. Und diese 600 sind eine verschwisterte, verschwägte, eng verflochtene Clique, die unter sich die Machtpositionen in den Zentralen des Finanzkapitals tauscht.

Die regierungstreue Wochenzeitung «Christ und Welt» (heute: «Deutsches Sonntagsblatt») kam sogar zu dem Schluss:

«Zusammengerechnet sind es 94 Männer, die in der kombinierten Funktion als Vorstände und Aufsichtsräte den Kern der westdeutschen Wirtschaft beherrschen. Sie sind als Kollektiv nur sich selbst verantwortlich . . .» (12).

Wenn Timm (BASF) im Beraterkreis der Deutschen Bank Sitzung hat, dann trifft er: Hansen (Bayer), von Amerongen (Otto Wolff AG), von Benningens-Foerder (VEBA), Brandt (AEG-Telefunken), Hofmeister (Norddeutsche Raffinerie), Nörger (Siemens), Overbeck (Mannesmann), Schieren (Allianz), Wittgenstein (Metallgesellschaft), Zahn (Daimler-Benz).

Im Aufsichtsrat von AEG-Telefunken ist Timm Vorsitzender, seine Kollegen sind unter anderen: Völling (Westdeutsche Landesbank), Leibkutsch (Deutsche Bank), F.K. Flick (Flick-Konzern), von Menges (Gutehoffnungshütte), Poullain (Westdeutsche Landesbank).

Im Aufsichtsrat von Preussag trifft er: Poullain (Westdeutsche Landesbank), Birnbaum (Salzgitter AG), Mommsen (Krupp), Gienow (Klöckner), Hähnel (Norddeutsche Landesbank), Keltch (Preussische Elektrizitäts AG), Mick (MdB, CDU), Freiherr von Spiegel (Commerzbank).

Im Präsidium des BDI treffen sie sich natürlich alle. Schaut man sich die Aufsichtsräte und Vorstände der IG Farben-Nachfolger an, so wird aus diesen wenigen Beispielen schon klar, wie sich die Macht über die BRD-Wirtschaft in den Händen weniger Leute konzentriert.

Allgegenwärtig sind die Banken. Sie sitzen in den Aufsichtsräten der Chemie und umgekehrt. Die Personalunion von Banken und Konzernen ist perfekt.

Die Monopole bestimmen, der Staat führt aus

Jedes Jahr werden es mehr Werktätige, die unzufrieden mit dieser Gesellschaft sind. Die Arbeitslosenzahlen, die Preise, die Steuern steigen, überhaupt alles steigt, nur der Lohn und die Arbeitsplatzsicherheit nicht. «Warum macht denn der Staat nichts dagegen?» – so denken heute viele. Aber kann oder will die Bundesregierung das? Es ist wie in den zwanziger und dreissiger Jahren – die Monopolkapitalisten halten auch die politischen Fäden in der Hand. Durch ihre wirtschaftliche Macht verfügen die Monopole auch über die Staatsmacht. Dies muss so klar gesagt werden, denn es gibt genug «Linke», die diesen Staat reformieren und ihn gegen die Monopole umfunktionieren wollen. Das ist eine verhängnisvolle Illusion. Der Staatsapparat der BRD war nie und ist auch heute nicht ein Instrument des Volkes. Vertreter des US-amerikanischen und deutschen Monopolkapitals haben ihn aufgebaut, Vertreter deutscher Banken und Konzerne beherrschen ihn heute. Die Tatsachen widerlegen alle «linken» Propheten, seien sie Jusos oder DKP-Revisionisten.

Nicht anders als in der Weimarer Republik und unter Hitler setzten sich IG Farben-Leute in wichtige Positionen des Auswärtigen Amtes (AA) und anderer Ministerien (13).

Die Verflechtung Banken/IG Farben-Nachfolger

«Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.»

DRESDNER BANK in den IG FARBEN-Schaltstellen		
i Name	Funktion in der Bank	Funktion in der Chemie
Rust	Verwaltungsrat	BASF
		Vorsitzender d. Aufsichtsrates: Wintershall AG Stellv. Vorsitz. d. Aufsichtsrates: BASF, Kali+Salz
Rantzau, Graf zu	Vorstand	BAYER
		Aufsichtsrat: Chemische Werke Hüls
Richter	Vorsitzender des Aufsichtsrates	HOECHST
Winnacker	Vorsitzender des Verwaltungsrates	Stellv. Vorsitz. d. Aufsichtsrates: Hoechst AG
	Aufsichtsrat	Vorsitz. d. Aufsichtsrates: Hoechst
Sammet	Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates	Vorsitzender des Vorstandes Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
Prentzel	Verwaltungsrat Stellvertr. Vorsitzender des Verwaltungsrates	
COMMERZBANK in den IG FARBEN-Schaltstellen		
Dhom	Vorstand Vorsitz. d. Aufsichtsr.: Commerz-Credit-Bank AG, Saarbrücken Stellv. Vorsitz. d. Aufsichtsr.: Commerzbank International S.A., Luxemburg	BAYER
		Aufsichtsrat: Bayer
Niederste	Vorstand Vorsitz. d. Aufsichtsr. Commerzbank Fond Verw.	Aufsichtsrat: Chemie Verwaltungs AG Frankf/M Chemische Werke Hüls AG
Lichtenberg	Vorstand Vorsitz. d. Aufsichtsrates: Berliner Commerzbank Vorsitz. d. Verwaltungsrats: Commerzbank International S.A., Luxemburg	HOECHST
		Aufsichtsrat: Hoechst
DEUTSCHE BANK in den IG FARBEN-Schaltstellen		
Feith	Vorstand	BASF
Merkle	Stellvertretender Vorsitzender d. Aufsichtsrates	Aufsichtsrat: BASF
		Stellvertret. Vorsitzender d. Aufsichtsrates: BASF
Abs Merkle	Vorsitzender des Aufsichtsrates Stellvertretender Vorsitzender d. Aufsichtsrates	BAYER
	Aufsichtsrat	Vorsitz. d. Aufsichtsrates: Phoenix Gummiwerke Stellv. Vorsitz. d. Aufsichtsrates: Continental Gummiwerke Aufsichtsrat: Bayer Aufsichtsrat: Bayer Vorsitz. d. Aufsichtsrates: Continental Gummiw. Stell vertret. Vorsitzender d. Aufsichtsrates: Bayer Aufsichtsrat: Phoenix Gummiwerke AG Aufsichtsrat: Chemie-Verwaltungs AG, Frankf/M
	Aufsichtsrat	
	Vorstand	
	Vorstand	
	Vorstand	
Vorstand		
Kemper Siemens Herrhausen Ulrich Vallenthin Woeste	Direktor mit Generalvollmacht	
Leibkutsch	Vorstand	HOECHST
		Stellv. Vorsitz. d. Aufsichtsrates: Casella Farbwerke, Mainkur AG, Frankfurt/Main

HOECHST i den Grossbanken		
Name	Funktion in der Chemie	Funktion in den Banken
Winnacker Sammet Lanz Halle	Funktion bei Hoechst	DRESDNER BANK
	Vorsitzender des Aufsichtsrates Vorsitzender des Vorstandes Stellv. Vorsitzender des Vorstandes Geschäftsführer Uhde	Aufsichtsrat Verwaltungsrat Verwaltungsrat Aufsichtsrat Deutsch-Südamerikanische Bank Beirat Westfalen
	Vorstand	COMMERZBANK
	Direktor	Vorsitzender Verwaltungsbeirat Beirat Nordrheinwestfalen
	Vorstand Ruhrchemie Vorsitzender des Aufsichtsrates Uhde	Beirat Nordrheinwestfalen Beirat Nordrheinwestfalen
Reintges Buchmann Breil Rossow	Vorstand Ruhrchemie Vorstand	DEUTSCHE BANK Beirat Essen
Stürzter Ranft Ruppert Maurer Adolf	Vorstand Casella	Beirat Frankfurt/Main
	Geschäftsführer Wacker Chemie	Beirat Frankfurt/Main
	Geschäftsführer Wacker Chemie	Beirat München Beirat München
BAYER n den Grossbanken		
Weitkemper Kube Schäfer	Funktion bei Bayer	DRESDNER BANK
	Vorstand Vorstand Phoenix Gummi Vorstand Continental Gummi	Vorstand Deutsch-Südamerikanische Bank Beirat Hamburg/Schleswig Beirat Hannover/Braunschweig
	Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates Vorsitzender d. Vorstandes Chern.Werke Hüls	COMMERZBANK Aufsichtsrat Verwa 1 tun gsbe i rat
	Vorsitzender des Aufsichtsrates Geschäfts. Gesellsch. Chemiefabrik Stockhausen Vorsit- zender des Vorstandes Phoenix Gummi Vorsitzender des Vorstandes Continental Gummi Vorstand	DEUTSCHE BANK
	Vorstand	Beraterkreis der Gesamtbank Beirat Düsseldorf Beirat Hamburg Beirat Hannover Beirat Köln Beirat Wuppertal
Hansen Stockhausen Weinlig Hahn Weitk- emper Salzer		
BASF i den Grossbanken		
Henkel Zimmermann v Klucke Pommer	Funktion bei BASF	DRESDNER BANK
	Vorstand, Ressort aussereuropäische Regionen Vorsitzender des Vorstandes Kali + Salz Vorstand Wintershall	Aufsichtsrat Deutsch-Südamerikanische Bank Beirat Hannover-Braunschweig Beirat Hannover/Braunschweig Beirat Südwest
	Vorstand	COMMERZBANK
	Vorstand	Beirat Rheinld. -Pfalz/Saar Beirat Rheinld. -Pfalz/Saar
	Vorsitzender des Vorstandes Knoll AG	DEUTSCHE BANK Beraterkreis der Gesamtbank
Denzel Biekert		Beirat Frankfurt/Main Beirat Frankfurt/Main Beirat Hamburg Beirat Mannheim Beirat Mannheim
Timm Moe II Waiterspiel Drescher Denzel Bie- kert	Vorsitzender des Aufsichtsrates Stellv. Vorsitzender des Vorstandes Vorsitz d Vorst Kali + Salz und Wintershall Vorstand BASF Farben + Fasern Vorstand Vorsitzender des Vorstandes Knoll AG	

Wilhelm Haas war bereits 1949 Leiter des Organisationsbüros für konsularisch-wirtschaftliche Auslandsvertretungen. Ab 1951 legte er als Leiter der Abteilung Personal und Verwaltung die Grundlage für die Reorganisation des AA. 1952 wurde er zum Botschafter der BRD in Tokio ernannt, 1956 wechselte er nach Moskau, 1958 bis 1961 war er wieder in Tokio. Seine Qualifikation: seit 1922 im AA, verschiedenste Posten in Paris, Shanghai, Peking, bei der Völkerbundsdelegation, Handelsattaché in Tokio, von 1937 bis 1945 hatte er die IG Farben-Vertretung in Peking.

Vollrath Freiherr von Maltzan wechselte vom Leiter der Abteilung Aussenhandel im Wirtschaftsministerium 1953 ins AA als Leiter der Handelspolitischen Abteilung. 1955 wurde er Botschafter in Frankreich. Auch er konnte auf reiche Erfahrungen zurückgreifen: 1927 war er Sekretär Stremmanns beim Völkerbund, dann in Warschau und Paris, unter Hitler in der Wirtschaftsabteilung des AA. 1938 wechselte er zur IG Farben, war dort leitender Mitarbeiter der Vermittlungsstelle W, Berlin NW 7, Verbindungsmann der IG Farben zum AA.

Georg Broich von Oppert hatte 1956 den Rang eines Botschafters bei der UNO. 1958 übernahm er den Posten des Personalchefs im AA; 1959 wurde er Botschafter in der Türkei. Er war seit 1925 für das AA tätig, zuletzt als Skandinavien-Referent. Während des Krieges arbeitete er für die IG Farben.

Und auch draussen an der Konkurrenzfront, im diplomatischen Aussen-dienst, postierte die IG Farben wieder ihre Leute:

Heinz Krekeler, von 1934 bis 1945 bei der IG Farben in Ludwigshafen/Oppau als England- und USA-Spezialist, wurde gerade deshalb 1950 erster Generalkonsul in London, dann in New York. Er baute die US-Botschaft auf und wurde 1955 zum ersten deutschen Botschafter in den USA ernannt.

Bernd von Arnim war vor 1945 Vertreter der IG Farben in Athen und Bukarest, nach 1945 Wirtschaftsreferent der Deutschen Botschaft in Wien.

Johannes Graf von Lerchenfeld war vor 1945 Vertrauensmann der IG Farben in Berlin, Paris und Sofia. Nach 1945 arbeitete er als Wirtschaftsreferent an der Bonner Botschaft in Rom.

Karl Panhorst war im Dritten Reich Sekretär des Ausschusses für die «Aktion Ibero- und Mittelamerika» und Vertrauensmann der IG Farben, nach 1945 wurde er zum Bonner Botschafter in Guatemala ernannt.

Herrn Legationsrat
Dr. Fhr. v. Maltzan
Auswärtiges Amt
B e r l i n W 7
Wilhelmstr. 74-76

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen bei Abfertigung

BERLIN NW 7

den 28. August 1940

Betreff

Sehr geehrter Herr Legationsrat !

h
3. Aufl. 1940
Wir erlauben uns, Ihnen kürzlich Durchschrift eines an Herrn Ministerialdirigent Dr. Schlotterer, Reichswirtschaftsministerium, gerichteten Schreibens vom 3. 8. 1940 zu übermitteln, in dem wir die Stellungnahme der I.G. zu den Fragen der wirtschaftlichen Neugestaltung Europas und die auf Frankreich sich beziehenden Vorschläge der I.G. darlegten.

Im Nachgang zu diesem Schreiben erlauben wir uns, Ihnen als Anlagen zur gefälligen Kenntnisnahme noch zu übersenden:

1. Eine von unserem Herrn Dr. v. Katerien verfasste Denkschrift betreffend

1. Aufl. 1940
"Anregungen für den Friedensvertrag auf dem Gebiet des gewerblichen „Rechtsschutzes“

sowie

"Die Stellung des deutschen Reichspatents in einem europäischen unter deutscher Führung stehenden Wirtschaftsraum".

2. Vorschläge zur Regelung von Fragen der Sequestrierung, Besteuerung von Auslandsforderungen usw.

3. Eine Ergänzung unseres Frankreich-Pharma-Materials zur Einfügung auf Seite 58 als Punkt e).

4. Eine Ergänzung unseres Frankreich-Photographiko-Materials betreffend die Sonderstellung der Firma Kodak-Pathe, Paris, zur Einfügung auf Seite 21, Schlussabsatz.

Heil Hitler !

I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

Klaus *traup*

Von Hitlers Diplomatie über die IG Farben zur Bonner Diplomatie:
Am 28. August 1940 reichte die IG Farben dem damaligen Legationsrat von Maltzan im Auswärtigen Amt ihre Weltherrschaftspläne ein

Lutz Gielhammer, von 1938 bis 1945 Referent in der Zentralfinanzverwaltung der IG Farben, Iranspezialist, 1940 bis 1941 Leiter einer Aussenhandelsstelle in Kabul, setzte seine Karriere in der Bonner Demokratie ungebrochen fort. 1950 bis 1953 war er Ministerialrat im Bundesfinanzministerium, von 1953 bis 1959 deutscher Gesandter in Persien.

Josef Rust, heute noch Aufsichtsrat bei BASF, wechselte vom Leiter des Bundeskanzleramtes (1949 bis 1952) als Ministerialdirektor ins Wirtschaftsministerium. 1955 wirkte er als Staatssekretär im «Verteidigungs»-ministerium unter Blank und Strauss beim Aufbau der Bundeswehr mit. Er war in die Affäre um den Schützenpanzer HS 30 verwickelt. 1959 wechselte er zu den IG Farben-Nachfolgern. Seine Erfahrungen hatte er schon in Hitlers Reichswirtschaftsministerium gesammelt, wo er die Aufsicht über die privaten Hypothekenbanken hatte und Referatsleiter der Kreditabteilung war. Im Eroberungskrieg war er Oberkriegsverwaltungsrat, Gruppenleiter des «Wirtschaftsstabes Ost» – Referatsleiter für die besetzten Ostgebiete.

Otto A. Friedrich, bekannt als BDA-Präsident, wurde 1951 Rohstoffberater der Bundesregierung. Von 1932 bis 1939 war er Geschäftsführer verschiedener Verbände der Kautschukindustrie, im Krieg arbeitete er in der Reichsstelle Kautschuk. Von 1949 bis 1965 war er Vorsitzender des Vorstandes und Generaldirektor der Phoenix AG.

Dr. Rolf Dahlgrün (FDP), Justitiar der Firma Phoenix, wurde 1962 Finanzminister.

Der Atom- und Wissenschaftsminister **Balke** war vor seiner Ministerkarriere Mitglied der Geschäftsleitung der Wacker-Chemie (Hoechst) und wurde nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium Präsident des BDA.

Der ehemalige BASF-Manager **Karl Scherf** (Ammoniak-Labor) gehörte von 1969 bis 1972 dem Planungsstab im Bundeskanzleramt an, dann ging er zu DEGUSSA, wo er die Abteilung «Entwicklung von Führungskräften» leitete.

Karl Hallstein, bis 1973 im Aufsichtsrat von Hoechst, war lange Zeit Mitglied der Brüsseler EWG-Kommission.

«Heute Minister – morgen Bankier; heute Bankier – morgen Minister. Für den ‚Krieg bis zum Ende‘ – heute wie morgen. So ist es nicht nur in Russland, sondern überall, wo das Kapital herrscht.» (14)

Mit diesen Sätzen von 1917 trifft Lenin den Nagel auf den Kopf. Wie unter solchen Verhältnissen dann Aussenpolitik gemacht wird, beschreibt

der Politologe Tudyka, der sich, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit seiner Kollegen, an Tatsachen hält:

«Konzentration und Formulierung der Interessen liegen bei den Verbänden, deren Interpretation durch Erlasse, Verordnungen, Gesetzentwürfe etc. bei den Ministeriaireferaten. Den für eine solche Arbeitsweise erforderlichen hohen Grad der Kohärenz (Zusammenhalt – d. Verf.) zwischen amtlichen und nichtamtlichen Bürokraten, den Herbert Schneider als «Kameraderie zwischen den Verbands- und Ministerialexperten» charakterisiert hat, belegen zahlreiche Selbstdarstellungen, Zeugnisse der Beteiligten und Protokolle. Ein symptomatisches Beispiel ist die Selbsteinschätzung, die der langjährige Leiter der Aussenhandelsabteilung im BDI, Edgar H.P. Meyer gibt: . . . Diese handelspolitische Linie vertritt der Bundesver-



Mitgliederversammlung des Verbandes der chemischen Industrie, 1976. Oben: die alte Chemie-Garde: Menne und Winnacker von Hoechst. Unten vierte und fünfter von links: Bundestagsvizepräsidentin Funcke und der spätere Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff machen der Chemie ihre Aufwartung

band auch bei seiner Mitarbeit an der Vorbereitung der Handelsvertragsverhandlungen. Der enge Kontakt, den der Bundesverband und die industriellen Fachverbände mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem AA halten, schafft die Voraussetzung dafür, dass die aus dem praktischen Geschäft gewonnenen Erfahrungen und Empfehlungen der Exportindustrie bei dem Abschluss von Handelsverträgen berücksichtigt werden'» (15).

Und dabei stolpert man über die IG Farben-Leute. Menne von Hoechst gründete die deutsch-amerikanische Handelskammer in New York. Maltzan leitete 1952 die Handelsmission der BRD, die den deutsch-brasilianischen Handelsvertrag paraphierte. 1950 war er in Paris deutscher Vertreter bei den Verhandlungen über einen deutschfranzösischen Handelsvertrag. Als im Mai 1968 sich ein »deutsch-französischer Ausschuss für wirtschaftliche und industrielle Fragen« konstituierte, unter Vorsitz von Debre und Schiller, war Timm von der BASF dabei, in Gesellschaft von Berg, Sohl, Klasen, Siemens, Neckermann und anderen. 1974 besuchte eine Delegation von 120 deutschen Kapitalisten, darunter natürlich die Chemiebosse, den Schlächter Reza Pahlevi im Iran «in Anwesenheit» (16) des Wirtschaftsministers Friderichs. Dazu heisst es im «Handbuch der Aussenpolitik»:

«Nicht der Bundeswirtschaftsminister, sondern sie (die Kapitalisten – d. Verf.) waren die letztlich kompetenten Gesprächspartner ihrer staatlichen Gastgeber; das hatten auch diese (die iranische Delegation – d. Verf.) selbst, durch den vorangegangenen Besuch ihres Ministerpräsidenten beim BDI, anerkannt. Dass die Deutschen . . . wirtschaftliche Abschlüsse vereinbarten, kam dem Interesse der Bundesregierung . . . gewiss entgegen. Wären aber keine oder nur geringe Abschlüsse zustande gekommen und damit die aussenpolitischen Absichten der Bundesregierung konterkariert worden, so hätte sich diese wohl oder übel damit ab finden müssen.» (17)

Natürlich brauchen die Monopolkapitalisten die Politiker. Sie haben ihre Interessen durchzusetzen und das Volk dafür zu gewinnen. Die Regierung ist ihr geschäftsführender Ausschuss. Die Beamten in den staatlichen Kanzleien und Stäben stehen treu zu ihren Brotgebern. Viele von ihnen haben denselben Herren schon in der Weimarer Republik und unter Hitler treu gedient. Mit tausend Fäden ist abgesichert, dass keiner aus der Reihe tanzt. Der Verbandsforscher Braunthai schreibt treffend:

«Zwar kommen einige der Ministerialbeamten aus der Industrie, doch ist, wie ein Vertreter des Verbandes der chemischen Industrie versicherte, die Haltung, die sie ganz allgemein der Wirtschaft gegenüber einnehmen, viel wichtiger. Mit einer Ausnahme kämen die Beamten, die mit seinem Wirtschaftszweig zu tun hätten, nicht aus der chemischen Industrie. Da sie jedoch der Wirtschaft gegenüber positiv eingestellt seien, mache das nicht viel aus.» (18)

Die Werktätigen sollen natürlich nicht merken, wer die Fäden in der Hand hält. Deshalb werden im Bundestag Schaukämpfe zur Aussen- und Innenpolitik geführt, und dann wird gemeinsam abgesegnet, was schon längst vorher entschieden wurde. Es geht höchstens noch um taktische Differenzen: wer die besseren Vorschläge für die Kapitalisten erarbeitet, wer die angeblich beste Lösung anbietet, wie man den Werktätigen das Geld aus der Tasche zieht und sie gleichzeitig ruhig hält.

Damit die Absegnung reibungslos klappt und die Gesetze in Kraft treten können, sitzen zur Zeit rund 130 direkte und indirekte Kapitalistenvertreter im Parlament. Menne von Hoechst war zum Beispiel ab 1966 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft. Wenn die Absegnung doch einmal auf unverhoffte Halsstarrigkeit bei einigen Abgeordneten stossen sollte, so gibt es immer noch die Bestechung als festen Bestandteil parlamentarischer Überzeugungsarbeit. Dies ist allerdings noch nicht geschäftsordnungsmässig festgelegt. Wie wenig der BDI auf diese Schwatzbude als tatsächliches Entscheidungsgremium gibt, zeigt die Tatsache, dass er von 266 Eingaben zur Aussenwirtschaft zwischen 1952 und 1964 nur acht an den Bundestag gab, alle anderen gingen direkt an Regierungsstellen. Von 1'197 Eingaben mit binnenwirtschaftlichem Inhalt gingen immerhin noch 138 an Parlamentsorgane.

«Während Parlament und Parteien weitgehend vom Entscheidungsprozess der inhaltlich veränderten auswärtigen Beziehungen ausgeschlossen bleiben, sind die Verbände desto mehr beteiligt, je mehr die ökonomische Komponente auch diejenigen Aussenbeziehungen bestimmt, die von einer politischen Einheit vom Stellenwert der Bundesrepublik gestaltbar sind.» (19)

Alle Macht geht vom Volke aus – das gibt der bürgerliche Parlamentarismus vor. Dass das Finanzkapital alles entscheidet, soll das Volk nicht merken. Deshalb wird fürs Volk eine Nebelwand aufgebaut: Wahlen, Redeschlachten im Bundestag und im Fernsehen. Doch das sind abgekartete Täuschungsmanöver, inszeniert von denen, die die wirkliche Macht haben.

Das Bonner Atomministerium

Zur Verflechtung der IG Farben-Nachfolger mit dem Bonner Staat ist ein weiteres Beispiel wichtig, nicht zuletzt wegen Ereignissen, die zur Zeit die Öffentlichkeit in der BRD immer stärker bewegen, der Kämpfe für und gegen die Atomkraftwerke. Hunderttausende erleben dabei, was staats-

monopolistischer Kapitalismus ist. Die Monopole setzen auf Atomenergie, die Regierung macht dazu ein Programm – der Staatsapparat und die bürgerlichen Parteien setzen es durch: mit Lügen und Gewalt. Schönfärberei und gleichzeitig bürgerkriegsmässiger Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen Atomkraftwerksgegner – nicht viel anders hatten die Mittel des Staates ausgesehen, als er in den fünfziger Jahren die Volksbewegung gegen die Atombewaffnung niederzuhalten hatte.

1953 meinte Adenauer, es sei «eine komplette Narrheit, ohne Atomwaffen, ohne V-Geschosse zum Krieg gegen die Sowjetunion zu treiben» (20). Die IG Farben-Nachfolger, insbesondere Hoechst, gehörten zu den ersten, die die Atomwirtschaft reorganisierten. Im Maiheft 1956 der Zeitschrift «Die Atomwirtschaft», zu deren Herausgebern Menne von Hoechst und der IG Farben-Mann Balke gehört, war zu lesen (21):

«Die Farbwerke Hoechst befasst sich immer intensiver mit der Entwicklung der Kernchemie. In Griesheim wurde mit dem Bau eines Laboratoriums für die Chemie radioaktiver Substanzen begonnen, das nach Fertigstellung einen sehr beachtlichen Umfang haben wird. Der erste Bauabschnitt soll noch in diesem Jahr fertiggestellt werden . . . Das Laboratorium wird unter der Leitung von Dr. H. Götte stehen und von einem Stab von bereits seit Jahren (!) ausgebildeten Fachleuten der Firma besetzt werden. Hierbei soll auch insbesondere der im Bau befindliche Forschungsreaktor des Instituts für Kernphysik der Universität Frankfurt genutzt werden, der von den Farbwerken Hoechst gestiftet wurde.»

Die ganze Hinter- und Untergründigkeit des Geschehens wurde aus einer Notiz in der Dezemberausgabe 1956 der «Atomwirtschaft» deutlich. Aus Anlass der Übergabe von Uranstäben an den damaligen Kriegsminister Strauss erklärte der Flick-Direktor Odilo Burkart:

«Trotz des damaligen Verbots durch alliierte Gesetze nahm der Besitzer der Maximilianshütte AG, Friedrich Flick – damals noch im US-Gefängnis in Landsberg -, zusammen mit dem Leiter der US-Sektion der alliierten Sicherheitsabteilung in Berlin, Mr. Kelly, das Risiko auf sich, die Prospektierungsarbeiten zu finanzieren und gegenüber dem alliierten Sicherheitsdienst abzudecken.» (22)

Die Monopolkapitalisten bereiteten – noch im Gefängnis sitzend die Atomwaffenproduktion vor. Ein Blick auf die Organe, die die Atompolitik bestimmen, zeigt den grossen Einfluss der IG Farben. Der IG Farben-Mann Balke wurde Nachfolger des ersten Atomministers F.J. Strauss.

Die *Deutsche Atomkommission* ist mit das wichtigste Gremium in der Atompolitik. Sie ist die offizielle Regierungskommission und fällt die Entscheidungen, die die Regierung auszuführen hat. Balke betonte dies ganz

offiziell (23). Vorsitzender der Atomkommission war 1963 Balke, einer seiner Stellvertreter war Winnacker (Hoechst). Menne (Hoechst) war Mitglied des Präsidiums, gleichzeitig war er Vorsitzender des «Arbeitskreises für Atomfragen» im Monopolverband BDI.

Mit welcher Intensität die deutschen Imperialisten den Rückstand in der Entwicklung der Atomwaffen und der Kernenergie aufholen wollten, macht die Besetzung der Atomkommission deutlich: Hier war alles vertreten, was Rang und Namen im Aufsichtsräten und Wissenschaft hatte. Die starke Vertretung der IG Farben fällt ins Auge. In den Arbeitskreisen der Atomkommission waren Hoechst und Bayer noch weitere 14 Mal, zum Teil als Vorsitzende, vertreten. So sieht also eine Regierungskommission aus, die nach «bestem Wissen und Gewissen» für wissenschaftliche Neutralität bei den Sachentscheidungen einzutreten hat. Die Berater der Volksvertreter kamen ausschliesslich aus der Atomindustrie – wofür ihr Gewissen schlug, kann sich jeder an seinen fünf Fingern abzählen.

Die Atomkommission ist ein Paradebeispiel für die Unterordnung des Staatsapparats unter die Interessen der grossen Monopolgruppen. Die Atomkommission ist aber auch ein warnendes Zeichen. Die gleichen Kriegstreiber wie 1914 und 1939 halten heute uneingeschränkt die Fäden in der Hand. Neben IG Farben-Leuten entscheiden dort Abs, Heinrich Kost, Hermann Reusch u.a., die noch zehn Jahre vorher auf der Kriegsverbrecherliste standen, und Wissenschaftler wie Heisenberg, der schon für Hitler an der Atombombe experimentierte. Und Seite an Seite mit diesen Herren sitzen die Gewerkschaftsführer in der Atomkommission.

Vom Atomgeschäft erhoffen sich die Imperialisten zweierlei: Sie wollen die Atombombe, und sie wollen Riesenprofite aus dem Bau von Kernkraftwerken. Die IG Farben-Nachfolger sind im Atomgeschäft stark vertreten. Hoechst und Bayer sind in der Urananreicherung und auf dem Gebiet der Wiederaufbereitung von Brennelementen tätig. Für dieses Schlüsselgeschäft haben sich nahezu alle Grosskonzerne samt Staat zusammengetan – die Verflechtung ist perfekt.

Der Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffe auf dem Gebiet des Reaktorbaus ist gnadenlos. Die deutschen Konzerne müssen gegen die führenden US-Konzerne antreten. Dreissig Jahre nach dem letzten Weltkrieg fühlen sie sich wieder stark genug, dieser Supermacht offen den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Es ist kein Zufall, dass der Streit gerade darum geht, wer der brasilianischen Regierung die Reaktoren liefert: Mit Brasilien ganz Südamerika zu beherrschen ist das Ziel.

Deutsche Atomkommission

(Stand 1962; Funktionenliste ohne Arbeitskreise)

Präsidium

Vorsitzender: ein Bundesminister

Stellvertreter: ein Staatssekretär aus Nordrhein-Westfalen, Max-Planck-Gesellschaft, Hoechst AG (Winnacker)

Mitglieder: Deutsche Bank, AEG, DAG, Hamburger Elektrizitätswerke, Esso, Kernreaktor Karlsruhe, Deutsche Forschungsgemeinschaft, BBC, Hoechst AG (Menne), Gutehoffnungshütte, Demag, DGB, RWE, Zentralverband des deutschen Handwerks, Deutsche Bundespost, Mannesmann AG, acht Professoren

Fachkommission I, Kernenergierecht

Vorsitzender: ein Professor

Mitglieder: Max-Planck-Gesellschaft, Maximilianshütte, Hamburger Elektrizitätswerke, Bundesaufsichtsamt, Hoechst (Menne), Hoechst (Prentzel), RWE, Kernreaktor Karlsruhe, Hoechst (Spilker), zwei Professoren

Fachkommission II, Forschung und Nachwuchs

Vorsitzender: ein Professor

Mitglieder: Kernforschungsanlage Jülich, Kultusministerkonferenz, Kernreaktor Karlsruhe, DFG, Zentralverband des deutschen Handwerks, Deutsche Bundespost, AEG, Max-Planck-Gesellschaft, VDE, Bayernwerk AG, 13 Professoren

Fachkommission III, Technisch-wirtschaftliche Fragen

Vorsitzender: Hoechst (Winnacker)

Stellvertretender Vorsitzender: Demag

Mitglieder: Kernenergieverwaltung Hamburg, Kernforschungsanlage Jülich, Phoenix Rheinrohr, Bundesanstalt für Bodenforschung, BBC, AEG, Max-Planck-Institut, Grosskraftwerk Mannheim AG, Daimler-Benz AG, ÖTV, Gutehoffnungshütte, Kernreaktor Karlsruhe, drei Professoren

Fachkommission IV, Strahlenschutz

Vorsitzender: DGB

Mitglieder: Hamburger Wasserwerke, Deutsche Bundespost, ein Ministerialdirektor, Max-Planck-Institut, Hoechst (Götte), Gerling, Bundesforschungsanstalt, TÜV Berlin, Röntgenwerk Seifert, Perutz-Photo, Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, 14 Professoren

Fachkommission V, Wirtschaftlich-finanzielle Probleme

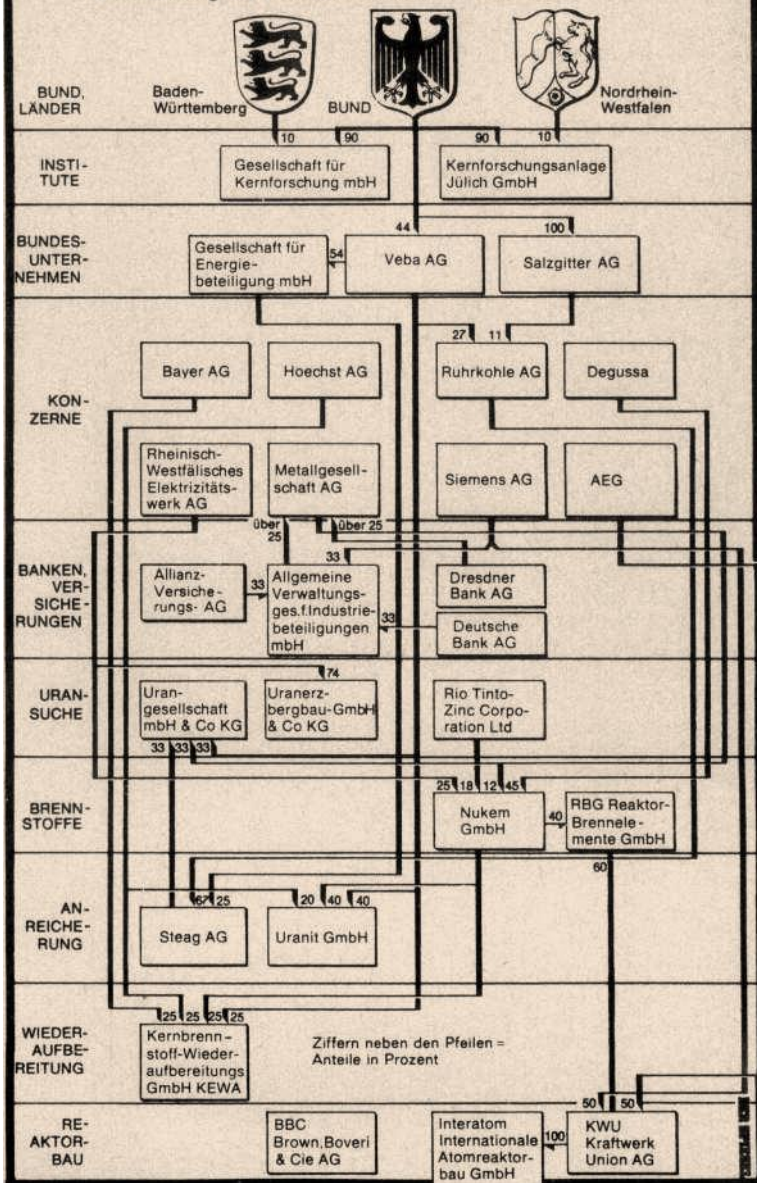
Vorsitzender: Hoechst (Menne)

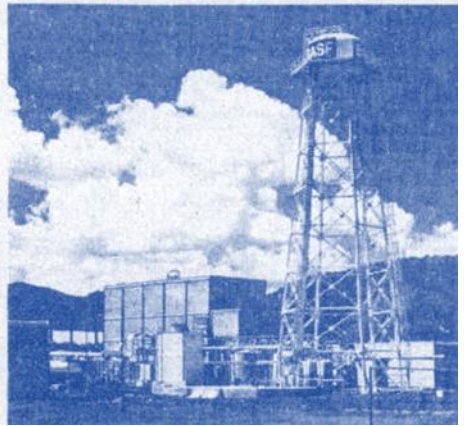
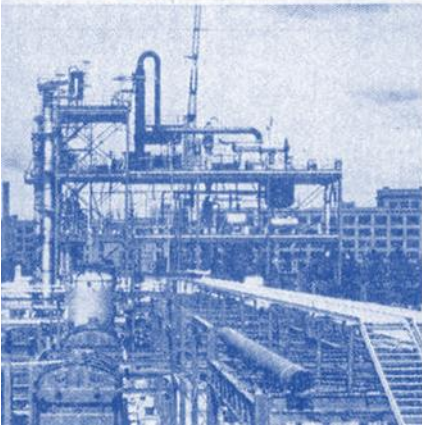
Stellvertretender Vorsitzender: Deutsche Bank

Mitglieder: DAG, ehemaliger Finanzsenator von Hamburg, Phoenix-Gummi, BDI/BDA (O.A. Friedrich), Esso, Unterharzer Erz- und Hüttenwerke, Badenwerk AG, Allianz, Isotopen-Studiengesellschaft, Hoechst (Prentzel), DGB, Deutsche Girozentrale, Howaldtwerke, IHK Düsseldorf, Zentralverband des deutschen Handwerks, Inn werk AG, Max-Planck-Gesellschaft, Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, Bayernwerk AG

VERFILZTE KERNKRAFT-SIPPE

Verflechtung der westdeutschen Atom-Industrie





BASF Wyandotte, New Jersey, USA BASF Mexico

Im Kampf um die Weltmärkte, die Chemie an vorderster Front

Hoechst Kenia

Hoechst Marokko



Drei wollen die ganze Welt

USA – wo der Profit noch grösser ist

Es war kein Zufall, dass W. R. Mann 1950 zum Vorsitzenden des Ausenhandelsausschusses des BDI gewählt wurde. Er hatte die hohe Schule der skrupellosen Expansion unter Hitler als IG Farben-Vorstandsmitglied und Vorsitzender im staatlichen Länderausschuss für Afrika und die Sowjetunion durchlaufen. «Export um jeden Preis», «Rückgewinnung der nord-amerikanischen Märkte» – so hiessen die offiziellen BDI-Parolen Anfang der fünfziger Jahre (24). Fünf Jahre nach seiner Niederlage nahm der deutsche Imperialismus zum dritten Mal Anlauf, um im Weltkonzert die erste Geige zu spielen.

Die zwanziger Jahre wiederholten sich. Die inländische Chemie-Konkurrenz war bald durch Bankrotte oder Aufkäufe unschädlich gemacht. Kapitalkonzentration und Rationalisierung liessen die Produktion in die Höhe schnellen. Der Binnenmarkt konnte die Produktion nicht aufnehmen, er war zu klein. Der Vorstoss in die Märkte der Konkurrenz wurde forciert, 1963 war die BASF-Bilanz noch bescheiden: eine Milliarde DM Warenexport, 150 Millionen Umsatz der Auslandsbeteiligungen. Die Richtung aber lag fest. BASF-Chef Wurster erklärte 1964 auf der Hauptversammlung:

«Wir bauen unsere Exportgeschäfte systematisch aus, ohne unser Inlandsgeschäft zu vernachlässigen» (25).

Die Fortschritte bei der Markteroberung nahmen gewaltige Ausmasse an. Von 1966 bis 1971 steigerte BASF den Weltumsatz um 217 Prozent, die Auslandsproduktion um 358 Prozent (26).

Weltweit und mit aller Schärfe führen die deutschen Chemiekonzerne wieder den Kampf um die Märkte. Seefelder, der Vorstandsvorsitzende von BASF, brachte diesen Wirtschaftskrieg auf den Nenner, als er erklärte, «dass sich ein Chemie-Strukturproblem im Wesentlichen auf die Frage reduziere: ‚Verlieren wir auf die Dauer unsere Exportmärkte?‘» (27) Um diese Märkte zu sichern, investieren und produzieren die Chemiegiganten in der ganzen Welt, aber nicht nur das: In der ganzen Welt machen die IG Farben-Nachfolger auch Politik, und zwar mit allen Mitteln; weltweit beuten sie Arbeiter aus und organisieren ihre Unterdrückung.

Die US-Chemiegiganten sind nach wie vor die Hauptkonkurrenten der IG Farben-Nachfolger. Der Schwerpunkt des Kapitalexports liegt deshalb

– so Timm von BASF – in den USA, auf einem «der faszinierendsten Märkte der Zukunft ... an diesem Boom wollen wir in Zukunft mehr partizipieren.» (28) 1973 stieg der Umsatz der amerikanischen BASF-Werke auf 1,2 Milliarden DM an, 1975 waren es bereits 1,937 Milliarden. BASF hat in den USA rund eine Milliarde DM investiert, jährlich sollen 200 bis 300 Millionen folgen. Die BASF Wyandotte ist mit einem Umsatz von 1009 Millionen DM (1972) die drittgrösste BASF-Gesellschaft. Die Dow Badische – 50 Prozent BASF, 50 Prozent Dow Chemical – setzte 744 Millionen um. US-Wirtschaftsjournalisten urteilten, Dow habe «sich den aggressivsten Partner ausgesucht, den die europäische Chemie zu bieten hat.» (29)

Bayer hat ebenfalls über eine Milliarde Dollar in den USA investiert, 40 Prozent ihrer Auslandsinvestitionen. In den nächsten fünf Jahren soll noch eine halbe Milliarde dazukommen. Der Umsatz der Bayer-Gesellschaften betrug 1976 schon 1,1 Milliarden Dollar. Mit dem Kauf des Alka Seltzer-Herstellers Miles Laboratories ist Bayer auf einen Schlag der grösste westdeutsche Konzern in den USA geworden und 1977 mit 1'258 Millionen Dollar Umsatz auf Rang 192 in der Liste der grössten US-Konzerne vorge-rückt. Bis 1980 ist eine Steigerung auf zwei Milliarden Dollar geplant.

Hoechst hatte mit seiner American Hoechst Gruppe 1975 einen Umsatz von 829 Millionen Dollar. Die Hoechst Fibers Inc., der viertgrösste Produzent von Polyesterfasern und -fäden in den USA, baute eine neue Produktionsanlage für weitere 1'000 Beschäftigte. Schon 1973 stieg der Umsatz in einem Jahr um 30 Prozent.

Direktinvestitionen der chemischen Industrie im Ausland (30)

Bestand	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
in Mio. DM	5 211	5 482	5 623	6 203	7 181	8 015	8 801
in % der Gesamtauslandsin- vestitionen der deutschen Industrie	24,7	23,1	21,1	19,2	19,5	19,1	18,7

In sechs Jahren wuchs der Kapitalexport der chemischen Industrie um 69 Prozent, ihr Anteil am Gesamtkapitalexport aber sank, weil die übrigen BRD-Konzerne inzwischen nachzogen.

Es gibt einen wichtigen Faktor in der Profitrechnung der Chemiebosse, der die USA faszinierend macht: billige Arbeiter. Die Lohnkosten liegen

um 20 Prozent unter denen in der BRD. Die hohe Arbeitslosenquote in den USA wird von den deutschen genauso wie von den amerikanischen Konzernen zur Lohndrückerei benutzt. Die Chemiebosse rechnen scharf. 1972 betrug die Wertschöpfung je Mitarbeiter in der chemischen Industrie der BRD 55 900 DM. Das ist der Wert, den ein Beschäftigter im Jahr neu schafft, umgerechnet auf alle Angestellten und Arbeiter. Weil aber nur die Arbeiter die Produkte herstellen, ist die Wertschöpfung in Wirklichkeit um einiges höher. Der durchschnittliche Jahresverdienst in der Chemie beträgt zur Zeit 25 525 DM. Von acht Stunden arbeitet ein Chemiearbeiter also nicht einmal drei Stunden für den eigenen Geldbeutel – brutto! In den USA beträgt die Wertschöpfung 96 800 DM. Die BASF schreibt dazu:

«Amerikanische Unternehmen benötigen wesentlich weniger Kapital und Menschen, um dasselbe Ergebnis zu erreichen wie die chemische Industrie anderer Länder.» (31)

Ist der Arbeiter billiger, steigt der Gewinn. Die Konsequenz: immer grössere Investitionen in den USA. Hoechst bestreitet 80 Prozent, BASF 90 Prozent des US-Umsatzes aus der US-Produktion. Nach Angaben der BASF wird «im Zuge der Kapazitätsverstärkungen auf verschiedenen Arbeitsgebieten in den USA der Exportanteil der BASF aus Deutschland in den nächsten Jahren abnehmen.» (32) Der Anteil der inländischen Produktion an der Gesamtproduktion sinkt: Im Ausland wird mehr produziert, im Inland weniger. Der Export geht zurück – Auftragsmangel, erklären die Konzerne und drohen mit Kurzarbeit und Entlassungen; im Ausland aber wird mit Volldampf gefahren.

Brasilien – ein Volk im Würgegriff der Monopole

Es wird viel geredet und geschrieben über den Segen, den Deutschlands Industrie den Völkern in den unterentwickelten Ländern bringt. Die Regierung lässt teure Werbekampagnen zur Entwicklungshilfe durchführen und wirft den Konzernen Millionen für ihre Auslandsinvestitionen in den Rachen. Aber kann es wirklich so sein, dass die deutschen Industriebosse im Ausland plötzlich ihr Herz für den kleinen Mann entdecken und nur noch von einem Wunsch beseelt sind: diesen Völkern Arbeitsplätze und Wohlstand zu verschaffen?

«Der Wirtschaft geht's gut, dem Volk aber schlecht», so formulierte einer, der es wissen muss, die Situation in Brasilien. Es war der Vorgänger



THE GERMAN COLONY IN IRAN WELCOMES FEDERAL CHANCELLOR WILLY BRANDT

*„Die deutsche Kolonie
im Iran grüßt den Bun-
deskanzler Willy
Brandt“*

*BASF Iran AG
Bayer Gesellschaften
im Iran
Iran Hoechst AG*

*Die IG-Farben-Nachfol-
ger dürfen nicht fehlen,
wenn die Monopole ih-
ren Bonner „Geschäfts-
träger“ begrüßen. Doch
das kämpfende irani-
sche Volk wird mit sei-
nem Unterdrücker, dem
Schah, auch diese neue
„Kolonialmacht“ hin-
wegfegen.*

- AEG-Telefunken Iran
- BASF Iran AG
- Bayerische Kabelwerke, Roth bei Nuernberg
- Bayerische Vereinsbank, Berliner Bank AG, Vereinsbank in Ham
- Robert Bosch GmbH
- Brown, Boveri & Cie, Mannheim
- Continental Gummi Iran Ltd
- Daimler-Benz AG, Stuttgart
- Degussa Iran AG
- Deutsche Bank AG, Duesseldorf, Frankfurt/Main
- Die Bayer-Gesellschaften in Iran
- Feiten & Guillaume Kabelwerk AG (SIGMA Co.), Koeln, Muel
- Hamasab Mariri (AGFA-Gaerteri)
- Iran German Trading Co Ltd
- Iran Henkel AG
- Iran Hoechst AG
- Iran Merck AG
- Klein, Schanzlin & Becker AG, Frankenthal -
- The Dayton Trading Co Ltd
- Kloeckner-Humboldt-Deutz AG, Koeln, Ulm
- Kuehne & Nagel
- Maschinenfabrik Buckau R Wolf Aktiengesellschaft, Grewenbr
- Mulizer & Muench GmbH, Hof/Saale
- OSRAM IRAN AG
- Passavant Iran
- Rhein Stahl AG - Anlagentechnik
- Salzginer
- Schenker/Transped Co Ltd
- Sharikate Sahami M W M Iran
- Siemens-Charakteristik (M...)

des jetzigen Diktators Geisel, der Expräsident Medici, selbst ein Militärdiktator. Er hat nicht untertrieben.

Von den über 100 Millionen Brasilianern sind mehr als 80 Prozent fast oder ganz besitzlos. 40 Prozent der Erwachsenen und 72 Prozent der Kinder sind unterernährt, das sind 40 Millionen Menschen. Jährlich treten über 300'000 neue Tuberkulosefälle auf. Eine Million Menschen sind von Lepra befallen. Elf Millionen sind psychisch krank.

Auf der anderen Seite hat Brasilien in den letzten zehn Jahren die höchsten wirtschaftlichen Zuwachsraten der Welt erreicht. Diese Zuwachsraten waren nur möglich auf der Grundlage der unbarmherzigen Ausbeutung der Werktätigen durch enorme Arbeitshetze und enormen Lohnabbau. Ein Arbeiter, der Mindestlohn verdiente, musste zum Beispiel für die für einen Monat notwendigen Lebensmittel 87 Stunden und 20 Minuten arbeiten. Im Dezember 1973 brauchte er dazu bereits 158 Stunden, 42 Minuten, und im März 1974 waren schon 176 Stunden und 54 Minuten Arbeitszeit nur für die Ernährung notwendig.

Angesichts solcher Zustände ist es natürlich kein Wunder, dass Unterernährung derart weit verbreitet ist. Der brasilianische Kollege hat im Durchschnitt zu wenig zum Leben und (oft nicht einmal das) zuviel zum Sterben. Die Arbeitslosigkeit beträgt je nach Region 18 bis 32 Prozent. Wenn er das «Glück» hat, einen Arbeitsplatz zu finden, dann pressen die Unternehmer das Menschenmögliche aus ihm heraus. Teilweise wird der Kollege gezwungen, täglich 12 bis 18 Stunden zu arbeiten, wenn er nicht verhungern will. Mit 1,8 Millionen pro Jahr (5'000 pro Tag) hält Brasilien den traurigen Weltrekord an Arbeitsunfällen. Das alles für einen Hungerlohn. Nach zehn Jahren Militärdiktatur lag der Lohn der brasilianischen Kollegen 1974 niedriger als 1964 beim Beginn der Diktatur.

«Der Geschäftsverlauf in Brasilien . . . war besonders erfreulich», steht im BASF-Geschäftsbericht von 1976. Die deutschen Unternehmer fühlen sich in diesem Land besonders wohl. 3,5 Milliarden DM haben sie hier bisher investiert. Damit die Riesengewinne reibungsloser fließen, wurden 1964 die brasilianischen Gewerkschaften unter staatliche Kontrolle gestellt. Die gewählten Arbeiterfunktionäre wurden durch Beamte des Arbeitsministeriums «ersetzt». Streiks gelten als Verbrechen gegen die nationale Sicherheit und werden mit vier bis zehn Jahren Haft bedroht. Tausende fortschrittlicher Menschen wanderten in die Folterzentralen von Armee und Polizei. Das deutsche Kapital liess deshalb seinen Aussenminister Genscher 1976 auf seinen brasilianischen Kollegen diesen Toast ausbringen:

«In einer Welt voller Unruhe und Widersprüche erscheint die Haltung ihres Landes wie ein Element der Stabilität und des Gleichgewichts.» (33)

In Brasilien wird Entwicklungshilfe gemacht, und gerade Brasilien zeigt, wohin diese westlichen Hilfsfeldzüge führen. Eine konzertierte Aktion grosser Monopolgruppen eroberte sich durch einen Vernichtungsfeldzug diesen milliardenschweren Markt. Der brasilianische Unternehmer Mirow deckte in seinem Buch «Die Diktatur der Kartelle» Dutzende der Gangstermethoden der US-amerikanischen und deutschen Konzerne auf. Hier ein Beispiel:

1974 gab die BASF auf einem Hearing des Deutschen Bundestages zu Protokoll, dass sich die europäischen Düngemittelherzeuger mit Genehmigung der Regierungen zu zwei Exportkartellen zusammengeschlossen hätten. Dabei hatten sich die Firmen verpflichtet,

«... in den Geschäften ausserhalb Europas nur *gemeinsam* aufzutreten, *gemeinsam* in einen grossen Topf hineinzuwirtschaften und die beim Düngemittelexport anfallenden Gewinne entsprechend der Beteiligung der einzelnen Gesellschaften aufzuteilen.» (34)

Unerwünschte Konkurrenz wurde durch standardisierte Kampfmassnahmen – Dumping, Industriesabotage und Einfluss auf Regierungsbeschlüsse – niedergehalten.

Schon während der fünfziger Jahre hatte in Brasilien der Aufbau einer eigenen Düngemittelindustrie begonnen, die jedoch bald auf zunächst schwer erklärliche Widerstände stiess. Plötzliche Preiseinbrüche verhinderten eine zufriedenstellende Rentabilität. Das BASF-Kartell hatte zwischen 1968 und 1971 seine Überschüsse zu Billigstpreisen auf den brasilianischen Markt geworfen, die einheimischen Werke wurden «marktbereinigt», das heisst: geschlossen. 1974 präsentierten die Konzerne ihre Rechnung. Unter dem Vorwand die Ölkrise knöpften sie den Entwicklungsländern durch Überpreise einige hundert Millionen Dollar ab. Die Teuerung in Brasilien betrug innerhalb von fünf Jahren 290 Prozent (35). Das Kieler Institut für Weltwirtschaft stellte 1974 in einer Untersuchung fest:

«Durchweg überdurchschnittliche und zudem noch steigende Preise mussten die Entwicklungsländer Afrikas und Lateinamerikas für den deutschen Stickstoffdünger bezahlen.» (36)

Das blieb nicht ohne Folgen. 1975 sank in Brasilien der Kunstdüngerverbrauch um 10 Prozent, die Ernteerträge gingen entsprechend zurück, die Gewinne der Monopole stiegen. Mit solchen Methoden beugen die interna-

tionalen Monopole, trotz harter Konkurrenz untereinander, dem Aufkommen neuer Konkurrenten und dem Marktverlust vor.

81 Prozent der brasilianischen Chemieproduktion, 100 Prozent der Pharmaproduktion befinden sich heute in ausländischer Hand. Die BASF stieg früh wieder in Brasilien ein. 1955 wurde die BASF Brasileira gegründet, die heute 2 580 Beschäftigte hat. Dann wurde aufgekauft: 1968 die Productes Chimicos IndustriaesM. Hamers in Rio zu 100 Prozent sowie die Isopor und Isonor, beide führend in der Styroporverarbeitung. Über Glasurit besitzt BASF 60 Prozent der Glasurit Combilaca in Sao Bernardo, die Speziallacke für Autos herstellt (in Sao Bernardo sitzen VW und Daimler). 1969 wurden

<i>BASF-Brasiliëra</i>				
	1974	1975	1976	1977
Kapital	138,4	249,6 + 80 %	303,4 + 22 %	493,5 + 62 %
Investitionen	18,4	61,0 + 331,5 %	54,0 - 11 %	128,4 + 137 %
Umsatz	419,2	549 + 31 %	990 + 80 %	1 446,6 + 46 %
Belegschaft	2 217	2 005 - 11 %	2 290 + 14 %	2 580 + 12 %
Gewinn*	8,1	8,2 + 1,2 %	105,0 + 1 280 %	196,2 + 386 %
 <i>Glasurit do Brasil</i>				
Kapital	64,3	94,2 + 46,5 %	152 + 61 %	268,7 + 76 %
Investitionen	13,4	23,8 + 77,6 %	32 + 34 %	77,1 + 140 %
Umsatz	350,9	544,6 + 55,2 %	958 + 76 %	1 620,8 + 69 %
Belegschaft	1 227	1 332 + 8,5 %	1 465 + 10 %	1 795 + 22 %
Gewinn*	38,6	46,3 + 19,9 %	117,0 + 153 %	291,8 + 149 %
*offizielle Angaben, in Mio. Cruzeiros				

60 Prozent der Sunivil mit einem Marktanteil bei Farben von 20 Prozent übernommen, 1968 die Brastex-Polimo-Industriaes Quimicas (Lederhilfsmittel, Gerbstoffe). Auch bei Hoechst und Bayer ist die Expansion vor allem durch Aufkäufe brasilianischer Firmen vorangetrieben worden.

Die BASF hat bisher 200 Millionen in Brasilien investiert, bis 1982 sollen noch einmal 358 Millionen dazukommen. Die Hälfte des Lateinamerikageschäfts wird heute schon aus der dortigen Produktion bestritten. Während 1975 der Umsatz um 23 Prozent stieg, ging der Export aus der BRD um 44 Prozent zurück (37).

Ein Produktionsaufschwung kommt auch in Brasilien nicht den Arbeitern zugute. Trotz steigender Investitionen deutscher Firmen – über 400 sind bereits dort, neben den Deutschen Japaner, Amerikaner und Franzosen – steigt die Arbeitslosigkeit. Die Grossen haben das Kommando übernommen. 1971 gingen allein in Sao Paulo 3'248 kleine und mittlere Betriebe in Konkurs, 1972 waren es 4'777. Von diesen Firmen rissen sich ausländische Unternehmen 1971 insgesamt 701, 1972 778 Betriebe zu Spottpreisen unter den Nagel (38).

Die einheimischen arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetriebe sind der hochtechnisierten, billiger produzierenden ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen. Die hochentwickelte Technologie der Multis schafft nicht die notwendigen Arbeitsplätze, im Gegenteil! Sie vernichtet Arbeitsplätze! Und produziert wird nicht nach den Bedürfnissen der verarmten Bevölkerung. Was wäre daran schon zu verdienen! «Autos aus Gold für ein Volk ohne Schuhe»: so heisst es in Brasilien. Hoechst stellt u.a. Kosmetika her und Lacke für die Autos.

Ab 1973 wurden in Brasilien die Multis immer schärferer Kritik unterzogen. Der dem BDI angeschlossene Arbeitskreis Information (AKI) wurde aktiv. Ihm gehören Siemens, Bosch, Bayer, BASF, Hoechst, Krupp, Gutehoffnungshütte, Mannesmann und Mercedes Benz an. Wolfgang Schmidt, Vorstandsmitglied von Bayer, koordinierte turnusgemäss 1975/76 die Tätigkeit des AKI. Bernhard Plettner, Vorstandsvorsitzender von Siemens, schritt zur Tat. Im Februar 1974 eröffnete er in Rio de Janeiro die publizistische Gegenoffensive. Recherchierende Reporter erhielten Anweisungen: «Unsere Leser und Anzeigenkunden, von denen wir leben, interessieren sich nicht für folgende Themen . . .» (39). Einige Journalisten wurden inhaftiert. Kritischen Zeitungen wurden die Anzeigen entzogen. Im November 1975 wurde eine neue Verhaftungswelle gegen Journalisten in Gang gesetzt, der



Brasilianischer Terror: Elendsviertel in Sao Paulo; Verhörmethoden der Polizei



der angesehene Journalist Wladimir Herzog zum Opfer fiel. Sein Begräbnis wurde zur Demonstration.

So sieht der neue Kolonialismus aus. Brasilien ist formal unabhängig, aber im Land herrscht das internationale Kapital. Gegenüber dem früheren Raubkolonialismus haben sich nur die Methoden geändert. Die Verschuldung Brasiliens beim ausländischen Kapital wächst von Jahr zu Jahr. Da das faschistische Militärregime diese Anlagen schützt, wird es so verlässlich von der BRD-Regierung unterstützt: deutsche Kredite, deutsche Waffen, deutscher Schliff für brasilianische Offiziere in Bundeswehrhochschulen, deutsche Technologie für die brasilianische Atombombe. Die westdeutsche Regierung gehört zu den stabilsten Stützpfählern der brasilianischen Bourgeoisie.

Peru – Bayer-Arbeiter fordern Solidarität

Der Neokolonialismus, wie ihn immer stärker auch die BRD betreibt, unterscheidet sich in seinen Auswirkungen wenig vom alten Kolonialismus. Die Marionettenregierungen in vielen Entwicklungsländern haben dieselbe Funktion wie früher die Kolonialverwaltungen und Schutztruppen. Sie sichern die Ausbeutung der Reichtümer des Landes mitsamt der Werkstätten durch die Imperialisten.

So wurde in Peru mit Unterstützung und unter Beteiligung des Staates die Bayer Industrial S.A. (BISA) aufgebaut und von der peruanischen Regierung zur Industrie von «vorrangiger Bedeutung» erklärt. In den Ländern des Andenpakts besitzt sie jetzt die exklusiven Verkaufsrechte für Acrylfasern. Damit hat sich Bayer den ungestörten Zugang zu den Märkten in Chile, Bolivien, Peru, Ecuador und Kolumbien gesichert – und den Gewinntransfer. Bayer ist ausserdem durch Investitionen seiner kanadischen Tochter BAYFORIN mit zwei Fabriken in Peru vertreten.

Doch das peruanische Volk hält nicht still. Arbeiter und Bauern kämpfen gegen den Ausverkauf des Landes durch das Militärregime. Seit dem 2. Juli 1976 herrscht der Ausnahmezustand.

«Si es Bayer es bueno – wenn es Bayer ist, dann ist es gut»: so lautet der Werbeslogan für die peruanischen Bayerprodukte. Die Bayer-Arbeiter sehen dies freilich anders. Die Arbeitergewerkschaft der Bayer Industrial S.A. in Lima hat in einem Brief an ihre deutschen Kollegen von Bayer-Leverkusen die zunehmende politische Unterdrückung in Peru und vor al-

lem die schamlose Ausnutzung des Ausnahmezustandes durch den Bayer-Konzern hervorgehoben. Streikverbot, Lohnstopp, politische und Rationalisierungsentlassungen, Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit sowie polizeiliche und militärische Unterdrückung mit Massenverhaftungen, Folter und Todesfällen kennzeichnen die Situation in Peru. Der Terror schützt auch deutsches Kapital.

SINDICATO DE TRABAJADORES DE BAYER INDUSTRIAL S.A.

Anden
Generalsekretär der
Arbeitergewerkschaft von
Bayer-Leverkusen

Lima, den 10. 4. 1977

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

mit diesem Schreiben übermitteln wir Ihnen unsere solidarischen Grüße. Wir sind Gewerkschaftsführer der Arbeitergewerkschaft von BAYER INDUSTRIAL S.A. in Lima, Peru. Insgesamt sind in diesem Unternehmen 520 Arbeiter beschäftigt. Wir schreiben Ihnen, weil wir zum einen eine enge Beziehung mit Ihrer Gewerkschaftsorganisation herstellen und zum anderen von den verschiedenen Problemen berichten möchten, vor die wir uns gegenwärtig gestellt sehen.

Hier in Peru, einem unterentwickelten, vom US-Imperialismus dominierten Land mit einer Militärregierung, die nichts anderes als die Marionette dieser ausbeuterischen Polypen ist, durchleben wir zur Zeit eine schwere Wirtschaftskrise. Es wurde der Ausnahmezustand verhängt, nicht einmal die grundlegenden demokratischen Rechte werden respektiert, Repression und Folter stehen auf der Tagesordnung. Ebenso politische Morde. Wir dürfen nicht streiken, unsere Löhne und Gehälter wurden eingefroren.

Dies ist die eine Seite der Situation, in der wir uns befinden. In Bayer Industrial S.A., dem multinationalen Unternehmen mit deutschem und kanadischem Kapital, wird uns Tag für Tag eine höhere Produktionsleistung abgepresst, die Maschinen stehen keine Minute still, denn wenn das der Fall wäre, würde man uns nach dem neuesten Gesetz D.S. 011-76-TR, das Arbeitsministerium und Unternehmer gemeinsam zu verantworten haben, der «Sabotage» oder «Minderung» der Produktion beschuldigen. In der Zeit vom 1. Januar 1977 bis heute wurden in Bayer Industrial S.A. sechs Arbeiter willkürlich und ohne jede Erklärung entlassen. Alle sechs sind Familienväter, die Ernährer bescheidener Haushalte und schulpflichtiger Kinder. Ohne Arbeit ist die Lage dieser Familien extrem kritisch.

Ende Juni dieses Jahres soll ein neues «Arbeitsplatzschutzgesetz» (Ley de Estabilidad Laboral) erlassen werden, das es den Unternehmern ermöglichen wird, 10 Prozent des Personals zu entlassen. Unsere Lohnforderungen hatten wir

im Juli 1974 eingereicht, aber am 19. Oktober wurden sie vom Arbeitsministerium verweigert. Damit wurden wir unserer gerechten Forderung beraubt: Familienunterstützung, Schichtvergütung, Lebensmittelhilfe, Weihnachtsgratifikation und Vergütung für die nationalen Feiertage. Die Unternehmensleitung profitiert bei diesen Entlassungen von dem Ausnahmezustand.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, wir denunzieren vor ihrer Gewerkschaft diese politische, soziale und ökonomische Situation, in der wir uns befinden. Die geheiligten Rechte der Arbeiter werden von den Unternehmern verletzt, d.h. der 8-Stunden-Tag, das Streikrecht, die Vorlage von Lohnforderungen, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Recht, Vollversammlungen durchzuführen und uns politisch zu organisieren. Wir bitten Sie, diese unsere Situation in ihren Veröffentlichungen zu berücksichtigen und Ihren Protest zu erheben gegen diese Angriffe auf die Arbeiterschaft, gegen die Verfolgung von Sozialkämpfern und Gewerkschaftsführern, die verhaftet wurden und noch im Gefängnis sitzen, die deportiert wurden oder einfach verschwunden sind. Obwohl Peru Mitglied der Vereinten Nationen ist, werden hier in unserem Land die Menschenrechte ständig missachtet.

Wir hoffen, dass diese unsere Sorgen und Probleme Ihr Gehör finden werden und dass wir auf diese Weise mit Ihnen in brüderlichem Kontakt verbleiben können. Denn es darf nie vergessen werden, dass auch die Arbeiter in Deutschland unsere Klassenbrüder sind.

Mit solidarischen Grüßen:

gez. gez. gez.

Secretario General Sec. Defensa Sec. Organizacion (40)

Dieser Brief ist ein eindrucksvolles Dokument. Mehr als jede Analyse reisst er dem deutschen Monopolkapital die Maske vom Gesicht. Dem süßen sozialen Gerede von Entwicklungshilfe, mit dem die Bosse ihren Kapitalexpert rechtfertigen wollen, stellt er die bittere Wahrheit gegenüber: Wenn es der Profit verlangt, nehmen sie den Arbeitern die letzten Rechte.

Auch die peruanische Regierung kann sich bundesdeutscher Regierungsunterstützung sicher sein. Die SPD wickelt dies u.a. über ihre aussenpolitische Zentrale, die Friedrich-Ebert-Stiftung, ab. Anfang November 1976 reiste der Vizepräsident der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) und Mitglied des Verwaltungsrates der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hoffmann, durch Peru. Er lobte die Regierung. Die peruanische Presse strich das gross heraus: Sogar die grossen internationalen Banken (BfG) und sozialdemokratischen Institutionen – die BfG wurde ausdrücklich als Gewerkschaftsbank vorgestellt – billigen und unterstützen gerade jetzt den Kurs von Peru.

Bayer Industrial S.A., Lima/Peru			(in Millionen Sol)
	Kapital	Belegschaft	Umsatz
1975	364	610	960
1976	568 (+ 56%)	657 (+ 8%)	1 717 (+ 78,9%)
1977	920 (+ 62%)	639 (-2,7%)	2 382 (+ 38,7%)

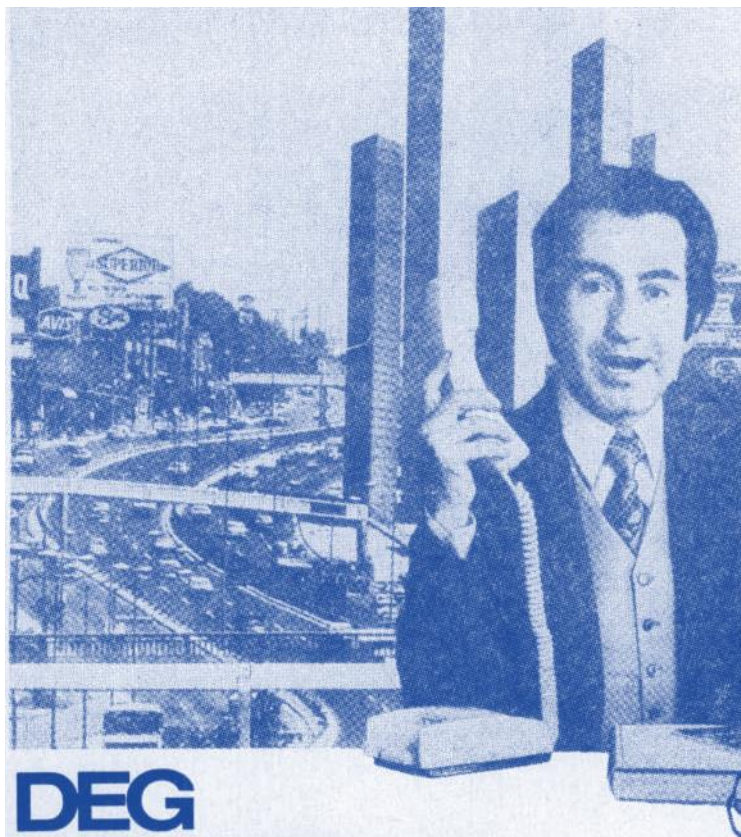
Dieser imperialistische Kurs von SPD und Regierung wird von der rechten Gewerkschaftsführung voll unterstützt. Der DGB-Vorstand scheut selbst vor offener imperialistischer Propaganda nicht zurück. In einem DGB-Info von 1976 «Wem hilft die Entwicklungshilfe?» heisst es:

«Mit unserer Unterstützung wird die Dritte Welt stärker. Und das stärkt wiederum uns . . . Die meisten Menschen in der Dritten Welt können sich aus eigener Kraft nicht helfen . . . Um ihre Wirtschaft aufzubauen, brauchen die Entwicklungsländer unser Kapital und unser technisches Wissen, unsere Maschinen und Waren . . . Entwicklung – das ist die Pille, die hilft.» (41)

Die peruanischen Bayer-Arbeiter müssen diese Pille täglich schlucken – für sie heisst sie Terror. Sie können sich wirklich nur aus eigener Kraft helfen, und das tun sie auch. Der Ausnahmezustand, gebräuchliches Unterdrückungsmittel der Regierungen von Entwicklungsländern, führte seit 1976 zu immer heftigerem Widerstand. Der landesweite Generalstreik vom 19. Juli 1976 wurde zu 95 Prozent befolgt; in Lima, wo über zwei Drittel der Industrie konzentriert sind, standen alle Räder still. Polizei, Heer und Marine wurden eingesetzt, es kam zu blutigen Kämpfen. Doch die peruanischen Arbeiter lassen sich nicht entmutigen. Am 22./23. Mai 1978 setzten sie sich erneut mit einem Generalstreik gegen die unerträglichen Lebensbedingungen zur Wehr. Er forderte 60 Tote, 5'000 Menschen wurden verhaftet.

Aber die Arbeiter kämpfen weiter. Sie kämpfen um ihre Rechte gegen dieselben Herren wie die deutschen Arbeiter. Über Tausende von Kilometern hinweg sind deutsche und peruanische Arbeiter Verbündete.

«Take advantage – invest in Latin America. Join us»



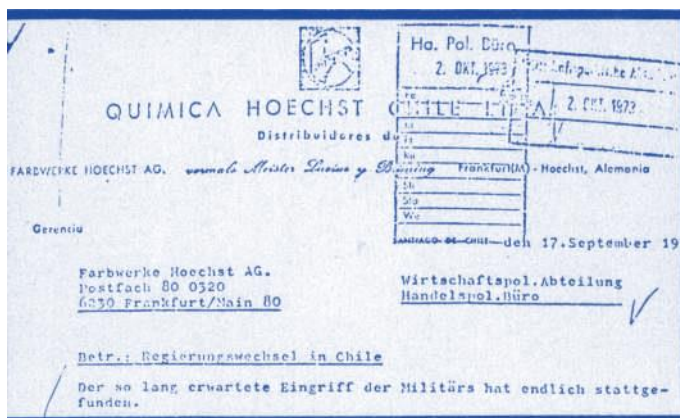
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT (ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT) MBH

Belvederestr 40, Post. 450340, 5000 Köln 41, Tel Durchw. (02 21) 4986-396, FS 8881 949

«Nützen Sie den Vorteil – investieren Sie in Lateinamerika». Die DEG gehört zu 100 Prozent dem Bund – ein Staatsunternehmen zur Organisation und Subventionierung der imperialistischen Expansion

Chile – Arbeiterblut fließt, die Investitionen steigen

Nach dem blutigen Militärputsch in Chile vom September 1973 stand neben den US-Konzernen auch Hoechst am Pranger der Weltöffentlichkeit. Ein Brief wurde bekannt, der alte IG Farben-Traditionen ans Licht bringt. «Wirtschaftspolitische Abteilung – Handelspolitisches Büro» steht in dem Briefkopf. Die Gedanken springen 40 Jahre zurück! 1943: Die IG Farben-Bosse jubelten über Höchstprofite, erzielt aus dem Schweiß und Blut von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. 1973: Die Hoechst-Filiale in Chile schickte einen Brief nach Frankfurt, der die Bosse dort wieder zum Jubeln brachte: «Wir sind überzeugt davon, dass sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten . . . Führung sehr bald erholen wird . . . Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein . . . (42).



Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. Am 11.9. morgens um 8 Uhr kreisten ... (es folgt eine kurze Schilderung der Putschereignisse).

Am 13.9. abends stand bereits einwandfrei fest, dass der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben – wir schätzen 2-3'000 Tote – gelungen war . . .

Wir sind der Ansicht, dass das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und dass es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde . . .

Soviel sich aus den ersten Aktionen und Mitteilungen der Militär-Junta entnehmen lässt – wir schliessen dies auch aus anderen uns bekannten Quellen – wird diese eine Politik verfolgen, die zwischen dem brasilianischen und dem peruanischen Modell liegt, wobei die Sympathien weit mehr nach Brasilien tendieren, während das Erbe der Volksregierung nolens volens (ob sie wollen oder nicht – d. Verf.) zu einer gewissen Ausrichtung nach dem peruanischen Vorbild zwingen wird . . .

Wenn die «Volksregierung» auch in den drei Jahren ihrer Existenz das Land in jeder Hinsicht – moralisch, wirtschaftlich und sozial – in Grund und Boden gewirtschaftet hat, so sind wir, was die Regenerierungsfähigkeit des chilenischen Volkes und damit auch der Wirtschaft des Landes anbelangt, durchaus optimistisch. Wir sind überzeugt davon, dass sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflussten Führung sehr bald erholen wird. Die Substanz des Volkes ist eine der Besten Lateinamerikas; das hat auch der wirklich heroische Widerstand der Zivilbevölkerung und ganz besonders der chilenischen Frau gegen das marxistische Regime bewiesen. Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind und die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen. Neun Jahre sozialistischer Regierung – wir rechnen die sechs Jahre der Präsidentschaft Frei mit hinzu – haben das Land andererseits in sozialer Hinsicht stärker weiterentwickelt als der grösste Teil der Länder der westlichen Welt und die letzten Überreste einer feudalen Epoche zum Verschwinden gebracht. In wirtschaftlicher Hinsicht ist diese Entwicklung von besonderem Gewicht, da die Konsumkraft des Arbeiters auf dem Land und in der Stadt stark gewachsen und zu einem wichtigen Faktor der Wirtschaft geworden ist. Chile wird in Zukunft ein für Hoehster Produkte zunehmend interessanter Markt sein . . .

Wichtig erscheint uns auch die günstige Entwicklung des Kupferpreises, des weitaus wichtigsten Exportartikels des Landes. Unter normalen Umständen würde Chile heute über ein Exportvolumen von über US Dollar 2 Mrd. gegenüber einem Importbedarf von nur US Dollar 1,2 – 1,4 Mrd. verfügen. Wenn es der Militärregierung gelingt, die Kupferproduktion wieder anzukurbeln, dürfte sich die Devisenlage des Landes sehr bald günstig gestalten.

Die nächsten Wochen werden der Militärregierung schwere Probleme bringen. Wir schätzen, dass noch ca. 25% der erwachsenen Bevölkerung, dies sind immerhin eine Million Personen, von denen die Hälfte in Santiago lebt, mit dem Regierungswechsel in keiner Weise einverstanden sind und bei denen sich immer noch ein stattliches Arsenal von Waffen befinden dürfte. Es ist daher noch für längere Zeit mit Sabotageakten aller Art zu rechnen, und eine tatsächliche Beruhigung der Situation wird noch lange nicht ein treten. Drei Jahre Hetzpropaganda und Gehirnwäsche nach den modernsten psychologischen Methoden können nicht in wenigen Tagen oder Wochen wieder ausgelöscht werden.

Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente. Das Regime hat sich wie kein anderes durch Korruption, Sektierertum, Unfähigkeit und Präpotenz (Überheblichkeit – d. Verf.) ausgezeichnet. In diesen drei Jahren ist wirklich nichts Positives geschafft worden, aber dafür wurden dem Volk Versprechungen gemacht, die unerfüllbare Ambitionen und Wünsche hervorriefen, und zwischen den Chilenen wurde Hass und Zwietracht in nie gekanntem Ausmass gestiftet. Das günstige Bild, das Allende im Ausland genossen hat, ist der geschickten Propaganda seiner «Volksregierung» zu verdanken.

Mit freundlichen Grüßen

P.P QUIMICA HOECHST CHILE LTDA

gezeichnet:

(Name nicht zu identifizieren)

Die brutale Unterdrückung des Volkes, Folter und Mord interessieren die Monopolherren nicht, sie werden mit keinem Wort erwähnt. Im Gegenteil. Was Beachtung findet in den Konzernzentralen, das sind die faschistischen Methoden der Militärdiktatur. Denn sie führen zu «interessanten Märkten», das heisst, zu Möglichkeiten, wieder Maximalprofite zu erzielen.

Alle drei IG Farben-Nachfolger sind in Chile vertreten. Die BASF ist an drei Firmen beteiligt: an der Aislantes Aislapol S.A.C., der Polimeros Nacionales S.A.C. und an der BASF Aniquimica Ltda. Bayer betreibt über seine kanadische Tochter Bayforin zwei kleinere Firmen und besitzt 90 Prozent der Industrias Quimica Andinas Ltda., die ein Kapital von 3,2 Millionen DM hat. Hoechst ist zu 60 Prozent an einer Trevira-Fabrik beteiligt, die einen Wert von 12,8 Millionen DM hat.

Für die Schaffung geeigneter Bedingungen für den Profit setzen sie ihren Staat ein. Die Regierung Pinochet in Chile erhält von der SPD/ FDP-Regierung in Bonn die Unterstützung, die der Regierung Allende versagt wurde. Sie bekommt Kredite und Waffen und kann Offiziere zur Ausbildung in die Bundeswehr schicken.

In das wiedergewonnene Ausbeuterparadies Chile haben die westdeutschen Kapitalisten Vertrauen:

«Die veränderte politische Situation hat es möglich gemacht, dass ausländisches Kapital wieder seinen Weg ins Land findet.»

So stand es 1976 in der «Chemischen Industrie», der Zeitschrift des Chemiekapitals (43).

Der Anlagewert der deutschen Investitionen in Chile steigerte sich in nur zwei Jahren von 245 Millionen DM im Jahr 1973 auf 425 Millionen DM 1975 (44).



Der Putsch in Chile, 1973, angezettelt von den Imperialisten.

1. Mai 1978: Das chilenische Volk kämpft weiter; Verhaftungen auf einer Mai-Demonstration



Südafrika und Vietnam – IG Farben-Gift gegen Befreiungsbewegungen

Auch im Ausbeuterparadies Südafrika sind die IG Farben-Nachfolger vertreten. Eine rechtlose, unterdrückte schwarze Arbeiterklasse garantiert ihnen Riesenprofite. 55 Prozent der bei der BASF South Africa (PTY) Ltd. angestellten Arbeiter werden unter der sogenannten «Minimum Poverty Line», dem Existenzminimum, bezahlt (45).

Doch das weisse Rassenregime in Südafrika ist seit Jahren in immer schwerere Kämpfe verwickelt. Die schwarzen Südafrikaner fordern ihre Rechte, treten mit Streiks und Aufständen unüberhörbar für das Ende der weissen Vorherrschaft ein. Das ruft natürlich die grossen Industriestaaten auf den Plan, die um ihre Investitionen und riesigen Profite bangen. Auch die Chemiekonzerne stehen nicht zurück, wenn es gilt, die weissen Rassen gegen die schwarze Mehrheit aufzurüsten. So erklärte die südafrikanische Regierung schon 1963 ihre Absicht, ihre in Entwicklung befindlichen Raketen mit Giftgasbehältern zu bestücken. Prof. L.J. Le Roux sagte am 6. November 1963:

«Der südafrikanische Rat für Kriegsforschung erachtet die chemische und biologische Kriegsführung nicht länger als untunlich . . . Eine besondere Gruppe von Wissenschaftlern hätte solche Gase wie Tabun, Sarin und Soman studiert, die in Nazi-Deutschland entwickelt worden sind . . . Einige dieser Gase wurden zu Kriegsende in grossen Mengen in Deutschland hergestellt, aber es war damals (so meint Le Roux – d. Verf.) zu spät, um sie wirkungsvoll einzusetzen.» (46)

Die südafrikanische Spezialistengruppe, die diese Forschungen aufgriff und fortführte, wurde von ehemaligen IG Farben- und Wehrmachtsspezialisten geleitet. Die notwendigen Lizenzen stellte Bayer dem südafrikanischen Regime zur Verfügung (47). Le Roux gab weiter bekannt:

«Diese Gase sind zehnmal giftiger als jedeweder andere bekannte Stoff. Die gefährlichsten von ihnen sind geruchlos und können aus der Luft wie ein Insektengift versprüht werden . . . Diese Gifte können in grosser Menge durch Flugzeuge und Langstreckenraketen befördert werden, und sie können eine vernichtende Wirkung haben, die einer 20-Megatonnen-Atombombe ähnlich ist.» (48).

In den sechziger und siebziger Jahren war die Welt erschüttert über den totalen Vernichtungskrieg, den die USA gegen das vietnamesische Volk führten – auch mit Giften aus IG Farben-Labors. Das allerdings wurde peinlich zu verheimlichen versucht. Bayer verkaufte den USA mehrere Patente

für die Herstellung chemischer Kampfstoffe. Über eine ihrer USA-Filialen, die Chemargo Corporation in Kansas City (Missouri), lieferte die Bayer AG auch direkt Giftstoffe, die vom US-Chemical-Corps angewendet wurden. Solche «Vietnam-Gase» entwickelte das Bayer-Forschungszentrum von Wuppertal-Elberfeld unter dem Direktor der Abteilung für Giftkunde, Dr. Cross, sowie dem Direktor Prof. Dr. Wirth, Dr. Schrader und Dr. Otto Ambros. Im blutigen «Vietnam-Geschäft» verdiente auch BASF über ihre drei Tochtergesellschaften in den USA und über zwei amerikanische Filialen.

Umfassend informierte die Londoner Zeitschrift «Eastern World» in ihrer Juli/August-Ausgabe 1966 über die westdeutsche Beteiligung am Giftkrieg der USA:

«So wurde eine Vereinbarung getroffen, mehrere Sachverständige der Farbwerke Hoechst AG nach den USA zu entsenden und den USA die notwendigen Unterlagen und Angaben für die Herstellung tödlicher Gase vom Typ Zyklon B zu überlassen . . . Die amerikanische General Aniline and Film Corporation spielte die Rolle des Mittelsmannes zwischen den drei Firmen, auf die die Rechte der IG Farbenindustrie übergegangen sind, und den grossen amerikanischen Chemiegesellschaften. Vor dem Krieg war die General Aniline ein Zweigunternehmen der IG Farben. Da die (West-)Deutschen der Möglichkeit beraubt sind, bei sich eine umfangreiche Produktion chemischer und bakteriologischer Waffen zu entfalten, tun sie dies in anderen Ländern. So benützen die Bayer-Werke AG und die Farbwerke Hoechst auf der Grundlage eines Abkommens mit der amerikanischen und spanischen Regierung ihre Aktienbeteiligungen an den Chemiegesellschaften Spanish Cross und Fabricacion Nacional Colorantes Y Explosivos S.A. in Barcelona, um gewisse Kampfgase herzustellen, die dann von den USA-Truppen in Vietnam eingesetzt werden. Die Bayer-Werke haben in Südafrika in der Nähe von Johannesburg eine Fabrik zur Herstellung von Kampfgasen gebaut . . . Gemeinsam mit ihren amerikanischen Kollegen sind die deutschen Experten dabei, im Laboratorium der US-Armee für chemische Forschung in Edgewood, im Forschungszentrum für bakteriologische Kriegführung in Camp Detrick (Maryland) sowie in anderen Institutionen neue Typen von chemischen Waffen zu entwickeln und die Methoden ihrer Anwendung zu verbessern . . . Ausserdem wurde kürzlich dem US-Büro für chemische und bakteriologische Planung in Saigon eine Gruppe westdeutscher Chemiker und Bakteriologen beigegeben, obwohl sie offiziell als Angehörige des Westdeutschen Lazaretschiffes für Südvietsnam geführt werden.» (49)

Mit der Lieferung chemischer Kampfstoffe und dem Einsatz von Giftexperten beteiligten sich die Nachfolgekonzerne der IG Farben und die Bonner Regierung an den schwersten Kriegsverbrechen der US-Aggressoren. Diese setzten vor 1967 gegen befreite Gebiete Südvietsnams bereits acht chemische Giftstoffe sowie Gasbomben ein. Das Ziel dieser barbarischen Methode: Menschen und Tieren den Tod oder qualvolles Siechtum zu bringen und gleichzeitig – wie die



Napalm

*Chemische Kampfstoffe im Einsatz gegen
Land und Menschen in Vietnam*

*Doch das vietnamesische Volk nahm
den Kampf auf und verjagte die USA-
Imperialisten*



USA-Zeitschrift «Newsweek» bereits am 27. November 1961 eingestand – «Reisfelder vergilben zu lassen und jede Ernte auf der Stelle zu vernichten.»

Auf 26 Provinzen Südvietnams – das sind drei Viertel des Landes – wurde 1965 der amerikanische Giftkrieg ausgedehnt. Jede amerikanische Einheit war zu gleichen Teilen mit Feuerwaffen und Gas ausgestattet.

Doch der Einsatz von noch so grausamen Waffen und monatelanges Flächenbombardement konnten das vietnamesische Volk nicht in die Knie zwingen. Das vietnamesische Volk kämpfte heldenhaft für seine nationale Unabhängigkeit – und mit Jubel begrüßten alle fortschrittlichen Menschen in der Welt seinen Sieg.

Und so wird es den Imperialisten nach und nach überall ergehen, in Südafrika, Peru oder Brasilien – die Arbeiter und Bauern werden sie verjagen und ihr eigenes Leben aufbauen.

Friedliche Ostpolitik – Ansprüche auf das Ostvermögen der IG Farben

Es widerspräche der Imperialistenlogik der IG Farben-Nachfolger, wenn ihre verlorenen Betriebe, ihre alten Absatzmärkte und Rohstoffquellen östlich der BRD-Grenzen sie kalt liessen. Aber war es nicht gerade die friedliche Ostpolitik der SPD-Regierung in den siebziger Jahren, die solchen Revancheplänen einen Riegel vorschob? Soll man denn an den ehrlichen Absichten der Politiker zweifeln, wenn alle immerzu vom Frieden reden, wenn alle internationalen Konferenzen «Friedens»konferenzen sind? Bekam nicht Willy Brandt als Bundeskanzler den Friedensnobelpreis gerade für seine «Verständigung mit dem Osten»?

Zur Entspannungspolitik bekennen sich alle Kriegstreiber. Wenn die Herren vom Frieden reden, bereiten sie den nächsten Krieg vor – die Geschichte ist ein blutiger Lehrmeister. Vom Frieden reden sie, damit die Werktätigen ihre Kriegsvorbereitungen nicht durchschauen. Vor der Operation erfolgt die Narkose.

Und diese Narkose hat gewirkt. Millionen Deutsche haben geglaubt, nach der Ratifizierung der Ostverträge sei der Frieden ein Stück näher gerückt. Sie glaubten, jetzt sei die Kriegsgefahr beseitigt. Das wäre für die Werktätigen eine gute Sache! Aber sie wurden durch die SPD-Friedenschalmeien betrogen. Denn gerade bei dieser «Friedens»politik finden wir die IG Farben-Nachfolger an vorderster Front.

Und das macht uns wachsam: Von welchem Interesse werden diese Ost-Friedenspolitiker wirklich getrieben?

Gehen wir zunächst 25 Jahre zurück. Schon 1952 sassen die IG Farben-Osteroberungsexperten wieder an entscheidenden aussenpolitischen Stellen: Haberland, ab 1943 Leiter von Bayer Leverkusen, nach 1945 Vorsitzender des Vorstands von Bayer Leverkusen, Elberfeld, Dormagen, Uerdingen und Agfa, sass in Erhards Aussenhandelsbeirat. Die anderen Posten der IG Farben-Vertreter im Auswärtigen Amt vervollständigen das Bild. Die Linie war klar: Es sollte ein Bollwerk gegen das damals noch bestehende sozialistische Lager aufgebaut werden. Menne (Hoechst) reiste mit den Konzernvertretern Vogel und Reusch 1951 in die USA, um «insbesondere das Problem eines deutschen Verteidigungsbeitrages durch persönliche Verhandlungen in Washington und New York aufzuhellen» (50). Menne sass im Beratungsausschuss des ersten Kriegswirtschaftsplanes, genannt Schumannplan. 20 Jahre später: Menne gehörte zu den Verfechtern der Brandtschen Ostpolitik.

Adenauer, Sinnbild der deutschen Revanchepolitik, führte 1954 in einer Rede vor dem BDI aus:

«Und wir Deutsche, wir müssen den Damm gegen Sowjetrussland bilden. Wir müssen eine innere Verteidigungsfront errichten, und wir müssen beteiligt werden an dem Aufbau der äusseren Verteidigungsfront ... Sie (die dort versammelten Kapitalisten – d. Verf.) sind diejenigen, die führend im kalten Krieg gegen Sowjetrussland stehen müssen!» (51)

Auch die SPD spurte. Im Parlament führte sie heisse Schaukämpfe gegen die CDU, hintenherum war man sich einig – schon 1951: Ollenhauer, zweiter Vorsitzender der SPD,

«. . . berichtete in Bonn nach einer fast dreiwöchigen Informationsreise durch die USA, dass die Amerikaner absolut entschlossen sind, eine unerhörte Anstrengung im Interesse der Aufrüstung auf sich zu nehmen. Wesentlich ist, dass das deutsche Volk durch die Gesamtheit der amerikanischen Handlungen zu der Überzeugung kommt, dass die Amerikaner im Ernstfall Europa so weit östlich wie möglich verteidigen wollen.» (52)

Diese revanchistische Ostpolitik nahmen die Kapitalisten zum Teil persönlich in die Hand. 1952 wurde auf Empfehlung der Bundesregierung der «Ostausschuss der deutschen Wirtschaft» gegründet. Menne (Hoechst) wurde stellvertretender Vorsitzender. Auf Grund der reaktionären «Hallsteindoktrin» hatte die BRD keine diplomatischen Beziehungen mit Ländern, die mit der DDR diplomatische Beziehungen unterhielten. So wurde der Ostausschuss mit allen Hoheitsvollmachten ausgestattet: Er war Regierung. Von Seiten der osteuropäischen Länder wurde der Ostausschuss als

alleiniger Gesprächspartner aus der BRD anerkannt, er schloss Verträge und gründete eigene Vertretungen. Doch die Kapitalisten erreichten ihr Ziel, das damals noch sozialistische Lager aufzuweichen und die DDR zurückzuerobern, nicht. Sie bissen sich die Zähne aus. Die sozialistischen Länder betrieben einen Warenaustausch auf Gegenseitigkeit. Sie blieben unabhängig vom Westkapital und warnten unermüdlich die Völker der Welt vor dem neuerstarkenden deutschen Imperialismus. Auch die Isolationspolitik der BRD scheiterte schliesslich, sie musste normale diplomatische Beziehungen aufnehmen. Dem BDI tat das keinen Abbruch:

«Aktivität, Initiative und Einfluss des Ostausschusses . . . werden nicht gemindert durch die Tatsache, dass er nach der Aufnahme von amtlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern die Verhandlungs- und Delegationsführung an Vertreter der Bundesregierung abgab» (53).

Die Aktivität der BRD-Monopole zeigte Erfolge. Am 27. Januar 1971 konferierte der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, mit dem sowjetischen Aussenhandelsminister Patolitschew in Moskau über die Errichtung deutscher Firmenvertretungen. Zwei Tage später verhandelte eine grosse Kapitalistendelegation aus der BRD, der unter anderen Timm von BASF, Hansen von Bayer und Sammet von Hoechst angehörten, auf höchster Ebene mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin; BRD-Boschafter Allard «war anwesend» (54). Und als 1973 Wirtschaftsminister Friderichs einen Staatsbesuch bei Kossygin machte, wurden schon nach einer halben Stunde die Monopolvertreter Beitz, Hansen und Wolff von Amerongen hinzugezogen (55). Stahl und Chemie waren federführend in Moskau – 30 Jahre nach 1943.

Offene Eroberungs- oder Rückeroberungspläne waren nach 1960 nicht mehr aktuell. Die neue Taktik hiess: schrittweise in die Märkte Osteuropas eindringen; wirtschaftliche Abhängigkeiten schaffen durch Kredite, Technologie-Transfer und Beteiligung an dortigen Betrieben, den ideologischen Zersetzungsprozess beschleunigen durch Export der dekadenten Kultur des kapitalistischen Westens. Die Ostpolitik der BRD wurde wie die Nazi-deutschlands von den Monopolen gemacht.

Aber warum konnte der deutsche Imperialismus so rasch wieder seine Krallen in die osteuropäischen Märkte schlagen? Warum gab es keinen Widerstand? Der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) erklärte das 1968 so:

«Die ökonomische Wirtschaft in den RGW-Ländern (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe – d. Verf.) Osteuropas . . . stand auch im letzten Jahr vor allem im Zei-



Ostpolitik real: Die Kapitalisten sind immer dabei. Breschnew begrüsst den Krupp-Chef Beitz im Mai 1973. Dreissig Jahre zuvor war Krupp auf Eroberungsfeldzug in der Sowjetunion

chen der ‚Wirtschaftsreformen‘ . . . und haben 1967 Änderungen des Wirtschaftsdenkens sowie der Wirtschaftspraxis von zum Teil recht weitgehender Bedeutung durchgeführt bzw. eingeleitet.» (56)

In den RGW-Ländern werde jetzt «das Gewinnstreben (manchmal mit materiellen Anreizen’ oder ‚Kalkulation’ umschrieben), das bisher als ausbeuterisch verurteilt wurde, als eine der menschlichen Natur innewohnende Eigenschaft» anerkannt. Mit Freude erkannten die westdeutschen Monopole ihre eigene ‚menschliche‘ Natur wieder. Denn Tatsache war: Nach dem XX. Parteitag (1956) der KPdSU, nach dem Machtantritt Chruschtschows begann die Sowjetunion revisionistisch zu entarten – revidierte alle wesentlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, errichtete die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie und wandelte sich zu einer imperialistischen Supermacht.

Der BDI zeigte sich befriedigt über die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den RGW-Ländern. Die neue Bürokratenklasse, die dort herrscht und die sich durch die vom BDI wohlwollend registrierten Wirtschaftsreformen die Betriebe unterworfen und die sowjetische Arbeiterklasse rechtlos gemacht hat, war ein angemessener Partner im Schacher um Märkte und Maximalprofite geworden.

Seitdem sind die Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion solche der Konkurrenz zwischen zwei Imperialisten. Die revisionistischen Führer der RGW-Länder mussten ihren Völkern klarzumachen versuchen, warum die faschistischen Besatzer von 1940 nun wieder ihr Kapital im Bereich des RGW anlegen durften und warum sie um riesige Kredite angebetelt wurden. Die BRD-Imperialisten hatten ebenso grosses Interesse daran, dass die wirklichen Ziele ihrer neuen Ostpolitik verborgen blieben. Mit einem Riesenaufwand von staatlicher und Parteipropaganda wurde der Konkurrenzkampf als Friedens- und Entspannungspolitik verkauft. Die neuen Herren in der Sowjetunion stoppten die Aufklärung über die aggressiven Absichten des neuen deutschen Imperialismus, machten ihn in vielen Ländern wieder vertrauenswürdig. Mit ihrer Unterstützung kam Willy Brandt zu seinem Friedensnobelpreis.

Am 19. Mai 1971 wurde der IG Farben-Nachfolger Hoechst als erstes deutsches Unternehmen mit einer eigenständigen Vertretung in Moskau akkreditiert. Wie Friedensmissionare wurden die Chemie- und Stahlbosse damals in Osteuropa empfangen.

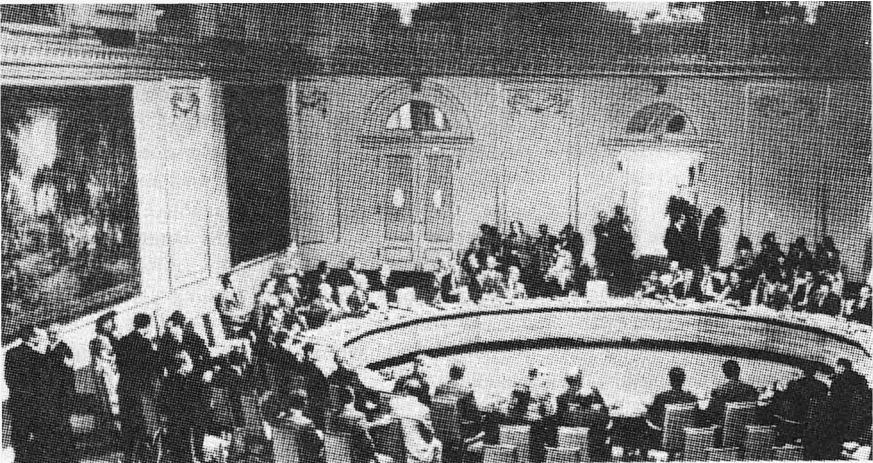
Die von Moskau abhängige DKP schoss 1972 den Vogel in diesem betrügerischen Friedensrummel ab. Sie ernannte deutsche Monopolkapitalisten, die mit der Sowjetunion Geschäfte machen wollten, kurzerhand zu antimonopolistischen Friedenskämpfern:

«Krupp-Arbeiter und -Manager für Ratifizierung der Verträge . . . Mit 53 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft ... ist Krupp-Bevollmächtigter Beitz für die Annahme der Verträge . . . Das zeigt die Breite der Bewegung ... Es gibt bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine (!) gesellschaftliche Schicht mehr, die sich nicht mehrheitlich (!) für die Ratifizierung engagiert hat.» (57)

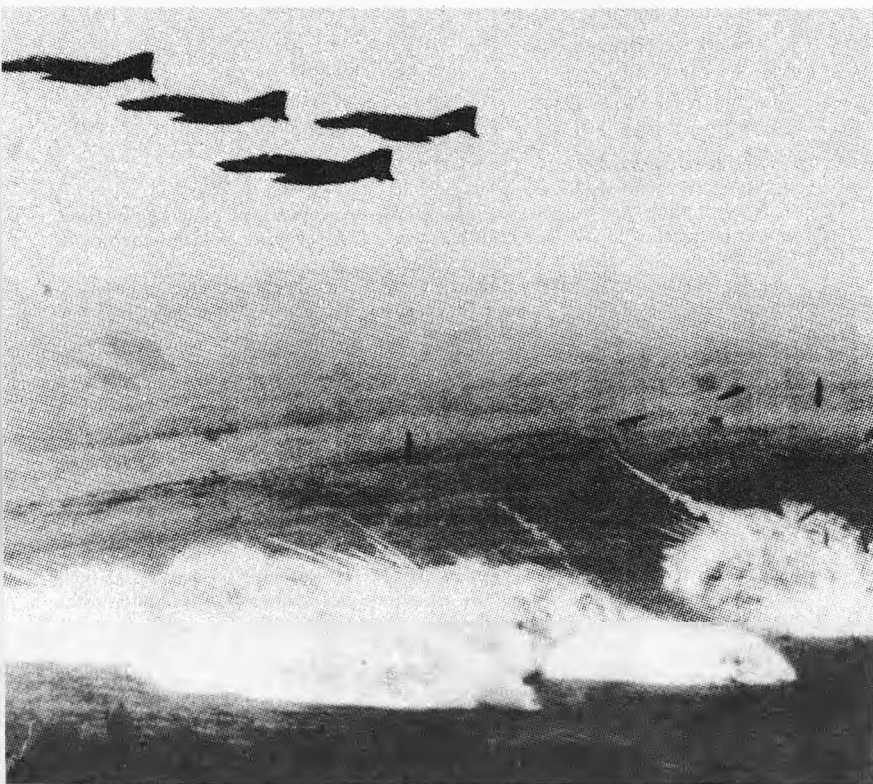
Arbeiter und Bosse gemeinsam für den Frieden, das war beste rechtssozialdemokratische Klassenversöhnungspolitik. Krupp-Arbeiter mit Krupp-Bossen, BASF-Arbeiter mit BASF-Bossen – ein Ziel, den Frieden? Nein: eine abgefeimte Betrugskampagne, die dem deutschen Imperialismus den Boden für seine Expansion bereiten half.

Die Friedensheuchelei des deutschen Imperialismus und seiner Helfer ist ein Schritt auf dem Weg zu alten revanchistischen Zielen. Lassen wir weitere Tatsachen sprechen, die von den bürgerlichen Parteien bis hin zur revisionistischen DKP verschwiegen werden!

In Frankfurt existiert sie immer noch, die *alte* IG Farben – mit dem Zusatz «in Abwicklung» (i. A.), denn sie soll «liquidiert» werden. Das dauert nun schon 30 Jahre. Aufsichtsratsvorsitzender ist heute Johannes Zahn, von



In schönen Sälen werden Friedensreden gehalten, während die Truppen den Krieg üben. Wiener Verhandlungen der NATO und des Warschauer Paktes über Truppenverminderung; Phantom-Jagdbomber der Bundeswehr beim Napalm-Abwurf



1935 bis 1937 Geschäftsführer des deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen, anschliessend Prokurist und Abteilungsleiter der Reichskredit AG. Im Hitlerschen Raubkrieg verwaltete er im okkupierten Belgien englische und amerikanische Banken. In alten Geschäftsberichten der IG Farben i. A. liest man, dass «die Liquidation erst mit der Wiedervereinigung Deutschlands abgeschlossen werden kann.» Und davon träumen sie: «In jedem Fall wird den Aktionären alles zugute kommen, was einmal an Ostvermögen zurückfällt.» (58)

Im «Handbuch der Aktiengesellschaften» führen sie jedes Jahr ihren Ostbesitz auf; so auch 1977:

Ostwerte

Werke der IG in der sowjetischen Besatzungszone: Schkopau, Bitterfeld, Wolfen-Film, Wolfen-Farben, Berlin-Lichtenberg, Premnitz, Stassfurt

Die wesentlichen Beteiligungen:

	Kapital	IG-Anteil %
Ammoniakwerk Merseburg GmbH i. L., Frankfurt	DM 5 000 000	100
A. Riebeck'sche Montanwerke AG i. L., Frankfurt	RM 75 000 000	51
Gesellschaft für Landeskultur GmbH Frankfurt	DM 235 000	85

Kapitalentwicklung

Liquidationsanteilschein

Nach Bildung der Nachfolgegesellschaften verkörpert nur noch der Liquidationsanteilschein die Aktienrechte an der IG i. A. Er wird an sämtlichen deutschen Börsen im amtlichen Verkehr gehandelt.

Eine Umstellung auf DM erfolgte nicht. Die Inhaber der Liquidationsanteilscheine nehmen an den Ausschüttungen im Verhältnis der nominellen RM-Beträge teil.

Stückelung: Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Liquidationsanteilscheine ist RM 1,36 Mrd.; voll an der Börse zugelassen und eingeführt; Wertpapier-Kenn-Nr. 575907

124'000 Stücke zu RM 100 = RM 12,4 Mio; 938'000 zu RM 200 = RM 187,6 Mio; 1'160'999 zu RM 1'000 = RM 1,16 Mrd. (59)

Im Hohelied auf die IG Farben, das im schon erwähnten Buch «Das Erbe der IG Farben» gesungen wird, ist zu lesen:

«Noch ist die Dauer der Liquidation der IG Farbenindustrie AG zeitlich nicht abzusehen. Dennoch wird die Löschung des Namens im Handelsregister nicht erfolgen können, weil die Firma als solche mit Rücksicht auf ihren in der sowjetischen

und polnischen Zone liegenden Vermögensbesitz erhalten bleiben muss. Die Verfügung über diesen gewaltigen Vermögensbereich ist jedoch erst nach dem Tage X der Wiedervereinigung einigermaßen übersehbar.» (60)

«Aber die Liquidatoren der alten IG fühlen sich für das Ostvermögen verantwortlich, um es hoffentlich recht bald nach der deutschen Wiedervereinigung den rechtmässigen Eigentümern zuführen zu können ... Der Liquidationsanteilschein gehörte seinerzeit und gehört auch heute noch zu den interessantesten ‚Papieren‘ mit grossem spekulativem Inhalt, nicht zuletzt wegen der darin liegenden ‚Ost-Musik‘.» (61)



«Deutschland ist grösser als die BRD», sagen die Nazis heute und meinen damit alte Grossmachtpläne. Dasselbe wird in der Bundeswehr den Wehrpflichtigen beigebracht. Diese Karte stammt aus dem ‚Taschenbuch für Wehrausbildung‘, das offiziell in der Bundeswehr benutzt wird.

Das sind nicht etwa nostalgische Schwärmerei oder Geschwätz hinter der Zeit zurückgebliebener Kalter Krieger, sondern handfeste Monopolinteressen. Hier und heute – im September 1976 – ist im «Handelsblatt» zu lesen:

«Das Ende der Liquidation kann schon allein deswegen nicht absehbar sein, weil die IG Farben als Rechtsperson grundsätzlich weiterbestehen bleiben muss, um auch in ferner Zukunft zumindest theoretisch Ansprüche auf das im Osten zurückgelassene Vermögen antreten zu können.» (62)

Den Kapitalisten läuft das Wasser im Munde zusammen, wenn sie mit dem Gedanken an die Rückeroberung spielen. Das «Handelsblatt» weist

deshalb den Gedanken an ein Aufgeben der Ammoniakwerke Merseburg (DDR) zurück, denn:

«In den Tresoren dieses Werkes ruhen immerhin Aktien erstklassiger deutscher Unternehmen mit einem Wert von rund 20 Millionen DM und festverzinsliche Titel mit einem Kurswert von gut 20 Millionen DM» (63).

Man spürt den imperialistisch-raffgierig-sachlichen Unterton. IG Farben in Wartestellung sollte dieser aggressive Verein heissen.

Der Bilanzwert der IG Farben i. A. war 1975 39'176'915 DM, der Besitz an den Ammoniakwerken Merseburg GmbH i. L. wird mit 32,4 Millionen DM notiert. Der Jahresüberschuss 1975 wird mit 2,4 Millionen DM angegeben. 135 Millionen DM hat die IG Farben i. A. an die Nachfolger ausgeschüttet. Woher kommen diese Riesensummen? Alles aus den «Reserven». Es sind die Gewinne aus Nazismus und Krieg, es ist die aus mehr als hunderttausend Zwangsarbeitern gepresste Arbeitskraft, es sind die Profite aus dem Blut und der Asche von Auschwitz. So ist das mit den friedlichen Ostpolitikern! Die Aktien der IG Farben i. A. – «Hoffnungswerte» betitelt – haben ihren festen Platz an den westdeutschen Börsen. Spekuliert wird mit der Hoffnung auf Rückeroberung des früheren IG Farben-Besitzes: mit den alten expansionistischen Zielen.

Für den Profit – erneut über Leichen?

Seveso ist überall: TCCD bei BASF

Die drei IG Farben-Nachfolger sind mächtige Konzerne, und sie werden immer grösser. Ihre Macht und ihr Wachstum beruhen aber nicht auf der Leistung der wenigen Vorstandsmitglieder und Direktoren, sondern auf der Arbeit der Tausenden von Kollegen.

Die Tatsachen zeigen: Die Höhenflüge der BASF-Dividenden, die Milliardeninvestitionen werden von Menschen möglich gemacht, die dabei draufzahlen. Es ist dasselbe wie 1900 beim Kampf um das Indigomonopol oder wie 1927 beim Kampf um die Führung im Farbenkartell – die Arbeiter

müssen die Knochen hinhalten für die Erfolge der Monopole. Der Leiter des sozialpolitischen Referats bei BASF, Dr. Bischoff, hat den Grundsatz der BASF-Sozialpolitik eindrucksvoll dargestellt:

«Der Mensch steht keinesfalls etwa – wie Neoromantiker der Sozialpolitik es so gern sähen – im Mittelpunkt des Betriebes. Dort steht etwas ganz anderes. Dort steht die Produktion, der sachliche, der wirtschaftliche Erfolg. Denn um ihretwillen ist der Betrieb da . . . Sein alleiniger Zweck ist die Produktion von Gütern, von Waren, die andere brauchen. Alle seine Mittel sind darauf ausgerichtet und miteinander dahingehend abgestimmt, dieses Ziel bestmöglich zu erreichen, d.h. so billig wie möglich und so gut wie möglich soviel Güter zu produzieren und abzusetzen wie möglich. Damit dies erreicht wird, muss der Betrieb funktionieren, muss jeder seiner Teile funktionieren, müssen alle seine technischen und organisatorischen Mittel funktionieren. Zu den Mitteln, die er hat und derer er sich bedient und bedienen muss, damit das Ziel erreicht wird, gehören auch Menschen. Da alle Mittel funktionieren müssen, müssen auch die Menschen funktionieren. Was funktioniert, ist Funktion. Der Betrieb braucht die Menschen nicht als Menschen, die Gott bei ihrem Namen gerufen hat, sondern als Funktionen. Er braucht nicht den Franz S., nicht den Ernst K., nicht den Heinz B., sondern er braucht einen Schlosser, einen Kraftfahrer, einen Buchhalter. Franz S. ist der Schlosser, Ernst K. der Kraftfahrer und Heinz B. der Buchhalter. Der Betrieb verwendet sie in diesen Funktionen, er braucht sie in diesen Funktionen, in keinen anderen. Braucht er keinen Buchhalter mehr, weil dessen Arbeit von einer Rechenmaschine übernommen wird, so muss er sich von Heinz B. trennen, so wertvoll dieser als Mensch auch sein mag. Denn dem Betrieb nützt der wertvolle Mensch nichts, sondern ihm nützte bisher der Buchhalter. Wird Ernst K. so nervös, dass er den Strassenverkehr nicht mehr bewältigen kann, so muss der Betrieb sich von Ernst K. trennen. Es kann ihm nicht auf den Menschen, sondern nur auf den Kraftfahrer K. ankommen. Da K. nicht mehr Kraftfahrer sein kann, muss er gehen, und der Betrieb muss einen neuen Kraftfahrer einstellen, denn den braucht er. Das klingt unmenschlich und ist auch unmenschlich. Aber es ist nicht im moralischen Sinne unmenschlich, sondern in einem ganz nüchtern-sachlichen. Der Mensch ist vom Betrieb nicht als Mensch, sondern als Funktion gefragt. Der Mensch als solcher ist für den Betrieb nichts, die Funktion, die er ausüben kann, alles. Ganze Berufe fallen weg, und die Menschen, die sie ausübten, werden überflüssig, wenn sie nicht anders nutzbar sind: umgeschult oder umgelernt . . . Funktionen und Funktionäre müssen also wesensmässig ersetzbar sein. Da sie innerer Teil eines Ganzen – des Betriebs – sind, sind sie ersetzbares Teil und – von der Kehrseite gesehen – Ersatzteile. Ersatzteile müssen griffbereit daher eingeordnet, gekennzeichnet, katalogisiert sein, eine Nummer tragen. Das Wesentliche und Wichtige an ihnen ist diese Nummer, die angibt, wie sie als Ersatzteil verwendet werden können. Ein Mensch aber, dessen wichtigstes, dessen Wesensmerkmal für den Betrieb die Nummer ist, die er trägt, ist selber Nummer. Und in diesem Sinne sind wir alle Nummern. Nummersein gehört zum Wesen des Menschen im industriellen Massenzeitalter.» (64)

Ein Beispiel nur, wie sich eine solche Haltung praktisch auswirkt: 1976 entströmte dem italienischen Chemiewerk des Hoffmann La Roche-Kon-

zerns eine Wolke des gefährlichen Giftes TCCD. Das Gift ist ein Nebenprodukt bei der Herstellung von Trichlorphenol. Bei 250 von 2'000 Einwohnern der italienischen Stadt Seveso traten sofort schwere Vergiftungserscheinungen auf. Nach dem Bekanntwerden der Explosion liessen die Bosse Weiterarbeiten. Auch als Tiere und Pflanzen zugrunde gingen, die ganze Umgebung verdichtet war, wurde weiterproduziert. Erst als die Arbeiter die Fabrik besetzten, wurde die Produktion eingestellt, wurde mit Evakuierungsmassnahmen begonnen.

Die Katastrophe von Seveso empörte die ganz Welt. Doch Seveso ist nicht neu. In der BASF kam es 1953 zu einem schweren Explosionsunglück in der Trichlorphenol-Fabrik. Sämtliche Arbeiter der Fabrik erkrankten, davon 42 schwer. Die verheerenden Folgen dieses Unfalls wurden fast 20 Jahre totgeschwiegen. Erst 1972, nachdem zahlreiche Betroffene gestorben waren, veröffentlichte der BASF-Werksarzt Dr. Theiss in einer Fachzeitschrift Einzelheiten:

Bei 21 Arbeitern traten schwere Hauterkrankungen auf. Am ganzen Körper, vor allem im Gesicht, bildeten sich Pusteln, Knötchen, Furunkel und eitrige Entzündungen. Noch 18 Jahre nach dem Unfall waren die Hautkrankheiten nicht verheilt. Das Gift übertrug sich durch Berührung auf¹ die Familienangehörigen der Arbeiter. In zahlreichen Fällen wurde das Nervensystem durch das Gift befallen. Verlust des Hör-, Riech- und Geschmackssinns waren die Folge.

Fall G.: Ein 20 Jahre alter Schlosser hatte drei Tage im Autoklavenraum gearbeitet . . . Die Nasenflügel waren zerklüftet und sahen wie ausgebrannt aus. Der behaarte Kopf war schmutzig verfärbt und lederartig infiltriert, die Haare fielen vermehrt aus. Unzählige Mitesser bildeten Ausgangsherde für ständige fingerkuppengrosse eitrige Entzündungen . . . G. konnte nicht schwitzen und hatte das Gefühl einer kochenden Haut. Herzmuskel- und Leberschädigungen traten auf. Während des Krankenhausaufenthaltes 1964 kam eine Herzinsuffizienz hinzu: Lungenödem, Atemstillstand, Kammerflattern, Herzstillstand. Der Schlosser starb im Alter von 30 Jahren.

Fall H.: Ein damals 19-jähriger Maurer hatte zwei Stunden lang ein Loch in der Mauer zum Autoklaven zugemauert. Wegen Hauterkrankung war er ein Dreivierteljahr lang arbeitsunfähig. Elf Monate nach der Vergiftung kam eine Lungenkrankheit hinzu. 1959 trat eine akute Psychose mit Schlaflosigkeit, Stimmenhören, Ohrensausen, Selbstmordabsichten, kör-

perlichen Missempfindungen wie Rückenbrennen auf. Während der Krankenhausbehandlung Selbstmord durch Erhängen.

Fall L: Ein 57-jähriger Beschäftigter hatte zusammen mit anderen Kollegen fünf Jahre nach der Fehlreaktion des Jahres 1953 in demselben Betriebsteil am Rührwerkautoklaven Montagearbeiten ausgeführt. In vorgeschriebener Schutzkleidung mit Gummianzug und Frischluftmaske hatte er mehrmals die Maske abgenommen, um sich den Schweiß vom Gesicht zu wischen. Vier Tage später Hautausschläge, Gesichtsbrennen, Kopfschmerzen, Hörverschlechterung. Die Hautausschläge breiteten sich später auch auf andere Körperpartien aus. Der Kranke starb, weil die Bauchspeicheldrüse abgestorben war, eine Spätfolge der neun Monate vorher erlittenen schweren Vergiftung mit Trichlorphenol-Zersetzungsprodukten.

Selbst dieser Bericht der Werksärzte ist noch von Menschenverachtung geprägt. Über den Selbstmord des Kollegen H. schreiben sie:

«Die Frage, ob die Schizophrenie, die schliesslich zu dem tragischen Ausgang Anlass gegeben hatte, in ursächlichem Zusammenhang mit der Berufskrankheit stand, wurde in ausführlichen Gutachten verneint.» (65)

Schuld am Tod ist also nicht die BASF, sondern der schizophrene Arbeiter. Seine Entschädigungsforderungen werden in dem Bericht «wissenschaftlich» als Neurose eingestuft:

«Auch in unseren Fällen waren wiederholt sichere Übersteigerungen bis zu neurotischen Persönlichkeitserwartungen und häufig inadäquaten Entschädigungswünschen deutlich.»

Man kann diese hochbezahlten Werksärzte nicht anders als Kapitalistenknechte bezeichnen, die die Arbeiter wie Ersatzteile mit hohem Verschleiss behandeln. Selbst der Tod des Ersatzteils Arbeiter durch die Produktion wird von ihnen als Normalfall behandelt. Der BASF-Arzt Dr. Thiess und Dr. Fleischhauer von der Berufsgenossenschaft machten im Rahmen der Krebsvorsorge folgenden Vorschlag: Die Herstellung von krebserzeugenden Stoffen und die daraus folgenden Krebserkrankungen bei Arbeitern lassen sich beide nicht vermeiden, also «sollte überlegt werden, ob die gefährdeten Arbeitsplätze mit Mitarbeitern höheren Lebensalters (nicht unter 40 Jahren) besetzt werden sollten» (66). Logisch, dieser Vorschlag: Ab 65 kann der Arbeiter abkratzen, dann hat die BASF sowieso nichts mehr von ihm, er kostet höchstens noch was, nämlich Rente. Man kalkuliert den kostengünstigsten Tod mit ein.

Das Geschäft mit der Krankheit

Die Krankheiten der Menschen sind für die Chemieriesen ein gutes Geschäft. Die Superpreise für Medikamente, Krankenhausbehandlung und Krankenversicherungen sind wohlbekannt. Dieser Wucher füllt die Kassen der Pharmakonzerne – nicht zufällig gibt es den Spruch: «Das ist ja eine Apotheke!»

Auf dem Pharmamarkt sind die Chemieriesen «wieder in die Weltspitze aufgerückt». Hoechst wurde durch die Transaktion Hoechst-Roussel-Uclaf (Frankreich) zum zweitgrössten Pharmahersteller der Welt hinter Hoffmann la Roche. Mit ihrer Monopolstellung können die Grossen die Preise diktieren:

«Seit Jahren haben die Branchen-Riesen . . . den Markt in Gehege aufgeteilt, wo sie jeweils weitgehend ungestört auf ihre Kosten kommen, Schering vorwiegend mit Antibabypillen, Bayer mit Herz- und Schmerzmitteln, Hoechst mit Antibiotika und Anti-Dia betika.» (67)

Wie diese Monopole Superprofite machen, dafür bringt der «Spiegel» haarsträubende Beispiele:

«Ein Vorprodukt des Persantin-Wirkstoffes (Herzmittel – d. Verf.), die Rohsubstanz DDH, lässt der Konzern (die Boehringer-Ingelheim-Tochter Thomae) in den Steueroasen Irland und Puerto-Rico fertigen. Kilopreis für DDH rund 200 DM . . . Auf abenteuerlichen Wegen . . . verwandelt sich das DDH – chemisch mittels simpler Einstufen-Synthese – in eine wahre Kostbarkeit des Arzneischatzes. Kilopreis des entstandenen Persantin-Wirkstoffes in der Ampulle: 45'400 Mark . . . Ein Kilo Acetylsalicylsäure beispielsweise, von Bayer hergestellt, ist im Chemikalienhandel für zwölf Mark zu haben. Doch sobald der Stoff von Bayer zu Aspirin gepresst oder von der Bayer-Tochter Bayropharm (mit etwas Beistoff) als BayroVas verkauft wird, steigt der Kilo preis auf bis zu 2'700 Prozent.» (68)

In letzter Zeit wurde ein neuer Trick aus der Taufe gehoben, die Grosspackungen:

«Hoechst verkauft sein 55 Jahre altes Erkältungsmittel Novalgin-Chinin. . . nur noch ab 20 Stück (Verteuerung der kleinsten Packung um 60 Prozent). Die Carnigen-Kreislaufpillen der Hoechst-Tochter Albert-Roussel sind nur noch ab 60 Stück pro Packung im Verkehr, eine Verteuerung der kleinsten Originalpackung um 180 Prozent. Bayer bietet sein Beruhigungsmittel Megaphen Dragees . . . nur noch 50stückweise an, zog die Kleinpackung von 20 Pillen aus dem Markt, wodurch sich automatisch die kleinste OP (Originalpackung – d. Verf.) um 130 Prozent verteuerte.» (69)

Die Preiserhöhungen im Gesundheitswesen galoppieren. Zahlen muss der kleine Mann. Und wehe, es wagt jemand, eine Ursache bei den Pharmakonzernen zu suchen. Der Pharmaverband droht:

«Wer durch weitgehende Eingriffe in die Kalkulationsfreiheit (sprich: Profitmaximierung – d. Verf.) der Industrie die Arzneimittelpreise in der Bundesrepublik herabdrücken wolle, müsse auch hinnehmen, dass die Bundesrepublik kein geeigneter Standort für die pharmazeutische Industrie bleibe.» (70)

Das Monopol macht es möglich, die Werk tätigen beliebig auszusaugen. Und das nicht nur im eigenen Land, sondern auch international. 1975 standen die Pharmakonzerne und -kartelle auf der UNCTAD-Konferenz über Technologietransfer an Entwicklungsländer am Pranger. Doch sie konnten sich auf ihre Bundesregierung verlassen:

«Ministerialrat Koinzer vom Bundeswirtschaftsministerium hat . . . mit anderen westlichen Delegierten die Pharmaindustrie gegen eine Studie in Schutz genommen, welche sie in letzter Konsequenz der Ausbeutung der Entwicklungsländer beschuldigt.» (71)

Chemimonopole als aggressive Spitze des neuen deutschen Imperialismus

30 Jahre nach dem mörderischen Zweiten Weltkrieg stehen seine Urheber stark wie nie zuvor da. Im Kampf um die Neuaufteilung der Weltmärkte stehen die Chemimonopole wieder mit an der Spitze. Der BASF-Geschäftsbericht von 1976 dokumentiert dies Zeile für Zeile:

«Die Investitionen haben wir vorgenommen . . . um . . . unsere Position in ausländischen Märkten zu festigen.

Verstärkte Absatzbemühungen osteuropäischer Hersteller führten zu einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs.

Der Angebotsdruck nahm auf der ganzen Welt zu und führte zu verstärkten Einfuhren nach Westeuropa.

Hart umkämpfte Märkte ... kennzeichneten das Gebiet der Rohstoffe für Polyurethane.» (72)

Ökonomisch überrundeten die IG Farben-Nachfolger ihre ausländische Konkurrenz. Die Welt ist wieder umspannt mit ihren Fabriken und Büros. Mit 9,4 Milliarden DM entfielen 18 Prozent aller BRD-Auslandsinvestitionen 1977 auf die Chemie. Steile Expansion kennzeichnet die Handelsbilanz des westdeutschen Imperialismus. Die westdeutsche Ausfuhr erreichte 1977 über 273 Milliarden DM, das sind 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Exportüberschuss stieg auf 38,4 Milliarden. Der Exportanteil steigt.

In den ersten Nachkriegsjahren hätte es jeder deutsche Demokrat als unmöglich, ja verbrecherisch von sich gewiesen, wenn jemand vorausgesagt hätte, dass dieselben Monopole, die den Faschismus getragen haben, auch den neuen deutschen Staat lenken würden. Doch heute soll der deutsche Ar-

beiter stolz auf die wiedererstarkten Industrien sein: Wir sind wieder wer! Die SPD heftet dem neuen Imperialismus das «Modell Deutschland» an die Brust, die CDU verkündet zweideutig «Morgen gehört Europa uns». Der weltweite Wirtschaftskrieg – Verdrängungswettbewerb genannt – der sich hinter diesen Zahlen und Propagandasprüchen versteckt, läuft auf Hochtouren. Ein Beispiel von vielen: die Chemiefaserindustrie.

Dem stark steigenden Chemiefaser-Export der Entwicklungsländer traten die EG-Kapitalisten bereits 1974 mit dem sogenannten «Multifaserabkommen» entgegen, das eine Kontingentierung (Mengenbeschränkung) des Welttextilfaserhandels vorsah. Weitere Massnahmen folgten. Sie trafen vor allem Marokko und Tunesien, Länder, in denen zuvor erst mit finanziellen und technischen Hilfen Frankreichs eine Textilfaserindustrie aufgebaut worden war. In Brasilien trieben die EG-Textilfaserkonzerne die dortige Kunstfaserindustrie in den Konkurs (73). 1978 drängten die deutschen Chemiekonzerne wieder zu einem Chemiefaserkartell, um den Ausbau der Produktionskapazitäten in Italien und Frankreich zu stoppen (74). Das «Handelsblatt» klagte über die «Zwickmühle», in der die deutschen Chemiefaserproduzenten stecken:

«Innerhalb von fünf Jahren seit 1970 sind . . . weltweit gigantische Faserkapazitäten entstanden, die einerseits inzwischen selbst die Versorgung ehemaliger europäischer Exportmärkte übernehmen» (75).

Marktverluste drohen, Märkte, in denen zwei Drittel der Faserproduktion untergebracht werden müssen, und die Konkurrenz aus Ostasien, aus dem Ostblock und aus Südamerika ist dabei, «auch die europäischen Inlandsmärkte der Faserindustrie an(zu)greifen» (76). Gegenseitig versuchen sie sich aus ihren Jagdrevieren zu vertreiben und eine Neuaufteilung zu erzwingen. Das treibt unaufhörlich die Produktion «überproportional zum wachsenden Weltverbrauch» (77) in die Höhe, das ist die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise.

Die Zeche dieses Wirtschaftskrieges müssen die Arbeiter in aller Welt bezahlen, denn der Konzern, der mehr aus ihnen herausholen kann, sticht den Gegner aus, den Arbeitern wird mit Entlassung für ihre Anstrengungen gedankt.

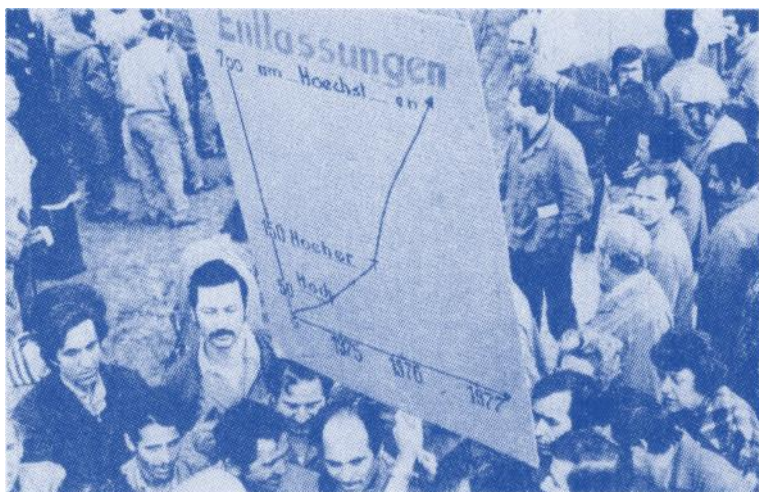
In der BRD waren es seit 1975 10'600 von 46'000 Arbeitsplätzen, die vernichtet wurden. Hoechst entliess 1977 710 Beschäftigte in der Spinnstofffabrik Zehlendorf und stellte die Produktion der John Shaw & Sons in

Phrix (BASF) 1967	2 000 Entlassungen
Spinne Zehlendorf (Hoechst) 1977	710
Enka-Glanzstoff	7 730 (in Holland und BRD 20% der Gesamtbelegschaft)
AKZO	10 000
ICI (England)	4 500 (25% der Belegschaft bis 1980)
Celnese Can Ltd.	366
DuPont	125

Grossbritannien und der Fibrio-Quimica Chilena ganz ein. Seit 1974 verringerte Hoechst das Personal im Faserbereich um 4'350 Beschäftigte, das sind 28 Prozent.

Die deutschen Konzerne konnten nach Einbrüchen 1975 (-32%) im ersten Halbjahr 1976 die Produktion um 45,9 Prozent steigern (78). Der Gewinn bei Enka-Glanzstoff stieg 1976 um 10 Prozent, ICI will die Produktion um 30 Prozent erhöhen.

Die Rationalisierungswellen gehen weiter, der Einzelne muss immer mehr leisten – alles für die Konkurrenzfähigkeit. Und diese Herren, die immer nach noch mehr Gewinnen «zur Sicherung von Arbeitsplätzen» schrei-



Kundgebung der Belegschaft der Berliner Hoechst-Tochter Spinne Zehlendorf gegen die Entlassungen, April 1977

en, scheuen sich nicht, ganze Fabriken dicht zu machen und mit diesen Gewinnen in Billiglohnländern neue Werke aufzubauen:

«Das ausfallende Exportgeschäft wird mehr und mehr durch Produktionsniederlassungen in den Auslandsmärkten kompensiert.» (79)

In Südkorea haben sich die Niederlassungen allein von 1970 bis 1975 vereinfacht, in Taiwan verfünffacht. Soll sich da der Arbeiter mit «seinem» Konzern solidarisieren, damit die Ausländer geschlagen werden? Die ROTE FAHNE gab darauf eine sehr gründliche Antwort (80):

Das Argument mit der Konkurrenzfähigkeit sticht nicht

Arbeitet mehr für weniger Lohn – dann bleibt die Wirtschaft international konkurrenzfähig, und wir können eure Arbeitsplätze erhalten. Mit solchen Sprüchen liegen uns die Unternehmer in den Ohren. Um die Stichhaltigkeit eines Arguments zu überprüfen, ist es notwendig, es konsequent bis zu Ende zu denken.

Wenn es stimmt, dass man auf diese Weise Arbeitsplätze erhalten kann, dann gült das nicht nur auf internationaler Ebene. Dann ist es konsequenterweise für die westdeutschen Metallarbeiter am besten, wenn sie ihre Gewerkschaft auflösen, damit die Machinenschlosser des einen Unternehmens ungehindert die des anderen an Lohn unterbieten können. Und dann ist die beste Methode für den einen Werkzeugmacher, hinter dem Rücken seines Kollegen zum Chef zu gehen und eine Lohnkürzung zu verlangen. Denn angeblich kann man ja auf diese Weise Arbeitsplätze erhalten.

Jeder Arbeiter des anderen Feind – nichts anderes bedeutet in der Konsequenz das Argument von der Konkurrenzfähigkeit. Dann gelangen wir wieder in den Verhältnissen des Frühkapitalismus an. In einer Zeit, bevor die Arbeiter die Konkurrenz Jeder gegen Jeden mit der Bildung von Gewerkschaften überwandten.

Hätten die Arbeiter diesen Schritt nicht getan, wahrscheinlich hätten wir dann heute noch den 12-Stundentag bei 50 Pfennig Stundenlohn und an jeder Strassenecke einen verhungern den Arbeitslosen. Denn die Unternehmer interessiert seit jeher nur der Profit. Und alle relativen Verbesserungen für die Arbeiter sind in diesem Wirtschaftssystem nur auf unseren gemeinsamen Kampf zurückzuführen.

Kein einziger neuer Arbeitsplatz wird geschaffen, wenn sich der eine Arbeiter dem Kapitalisten billiger als die anderen anbietet. Und so wird auch kein einziger Arbeitsplatz geschaffen, wenn der deutsche Arbeiter billiger arbeitet als sein englischer Kollege. Über diese Tatsache kann das Argument von der Konkurrenzfähigkeit nicht hinwegtäuschen. Es ist lediglich ein Versuch, den Arbeitsplatz in einem Land gegen den im anderen auszuspielen und die Löhne aller Arbeiter zu drücken.

Muss es nicht verwundern, dass die Kapitalisten überall, ob in Italien, England oder der BRD, den Arbeitern mit genau denselben Sprüchen von der Konkurrenzfähigkeit kommen? Die lautesten Schreier sind dabei ausgerechnet die multinationalen Konzerne, die das gleiche Produkt in verschiedenen Ländern fertigen lassen. Wenn

die Kollegen darauf hereinfallen und einer den anderen unterbieten will – unter dem Strich ist das ein blendendes Geschäft für den Konzern.

Die Kapitalisten aller Länder wollen uns Arbeitern das Konkurrenzdenken einimpfen, damit sie uns noch besser ausnehmen können. Damit wir nach dem Arbeitsplatz des anderen Kollegen schielen, statt zu erkennen, dass in diesem System nur der gemeinsame Kampf für Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze zeitweilig erhalten kann. Wir sollen nicht erkennen, dass die Ursache der Arbeitslosigkeit das kapitalistische Profitsystem ist und dass wir dieses System stürzen müssen, wenn wir einmal ohne Angst um den Arbeitsplatz leben wollen.

Wir Arbeiter in der Bundesrepublik stehen dem gleichen Betrug gegenüber wie unsere Kollegen in England, Italien oder in anderen kapitalistischen Ländern. Gerade heute, wo die Kapitalisten uns einreden wollen «Proletarier aller Länder, stecht euch gegenseitig aus», müssen wir die alte Losung der Arbeiterbewegung auf unsere Fahnen schreiben: «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!»

Im Konkurrenzkampf um Weltmarkt und Weltmacht rangieren heute noch die UdSSR und USA vor dem aufsteigenden westdeutschen Imperialismus. Die Supermächte spielen heute die Weltpolizisten und sichern mit Militärbasen, Marionettenregimes und offenem militärischem Eingreifen ihre Einflusssphären ab. Der deutsche Imperialismus ist politisch und militärisch noch nicht in der Lage, es mit den Supermächten aufzunehmen. Noch operiert er im Windschatten der USA. Aber die deutschen Imperialisten streifen ihre Zurückhaltung, die sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegen mussten, Schritt für Schritt ab. Aus dem wirtschaftlichen Riesen und politischen Zwerg von 1960 wird wieder eine Weltmacht. Selbstbewusst, ohne schmückende Friedensheucheleien, legte die Chemieindustrie vor Beginn der 4. UNO-Welthandelskonferenz 1976 ihren expansionistischen Standpunkt dar:

«Für eine volle Entfaltung der chemischen Industrie ist der heimische Markt zu eng. Allein aus Wettbewerbsgründen sind die Kapazitäten so dimensioniert, dass der Absatz der Produktion auch auf dem Weltmarkt erfolgen muss. Immerhin beträgt die Exportquote heute gut 37 Prozent . . . und die Auslandsinvestitionen übertreffen bei Weitem die aller Branchen . . . Es geht deshalb nicht an, dass die USA allein konsequent die Position der liberalen Weltwirtschaftsordnung vertreten und die Delegation der Bundesrepublik sich unter dem Deckmantel einer notwendigen EG-einheitlichen Haltung versteckt.» (81)

Der Bundesregierung sprachen die Chemiebosse ihr vollstes Vertrauen aus. Gegen die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung traten auf der Konferenz dann auch nicht die Supermächte, sondern die Sprecher der BRD-Delegation am aggressivsten auf. Wirtschaftliche Stärke muss zu politischer Aggressivität führen, so lan-

ge die Gesetze des Maximalprofits herrsehen. Und so sind wieder alte IG Farben-Töne von den Chemiebossen zu hören:

«Gefahren für den freien Welthandel lauern nach Ansicht des Bayer-Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Herbert Grünewald im Nord-Süd-Konflikt. Wie er kürzlich ... ausführte, wollten viele Entwicklungsländer den angestrebten Strukturwandel nicht marktwirtschaftlich, sondern durch Planung und Lenkung vollziehen. ‚Wir können aber nur in Ländern investieren, wo auf längere Sicht mit vernünftigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu rechnen ist‘, erklärte er. Wenn von den internationalen Konzernen ein Verhaltenskodex verlangt werde, dann müsse auch umgekehrt von jenen Ländern, in denen investiert werden soll, ein solcher Kodex gefordert werden.» (82)

Wieder wird gefordert, dass andere Staaten nach der Pfeife des deutschen Imperialismus tanzen. Das sind warnende Zeichen. In Chile wurde vorexerziert, dass dieser Verhaltenskodex auch herbeibesossen wird. Dort waren die Hauptdrahtzieher die USA. Aber der BRD-Imperialismus hat wieder überall seine Finger im Spiel, seine Wühlarbeit in Lateinamerika ist nur ein Beispiel.

Dem korrupten christdemokratischen Regime in Italien gab die BRD 1976 einen Kredit von zwei Milliarden DM. Kurze Zeit später erörterten die US- und EG-Imperialisten in Puerto Rico Pläne, Italien im Falle einer nicht genehmen Regierung wirtschaftlich zu erdrosseln. In Griechenland verhalfen sie Karamanlis zum Wahlsieg, in Spanien zogen sie bei der Ablösung Francos durch eine bürgerlichdemokratische Fassade die Fäden. Als das portugiesische Volk dem Zugriff der EG zu entgleiten drohte, wurden die Kredite gesperrt, und in der deutschen Botschaft werden Putschpläne geschmiedet. CDU und SPD lancierten in Arbeitsteilung ihnen hörige Kräfte an die Macht. Dann sprudelten die Kredite wieder.

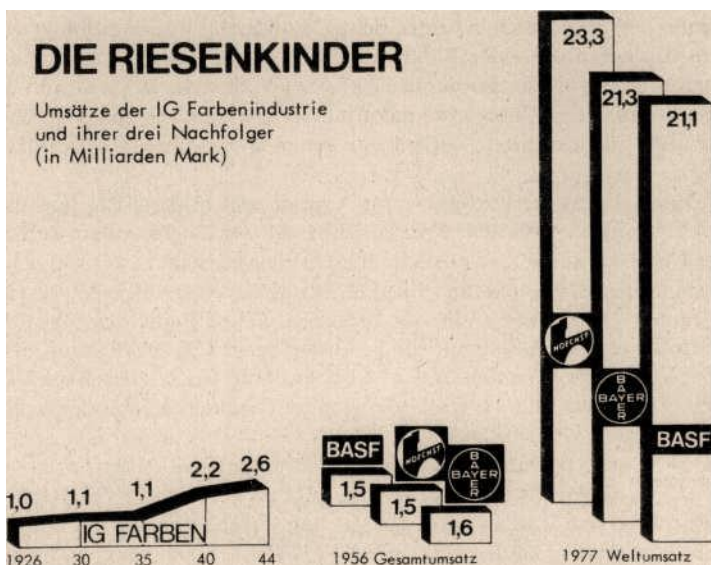
«Ohne Bonn geht vieles nicht mehr, keine wirtschaftlich bedeutsame Entscheidung der Industriestaaten kann fallen, ohne dass die BRD aktiv eingreift und zustimmt».

So schreibt der «Spiegel» (83). Wieder stösst der deutsche Imperialismus auf Grenzen bei seiner wirtschaftlichen Ausdehnung, und wieder sichert er seine Stärke militärisch ab. Die Militärausgaben verdoppelten sich in der Zeit der SPD/FDP-Regierung. Wilhelminische Töne schlägt Kanzler Schmidt an:

«Dass die Deutschen sowohl in Moskau als auch in den westlichen Hauptstädten als auch in Washington so hoch eingestuft werden, hängt mehr damit zusammen, dass man uns anhand des eindeutigen volkswirtschaftlichen Erfolges, den jeder draussen in der Welt ablesen kann, zutraut, dass eben auch unsere Armee, unser Heer genauso effizient wäre, falls es darauf ankäme. Das wird ja nicht ausprobiert werden . . .» (84)

Heute beschränken sich die deutschen Imperialisten noch darauf, mit Subversion demokratischer Regierungen und Unterstützung faschistischer Regimes in aller Welt Märkte zu erobern und ihr Kapital zu schützen. Noch begnügen sie sich damit, andere durch Lieferung von Giftgas und Waffen für die Niederschlagung von Befreiungsbewegungen auszurüsten. Noch versuchen sie, nur mit Krediten und Kapitalgeschäften in die Ostblockländer einzudringen. Noch ist es hauptsächlich ein erbitterter Handelskrieg. Doch Imperialisten sind unersättlich. Sie können nicht haltmachen. Die Konkurrenz und der Zwang nach Maximalprofitten treiben die Produktion in die Höhe. Jeder gegen jeden – die Überproduktionskrise ist unausweichlich. Absatzsteigerung oder Bankrott ist die Alternative. Der Aufstieg des einen ist letztlich nur durch den Bankrott des Konkurrenten möglich. Und jeder Imperialist versucht ihm zu entkommen: Der Handelskrieg wird auf seiner höchsten Stufe mit Waffen fortgesetzt.

«Als die IG Farben so entschlossen zerstückelt wurde, müssen die DuPonts, ICIs und Rhone Poulencs in aller Welt geglaubt haben, die furchtbare deutsche Konkurrenz sei nun für immer erledigt. Aber wie die Dinge liegen, haben sie nicht mit einer IG Farben-Gruppe zu kämpfen; heute gibt es deren drei.» (85)



So bewundern westliche Wirtschaftsjournalisten die Strategie der neuen IG Farben. Eine IG Farben hat viel Unglück über die Völker gebracht. Drei IG Farben werden nicht davor zurückschrecken, die Werktätigen ein drittes Mal in den gewaltsamen Kampf um Markt und Macht zu schicken, denn «je schärfer und ‚enger‘ . . . die wirtschaftliche Konkurrenz ist, d.h. die ökonomischen Anstrengungen, desto stärker ist das Streben des Kapitals, dem auch die militärischen Anstrengungen hinzuzufügen, durch die der Konkurrent bankrott gemacht wird» (86).

Die Entwicklung muss aufgehalten werden

«Imperialismus bedeutet Krieg» – die Geschichte der IG Farben legt davon ebenso Zeugnis ab wie die Politik ihrer drei Nachfolger. Zahllos sind ihre Verbrechen, erschreckend die Tatsachen, verhängnisvoll die Zusammenhänge von wirtschaftlicher Macht und politischer Herrschaft, die wir kennengelernt haben. Wenn das alles wahr ist, was steht uns dann bevor?

Es ist alles wahr. Ja, es ist sogar nur ein Teil der Schrecken, die der deutsche Imperialismus dem eigenen Volk und fremden Völkern gebracht hat. Die Geschichte der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, der Maschinenbau- oder Elektroindustrie, der Grossbanken ist nicht weniger blutig als die der deutschen Chemieindustrie. Deshalb sind die Lehren aus dieser Geschichte nicht nur für die Arbeiter und Angestellten der Chemieindustrie wichtig; sie gehen die gesamte Arbeiterklasse an.

Die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten in der BRD lebt und arbeitet heute in diesem System, ohne die verhängnisvollen Zusammenhänge zu kennen. Wer unter diesem System leidet, wer steigende Ausbeutung und wachsende Unterdrückung am eigenen Leibe verspürt – auch er kennt oft nicht die Ursachen, kennt nicht den Weg, die Verursacher zu beseitigen und Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegsgefahr zu beenden. Wie lebensnotwendig ein solches Wissen für die Arbeiter war und ist, zeigt gerade diese Geschichte eines deutschen Monopols.

Akkordverschärfungen, Lohnabbau, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Abbau demokratischer Rechte, Aufrüstung von Polizei und Militär sind Erscheinungen, die zunehmend das Leben in der BRD prägen. Jeder hat Erfahrungen damit.

Viele nehmen es mit Erschrecken wahr. Manchen erscheint es noch erträglich, weil es erst Teile der Bevölkerung trifft und oft nur in Teilbereichen ihres Lebens. Einige erkennen, dass diese Entwicklungen Zusammenhänge. Aber wie? Und was kann man dagegen tun?

Die Zusammenhänge zu durchschauen und Folgerungen zu ziehen im Interesse der arbeitenden Menschen, das wird heute ungeheuer erschwert. Das System, gegen das wir heute stehen, ist älter als wir und hat grössere Ausmasse, als wir überblicken können. Entscheidende Abläufe und Verbindungen werden absichtlich und systematisch unseren Augen entzogen. Wo sind denn die Zeitungen oder Fernsehberichte, die uns lehren, wer wirklich die Fäden zieht in diesem Land? Und wohin diese Fäden reichen? Die Pressefreiheit in der BRD ist wie bisher die Freiheit der Herrschenden, *ihre* Meinung zu verbreiten, eine Nebelwand vor ihren Machenschaften zu errichten im Namen der «Demokratie», wie einstmals im Namen der betrügerischen «Volksgemeinschaft» vor dem Massenmord in Auschwitz.

Monopole und Staat setzen heute all ihren Einfluss ein und halten einen gewaltigen Betrugsapparat in Gang, um ihre blutigen Spuren zu verwischen. Deutsche Schulbücher, mit denen die wissbegierige Jugend an der Wahrheit vorbeigeführt werden soll, zeigen das besonders deutlich. Denn die Monopole und ihr Staat müssen fürchten, dass diejenigen, die alle Werte schaffen, erkennen, wer für ihre Rechtlosigkeit in Betrieb und Gesellschaft verantwortlich ist und immer verantwortlich war: für die tägliche Schinderei in Fabrik und Büro, für die Ausplünderung fremder Völker, für den millionenfachen Tod in den imperialistischen Kriegen.

Die Aufzählung der unerhörten Verbrechen der deutschen Chemiemonopole ruft die brennende Notwendigkeit des Kampfes gegen das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ins Bewusstsein. Die genauen Schilderungen ihrer Untaten helfen, den notwendigen Kampf richtig zu führen: gegen den Hauptfeind, den deutschen Imperialismus, gegen sein wesentliches Machtinstrument, den Staatsapparat, unter der Führung der entscheidenden Kraft, der Arbeiterklasse, für unser gemeinsames Ziel, den Sozialismus, die Zukunft der Werktätigen.

Die blutige Geschichte der IG Farben kennen, das heisst nicht nur: die Gewalttaten erkennen, die an den Völkern verübt wurden. Das heisst auch nicht nur: die grosse Tradition des Widerstands kennenzulernen, der genauso alt ist wie die Unterdrückung. Lernen aus dieser Geschichte, das heisst

vor allem: die Urheber dieser Gewalttaten benennen, die Ursachen von Unterdrückung und Kriegen und den Ausweg daraus erkennen.

Monopolherren wie Schmitz, Ambros und Krauch, Wurster oder Winnacker müssen angeprangert werden. Die Empörung über ihre Handlungen in staatlichen Positionen, heissen sie nun Brüning, Hitler oder Adenauer, muss geschürt werden. Sie alle sind verantwortlich und müssen bekämpft werden. Aber das reicht nicht. Sie sind auch nur Ausführende in einem System, das vor ihnen bestand und das sich mit ihnen weiterentwickelt, ein System, in dem eine immer kleinere Minderheit immer rücksichtsloser ihre Herrschaft über das Volk durchsetzen muss. Alle die grauenhaften Ereignisse, die mit dem Monopol IG Farben verbunden sind, gehören zu diesem System; sie sind Wirkungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Nur der Sturz dieses Systems kann und wird den Weg in eine Zukunft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg eröffnen.

Dieses wirtschaftliche und politische System, in dem wir heute leben, ist die Fortsetzung des monopolkapitalistischen Systems, das in Deutschland Ende des vergangenen Jahrhunderts entstand. Die Geschichte eines der aggressivsten deutschen Monopole zeigt, dass weder die Revolution von 1918/19 noch die Niederlage des Faschismus von 1945 an den Grundlagen dieses Systems etwas geändert hat. Den Monopolkapitalisten und ihrem Staat ist es bisher nach jeder Krise wieder gelungen, ihre ökonomische und politische Macht aufzurichten. Und sie stehen heute stärker da als je zuvor.

«Staatsmonopolistischer Kapitalismus bedeutet die vollständige Unterordnung des Staates unter die Herrschaft der Monopole, die Verschmelzung der Organe der Monopole mit denen des Staatsapparates und die Errichtung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Monopole über die gesamte Gesellschaft!» (87)

Dennoch: Diese starke Stellung ist nicht unüberwindlich. Denn die heutigen Kämpfe der Arbeiterklasse sind ebenso die Fortsetzung der Kämpfe, die die Arbeiterbewegung von Beginn an gegen das kapitalistische System geführt hat. Gegenwärtig sind diese Kämpfe noch nicht breit entfaltet. Grosse Teile der Arbeiterklasse stehen ihnen noch abwartend gegenüber, werden noch durch sozialdemokratische und gewerkschaftsreformistische Vorstellungen daran gehindert, ihren Platz zu erkennen und ihren Beitrag zum Klassenkampf zu leisten. Und es fehlt heute auch noch die Organisation, die all die täglichen Kämpfe zusammenfasst und ihnen die Richtung gibt: die kommunistische Partei.

Denn auch das ist aus dieser Geschichte zu lernen: dass die Arbeiterklasse ihre eigene Partei braucht, die nur den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet ist, die sich die Erfahrungen aus den Niederlagen und Siegen der Arbeiterbewegung aller Länder zu eigen macht, die am Klassenkampf führend teilnimmt, die aktuelle Entwicklung analysiert und ein konkretes Kampfprogramm aufstellt.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist die am weitesten entwickelte Form des Kapitalismus, er hat die Ausbeutung der Werktätigen und ihre ideologische Beeinflussung in bisher unerreichtem Ausmass gesteigert, er hat den Staatsapparat – Polizei, Militär, Verwaltung, Justiz – zu noch nie gekannter Macht ausgebaut, er hat die imperialistische Ausplünderung fremder Völker mit neuen Mitteln gewaltig erhöht. Aber das ist nur die eine Seite. Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat auch Widersprüche erzeugt und erzeugt sie täglich, die sich so zuspitzen müssen, dass er daran zugrundegehen wird. Durch seine masslose Ausbeutungspolitik nach innen und aussen wird er die allergrösste Mehrheit des eigenen Volkes und der fremden Völker gegen sich aufbringen. Durch seinen unersättlichen Drang nach Ausbeutungsobjekten verschärft er die imperialistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt so sehr, dass sie schliesslich nicht mehr allein mit wirtschaftlichen Mitteln ausgetragen werden kann; die Kriegsgefahr wächst.

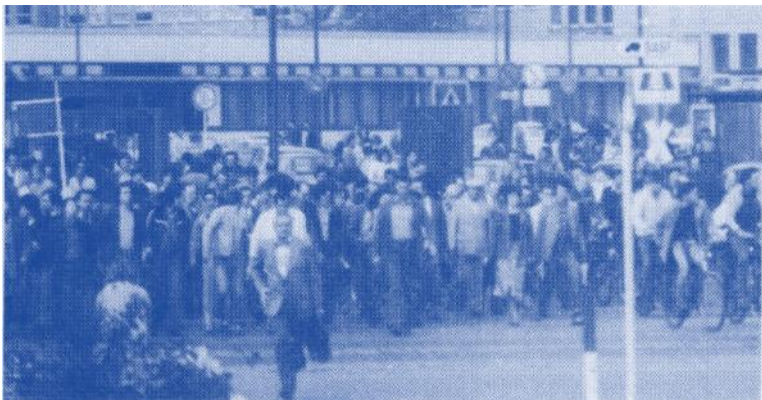
Alle Anzeichen dieser Verschärfung sämtlicher Widersprüche sind jetzt schon zu erkennen. Die Tarifikämpfe im Frühjahr 1978 belegen, wie sehr die Härte der Unternehmer zugenommen hat, wie unnachgiebig sie für die Vergrösserung ihrer Profite zu streiten bereit sind. Diese Tarifrunde zeigt aber auch, dass die Kampfbereitschaft der Industriearbeiter sprunghaft wachsen kann, ihre Ausdauer, Geschlossenheit und Selbständigkeit. Und die staatlichen Massnahmen beweisen, dass die Verschärfung keine vorübergehende sein wird: aktives Eingreifen in die Kämpfe und Streiks der Arbeiter mit Schlichtung, Dämpfung und Drohung auf der einen Seite; beschleunigter Ausbau des staatlichen Gewaltapparates und zunehmende politische Entrechtung auf der anderen Seite. All dies ist nur verständlich als systematische Vorbereitung der Monopole auf noch schärfere Auseinandersetzungen in den kommenden Jahren. Die sprunghaft vorangetriebene Aufrüstung der Bundeswehr, die zunehmende Einmischung der BRD in internationale Konflikte sind nicht nur Zeichen für das Wachstum der Konkurrenz auf den Weltmärkten, sie signalisieren auch die Bereitschaft der

deutschen Monopole, den Waren und dem Kapital die Soldaten und Panzer folgen zu lassen, wenn es wieder nötig werden sollte.

Diese Entwicklung muss aufgehalten werden. Und wer soll sie aufhalten, wenn nicht die, die jetzt schon am meisten leiden und die in einem neuen Krieg noch mehr leiden würden? Die jetzt schon durch Lohnraub und Steuererhöhungen die Welteroberungspläne der deutschen Imperialisten finanzieren sollen und denen ein neuer Krieg auch das Letzte rauben würde. Die jetzt schon in immer grösserer Zahl ihre Gesundheit und sogar ihr Leben in den Betrieben opfern müssen und die in einem neuen Krieg zu Millionen verrecken würden. Sollen wieder die Arbeiter fallen, damit die Dividenden steigen?

Nein! Diese Entwicklung wird aufgehalten werden, wenn sich die Arbeiter und Angestellten, Männer und Frauen, jung und alt, Deutsche und Ausländer ihre Lage klarmachen und den Kampf für ihre Zukunft aufnehmen. Wenn sie ihre Kraft erkennen und gemeinsam gegen die Monopole und den Staat vorgehen, wenn sie von der Abwehr zur Offensive übergehen!

Doch wie ist die Lage der Arbeiter heute, wie steht es um den gemeinsamen Kampf? So ruhig und friedlich, wie es der Wirtschaftsteil der Zeitungen, wie es die Reden deutscher Politiker über Weltwirtschaftsprobleme oder der Arbeits- und Sozialexperten über das günstige «Sozialklima» in der BRD glauben machen wollen – so ruhig funktioniert die Ausbeutung nicht in den deutschen Monopolbetrieben. Auch bei der BASF in Ludwigshafen nicht. Lassen wirdeshalb aktive Kollegen der BASF zu Wort kommen, Gewerkschafter und Kommunisten, die über ihre Arbeit und ihren Kampf berichten.



Arbeiten und kämpfen – Alltag in der BASF

Eine Schicht in der Werkstatt

Es ist jeden Tag der gleiche Weg: vom Parkplatz zum Fabriktor, von dort zum Bad und rüber in die Werkstatt. Manchmal bin ich der erste von der Frühschicht und muss dann aufschliessen, Lichter anmachen und so. Akkordzettel ausfüllen, Scheine schreiben, die die Arbeit angeben, die ich gestern gedreht habe, meist mit einer selbstgemachten technischen Zeichnung versehen. Ein Blick in die Zeitung vom Kumpel, ein Schluck Kaffee aus der Thermosflasche, und eigentlich sollte es jetzt wohl losgehen. Bereits sechs Uhr, eine halbe Stunde der Arbeitszeit im Zweischichtsystem ist schon vorbei, und die muss ja wieder reingeholt werden. Wer fängt schon sofort an, zu schrubben wie ein Wilder, abgesehen davon, dass wir die Schreibarbeiten in eigenem Interesse machen müssen. Zudem haben wir Schichtler nur insgesamt eine halbe Stunde Pause, eine Viertelstunde Frühstück, eine Viertelstunde Mittag. Also wird auch während der Arbeitszeit mal ein Schwätzchen gemacht, ist ja auch ganz normal, doch der Akkord hat bei uns so seine eigenen Gesetze. Der Meister sagt nichts, wenn er Kollegen rumstehen sieht, er weiss, dass sie nachher umso mehr zulegen müssen, denn die Vorgabezeiten nehmen ihm die Antreiberarbeit ab, jedenfalls zu einem grossen Teil.

Ich fluche über einen Arbeitsauftrag, der auf dem Werkzeugschrank liegt, versehen mit meinem Namen, technischen Angaben und dem Vermerk: Betriebsstörung, Unterbrechung, Termin: 9. August 8.30 Uhr. Also in zweieinhalb Stunden! Fünf V2A-Flansche Nennweite 100 mit Planeinstich, dazu noch das Material absägen, das könnte wohl gerade in zweieinhalb Stunden fertigwerden. Aber vom Vortag ist noch die Planscheibe auf der Bank mit einem ausgerichteten Pumpengehäuse gespannt. Die Arbeit wollte ich heute unbedingt als erstes machen. Jetzt heisst es Futter wechseln, Kranfahren und bedienen, schwer heben, Dreckpfoten, und für so einen Vorgang gibt der Kalkulator auch höchstens ein paar Minuten. Scheisse, wenn das so anfängt, der Tag versaut. Na ja, der Vorarbeiter bekommt was erzählt, weiss doch genau, dass ich Arbeit auf der Bank habe. Die Kollegen stimmen mir zu, kennen das selber, oft genug erlebt.

Die Normalschichtler treffen langsam ein, trinken vor Arbeitsbeginn ihren Kaffee, essen, lesen Zeitung und ärgern sich, dass wir schon wieder so

einen Krach machen. Aber was soll's – wir würden auch lieber in der normalen Arbeitszeit arbeiten. In der einen Woche in aller Frühe aus den Federn, in der anderen Woche geht's dann bis halb elf nachts. Wir brauchen als Bereichswerkstatt einen Früh- und einen Spätdienst, sagt der Obermeister. Damit meint er, dass wir eben da sein müssen, wenn in den umliegenden Produktionsbetrieben eine Störung anfällt. Gebongt, aber erstens erledigen wir auf der Schicht meistens auch nur Auftragsarbeit, und zweitens wollen sie bloss Überstunden sparen, wenn Betriebsstörungen ein späteres Gehen oder ein früheres Kommen bedingen würden. Wir sind da billiger mit unserer grosszügigen 2 Prozent-Zulage.

Wir brauchen nur drei Bänke mehr, und alle könnten auf die Normal-schicht. Die Kollegen sagen, das kommt nie durch. Es war schon mal eine Maschine geliefert worden, und als sie montiert werden sollte, wurde sie wieder abgeholt – von oben gestrichen, und dafür musste ein Fremdfirmen-dreher gehen.

Der Widia-Stahl steht gut, und die V-Späne fliegen, Bohrwasser spritzt ins Gesicht, die Schutzbrille ist verschmiert. Keine Laufzeiten bei dieser Arbeit, laufend müssen die Supporte bewegt werden, zustellen und messen, Stahl schleifen für Planeinstich. Der Vorarbeiter lässt sich blicken, fragt, wie es läuft, hört sich meinen Ärger an und geht wieder, kann er auch nichts machen, sagt er. Ich schwitze, die Zigarette im Mundwinkel hat Öl abbe-kommen und schmeckt bitter.

Ein Kollege, zwei Bänke weiter, schreit rum, etwas von Saustall be- komme ich mit. Er sucht einen Bohrer, der nicht da ist. Wer die ewige Su- cherei nach Werkzeug bezahlt, regt er sich auf. Und es stimmt, denn seit- dem sie unsere Werkzeugausgabe zugemacht haben und damit auch einen Arbeitsplatz, ist keiner mehr richtig für Pflege und Bestellung sowie die richtige Aufbewahrung des Werkzeugs zuständig. Und was für Werkzeug! Ein Dreher aus einem Metallbetrieb würde lachen, sähe er, mit was für «Gurken» wir hier schaffen. Doch gutes Werkzeug ist teuer, und die Chefs der Bereichswerkstatt wollen überleben. Das heisst, sie haben Angst vor einer weiteren Zentralisierung des Handwerkerbereichs.

Vor Jahren gab es noch viele «kleine Königreiche», also fast bei jedem Produktionsbetrieb eine Werkstatt. Die wurden dann zusammengefasst. Jetzt haben wir eine Hauptwerkstatt und ein paar Bereichswerkstätten, die wahrscheinlich auch bald zentralisiert werden durch den Abbau und die Modernisierung des Maschinenparks, der Belegschaft, und auch für die Bü-

rokraten müssen sie sich da was einfallen lassen, denn auf einen Handwerker kämen dann gleich ein Dutzend Vorgesetzte.

Vorerst geht es aber noch rund, und die Bereichswerkstatt will vor allem auffallen: durch gute Qualität und durch kostensparende Arbeiten. Was dabei rauskommt, haben wir zu tragen, und das im Akkord. Auf einer Versammlung haben sich alle Kollegen über dieses Thema schwer aufgeregt, und der Obermeister hatte alle Mühe, zu beschwichtigen, aber geändert hat sich noch nichts.

Die Flansche sind fertig, und ich spanne wieder die Planscheibe auf. Bei diesem dauernden Auf und Ab komme ich nie auf meine Zeit, aber jetzt egal. Noch drei Stunden wird hingelangt und dann nichts wie weg – bis morgen früh. Zwischendurch schaue ich dem Lehrling ein bisschen bei der Arbeit zu. Er bekommt auch seine Aufträge und ist produktiv voll drin. Er weiss das auch, aber er weiss nicht so recht, was er machen soll. Beschwerst sich, dass seine Ausbildung ausgerechnet an der schlechtesten Bank in der Werkstatt stattfindet. Da hat er recht und überdies, nächstes Jahr sind alle unsere Bänke genau 20 Jahre alt. Habe schon mit dem Vertrauensmann gesprochen, dass wir Zuschlag fordern müssen, da doch die Kalkulation immer von den besten, zumindest durchschnittlichen Arbeitsvoraussetzungen ausgeht. Aber weder das eine noch das andere liegt bei uns vor.

Mittagspause. Wir gehen raus ins «Anilintor» einen trinken. Hannes hat Geburtstag, und bei Geburtstag ist eine Runde Pflicht. Manche Querköpfe



halten sich zwar nicht daran, aber dementsprechend haben sie auch einen schweren Stand.

Die Bank wird sauber gemacht für den nächsten Kumpel. Die Planscheibe kommt wieder runter, und was sehe ich: Die fünf Flansche von heute früh, die ja so eilig waren, liegen immer noch vorn auf dem Kontrolltisch. Ich haue den Vorarbeiter an wegen der Sauerei. Da hätte ich die andere Arbeit auch noch fertigmachen können, aber nichts, gehetzt werden muss. Das nächste Mal könnt ihr mich! Er sagt, das wäre dann Arbeitsverweigerung, doch auch er weiss, dass das irgendwie blöd ist, hat ja auch mal im Akkord gestanden. Die Verantwortlichen sitzen woanders, denke ich, die da oben, die nur Anweisungen geben können, von der Arbeit keine Ahnung haben, aber dennoch meinen, sie seien was Besseres als wir einfachen Arbeiter.

Sackfänger und Lebmmaske

Die soziale Einstellung der BASF ist weit über die Grenzen Ludwigshafens hinaus bekannt. Da klopft sich der Chemie-Riese an die hohle Brust, dass es nur so schallt. Er, der Wohltäter, spendiert der Stadt Ludwigshafen einige Milliönchen, damit sie sich als Weltstadt profilieren kann. So wird, um nur ein Beispiel zu nennen, auf dem ehemaligen Park- und Marktplatz in der Stadtmitte ein «Prunkbau» errichtet: das Hack-Museum. Ein «Freund Ludwigshafens» namens Hack stellte einige «wertvolle» Gemälde zur Verfügung, um das kulturelle Leben in Ludwigshafen zu bereichern. Das macht natürlich einen Neubau notwendig. Mit tatkräftiger Unterstützung der BASF entsteht ein Museum, eine Riesenmasse Beton – Marktplatz und Parkplätze müssen verschwinden.

Das ist das äussere Erscheinungsbild, so möchte der Chemiekonzern in der Öffentlichkeit gesehen werden. Doch wie sieht es dort aus, wo die Werte erarbeitet werden, von denen ein Teil so publikumswirksam angelegt wird?

Man geht durch das Werk. Und plötzlich – man glaubt, der leibhaftige Tod kommt da auf dem Fahrrad vorbeigefahren. Aber – keine Vision und keine Wahnvorstellung. Ein Arbeiter aus einem Farbenbau fährt zum Mittagessen. Was da so dunkel aus einer bleichen Lebmmaske herauschaut, sind die Augen eines Chemiearbeiters. Die Löcher darunter sind für die Atmung durch Mund und Nase. Für die Arbeiter in der Farbenfabrik ist der Lehm, millimeterdick auf dem Gesicht aufgetragen, eine Erleichterung, die



die Arbeitsbedingungen erzwingen. Der Lehm hält die Farbe, die sich überall festsetzt, von der Haut ab. Erst nach Feierabend kommt die Lehmschicht wieder runter. Ohne Lehmschicht auf der Haut würde der Kollege, je nach dem Ton der Farbe, die produziert wird, grün wie ein «Marsmensch» oder blau oder gelb aussehen. Und die Farbe würde halten. Denn die Farbe sitzt fest, es ist eine gute Farbe – die von der BASF.

Na ja, nach vier Tagen kräftigem Schrubben wäre sie vielleicht wieder ab. Aber wer möchte sich schon tagelang mit der Bürste behandeln lassen? Zumal die Farbe



nicht bloss auf der Haut sitzt. Sie zieht in die Poren. Und beim Schwitzen färbt sich so auch die Kleidung in den exotischsten Farben. Deswegen schmieren sich die Farbenarbeiter vor Arbeitsbeginn lieber mit Lehm ein. Sie stört auch nicht, dass hier und da ein neuer Kollege bei ihrem Anblick erschrickt. Denn sie wissen, viel erschreckender als ihr Anblick sind ihre Arbeitsbedingungen.

Und sie wissen auch eins. Um diese Zustände zu beseitigen, gibt es nur ein Mittel: im tagtäglichen Kampf eng zusammenzustehen. Und deswegen standen sie auch in der Tarifrunde 1977 ganz vorne. Schon als die «freien Verhandlungen» noch liefen, schickten die Kollegen von den Farbenabteilungen 1, 2 und 3 einen Delegierten zu den Verhandlungen nach Mainz. Unter den Augen von rund 100 Kollegen und Vertrauensleuten, die mit ähnlichen Aufträgen geschickt waren, machte dieser der Tarifkommission klar: «90 Prozent meiner Kollegen fordern die volle Durchsetzung der 9,5 Prozent – und sind bereit, dafür zu streiken.»

So wie die Farbenkollegen können viele Aniliner ein Lied vom «grossen Wohltäter BASF» singen. Ein paar Kilometer nördlich der Farbenabteilungen werden Düngemittel produziert. In 50 Kilogramm schweren Säcken werden die Düngemittel in Eisenbahnwaggonen verladen – von Anilinern, den sogenannten Sackfängern. Und das geht so: Die 50 Kilogramm schweren Säcke kommen über ein Förderband an den Waggon, der Sackfänger lässt sich die Last auf die Schulter fallen und trägt sie weiter in den Wagen. Eine Dreier-Mannschaft fängt in der Zwölf-Stunden-Schicht im Rundumlauf bis zu 8'500 (in Worten: achttausendfünfhundert) Düngemittelsäcke ab, um sie zu verstauen. Das sind 2'833 pro Mann oder 236 Säcke in der Stunde für jeden Einzelnen dieser Gruppe. Die Folgen sind: Auf den Schultern bildet sich eine dicke Hornhaut, das Kreuz geht langsam kaputt.

Diese Arbeitsbedingungen werden in dem neuen Ludwigshafener Museum sicherlich nicht dargestellt!

In der Hydroxylaminfabrik

Mit «Hydroxylamin», einem Vorprodukt von «Caprolactam», dem Grundstoff für Kunstfasern und andere Produkte, lassen sich gute Geschäfte machen. Und so erstellte die BASF in Antwerpen (Belgien), einer Stadt mit günstigen Überseewegen vor der «Haustür», ein Hydroxylaminwerk und gleich ein Caprolactamwerk dazu. Was dies für die Arbeiter in der Hydro-

xylaminfabrik N 511 in Ludwigshafen bedeutet, spürten sie schon ziemlich bald

Als 1976 die Kollegen in Antwerpen in den Streik für höhere Löhne traten, hiess es in Ludwigshafen: das Letzte aus Mensch und Maschine herausholen, um den Ausfall aufzufangen. Möglichst mit allen Rührkesseln, von denen normalerweise immer einige stillstehen, produzieren und, um die Ausbeute zu steigern, den N_2O (Stickoxydul)-Gehalt im Abgas möglichst hoch zu drücken. Bei zu hohem N_2O -Gehalt besteht Explosionsgefahr. Das wird von der Werksleitung in Kauf genommen, und so bleibt den Kollegen nichts anderes übrig, als die Anlage besonders streng zu überwachen.

Und nach dem Streik der belgischen Kollegen?

Das gleiche Bild: Wenn ein Kollege gerade an einem Rührkessel eine Handprobe entnimmt und ein Klingelzeichen in der Messwarte zeigt eine Störung an, dann heisst es einen schnellen Spurt hinlegen in die Messwarte. Da meistens für eine Anlage nur ein Schichtarbeiter da ist, befindet er sich oft im Dauerlauf zwischen Messwarte und Anlage. Ist der Kollege nicht schnell genug, schaltet die Anlage infolge irgendeiner Störung ab. Und es warten ein Anschiss und noch mehr Arbeit auf ihn, denn um so eine Anlage wieder in Betrieb zu nehmen, heisst es noch mehr wetzen, die Augen und die Ohren an noch mehr Stellen zu haben. Die Nervenbelastung wird noch grösser.

Bei einer solchen Produktionsweise macht sich ein Ausfall durch Krankheit natürlich stark bemerkbar. So kommt es, dass die Betriebsleitung, um die Produktion voll aufrechtzuerhalten, oft dazu übergeht, Kollegen aus dem Urlaub zurückzuholen. Den Kollegen wird «nahegelegt», den Urlaub abzubrechen oder freie Tage (Freischichten) nicht zu nehmen.

Der Mensch zählt bei diesen Produktionsverhältnissen nichts. Dazu kommen noch die unerträglichen Arbeitsbedingungen. Der ständige Lärm der Rührkessel und die oft in der Luft hängenden Stickoxyd-Gase ($\text{NO} + \text{NO}_2$) nagen täglich an der Gesundheit der Kollegen. Stickoxyde sind starke Atemgifte. Auch kommt es immer wieder vor, dass Kollegen von der Arbeit in der Hydroxylaminfabrik, hauptsächlich von dem Umgang mit Hydroxylaminsulfat, «Krätze» bekommen: eine Hautkrankheit, die die Finger zerfrisst. Die Kollegen werden dann in andere Abteilungen versetzt, da diese Krankheit nur sehr langsam zurückgeht, über mehrere Monate.

In der Fabrik gibt es keine Überwachungsanlagen für die Konzentration der Stickoxyde in der Luft, weil «dies ja doch nur ganz geringe Mengen

sind». Dass diese Gase auf die Dauer die Lunge angreifen und sogar zu Impotenz führen können, zählt nicht. Und wenn mal einer diese Bedingungen beklagt, kann die Werksleitung immer noch darauf verweisen, dass die Arbeitsbedingungen gerade im Betrieb nebenan, in der Düngemittelfabrik, noch weitaus schlimmer sind . . . !

Die ‚BASF-Arbeiterstimme‘

Alltag in der BASF! Die drei Berichte aus verschiedenen Abteilungen, von Arbeitern, die sich im Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) organisiert haben, zeigen bewusst das Alltägliche, die übliche Wirklichkeit der Arbeit im Kapitalismus, die hinter den Fassaden der Werksanlagen, hinter der «Öffentlichkeitsarbeit» der Konzernzentrale verborgen bleibt.

Doch genauso wirklich wie die tägliche Schinderei in den Betrieben ist der tägliche Kampf der Arbeiter, ihre Solidarität gegen die Ausbeuter. Sie wehren sich gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen, gegen Angriffe auf ihre Löhne, gegen ihre Rechtlosigkeit. Dieser erbitterte Kleinkrieg hört nie auf, wenn er auch nur ganz selten Schlagzeilen macht. Vertrauensleute und andere aktive Gewerkschafter gehen daran, die Aktionseinheit der Arbeiter und Angestellten gegen die Monopole aufzubauen. Und die Kommunisten gehören – heute wie früher – zu den aktivsten. Arbeiter aus dem KABD schrieben die drei Berichte. Arbeiter schreiben auch die «BASF-Arbeiterstimme», die Betriebszeitung des KABD für die Aniliner, und Arbeiter schreiben in der ROTEN FAHNE, dem Zentralorgan des KABD.

Die folgenden Artikel aus der «BASF-Arbeiterstimme» geben ein Bild von dem täglichen Kampf der BASF-Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft. Kämpfe solcher Art werden geführt, seit es die kapitalistische Produktion gibt. Nie gelang es den Ausbeutern, sie zu unterdrücken, weder im Kaiserreich noch im Faschismus, und es wird ihnen auch jetzt nicht gelingen. Im Gegenteil: Immer mehr Arbeiter und Angestellte werden sich gegen die Monopole und ihren Staat zusammenschliessen, ihre Einheit und ihre Kampfkraft werden wachsen.

Die Arbeiterin Ludwigshafen kennen ihre «BASF-Arbeiterstimme», die seit Langem vorm Tor verteilt wird. Sie wissen auch, wie sehr sie den BASF-Bossen ein Dorn im Auge ist, denn diese Betriebszeitung greift ihre Machenschaften scharf an, kümmert sich um die alltäglichen Sauereien,



wie sie im Betrieb eines IG Farben-Nachfolgers an der Tagesordnung sind. Sie wissen auch, dass ihre Kollegen von der «Arbeiterstimme» hinter die Fassade schauen, wenn die Werksleitung wieder einmal an dieser Fassade poliert. Was ist mit den Zahlen und Geschäftsberichten, wenn der Konzern sie sogar an die Arbeiter verteilt?

Die nächste Abschnitt ist aus der «BASF-Arbeiterstimme» vom Juli 1978 entnommen. Was die Arbeiter an diesem Julimorgen mit in die Werkshallen und Büros nahmen, war nichts anderes als eine kurze Analyse, was die neueste BASF-Bilanz für die Aniliner bedeutet.

«Sozial»bilanz in der Zange

«Die aufwendige ‚Illustrierte‘ ‚Mensch, Arbeit, Geschäft 1977‘ liess die Werksleitung an alle Kollegen verteilen. In Betriebsversammlungen hauen uns Betriebsleiter Zahlen um die Ohren. Auf der Jahresvertrauensleuteversammlung am 29.6. bekamen die Vertrauensleute ebenfalls fast nur Zahlen zu hören.

Was bezwecken die BASF-Bosse mit dieser ‚Zahlenlawine‘? Nach dem Motto ‚etwas bleibt immer hängen‘ wollen sie uns drei *unwahre Behauptungen* eintrichtern:

1. Der BASF geht es momentan wirtschaftlich schlecht.
2. Die Personalkosten seien zu hoch. Den Kollegen würden über 70 Prozent der geschaffenen Werte zugute kommen.
3. Auf längere Sicht gehe es der BASF und der Wirtschaft aber wieder gut. Sieht man es genauer an, ist jeweils das Gegenteil wahr!

Geht es der BASF schlecht?

Seefeldler, Jentzsch und Co. argumentieren mit dem Gewinnrückgang von 82 3 auf 677 Mio. DM von 1976 auf 1977. Aber ‚Gewinn‘ ist eine manipulierbare Zahl. So gibt z.B. die BASF in der Bilanz selbst zu, dass sie die Schulden (‚Verbindlichkeiten‘) um 397 Mio. DM abgebaut hat (in einem Jahr!). Hätte sie die gleich gelassen, wäre der ‚Gewinn‘ auf 1 074 Mio. DM gestiegen! Es gibt auch noch andere Manipulationsmöglichkeiten.

Jedenfalls ist Tatsache, dass die BASF weiterhin riesige Umsätze macht, die 1976 und 1977 fast den unwahrscheinlichen Rekord von 1974 erreicht haben und ihn im ganzen Konzern (BASF-Gruppe) sogar deutlich übertreffen.

Das merken wir alle, denn wir sind es, die die Arbeit für diesen Umsatz machen. Deutlich wird das, wenn wir die Arbeitsleistung pro Beschäftigten ansehen, die der Betriebsratsvorsitzende Hermann vorgelegt hat:

1970	97 470 DM	1974	196 890 DM
1971	107 680 DM	1975	161 190 DM
1972	118 740 DM	1976	190 250 DM
1973	134 640 DM	1977	185 560 DM

Das ist eine Steigerung in sieben Jahren von 90,4 Prozent, während die Löhne und Gehälter im gleichen Zeitraum nur um 81,5 Prozent stiegen! Die BASF erkennt diese Zahlen nicht an, weil die Umsatzzahlen nicht unsere Arbeitsleistung wiedergeben würden; sie seien durch die Preissteigerungen ‚aufgebläht‘. Dass unsere Löhne aber durch die Preise weggefressen wurden, möchten diese Herren gern vergessen. Dabei haben wir ausserdem immer höhere Steuern und Sozialabgaben zu verkraften gehabt, während die Steuern für die Kapitalisten gesenkt wurden.

Seit 1974 haben wir im Durchschnitt Jahr für Jahr Reallohnabbau hinnehmen müssen. Damit ist auch die nächste Frage bereits beantwortet:

Verdienen wir zuviel?

Angeblich kommen den Kollegen 76 Prozent der geschaffenen Werte zugute. Untersucht man diese Rechnung, wie es die IG Chemie in ihrer Kritik zur Sozialbilanz getan hat, stellt man fest, dass wir nur ca. die Hälfte der *von uns allein* geschaffenen Werte bekommen. Die andere Hälfte wird uns gestohlen; sie kommt zum grössten Teil dem Unternehmen zugute.

Im Mittelalter mussten die Bauern ein Zehntel ihrer Ernten („den Zehnt“) dem Lehnsherren abgeben. Wir geben heute schon die Hälfte ab! Wir Kommunisten nennen das schlicht Ausbeutung.

Warum baut die BASF Sozialleistungen ab?

Warum wird dann aber der Urlaub für die älteren Kollegen angerechnet? Warum wird die Jahresprämie gesenkt? Warum wird überall mehr Druck gemacht, gibt es keinerlei ‚Zugeständnisse‘ mehr? Dazu müssen wir von der Situation des Kapitalismus in der Bundesrepublik ausgehen:

Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist nach der lang andauernden Hochkonjunktur etwa seit Ende 1973 in eine Phase der schwankenden Stagnation geraten. Ein Grundgesetz des Kapitalismus treibt die BASF voran: Um den Profit zu steigern oder auch nur gleich zu halten, muss der Umsatz ständig stark steigen. Stagniert der Umsatz, sinkt der Profit. Nach unseren Berechnungen sieht der *Gesamtprofit* für die BASF AG folgendermassen aus:

1974 3 065,7 Mio DM
1975 2 460,3 Mio DM
1976 2 767,4 Mio DM
1977 2 701,2 Mio DM

Das ist die Triebkraft für die Angriffe der BASF gegen die Kollegen. Deutlicher wird dies noch, wenn man den Profit zu dem Kapital ins Verhältnis setzt, das die BASF im jeweiligen Jahr einsetzen musste für die eingekauften Stoffe, Löhne und Gehälter sowie für den Ersatz von verbrauchten Anlagen und Maschinen. Dieses Verhältnis nennt sich *Profirate* und sieht für die BASF so aus:

1973	1974	1975	1976	1977
53,9%	39,0-%	35,0%	34,8%	33,9%

Dieses Grundgesetz des Kapitalismus (Fall der Profitrate) kommt jetzt voll zum Tragen und zwingt die BASF zur Offensive auf dem Weltmarkt, zu Rationalisierungen und zu Angriffen auf den Lohn und die sozialen Leistungen, kurz: zu einer umfassenden Offensive.

Sparen kann die BASF eben nur an den Löhnen, wegen der Konkurrenz aber nicht an Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen!

Wird es in der Zukunft aufwärts gehen?

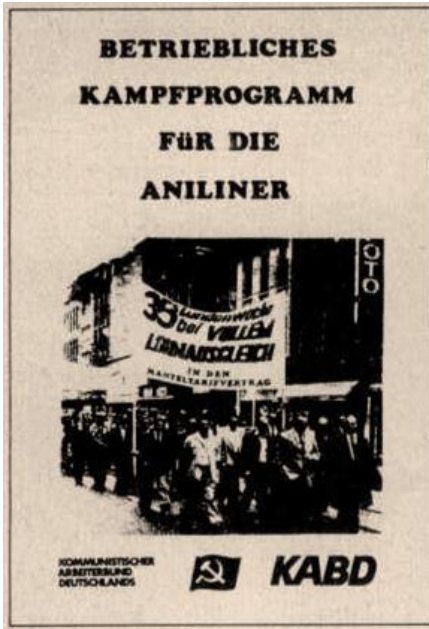
Seefelder sagte im letzten Jahr auf der Hauptversammlung: . . . nicht den Eindruck erwecken, als seien wir grundsätzlich pessimistisch. Was die Chemie angeht, trifft eher das Gegenteil zu . . . Sie dürfen darin (Investitionen, Forschungsanstrengungen) einen Ausdruck der Zuversicht in eine gute Zukunft für unser Unternehmen sehen . . . » Auf längere Sicht gesehen gehe es aufwärts, sagen auch die Betriebsleiter – und sagt auch die Gewerkschaftsführung. Doch wie sieht es in der kapitalistischen Weltwirtschaft wirklich aus?

In den meisten Industriezweigen gibt es bereits heute grosse Überkapazitäten. Der Konkurrenzkampf zwischen den grossen Konzernen und den einflussreichsten Staaten wird immer schärfer. Die Staatshaushalte und Staatsschulden werden immer grösser. ‚Investitionszulagen‘ und ‚Nachfragebelebung‘ sind gängige Schlagworte.

Die Regierungen schieben ihren Konzernen also Milliardenbeträge in den Rachen und schaffen vorübergehend eine grössere Nachfrage. Damit wird aber die gesetzmässig eintretende Überproduktionskrise nur hinausgezögert. In den nächsten Jahren wird diese weltweite Wirtschaftskrise mit umso stärkerer Wucht eintreten.

In der Chemieindustrie werden heute offiziell bereits grössere Überkapazitäten bei den Massenkunststoffen, in der Petrochemie und bei den Düngemitteln zugegeben. Die BASF wird von der Wirtschaftskrise genauso getroffen werden wie andere Konzerne!

Wir werden dann gegen Massenentlassungen und gewaltigen Lohnabbau kämpfen müssen. Was wir heute an Kampfkraft nicht entwickeln, werden wir dann nicht haben. Wir müssen unsere Zurückhaltung überwinden und jetzt für die heutigen Ziele kämpfen, denn das «Warten auf bessere Zeiten‘ ist Illusion!»



Ein Kampfprogramm für die Aniliner

Was stellt sich dem Kampf der Kollegen für die heutigen Ziele entgegen, um welche Ziele muss der Kampf geführt werden? Die Betriebszelle des KABD bei BASF hat den vorstehenden Artikel an den Anfang ihres ^Betrieblichen Kampfprogramms für die Aniliner» gestellt, das sie im August 1978 herausgab. Bescheid zu wissen über diesen Monopolbetrieb, das ist nur eine Seite, fragen sich doch immer mehr Arbeiter und Angestellte, wohin sich die ganze Gesellschaft entwickelt und ob es überhaupt Möglichkeiten gibt, gegen die Politik der Monopolkapitalisten und ihres Staates etwas zu unternehmen.

Angriffe auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter werden im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch politische Angriffe auf die arbeitenden Menschen ergänzt, das ist die andere Seite. Sie sollen vom Kampf abhalten und die nötige «Friedhofsruhe» herstellen, in der die Monopole schalten und walten können, wie sie wollen. Wohin das führt, haben wir gesehen. Auch für die Aniliner in Ludwigshafen gilt es zu erkennen, dass sich die politischen Angriffe des Staates gegen sie selbst richten. Des-

halb greift die BASF-Zelle dieses Problem nach der Darlegung der Situation bei BASF als nächstes in dem Kampfprogramm für die Aniliner auf:

«Den Monopolkapitalisten und ihrer Regierung ist klar, dass diese Angriffe auf die Dauer von den Werktätigen nicht tatenlos hingenommen werden. Um aber dennoch diesen Kurs der immer schärfer werdenden Ausbeutung in Werkstatt und Büro längerfristig abzusichern, versuchen sie uns durch eine grossangelegte Offensive auf unsere politischen und demokratischen Rechte den Boden für Kampfmassnahmen zu entziehen. Die ersten einschneidenden Massnahmen erfolgten 1969 mit der Notstandsgesetzgebung, deren Kern die Legalisierung des Einsatzes der Bundeswehr auch nach innen, gegen ‚Feinde der demokratischen Rechtsordnung‘, war. In dieser Zeit begann der Aufschwung der Kämpfe der deutschen Arbeiter um ihre wirtschaftlichen Interessen. Diese Kämpfe setzen sich bis heute fort, und die Reaktion der Kapitalisten und der Regierung blieb nicht aus: Die von der Arbeiterschaft in jahrelangem Kampf errungenen Rechte werden durch Bonner Gesetze Schlag auf Schlag ausgehöhlt und beschnitten:

- Das Demonstrationsrecht wird eingeengt,
- das Recht auf freie Meinungsäusserung beschnitten, – das Koalitions- und Versammlungsrecht angegriffen, – die Strafbestimmungen durch Isolationshaft und Kontaktsperre verschärft,
- die Rechte von Gefangenen und Rechtsanwälten geschmälert, und durch Verbotsdrohung kommunistischer Organisationen wird eine weitere Einschränkung der Meinungs- und Organisationsfreiheit der Arbeiterschaft geplant. Die Arbeitsrechtsprechung wird verschärft, die Gewerkschaften sollen stärker an das Gemeinwohl gebunden werden. Die Gerichtsurteile für freien Zugang von Streikbrechern zeigen zum wiederholten Mal, auf wessen Seite die Justiz steht.

‚Terroristenbekämpfung‘ als Vorwand. . .

Ob SPD, F.D.P. oder CDU/CSU – Bonn ist sich einig: Der Feind steht links! Die Regierung und alle Parteien haben ein Thema gefunden, um von den Sorgen und Nöten des Alltags abzulenken. Wer nicht gewillt ist, in den Hetzchor mit einzustimmen, wird zum Sympathisanten gestempelt. Wer Kritik hat, ist verdächtig. Das Manöver ist allzu durchsichtig. Die Unternehmerverbände und ihre Bonner Regierung nutzen die Gunst der Stunde, um unter dem Vorwand der ‚Terroristenbekämpfung‘ gegen die consequen-

ten Vertreter der Arbeiterschaft Front zu machen. Sie hetzen die Bevölkerung gegen alles Fortschrittliche auf, um die erkämpften Rechte der Werktätigen abzubauen. Sie nehmen eine Handvoll Anarchisten zum Anlass, um Polizei und Bundesgrenzschutz den Notstand üben zu lassen. Doch in Wirklichkeit dient es der Vorbereitung und dem Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen der Arbeiter und des werktätigen Volkes.

... zur Einschränkung der Rechte der Werktätigen

Wo steht geschrieben oder wo kann man hören, dass streikende Arbeiter in der Druckindustrie mit Polizeigewalt abgeführt und verurteilt wurden? Wo steht, dass Protest von Demokraten und Kernkraftgegnern von Polizei und Bundesgrenzschutz zum Anlass genommen wurden, um breitangelegte Notstandsübungen durchzuführen? Wo steht, dass Metallarbeiter in Baden-Württemberg während der Lohnrunde von der Kripo bespitzelt und belauscht wurden? Wo steht, dass die Polizei in den letzten Jahren Dutzende unschuldiger Menschen erschossen hat? Wer hat je ein Urteil gegen diese Art von Terror gehört?

Die Kapitalisten bedienen sich über Gesetze hinaus noch anderer Mittel, um den Kampf der Arbeiter zu behindern und ihr Bewusstsein zu beeinflussen. Kein Tag vergeht, wo nicht in Presse, Funk und Fernsehen oder von einem Politiker der bürgerlichen Parteien gegen berechtigte Forderungen der Arbeiter gehetzt wird. Das geht dann so: Ursache der schlechten Wirtschaftslage sind überhöhte Forderungen der Werktätigen. Die Massenmedien werden von den Kapitalisten ausgenützt, um uns den ‚sozialsten und demokratischsten Rechtsstaat‘ vorzugaukeln. In Tarifrunden ständig das gleiche Bild: ‚Streik droht‘ oder ‚Millionenverluste durch Arbeitskampf‘ sind häufig die Schlagzeilen.

Wo aber stand schon einmal geschrieben, dass die Arbeiter um gerechte Forderungen kämpfen, dass nicht sie, sondern die Gesetze des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Profitgier der Kapitalisten für die Arbeitslosigkeit, die Stagnation in der Wirtschaft und eine kommende umfassende Wirtschaftskrise verantwortlich sind? Nichts von alledem!

Die Ideologie und Meinungsmache der Kapitalisten, die durch die Massenmedien verbreitet wird, hat die Spaltung der Arbeiterklasse zum Ziel, die Verbreitung von Wehrlosigkeit. Das Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist der Aufbau einer ‚Scheinwelt‘, in die man sich ‚flüchten‘ kann, Weitere Mittel dazu sind die Ablenkung und Betäubung durch Pornographie, Alko-

hol und Drogen, die Erzeugung von Illusionen einerseits (sechs Richtige im Lotto) und Pessimismus und Resignation andererseits.

Angriffe auf aktive Aniliner

Bei der Einschüchterung von Kollegen und beim Abbau demokratischer Rechte lässt sich auch die BASF nicht lumpen. Tarifrunde 1977, persönliche Bedrohung, Bespitzelungen, Briefe und Pressemitteilungen, Festnahme eines Betriebsrats, Haus- und Werksverbote, damit versuchten die BASF-Bosse die Aniliner an der Leine zu halten.

Ende 1977 waren die Jugendlichen eine der aktivsten Gruppen von Kollegen, und damit das Angriffsziel antidemokratischer Massnahmen der Werksleitung durch die Einschränkung der Rechte der Jugendvertretung und Jugendvertrauensleute und die Verlegung der Jugendversammlungen aus dem Werk heraus.

Wir stehen heute vor der Situation, dass die deutsche Arbeiterklasse wie auch hier konkret die Aniliner noch nicht erkannt haben, dass der Abbau demokratischer Rechte gegen sie gerichtet ist. Hier gilt es für alle fortschrittlichen Kollegen noch ein gewaltiges Stück Aufklärungsarbeit zu leisten, um dann der Offensive der Monopole und ihres Staates entgegenzutreten: *Arbeiteroffensive gegen Monoploffensive!*

Arbeiteroffensive, das bedeutet, selbständige Streiks zur Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Forderungen zu führen.

Arbeiteroffensive, das bedeutet, den Kampf für die Verteidigung und Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte zu führen.»

BASF-Jugendvertretung soll an die Kette gelegt werden!

Die BASF-Werksleitung startete einen ungeheuren Angriff auf die politischen Rechte der Jugendlichen. Warum? Von der Jugendversammlung gingen in den letzten Jahren oft kämpferische Aktionen aus. In den Tarifrunden 76/77 wurden Demonstrationen mit über 1'500 Lehrlingen für die jeweiligen Tarifforderungen durchgeführt. Und im letzten Jahr machten 300 Lehrlinge einen Sitzstreik, als in der Lehrwerkstatt Kameras installiert wurden, um aktive Kollegen zu bespitzeln.

Dies will die Geschäftsleitung unterbinden, deshalb soll die Jugendversammlung unter der Leitung der Geschäftsleitung durchgeführt werden, die Jugendvertretung erhält eine halbe Stunde Redezeit. Die Jugendvertrauensleutewahlen sollen unter der Leitung der Ausbildungsleiter durchgeführt werden, damit die ihr genehmen Jugendvertrauensleute gewählt werden. Die Neueinstellungsveranstaltungen werden verboten. Die Freistellungszeiten für die Jugendvertreter sol-

len um die Hälfte gekürzt werden. Die Jugendversammlung soll heraus aus dem Betrieb ins Feierabendhaus gelegt werden.

Diesem Angriff auf die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Jugendlichen kann kein Aniliner tatenlos zusehen. Diesmal gingen die BASF-Bosse noch ausschliesslich gegen die Jugendlichen vor, aber Einschränkungen für die älteren Vertrauensleute sind schon abzusehen. Es wurde angeordnet: Wenn ein Vertrauensmann eine Versammlung einberuft, dann muss der Chef dabei sein.

Es ist nicht das erste Mal, dass unsere politischen Rechte von der Geschäftsleitung beschnitten werden. So wurden aktive Kollegen während der letzten Tarifrunde bespitzelt. Die Polizei provozierte im Sinne der Geschäftsleitung und verhaftete einen Betriebsrat.

Die Angriffe auf unsere politischen Rechte sind nicht unabhängig von den Angriffen auf unsere wirtschaftliche Lage. Wie sah es denn im letzten Jahr aus: Zuerst einen miesen Tarifaabschluss und dann noch die Herabsetzung der Jahresprämie und insgesamt nicht die geringsten Zugeständnisse bei Forderungen um noch so kleine Verbesserungen.

Die BASF steht wie die gesamte Industrie in weltweiter Konkurrenz, dazu will sie ihre Macht immer mehr ausweiten. Immer wieder hören wir: Die BASF muss konkurrenzfähig bleiben. Seefelder schlägt dafür die Lohnpause vor. Die Sache mit der Konkurrenzfähigkeit wird aber nicht nur uns Anilinern, sondern auch den Kollegen in Konkurrenzunternehmen im In- und Ausland erzählt. Konkurrenzfähig bleiben können die Unternehmer nur auf Kosten der Arbeiter. Mit der Drohung der Arbeitslosigkeit in der Hand verschärfen die Kapitalisten den Druck in den Betrieben. In der Lohnrunde werden sie versuchen, Lohnraubaabschlüsse durchzusetzen.

Natürlich wissen die Kapitalisten genau, dass die Arbeiter das nicht alles ruhig und wehrlos hinnehmen werden. Deshalb setzen sie alles daran, aktive Kollegen von der Belegschaft zu trennen bzw. zu verhindern, dass wir für unsere Forderungen eintreten.

Die Regierung in Bonn hat für die Kapitalisten beim Abbau demokratischer Rechte schon gut vorgearbeitet. Seit der Einführung der Notstandsgesetze werden systematisch die politischen Rechte abgebaut, die sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangem Kampf errungen hat: Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird weiter beschnitten, das Demonstrationsrecht wird verschärft, kommunistische Organisationen sollen kriminalisiert und verboten werden.

Wie können wir Aniliner uns jetzt gegen die politischen Angriffe der Geschäftsleitung wehren? Zunächst einmal muss die Sache bekannt werden, denn bisher ist das Ganze als Nebensächlichkei behandelt worden. Unsere Gewerkschaftsvertreter haben sich mit einer einstweiligen Verfügung begnügt, die dann auch keinen Erfolg hatte, sonst schwiegen sie sich aber aus.

Der KABD bemüht sich, gemeinsam mit fortschrittlichen Kollegen den Kampf gegen die Angriffe der BASF-Bosse aufzunehmen, wobei es momentan auf die Information aller Kollegen ankommt.

Für eine sofortige Jugend Versammlung im alten Stil!

Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb!

BASF-Manager kam im «blauen Anton»

Entlassungen nach Streik unterstreichen Forderung nach Streikrecht

Stuttgart, 12. März (Arbeiterkorrespondenz): Fünf Entlassungen wegen selbständigem Streik bei Kast & Ehinger in Stuttgart-Feuerbach. Wie schon in ROTE FAHNE Nr. 5, Seite 1 berichtet, sind bei K & E in Stuttgart-Feuerbach, einem Tochterbetrieb der BASF, ca. 300 Kollegen in einen 5-tägigen selbständigen Streik getreten. Jetzt, nach Abbruch des Streiks, sollen fünf Kollegen, von denen vier Streikführer waren, fristlos entlassen werden. Was war geschehen?

Diese Kollegen arbeiten unter den schwierigsten Bedingungen in der Produktion, und das gleichzeitig bei extrem niedrigen Löhnen. Um auf das Lebensnotwendigste zu kommen, mussten sie Überstunden arbeiten, die bis zu 500 DM ihres Gesamtlohnes ausmachten. Die ersten Lohneinbussen kamen dann, als die Überstunden gestrichen wurden. Doch dabei blieb es nicht. Innerhalb des letzten Jahres wurde der Personalstand durch natürliche Fluktuation um 80 Arbeiter verringert. Die Folge für die restlichen Kollegen war weitere Verschärfung der Arbeitshetze. So lag der Krankenstand Anfang 1976 bei über 25 Prozent. Im Oktober 1975 trat der Betriebsrat in Verhandlungen über ein neues Lohnsystem, das ab 1. 1. 76 in Kraft trat. Doch für die Kollegen trat keine effektive Lohnerhöhung ein, im Gegenteil, diese wurde durch erhöhte Sozialabgaben aufgeessen. Der Betriebsrat trat dann am 18. und 19. Februar wieder in Verhandlungen. Seine Forderung war 60 Pfennig mehr Stundenlohn. Diese Forderung wurde von der Geschäftsleitung strikt abgelehnt.

Noch während der Verhandlungen kamen Anrufe aus den Abteilungen: Die Produktion steht still! Die Streikenden, es waren in erster Linie die 300 griechischen Kollegen, versammelten sich vor der Kantine. Die Spätschicht führte den Streik fort. In den folgenden Tagen nahm der Betriebsrat die Verhandlungen wieder auf, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. So streikten die Kollegen bis Mittwoch, 25. Februar, weiter. An diesem Mittwoch stimmte die Geschäftsleitung dann 25 Neueinstellungen und der Erhöhung des Stundenlohns um einen zweistelligen Betrag ab 1.4. zu. Auf der anschließenden Betriebsversammlung drohte dann die Geschäftsleitung den Kollegen, wer nicht sofort nach der Betriebsversammlung die Arbeit wieder aufnehme, werde entlassen. Zur «Unterstützung» schickte sie den Kollegen Entlassungsschreiben nach Hause. Doch die Streikfront stand weiter. Aber auch die Geschäftsleitung war nicht tatenlos.

Sie schickte einen BASF-Werksdirektor im «blauen Anton» unter die Streikenden, der dann die Forderung nach der Wahl von vier Streikführern aufstellte. Die Geschäftsführung versuchte so, die aktivsten Kollegen herauszufinden, um sie nachher zu entlassen.

Die vier Kollegen führten dann die Verhandlungen gemeinsam mit dem Betriebsrat weiter, wobei sie die Forderung nach Mindeststundenlöhnen, von 10 DM für Männer und 9 DM für Frauen aufstellten. Doch die Geschäftsleitung blieb stur, indessen erhöhte sie ihre Anstrengungen, die Streikenden zu spalten. Sie brachte auf den Toiletten Sprüche wie «Gott schuf Menschen, Tiere und Griechen» an und versuchte, die deutschen Kollegen, die vor allem die Vorarbei-

ter- und Meisterposten besetzten und nicht mitstreikten, deren Unzufriedenheit jedoch genauso gross war, gegen die Streikenden auszuspielen. Dies taten sie so, indem die Kapitalisten das Gerücht verbreiteten, die deutschen Kollegen hätten ihren streikenden ausländischen Kollegen Prügel angedroht. Tatsächlich aber stimmte keine Silbe von solchen Lügen. Auch blieben die angekündigten Entlassungen nicht ohne Wirkung.

So bröckelte die Streikfront langsam ab. Unterstützt vom IG Chemie-Sekretär Huber, der seine wichtigste Aufgabe darin sah, die Ungesetzlichkeit des Streiks den Kollegen immer wieder vorzusagen, und sie wiederholt, nach Scheinversprechungen der Geschäftsleitung, zur Arbeitsaufnahme aufforderte. Die Geschäftsleitung wandelte nun die Kündigung aller am Streik Beteiligten in Verwarnungen um. Sie drohten dann 20 Kollegen mit Entlassung, um sich schliesslich auf fünf Kollegen zu beschränken, vier der fünf Gekündigten waren während des Streiks als Streikführer bestimmt worden. So brach der Streik dann am 25. Februar ab.

Das ist nicht das erste Mal, dass mit der Entlassung von Streikführern der gerechte Kampf der Arbeiter niedergeschlagen werden soll. Morgen kann es in jedem anderen Betrieb genauso laufen, ob gegen Deutsche oder gegen Ausländer. Das unterstreicht erneut die Notwendigkeit des Kampfes für ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht.

(ROTE FAHNE, 7. Jahrgang 1976. Nr. 6)

Aktionseinheit in Betrieb und Gewerkschaft

«In die Offensive gehen . . .» – mancher Aniliner wird den Kopf geschüttelt haben, als er diese Sätze im Kampfprogramm der BASF-Zelle las: «Schon richtig, aber wie?» Der Zusammenschluss der Kollegen am Arbeitsplatz, in der Abteilung und im ganzen Betrieb, der kämpferische Zusammenschluss in der Aktionseinheit mit den aktiven Gewerkschaftern als Kern – diesen Weg zeigt das Kampfprogramm für die Aniliner weiter auf:

«Der Kampf der westdeutschen Arbeiter gegen diese massiven Angriffe der Monopole und ihres Staates steht noch am Anfang, doch er entwickelt sich und gewinnt zusehends an Schärfe, was der Verlauf der diesjährigen Lohnrunden bei Metall, Druck und im Hafen deutlich beweist. Auch wir Aniliner verfolgten diese Streiks mit Interesse, aber in vielen Diskussionen am Arbeitsplatz kam eine rein abwartende Haltung zu Tage, und oft war

das Argument zu hören: ‚Die Situation in der Metallbranche ist mit dem chemischen Grossbetrieb nicht zu vergleichen/

Jedoch: Wo liegt im Grund genommen der Unterschied? Jeder wird zugeben, dass die entscheidende Bedingung für den Kampf nicht die Frage ist, um welchen Betrieb es sich handelt, sondern ausschlaggebend ist, ob die Belegschaft selbst kampfbereit dasteht! Das Bewusstsein und der Wille, sich zu wehren, entsteht aus der Kenntnis der eigenen Klassenlage. Metalller und Drucker beispielsweise bekommen Rationalisierung, Arbeitshetze und Arbeitslosigkeit heute schon härter zu spüren als etwa wir Aniliner. Sie haben daraus Konsequenzen gezogen, die genau das Gegenteil darstellen von dem bekannten Lied, dass, wenn die Wirtschaftslage schlecht ist, der Arbeiter sich ruhig verhalten muss.

‚In der BASF wird keiner so schnell entlassen‘, denkt sich mancher Kollege und erwidert: ‚Warum also jetzt schon Kampfgeschrei anstimmen?‘ Aber machen wir uns da nichts vor, denn zum einen haben wir jetzt bereits Einstellungsstopp, Nichtübernahme von Lehrlingen und reihenweise Entlassungen von Fremdfirmenarbeitern, die auch unsere Kollegen sind; und zum anderen lassen doch die Massnahmen der Werksleitung klar erkennen, dass in Zukunft auch die Arbeitsplätze der Aniliner nicht mehr sicher sein werden.

Dieses Jahr sollen 100 Millionen Mark eingespart werden, wieviel sind es im nächsten Jahr?

Mit Aussagen wie ‚Was willschd do schunn mache‘ oder ‚Des iss halt so‘ kommen wir nicht weiter. Eine solche Resignation reisst Lücken in die Belegschaft, Lücken, in die Seefelder und Co. mit ihren Angriffen gezielt hineinstossen, wie zuletzt geschehen bei der Urlaubsanrechnung. Und die Werksleitung wird dabei wohl nicht stehen bleiben, denn die Zeichen für den weiteren Abbau von übertariflichen Leistungen sind gesetzt worden.

Ist das Schwarzmalerei? Leider nein. Betrachten wir doch nur das Schlagwort dieser Tage: ‚Der Arbeiter muss wegkommen vom rein materiellen Denken‘ – darunter sind Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verstehen. Das singt uns ein Chor vor, angeführt von Wirtschaftsbossen bis zu den Politikern von SPD, FDP und CDU/ CSU, untermauert mit Zahlen, die gescheite Professoren erfunden haben. Alles in allem kommen die Masshalteappelle von Leuten mit astronomischen Jahreseinkommen, die volkswirtschaftlich natürlich ausserhalb jeder Debatte stehen.

„Dess iss jo alles richtig, awer wozu ham mer dann die Gewerkschaft?“ Mit dieser unter Anilinern verbreiteten Meinung ist ein zentraler Punkt angeschnitten, und es steht tatsächlich die Frage – wozu haben wir die Gewerkschaft?

Etwa dazu, dass wir jetzt endlich die Beiträge angleichen können oder dass uns Schweitzer erklärt, warum 1977 nicht gestreikt wurde und dass 7 Prozent viel mehr sind als 7 Prozent? Haben wir die Gewerkschaft als ‚Ordnungsfaktor‘ in diesem Staat, wie es der ehemalige Gewerkschaftsboss und spätere Verteidigungsminister Leber einmal treffend formulierte? Soll die Gewerkschaftsführung in den Betrieben für Ruhe sorgen, indem sie zwar grosse Töne spuckt, aber praktische Aktionen der Kollegen, abwürgt oder herunterspielt wie den Sitzstreik in L 410?

Ja, so könnte es aussehen, wenn es nicht auch die Erkenntnis gäbe: ‚Die Gewerkschaft, das sind wir!‘ Dieser Satz ist öfters zu hören von Kollegen, und er ist nicht einfach so dahingesagt, da wir nicht nur ‚Beitragszahler‘ oder ‚Stimmvieh‘ bei Betriebsratswahlen sein wollen oder eben die sogenannte Basis, die immer brav die Suppe auslöffeln soll, wenn uns die Bonzen einen Tarifabschluss servieren wie letztes Jahr und dieses Jahr und und und . . .

„Die Gewerkschaft, das sind wir!“

Dieser Satz ist letztlich ein Programm, der den einzig richtigen Weg angibt. Dieser Weg führt

- von einzelnen Beschwerden zum gemeinsamen Auftreten in der Abteilung,
- von einzelnen Aktionen in den Tarif runden zu grösseren Aktionen und zu Streiks und Demonstrationen auch ausserhalb der Tarifrunden,
- von Aktionen mit Betriebsrat und Gewerkschaftsführung zu Aktionen auch ohne sie,
- von kurzen Arbeitsniederlegungen (wie in der Elektrowerkstatt Nord gegen die Urlaubsanrechnung) zu unbefristeten Streiks,
- vom Auflehnen gegen Überstunden zu Streiks für Neueinstellungen,
- von mehr Urlaub zur Verkürzung der Arbeitszeit, von Forderungen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Forderungen nach politischen Rechten wie dem vollen Streikrecht!

Wer diesen Weg gehen will, ob christlicher, parteiloser, sozialdemokratischer oder kommunistischer Arbeiter oder Angestellter – und dieser Weg kann auch nur in der *Aktionseinheit bewältigt werden* – der braucht eine Richtschnur, einen Wegweiser, ein Programm!»

«Wer den nächsten Unfall baut, der kann was erleben . . . »

Das sagte ein Abteilungsleiter nach dem einjährigen unfallfreien Jubiläum. Kein Witz, sondern Wirklichkeit in der Anilin. Wie in manchen Betrieben dafür gesorgt wird, dass die Unfalltafel sauber bleibt, hat mit Arbeitssicherheit nicht mehr das geringste zu tun.

Ein Kollege, der sich bei Laborarbeiten mit einem Glaszylinder verletzte, ging nach Hause und wurde krankgeschrieben. Einen Tag später kam dann auf Anweisung des Chefs der Meister zu ihm und bat ihn, wieder zur Arbeit zu kommen. Er könne leichte Arbeit machen oder nur auf einem Stuhl sitzen. Aber so müsste wenigstens keine Unfallmeldung geschrieben werden. Der Kollege liess sich überreden und arbeitete bald wieder voll mit, weil keiner lange den ganzen Tag untätig auf einem Stuhl sitzen kann.

Ein anderer, ein ausländischer Kollege, wurde veranlasst, mit einem eingegipsten Arm voll in seiner Schicht weiterzumachen. Man kann sich vorstellen, welche Drohungen dem vorausgegangen sein müssen. Noch in diesem Jahr gab es Briefe von Abteilungsleitern an die Meister, wo betont wird, dass Kollegen noch vor Ablauf ihrer Krankheit wieder arbeiten könnten. Die Meister sollten entsprechend die Kollegen «bearbeiten».

Das sind nur wenige Beispiele, jeder Aniliner könnte weitere erzählen. Sie dokumentieren das «Sicherheitsbewusstsein» der Werksleitung. Es geht ihnen ums Geld, da sie jährlich 20 Millionen DM an die Berufsgenossenschaft zahlen müssen, während Bayer oder Hoechst z.B. erheblich weniger zahlen. BASF steht an der Spitze der Unfallstatistik, und das wollen die Herren Seefelder und Co. ändern, allerdings nach ihrem Geschmack: Weniger Unfallmeldungen bedeuten weniger Geld an die Berufsgenossenschaft, bedeuten also mehr Profit. Und wie, ist egal – die Beispiele sprechen für sich.

So aber wird es keine Arbeitssicherheit im Sinne von uns Arbeitern geben, doch die brauchen wir, da wir vom Einsatz unserer heilen Knochen leben müssen. Zahlreiche Beispiele gibt es, wo invalide Kollegen einfach rigoros zurückgestuft wurden nach dem Motto: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan – der Mohr kann gehen.

Ein Akkordarbeiter meinte zum Problem der Arbeitssicherheit: «Unfalltafeln und Drohungen, Prämien und Jubiläumsschokolade helfen nichts, im Gegenteil, sie verstärken den Druck, der zu Unüberlegtheiten und Unfällen führt. In den meisten Fällen ist Hetze der Grund für Unfälle, da liegt der Hund begraben. Wenn es in einem Film der Berufsgenossenschaft, den ich mir angesehen habe, heisst, dass man langsam und umsichtig arbeiten soll, dann haben die Filmemacher einfach vergessen, dass es Kalkulationen und Akkord und in anderen Bereichen Antreiber gibt. Und der Arbeiter braucht das Geld, und das geht dann auf Kosten der Sicherheit.»

BASF-Arbeiterstimme, 6. Jahrgang, Nr. 10, Oktober 1977

Für Akkordabsicherung ab 50!

Ein Betriebsunfall machte es auf brutale Weise wieder deutlich: Die Forderung, dass die über 50jährigen Akkordarbeiter ihren Effektivdienst abgesichert bekommen, muss unbedingt durchgesetzt werden.

Was war geschehen? In G 316 verunglückte ein Dreher tödlich. Er war bereits 58 Jahre alt und musste praktisch noch voll Akkord schaffen. Und zwar deswegen, weil er «nur» 22 Jahre in der Anilin war.

Bei der BASF wird erst ab 25 Jahren Betriebszugehörigkeit der Akkord abgesichert. So wurde der Kollege ein Opfer der Arbeitshetze, bei der er als 58jähriger verständlicherweise nicht mehr mithalten konnte. Ein falsches Einstellen der Drehbank wurde ihm dann zum Verhängnis. Auch dass er zu 50 Prozent schwerbeschädigt war, verschaffte ihm keinen leichteren Arbeitsplatz.

Dieser Vorgang zeigt den Raubbau, der mit unseren älteren Kollegen getrieben wird. Es kommt den Herren darauf an, aus dem Menschen, solange es irgendwie geht, den grösstmöglichen Profit herauszupressen. Dass unseren älteren Kollegen nun auch noch der Urlaub angerechnet wird, zeigt die Porfittgier der BASF-Kapitalisten.

Deswegen muss die Forderung durchgesetzt werden:

Absicherung des Akkords für über 50-jährige!!

(BASF-Arbeiterstimme-Extrablatt, Mai 1978)

Tod in W 58... und es steht nicht in allen Zeitungen . . .

Laut staatlicher Anordnung trauert alles um Schleyer. Muss jedoch jemand von uns daran glauben, so kräht kein Hahn danach. Auch den bombastischen Aufwand zur «Aufklärung und künftigen Verhinderung» von Unfällen sucht man umsonst, wenn ein Kollege wie vor Kurzem im Werk Oppau in W 58 betroffen ist: Dort starb dieser an einer Kohlenmonoxid (CO)-Vergiftung.

Wie trug sich das zu?

Vollständig aufgeklärt ist es nicht. Bezeichnenderweise werden derartige Vorkommnisse in der BASF schon immer unter den Tisch gekehrt.

Soviel ist bekannt: Der Kollege hielt sich im Schichtmeisterzimmer in W 58 auf. Als dorthin eine Zeit später andere Kollegen kamen, fand man ihn tot auf. Nach Verständigung eines Arztes wurde zunächst «Herzinfarkt» vermutet. Erst als einige Zeit später ein Kollege im Fahrstuhl in W 58 zusammenbrach (er kam davon), stellte man eine CO-Vergiftung fest. Nun untersuchte man auch den verstorbenen Kollegen genauer.

So wurde festgestellt, dass dieser einer CO-Vergiftung zum Opfer fiel. Wie das kam, ist nicht geklärt. Man vermutet, dass sich im Abwasserkanal CO gebildet hat, das sich durch den Syphon im Waschbecken ins Zimmer gedrückt hat. Man hat später im Kanal eine hohe CO-Konzentration festgestellt.

Solche Beispiele liessen sich fortsetzen. Eins zeigen sie immer: Ein Unfall passiert, Sicherheitsingenieure wirbeln herum, es wird vertuscht und verschleiert, in der Presse höchstens zwei Zeilen.

Der Tod eines Arbeiters regt nicht «... zur kritischen Sympathie mit dem Staat...» an (Scheel), sondern zwingt zum Nachdenken über dieses System!

(BASF-Arbeiterstimme, 6. Jahrgang, Nr. 11, November 1977)

Entlassungen in der Mess- und Regelabteilung!

Ungewissheit und Unsicherheit sind das Resultat der neuesten Massnahmen der BASF-Bosse in der Mess- und Regelabteilung. Denn: Abbau von Fremdfirmenarbeitern heisst die Devise!

Kollegen, die schon jahrelang ihre Knochen hingehalten haben, werden von heute auf morgen aus Rationalisierungsgründen auf die Strasse gesetzt. Weiterhin sind Versetzungen und Umsetzungen fast an der Tagesordnung, und Bestrebungen sind im Gang, einzelne Unterabteilungen aufzulösen. Allein in der Mess- und Regelabteilung in Oppau sind an die 20 Fremdfirmenkollegen von Entlassungen betroffen. Da sind Kollegen darunter, die schon über zehn Jahre bei der BASF sind. Diese Kollegen stehen jetzt vor der Frage, ob sie von «ihrer» Firma entlassen werden oder ob sie irgendwohin auf Montage geschickt werden. Ihre Zukunft ist ungewiss.

Diese Kollegen benötigen unsere volle Solidarität!

Argumente wie: «Dafür sind es doch Fremdfirmenleute, die müssen doch damit rechnen, dass sie als erste entlassen werden», oder: «Die hätten doch schon längst die Chance gehabt, sich zur BASF umschreiben zu lassen» unterstützen nur die Spaltung, die die gemeinsamen Interessen von Anilinern und FremdfirmenkoÜegen auseinanderzerren soll.

Solche Bestrebungen werden bezeichnenderweise auch von Betriebsratsmitgliedern unterstützt. So brachte der zuständige Spartenbetriebsrat Nickel auf einer Abteilungsversammlung Anfang Dezember zum Ausdruck: «So hart es auch ist, bei einer schlechten Situation sollten zuerst die Fremdfirmenkollegen abgebaut werden, bevor ein Aniliner entlassen wird.»

Dies dient nicht dazu, die Einheit herzustellen, um gegen Entlassungen vorzugehen. Denn wie sieht es denn aus, wenn sich die Situation weiter verschlechtert? Dann werden vielleicht Argumente laut wie: «Zuerst sollen die Kollegen gehen, die erst ein Jahr oder zwei da sind.» Gegen solche Massnahmen gibt es nur eins:

Gemeinsam zusammenstehen – jede Entlassung verhindern!

Und gegen die Zunahme der Arbeitslosigkeit:

Für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

(BASF-Arbeiterstimme, 7. Jahrgang, Nr. 1, Januar 1978)



BASF-Kollegen am 1. Mai 1977



Arbeiteroffensive gegen Monoploffensive

Von tagtäglichen Kämpfen gegen Willkür und Schikane im Betrieb zu politischen Kämpfen, vom Kampf um wirtschaftliche Forderungen zum Kampf um die Macht im Staat – dies ist die Richtschnur für die Kollegen in der BASF wie in der ganzen BRD. Deshalb stellt das Kampfprogramm für die Aniliner die konkreten nächsten Forderungen auf und ordnet sie ein in das Ziel für die deutsche Arbeiterklasse – den Sozialismus zu erkämpfen. Für wen liegt es näher, diesen Weg konsequent zu beschreiten, als für die Arbeiter und Angestellten eines deutschen Monopols, dessen Vorgänger und Brüder das deutsche Volk schon mehrfach in Tod, Not und Elend gestürzt haben?

«Der ‚soziale Klimbim‘, wie es die ‚Herren‘ ausdrücken, wird ständig abgebaut. Dies alles im 100 Millionen Mark-Sparprogramm von Seefelder, Jentzsch und Co. 50 Prozent weniger Umgruppierungen als 1977 und Kürzung der Jahresprämie sind nur einige Massnahmen aus dem Sparprogramm. So wurde den älteren Kollegen der bisher übertarifliche Urlaub auf die Urlaubsverlängerung von zwei Tagen angerechnet.

Kollegen, lassen wir es nicht soweit kommen, dass wir die Kohlen wieder in die Anilin schleppen, damit wir es warm unterm Hintern haben! Deshalb:

30 Tage Grundurlaub für alle! Keine Anrechnung von übertariflichem Urlaub auf die tarifliche Urlaubsverlängerung!

Unser wichtigstes Problem ist heute die Arbeitslosigkeit. Sie trifft nicht nur die Arbeitslosen, sondern setzt auch die Kollegen in den Betrieben unter Druck. Ihre Ursache liegt in den anfangs aufgeführten Massnahmen der Kapitalisten. Sie ist eine gesetzmässige Erscheinung im Kapitalismus und kann darum in diesem System nicht abgeschafft werden. Doch wir können sie verringern und damit den Druck auf uns vermindern. Darum lautet unsere Forderung:

35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Dabei darf der Lohnausgleich nicht wegfallen, sonst läuft es nur auf eine ‚Dauer-Kurzarbeit‘ hinaus, und wir tragen wieder alle Lasten.

Bei der Absicherung und Erweiterung demokratischer Rechte sind für uns das Streikrecht und die gewerkschaftlich-politische Betätigung im Betrieb am wichtigsten. Trotz anderslautender Aussagen: *Wir haben kein ge-*

setzlich abgesichertes Streikrecht! Streiks sind nur erlaubt in Tarifrunden, nach der Schlichtung, bei Zustimmung der Gewerkschaftsführung und wenn sie für die Richter nicht ‚unangemessen‘ erscheinen; und das ist reines Richterrecht, das zudem immer mehr eingeengt wird. Darum:

Für ein allseitiges und vollständiges, gesetzliches Streikrecht!

Dieses Streikrecht können wir uns am besten erkämpfen, wenn wir es uns nehmen!

Die Angriffe der BASF-Werksleitung auf die Jugendlichen müssen zurückgeschlagen werden! Im Kampf können wir die vorherige Praxis wieder herstellen (Jugendversammlungen, Jugendvertrauensleute, Jugendvertreter):

Gegen den Abbau demokratischer Rechte der Jugendlichen in der BASF!

Die gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb wird immer mehr eingeschränkt, aktive Gewerkschafter in der BASF werden schon offen bedroht! Allzu ‚aktive‘ Betriebsleiter stellen die Frage, ob es noch möglich ist, Vertrauensleute-Versammlungen künftig so grosszügig wie bisher und in der Regelmässigkeit zu erlauben. Personalchef Jentzsch stellt die Funktion der Vertrauensleute in Frage. Es soll anscheinend eingeschränkt werden, dass wir uns für unsere Rechte im Betrieb einsetzen und dafür kämpfen! In diese Richtung läuft auch das von der SPD/FDP-Regierung verabschiedete ‚verbesserte‘ Betriebsverfassungsgesetz (Betr.VG), das mit seiner Friedens- und Schweigepflicht den Betriebsrat an die Kette legen soll. Eine politische Betätigung im Betrieb ist erst gar nicht erlaubt. Darum:

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!

Weiter fordern wir:

Gegen zunehmende Arbeitshetze – Gegen Einstellungsstopp!

Kampf um die Erhaltung und für die Verbesserung des Reallohns!

Absicherung des Akkordlohns ab 50!

Weg mit dem Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss –

Umwandlung der Verträge in Ausbildungsverträge!

Für die Schaffung neuer Lehrstellen!

Übernahme aller Lehrlinge entsprechend der Ausbildung!

Weg mit den Beurteilungsbogen!

Für kämpferische Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute!

Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss – Hilfsarbeiter für 397 DM

Die «soziale Einstellung» der BASF ist weit über die Grenzen Ludwigshafens hinaus bekannt. So ist es doch rührend, dass die BASF auch Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss die Chance gibt, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Und das bei der heute herrschenden Jugendarbeitslosigkeit. Man könnte fast weinen – wenn man genauer hinschaut und die Rücksichtslosigkeit und Brutalität sieht, mit der die BASF-Bosse die aussichtslose Lage dieser Jugendlichen ausnützen.

Schon letztes Jahr stellte die BASF Jugendliche ohne Hauptschulabschluss ein. Damals waren es 54, und bezahlt wurden sie nach der Lohngruppe 1 plus 10 Prozent Prämie: für zwei Jahre, ohne Zusicherung einer Weiterbeschäftigung nach dieser Zeit. Dies waren ca. 1'300 DM brutto monatlich. Wohlgemerkt – es handelte sich um ein Arbeitsverhältnis und nicht um ein Ausbildungsverhältnis.

So «grosszügig», wie die BASF nun mal ist, stellte sie dieses Jahr 200 dieser Jugendlichen ein. Es wurde sogar ein eigener Tarifvertrag mit der IG Chemie abgeschlossen. Dieser Tarifvertrag gilt für die ganze BRD – also nicht nur für die BASF. Nach diesem Tarifvertrag erhalten die Kollegen nun – im Gegensatz zu vorigem Jahr – die Ausbildungsvergütung des 1. Lehrjahres minus 10 Prozent. Das sind 397 DM, also fast 1'000 DM weniger als im Vorjahr (es handelt sich wiederum um *kein* Ausbildungsverhältnis). Die Dauer des Tarifvertrages beträgt ein Jahr. Nach dieser Zeit besteht keine Übernahmegarantie.

Es ist schlichtweg ein Hammer, wenn ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, wo Kollegen weniger bekommen als die geringste Ausbildungsvergütung – und sie haben nach Ablauf der Vertragsdauer noch nicht einmal einen Berufsabschluss. Die einzige «Ausbildung», die diese Kollegen bekommen, beschränkt sich auf einen Nachmittag alle 14 Tage, um sie mit der «Chemie bekanntzumachen».

Dieser Vertrag bedeutet einen unglaublichen Rückschritt. Und unsere Herren Gewerkschaftsführer haben ihn auch noch unterschrieben. So kann man nicht die Arbeitslosigkeit bekämpfen, dass bereits Erkämpftes wieder unter den Tisch fällt!

Bis jetzt ist schon ein breiter Protest von vielen Kollegen und Vertrauensleuten gegen diesen Vertrag da, der zum Ausdruck bringt:

- *Dieser Vertrag muss weg!*
- *Die eingestellten Kollegen müssen im Werk bleiben!*
- *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!*

(BASF-Arbeiterstimme, 6. Jahrgang, Nr. 11, November 1977)

Am 1. Mai: Für die Übernahme unserer Lehrlinge!

250 Auszubildende sollen nicht übernommen werden! Davon ca. 40 aus persönlichen Gründen. Und die grösste Unverschämtheit: Den 250 wird ein Wertezjahresvertrag in der *Produktion* angeboten! Was glauben die BASF-Herren eigentlich, was sie sich alles erlauben können?

Geben wir den Herren Seefelder und Jentzsch die Antwort postwendend! Das 100 Millionen Mark-Sparprogramm darf nicht auf unsere Kosten gehen.

Eins zeigt sich klar: Die Demonstration der Vertrauensleute ist unbedingt notwendig – und die Vertrauensleute dürfen nicht allein bleiben.

Aniliner, schliessen wir uns der Demonstration an!

Jung und alt gemeinsam!

Gegen die Anrechnung der Urlaubstage!

Für die Übernahme aller Ausgebildeten in ihren erlernten Beruf!

(BASF-Arbeiterstimme-Extrablatt, Mai 1978)

Dass wir Arbeiter und Angestellte in diesem Staat nichts geschenkt bekommen, sondern für jeden Pfennig und sogar um die kleinsten Zugeständnisse kämpfen müssen, haben wir alle am eigenen Leib schon erfahren. Doch nun stellt sich die Frage: Warum ist das so?

Wir, die Arbeiter und Angestellten, sind in diesem Gesellschaftssystem dazu gezwungen, unsere Arbeitskraft zu verkaufen – sonst haben wir nichts. Der Kapitalist dagegen besitzt die Produktionsmittel, die wir Arbeiter zwar erarbeitet haben, die wir aber nicht besitzen und über die wir auch nicht verfügen. Somit zeigt sich also ein Widerspruch: der zwischen *Kapitalistenklasse* und *Arbeiterklasse*!

Die Gesetzmässigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der nationale und internationale Konkurrenzdruck, zwingt den Kapitalisten, immer mehr und kostengünstiger zu produzieren. Sein oberstes Ziel ist der Profit – nur ihm dient die ganze Produktion. Das Monopolkapital hat sich dabei auch den gesamten Staat untergeordnet, um sich den Maximalprofit zu sichern.

Deshalb wird es notwendig sein, über den Kampf um Arbeitszeitverkürzung, gegen Arbeitslosigkeit, für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen hinauszukommen, wollen wir uns nicht ständig von der Willkür der Kapitalisten abhängig machen. Denn die Misere des Kapitalismus wie Arbeitslosigkeit, Ausbeutung, Wirtschaftskrisen oder Krieg können *in* diesem System nicht abgeschafft werden, sie sind Gesetze darin.

Es wird notwendig, den Kampf *gegen* das kapitalistische Gesellschaftssystem anzutreten und vom Kampf um Prozente zum Kampf um die Macht im Staate überzugehen.

Es wird notwendig sein, die Herrschaft der Kapitalisten zu beseitigen und die Herrschaft der Arbeiter zu erkämpfen – den Sozialismus! Doch nicht den Sozialismus, der heute in der DDR, der Sowjetunion oder im gesamten Ostblock herrscht. Diese Zustände dort haben mit Sozialismus und Kommunismus nichts gemeinsam. Diesen Sozialismus lehnen wir entschieden ab!

Wir verstehen unter Sozialismus, dass die Arbeiterklasse die Macht im Staat besitzt, dass Freiheit und Demokratie für die Werktätigen bestehen, ein System, das von Unterdrückung und Kriegen frei ist.

Vorwärts zum Sozialismus!»



Anmerkungen

1900 – 1933

- 1 Clara Zetkin, Ausgewählte Werke, Band I, Berlin 1960, S. 112/117
- 2 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW, Band 22, S. 316
- 3 zitiert nach: Geschichte, Lehrbuch für die Klasse 8, Berlin 1969, S. 140
- 4 Willi Kling, Kleine Geschichte der IG Farben, o.O.o.J., S. 7
- 5 Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 26f.
- 6 Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 174ff.
- 7 Kling (Anm. 4), S. 9
- 8 Kling (Anm. 4), S. 10
- 9 zitiert nach: Kling (Anm. 4), S. 13
- 10 Ernst Thälmann, Für ein freies sozialistisches Deutschland, Band II, hrsg. vom KAB(ML), Tübingen 1972, S. 12
- 11 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Junius Drucke, Internationaler Arbeiterverlag, Berlin o.J., S. 208/233 und S. 276
- 12 zitiert nach: Rosa Luxemburg, Politische Schriften II, Frankfurt a.M. 1966, S. 167f.
- 13 zitiert nach: Die deutsche Revolution 1918 – 1919, hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, Frankfurt a.M. 1968, S. 237f.
- 14 Kling (Anm. 4), S. 16
- 15 Kling (Anm. 4), S. 18
- 16 Kling (Anm. 4), S. 19
- 17 Kling (Anm. 4), S. 20
- 18 nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik, Teil II, Berlin 1966, S. 136f. und 162
- 19 aus: Zur Geschichte der KPD, hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Berlin 1954, S. 101f.
- 20 Ernst Thälmann, Für ein freies sozialistisches Deutschland, Band I, hrsg. vom KAB(ML), Tübingen 1970, S. 259
- 21 Lernen subversiv: Geschichte der Weimarer «Republik», Frankfurt a.M. 1971, S. 92
- 22 Lernen subversiv (Anm. 21), S. 103
- 23 Jürgen Kuczynski, Das grosse Geschäft, Berlin 1967, S. 103
- 24 Kling (Anm. 4), S. 20f.
- 25 zitiert nach: Ernst Bäumler, Ein Jahrhundert der Chemie, Düsseldorf 1963, S. 93
- 26 Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1952, S. 86
- 27 Kling (Anm. 4), S. 24
- 28 Fall 6, Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG Farben-Prozesses, hrsg. von Hans Radandt, Berlin 1970, S. 21
- 29 Sasuly (Anm. 26), S. 86
- 30 Kling (Anm. 4), S. 27
- 31 Frankfurter Zeitung vom 4.7.1931, zitiert nach: Kling (Anm. 4), S. 28
- 32 zitiert nach: Kling (Anm. 4), S. 28
- 33 Walter Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT, Köln 1976, S. 39
- 34 aus: Wilhelm M. Breuer, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932, Köln 1974, S. 37
- 35 aus: Breuer (Anm. 34), S. 38
- 36 Fritz Salm, Im Schatten des Henkers, Frankfurt a.M. 1973, S. 17
- 37 Salm (Anm. 36), S. 18

- 38 Ernst Thälmann, Für ein freies sozialistisches Deutschland, Band III, hrsg. vom KABD, Stuttgart 1977, S.391f.
- 39 Berliner Börsen-Courier vom 25.3.1931, zitiert nach: Fall 6 (Anm. 28), S. 39
- 40 Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 218ff.
- 41 aus: Revolutionärer Weg 6/71, Gemeinsames theoretisches Organ von KPD(ML) und KAB(ML), Stuttgart, 3. Aufl. 1972, S. 81f.
- 42 Kühnl (Anm. 5), S. 160
- 43 Dieter Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968, S. 21
- 44 Kühnl (Anm. 5), S. 203
- 45 Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, Köln 1967, S. 82
- 46 Goebbels (Anm. 40), S. 267
- 47 IG Farben – Auschwitz – Massenmord, Über die Blutschuld der IG Farben, hrsg. von der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Berlin 1964, S.77
- 48 Fritz Ter Meer, Die IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Düsseldorf 1953, S. 84
- 49 Ter Meer (Anm. 48), tabellarischer Anhang, und IG Farben . . . (Anm. 47), S. 65

1933 – 1936

- 1 Walter Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT, Köln 1976, S.44
- 2 Hans Behrend, Die wahren Herren Deutschlands, Paris 1939, S. 56f.
- 3 IG Farben-Prozess, Dokument NO NI 4833, zitiert nach: IG Farben – Auschwitz – Massenmord, Über die Blutschuld der IG Farben, hrsg. von der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Berlin 1964, S. 78f.
- 4 Albert Norden, Lehren deutscher Geschichte, Berlin o.J., S. 166
- 5 IG Farben-Prozess, Dokument NO NI 399, zitiert nach: IG Farben . . . (Anm. 3), S. 78
- 6 Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1952, S. 86
- 7 IG Farben . . . (Anm. 3), S. 82
- 9 Sasuly (Anm. 6), S. 132
- 10 Jürgen Nierentz: Symphonie der Arbeit, Berlin 1933
- 11 Anatomie des Krieges, Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkriegs, hrsg. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 130
- 12 Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 249f.
- 13 Walter Ulbricht, Die Legende vom «Deutschen Sozialismus», Berlin 1945, S. 40
- 14 Kühnl (Anm. 12), S. 249
- 15 Ulbricht (Anm. 13), S. 36
- 16 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 16, Berlin 1963, S. 148
- 17 Ulbricht (Anm. 13), S. 32
- 18 Kühnl (Anm. 12), S. 262

- 19 Charles Bettelheim, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974, S. 221 und 245
- 20 Ulbricht (Anm. 13), S.39
- 21 Ulbricht (Anm. 13), S. 37
- 22 Ulbricht (Anm. 13), S. 38
- 23 Kühnl (Anm. 12), S. 405
- 24 Wilhelm Pieck u.a., Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Faschismus und Krieg, Referate auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale (1935), Berlin 1960, S. 27 If.
- 25 Fritz Salm, Im Schatten des Henkers, Frankfurt a.M. 1973, S. 116f.
- 26 Salm (Anm. 25), S. 118
- 27 Salm (Anm. 25), S. 73f.
- 28 Salm (Anm. 25), S. 165f.
- 29 Sasuly (Anm. 6), S. 166
- 30 aus: Kai Moltke, Krämer des Krieges, Berlin 1953, S. 130
- 31 alles nach: Moltke (Anm. 30), S. 130f.
- 32 zitiert nach: Moltke (Anm. 30), S. 141
- 33 Moltke (Anm. 30), S. 142
- 34 Dietrich Eichholtz, Die IG Farben-«Friedensplanung», in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Band III, Berlin 1966, S. 288f.
- 35 Moltke (Anm. 30), S. 125
- 36 Sasuly (Anm. 6), S. 128

1936 – 1945

- 1 Karl H. Reichel, Wie macht man Kriege – wie macht man Frieden, Dortmund 2. Auflage o.J., S. 125
- 2 Anatomie des Krieges, Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkriegs, hrsg. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 130
- 3 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 139f.
- 4 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 142
- 5 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 144f.
- 6 IG Farben-Prozess, Dokument NI 10010, zitiert nach: Fall 6, Ausgewählte Dokumente und Urteile des IG Farben-Prozesses, hrsg. von Hans Radandt, Berlin 1970, S. 111
- 7 IG Farben-Prozess, Dokument NI 2635, zitiert nach: Fall 6 (Anm. 6), S. 33
- 8 Fall 6 (Anm. 6), S. 308 Anm. Über die Prozentzahlen gibt es unterschiedliche Angaben. Die 70 Prozent stammen aus: Hermann Schreyer, der IG Farben-Konzern, seine Vorgänger und Nachfolger, in: Archivmitteilungen der staatlichen Archivverwaltung der DDR, Nr. 4, o.O. 1966, S. 156. Ein geringerer Wert, 30 Prozent, ist zu finden bei: Dieter Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968, S. 123f. Es war nicht nachprüfbar, welche Berechnung stichhaltiger ist.
- 9 Fall 6 (Anm. 6), S. 31
- 10 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 185
- 11 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 184
- 12 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 186
- 13 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 201f.
- 14 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 189
- 15 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 188f.
- 16 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 424
- 17 zitiert nach: W.I. Lenin, Karl Liebknecht, Militarismus – Antimilitarismus, Frankfurt a.M. o.J., S. 159

- 18 Dokumente der deutschen Politik und Geschichte, Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, Band IV, hrsg. von Johannes Hohlfeld, Berlin/München 1953, S. 110f.
- 19 Dokumente . . . (Anm. 18), S. 214
- 20 Dokumente . . . (Anm. 18), S. 218
- 21 IG Farben – Auschwitz – Massenmord, Über die Blutschuld der IG Farben, hrsg. von der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Berlin 1964, S. 83
- 22 Dokumente der deutschen Politik und Geschichte, Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, Band V, hrsg. von Johannes Hohlfeld, Berlin/München 1953, S. 51
- 23 Rote Fahne, Zentralorgan des KABD, 7. Jahrgang 1976, Nr. 12
- 24 Rote Fahne (Anm. 23)
- 25 Hans Behrend, Die wahren Herren Deutschlands, Paris 1939, S. 149f.
- 26 Fall 6 (Anm. 6), S. 39
- 27 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 170
- 28 Jürgen Kuczynski, Das grosse Geschäft, Berlin 1967, S. 147
- 29 Fall 6 (Anm. 6), S. 86
- 30 Willi Kling, Kleine Geschichte der IG Farben, o.O.o.J., S. 39
- 31 Kai Moltke, Krämer des Krieges, Berlin 1953, S. 95
- 32 Moltke (Anm. 31), S. 110
- 33 Behrend (Anm. 25), S. 160
- 34 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 175
- 35 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 190
- 36 Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1952, S. 140
- 37 Hans Radandt, Die IG Farbenindustrie und Südosteuropa bis 1938, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Band III, Berlin 1966, S. 185
- 38 W.I. Lenin, Werke, Band 22, Berlin 1974, S. 278
- 39 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 204
- 40 Eidesstattliche Erklärung von Werner Hagert am 26.7.1947 in Nürnberg, zitiert nach: Fall 6 (Anm. 6), S. 66
- 41 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 210f.
- 42 Albert Norden, So werden Kriege gemacht, Berlin 4. Auflage 1967, S. 101f.
- 43 Norden (Anm. 42), S. 101f.
- 44 Fall 6 (Anm. 6), S. 205
- 45 Anatomie . . . (Anm. 2), S. 224
- 46 Fall 6 (Anm. 6), S. 252
- 47 Fall 6 (Anm. 6), S. 31
- 48 Fall 6 (Anm. 6), S. 86
- 49 Dietrich Eichholtz, Die IG Farben-«Friedensplanung», in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Band III, Berlin 1966, S. 281
- 50 Eichholtz (Anm. 49), S. 288
- 51 Eichholtz (Anm. 49), S. 286
- 52 Fall 6 (Anm. 6), S. 252
- 53 Roswitha Czollek und Dietrich Eichholtz, Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XV. Jahrgang Heft 1, Berlin 1967, S. 74
- 54 Fall 6 (Anm. 6), S. 236
- 55 Fall 6 (Anm. 6), S. 238
- 56 Czollek, Eichholtz (Anm. 53), S. 62
- 57 Fall 6 (Anm. 6), S. 238
- 58 Fall 6 (Anm. 6), S. 40
- 59 Peter M. Kaiser, Monopolprofit und Massenmord im Faschismus, in: Argumente zur Zeit, Sonderdruck aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, Köln 1975, S. 8
- 60 Eichholtz (Anm. 49), S. 276

- 61 Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 421
- 62 Kühnl (Anm. 61), S. 422
- 63 vergleiche dazu: Max Oppenheimer, Der Fall Vorbote, Frankfurt a.M. 1969
- 64 Fritz Salm, Im Schatten des Henkers, Frankfurt a.M. 1973, S. 188
- 65 Salm (Anm. 64), S. 188 ff.
- 66 vergleiche dazu: Peter Altmann u.a., Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933 – 1945 in Bildern und Dokumenten, hrsg. im Auftrag des Präsidiums der VVN – Bund der Antifaschisten, Frankfurt a.M. 1975, S. 178ff.
- 67 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 8
- 68 Kaiser (Anm. 59), S. 22
- 69 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 111
- 70 Rudolf Höss, Kommandant in Auschwitz, Autobiographische Aufzeichnungen, Stuttgart 1958, S. 170f.
- 71 Historikerkommission, Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, Berlin 1961, S. 112
- 72 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 19
- 73 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 29
- 74 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 34
- 75 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 32
- 76 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 30
- 77 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 34
- 78 SS im Einsatz, Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, hrsg. von Heinz Schumann und Heinz Kühnrich, Berlin 1964, S. 216
- 79 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 41
- 80 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 42
- 81 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 43
- 82 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 45
- 83 Ota Kraus und Erich Kulka, Massenmord und Profit, Die faschistische Ausrottungspolitik und ihre ökonomischen Hintergründe, Berlin 1963, S. 338
- 84 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 31
- 85 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 54
- 86 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 54
- 87 Sasuly (Anm. 36), S. 148
- 88 IG Farben – Auschwitz – Experimente, hrsg. von der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Berlin 1965, S. 45
- 89 Fall 6 (Anm. 6), S. 146f.
- 90 IG Farben . . . (Anm. 21), S. 64
- 91 Kaiser (Anm. 59), S. 25
- 92 Bernt Engelmann, Krupp – Die Geschichte eines Hauses, Gütersloh 1978, S. 574f.
- 93 Thomas J. Dunning, englischer Gewerkschafter (1860), zitiert bei: Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW 23, Berlin 1968, S. 788
- 94 zitiert nach: Der 1. Mai, Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse, hrsg. vom KABD, Stuttgart 1976, S. 90

1945 – 1949

- 1 Volkszeitung Halle vom 21.2.1946, zitiert nach: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 3, Band 1, Berlin 1957, S. 502
- 2 Das neue Wort, hrsg. von Willi Bohn und Robert Leibbrand, Heft 5, Stuttgart 1946, S. 22
- 3 Das neue Wort, hrsg. von Willi Bohn und Robert Leibbrand, Heft 7, Stuttgart 1946, S. 22

- 4 Kurt Wrobel, Traditionen des Kampfes westdeutscher Arbeiter für die Einheit der Arbeiterklasse 1945-1946, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1, Berlin 1960, S. 62
- 5 Das Mitteilungsblatt der Pressestelle des Regierungspräsidenten von Aachen veröffentlichte am 9. März die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen auf 44 Zechen im Ruhrgebiet; zitiert
- 6 Ernst Bäumler, Ein Jahrhundert Chemie, Düsseldorf 1963, S. 106
- 7 Potsdamer Abkommen, Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage 1943 bis 1949, hrsg. von der Historischen Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens, Berlin 4. Auflage 1970, S. 59ff.
- 8 Geschichte, Lehrbuch für die Klasse 10, Berlin 1973, S. 66 und 78
- 9 Kai Moltke, Krämer des Krieges, Berlin 1953, S. 302
- 10 4 Jahre Bundestag – Handbuch der KPD-Fraktion, Düsseldorf 1953, S. 15
- 11 Ernst H. von Bernewitz (Hrsg.), Wirtschaft und Politik verstehen, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 107 (dort fälschlich ums Tausendfache zu hoch angegeben)
- 12 Herbert Bertsch, CDU/CSU demaskiert, Berlin 1961, S. 20
- 13 William Burchett, Der Kalte Krieg in Deutschland, Berlin 1957, S. 255
- 14 Willi Kling, Kleine Geschichte der IG Farben, q.O.o.J., S. 33
- 15 Kling (Anm. 14), S. 33
- 16 New York World Tribune vom 12.7.1945, zitiert nach: Dokumentation der Zeit, Berlin 1951, S. 697
- 17 Fall 6, Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG Farben-Prozesses, hrsg. von Hans Radandt, Berlin 1970, S. 11
- 18 Fall 6 (Anm. 17), S. 172
- 19 zitiert nach: Weissbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1951, S. 22
- 20 Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1952, S. 220
- 21 Weissbuch (Anm. 19), S. 69
- 22 W.-O. Reichelt, Das Erbe der IG Farben, Düsseldorf 1956, S. 52
- 23 Reichelt (Anm. 22), S. 52
- 24 Reichelt (Anm. 22)^ S. 52
- 25 Reichelt (Anm. 22), S. 52
- 26 Revolutionärer Weg 16/1977, Theoretisches Organ des KABD, Stuttgart 1977, S. 133
- 27 Moltke (Anm. 9), S. 332
- 28 Weissbuch (Anm. 19), S. 49
- 29 vergleiche dazu: Udo Mayer und Ger-hard Stuby, Die Entstehung des Grundgesetzes, Köln 1976, S. 38
- 30 Reichelt (Anm. 22), S. 58
- 31 Mayer/Stuby (Anm. 29), S. 275
- 32 Sasuly (Anm. 20), S. 223
- 33 Weissbuch (Anm. 19), S. 68
- 34 Albert Norden, So werden Kriege gemacht, Berlin 1968, S. 270
- 35 Norden (Anm. 34), S. 269
- 36 Weissbuch (Anm. 19), S. 47
- 37 Fall 6 (Anm. 17), S. 42
- 38 Dokumentation der Zeit, Heft 137, Berlin 1957, S. 88f.
- 39 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945 – 1953, Stuttgart 1965, S. 35
- 40 Percy Stulz und Siegfried Thomas, Zur Entstehung und Entwicklung der CDU in Westdeutschland 1945-1949, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 1, Berlin 1959, S. 103
- 41 Stulz/Thomas (Anm. 40), S. 102

- 42 Stulz/Thomas (Anm. 40), S. 104
 43 Stulz/Thomas (Anm. 40), S. 110
 44 Stulz/Thomas (Anm. 40), S. 110
 45 Kurt Wrobel, Dokumente des Kampfes westdeutscher Arbeiter um die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nach dem Gründungsparteitag der SED, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Sonderheft, Berlin 1961, S. 241
 46 Wrobel (Anm. 45), S. 238
 47 Albert Norden, Um die Nation, Berlin 1952, S. 372
 48 vergleiche: Revolutionärer Weg 11/1973, Theoretisches Organ des KABD, Stuttgart 1973, S. 40ff.
 49 Ulla Plener, Die SPD und die Spaltung Deutschlands 1945 – 1949, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1974, S.999
 50 Norden (Anm. 47), S. 375
 51 Plener (Anm. 49), S. 1005
 52 Norden (Anm. 47), S. 376
 53 John F. Dulles, Krieg oder Frieden, Stuttgart 1950, S. 231
 54 Plener (Anm. 49), S. 996
 55 Arno Scholz (Hrsg.), Turmwächter der Demokratie, Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Berlin 1953, S. 102
 56 Nürnberger Nachrichten vom 25.10.1950, zitiert nach: Weissbuch (Anm. 19), S. 151
 57 Weissbuch (Anm. 19), S. 151

1949 – 1978

- 1 Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, Band 1, Berlin, 1960, S. 277
 2 Max Reimann, Aus Reden und Aufsätzen, Berlin 1963, S. 57
 3 Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/1949, S. 385
 4 W.I. Lenin, Ausgewählte Werke, Band 3, Berlin 1970, S. 86
 5 W.I. Lenin, Werke, Band 22, Berlin 1974, S. 194
 6 Reimann (Anm. 2), S. 652
 7 Reimann (Anm. 2), S. 652
 8 Parlamentarischer Rat (Anm. 3), S. 385
 9 Carl Wurster, Ausführungen des Vorsitzers des Vorstandes Carl Wurster, BASF-Hauptversammlung 1963, S. 3
 10 Wurster (Anm. 9), S. 3
 11 Handelsblatt vom 9.1.1970
 12 Christ und Welt vom 4.9.1964
 13 zu den Lebensläufen vergleiche: Munzinger Archiv / Internationales Biographisches Archiv – Who's Who – Braunbuch, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1965 – Leitende Männer der Wirtschaft, Handbuch, Darmstadt 1953
 14 W.I. Lenin, Werke, Band 24, Berlin 1969, S. 108
 15 Kurt P. Tudyka, Ökonomische Dimensionen auswärtiger Beziehungen, in: Atomzeitalter 6/7, Frankfurt a.M. 1968
 16 Keesing-Archiv, S. 18700 A
 17 Handbuch der Aussenpolitik, hrsg. von H.P. Schwarz, München 1975, S. 209
 18 Gerhard Braunthai, Der Bundesverband der Deutschen Industrie, in: Interessenverbände in Deutschland, hrsg. von Heinz J. Varain, Köln 1973, S. 287

- 19 Tudyka (Anm. 15), S. 343
- 20 Willi Kling, Kleine Geschichte der IG Farben, o.O.o.J., S. 73
- 21 Kling (Anm. 20), S. 74
- 22 Kling (Anm. 20), S. 74
- 23 Deutsche Atomkommission, hrsg. von der Deutschen Atomkommission, Regensburg 1962
- 24 5 Jahre BDI, Bergisch Gladbach 1954, S. 153
- 25 Carl Wurster, Rede auf der Hauptversammlung der BASF, 1964
- 26 Manfred Holthus (Hrsg.), Die deutschen multinationalen Unternehmen, Frankfurt a.M. 1974, S. 30
- 27 Europa-Chemie 23/1975, Düsseldorf 1975, S. 449
- 28 Revolutionärer Weg, 13/1974, Theoretisches Organ des KABD, Stuttgart 1974, S. 81
- 29 Robert Heller und Norris Willat, Die europäische Revanche, München 1976, S. 186
- 30 Revolutionärer Weg 16/1977, Theoretisches Organ des KABD, Stuttgart 1977, S.214
- 31 Chemie und Fortschritt 2/1975, hrsg. vom Verband der Chemischen Industrie, Frankfurt a.M. 1975, S.6
- 32 zitiert in: Revolutionärer Weg 13 (Anm. 28), S. 81
- 33 zitiert in: Rote Fahne, Zentralorgan des KABD, 9. Jahrgang 1978, Nr. 4
- 34 zitiert nach: Kurt R. Mirow, Die Diktatur der Kartelle, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 139
- 35 Die Zeit vom 21.3.1975
- 36 zitiert nach Mirow (Anm. 34), S. 145
- 37 Stuttgarter Zeitung vom 17.8.1976
- 38 nach: Friedhelm Hemmerich, Ausländische Unternehmen in der 3. Welt, in: Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Heft 50, Freiburg 1975, S. 18
- 39 Mirow (Anm. 34), S. 43
- 40 Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Heft 62, Freiburg 1977, S.40
- 41 Wem hilft die Entwicklungshilfe? DGB-Info, hrsg. vom Bundesvorstand des DGB, Textgestaltung: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, o.O.o.J. (verteilt 1976)
- 42 zitiert nach: Blätter . . . (Anm. 38), S. 25
- 43 Chemische Industrie 3/1976, Düsseldorf 1976, S. 154
- 44 Handelsblatt vom 9.12.1976
- 45 Erika Runge, Südafrika, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 216
- 46 New York Herald Tribune vom 8.11. 1963, zitiert nach: Eberhard Czaya, Achse zum Kap, Berlin 1964, S. 77
- 47 IG Farben – Auschwitz – Experimente, hrsg. von der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Berlin 1965, S. 65
- 48 Czaya (Anm. 46), S. 77
- 49 zitiert nach: Horst Rennhack, Die westdeutsche Beteiligung an der US-Aggression in Vietnam, Berlin 1967
- 50 5 Jahre BDI (Anm. 24), S. 184
- 51 5 Jahre BDI (Anm. 24), S. 190
- 52 Hamburger Echo vom 26. 2. 1951, zitiert nach: Weissbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1951, S. 145
- 53 Tudyka (Anm. 15), S. 345
- 54 Munzinger Archiv, 401, DEU-BRD Ost, 77
- 55 Munzinger Archiv (Anm. 54), 94
- 56 Jahresbericht des BDI 1968

- 57 Unsere Zeit, Zeitung der DKP,
vom 28.4.1972
- 58 Kling (Anm. 20), S. 59
- 59 Handbuch der Aktiengesellschaften,
Darmstadt 1977, S. 767
- 60 W. O. Reichelt, Das Erbe der IG
Farben, Düsseldorf 1956, S. 12
- 61 Reichelt (Anm. 60), S. 92
- 62 Handelsblatt vom 27.9.1976
- 63 Handelsblatt (Anm. 62)
- 64 zitiert nach: Jürgen Räuschel,
Die BASF – Anatomie eines multi-
nationalen Konzerns, Köln 1975, S.46
- 65 P.J. Goldmann, Schwerste akute
Chlorakne durch Trichlorphenol-Zer-
setzungsprodukte, in: Arbeitsmedizin
– Sozialmedizin – Arbeitshygiene
1/1972, S. 12
- 66 A.M. Thiess/G. Fleischhauer: Vorsor-
ge gegenüber krebserzeugenden Ar-
beitsstoffen, in: Die Berufsgenossen-
schaft 6/1977, S. 250
- 67 Der Spiegel, Hamburg, 38/1976
- 68 Der Spiegel (Anm. 67)
- 69 Der Spiegel (Anm. 67)
- 70 Der Spiegel (Anm. 67)
- 71 Europa-chemie 24/1975,
Düsseldorf 1975, S. 467
- 72 BASF-Geschäftsbericht 1976, S. 6, 9,
10 und 14
- 73 Mirow (Anm. 34), S. 149
- 74 Handelsblatt vom 26.7.1978 und vom
28./29.7.1978
- 75 Handelsblatt vom 14.9.1976
- 76 Handelsblatt (Anm. 75)
- 77 Handelsblatt (Anm. 75)
- 78 Angaben nach: Chemische Industrie
3/1976, 11/1976 und 6/1977; Han-
delsblatt vom 14.4.1976; Geschäfts-
berichte
- 79 Handelsblatt vom 13.1.1977 und vom
20.1.1977
- 80 Rote Fahne, Zentralorgan des KABD,
8. Jahrgang 1977, Nr. 7, S. 2
- 81 Chemische Industrie, 2/1976,
Düsseldorf 1976, S. 66 und 67
- 82 Europa-Chemie 4/1976,
Düsseldorf, S. 57
- 83 Der Spiegel, Hamburg, 1/2-1975
- 84 Der Spiegel (Anm. 83)
- 85 Heller/Willat (Anm. 29), S. 187
- 86 W.I. Lenin, Werke, Band 21,
Berlin 1972, S. 224
- 87 Revolutionärer Weg 16/77 (Anm. 30),
S. 62

Drei Monopole – BASF, Hoechst und Bayer – beherrschen den Chemiemarkt in der BRD, haben ihre Vertreter an allen entscheidenden Stellen sitzen, in Banken, Verbänden und im Staatsapparat. Rund 250 Monopolkonzerne beherrschen die BRD, halten alle Macht in Wirtschaft und Politik in ihren Händen. Die blutige Geschichte des Chemiemonopols IG Farben ist nur *ein* Beispiel für den Entwicklungsprozess des kapitalistischen Systems in Deutschland und in der BRD, in dem sich heute die Mo

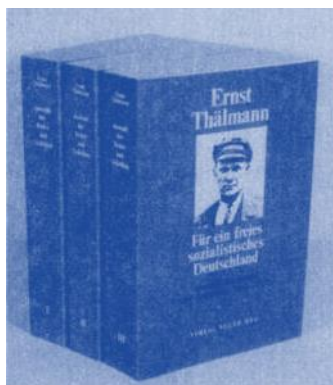


nopole den Staat vollkommen untergeordnet haben und mit ihm verschmolzen sind. Eine umfassende Untersuchung des staatsmonopolistischen Kapitalismus findet sich in diesem Buch über den «Stamokap». 2 Bände, zusammen 890 Seiten zahlreiche Abbildungen, Dokumente, Tabellen.

Die Untersuchung umfasst 4 Teile

- I. **Die historische Entwicklung von der Herausbildung der Monopole bis zur Wiedererrichtung des Imperialismus in der BRD nach 1945**
- II. **Wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliche Macht im staatsmonopolistischen Kapitalismus**
- III. **Die politische und militärische Macht in der BRD. Zentren und Form der Machtausübung, der militärisch-industrielle Komplex**
- IV. **Die Perspektive des staatsmonopolistischen Kapitalismus – Vorstufe zum Sozialismus**

Wer wissen will, wie es zur heutigen politischen Situation gekommen ist, wohin sich die BRD- und Weltwirtschaft entwickeln werden, wer in Innen- und Aussenpolitik die Fäden zieht, der braucht diese Analyse. Mit verschiedenen Theorien und mit Meinungsmanipulation versuchen die Monopole und ihre Vertreter ihre Machtausübung und das Wesen des Bonner Staates zu verschleiern und die Perspektive des Sozialismus zu vernebeln. Dieses Buch ermöglicht die eigene Orientierung in den komplizierten Zusammenhängen des «Stamokap».



Bd. I, 1919-1928, 648 S.

Bd. II, 1928-1930, 561 S.

Bd. III, 1930-1933, 654 S.

Gewerkschaft, ihres Kampfes um politische Rechte und um die Macht im Staat. Wer heute für den Sozialismus kämpfen will, für die Aktionseinheit der Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften, für den Aufbau der kommunistischen Partei, der kann von Ernst Thälmann viel lernen.

Wolfgang Langhoff, als Schauspieler eng mit der kommunistischen Bewegung verbunden, schildert in diesem Buch seine Erlebnisse im KZ Börgermoor: Die Grausamkeiten der SS ebenso wie den Widerstand der Antifaschisten, der das Lied «Wir sind die Moorsoldaten» entstehen liess.

Schon 1935 erschienen, war dieser Tatsachenbericht eines der ersten und aufrüttelndsten Werke über die Verbrechen der Naziherrschaft, die die Monopole über Deutschland errichtet hatten.



VERLAG NEUER WEG, Postfach 3 080, 7000 Stuttgart 1